

Universität für Bodenkultur Wien

Masterarbeit

Risikowahrnehmung und Perzeption staatlicher Maßnahmen in Krisensituationen

Ein Vergleich der COVID-19 Pandemie und der Klimakrise in Österreich

Valerie-Helene Zechmeister (01440377)

Department für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften Institut für Wald-, Umwelt- und Ressourcenpolitik

Erstbetreuer: Assoz.Prof. Mag. Dr. Reinhard Steurer

Zweitbetreuer: M.A. M.P.S. Dr. Aron Buzogany

Eidesstattliche Erklärung

Ich erkläre eidesstattlich, dass ich die Arbeit selbständig angefertigt, keine anderen als die angegebe-
nen Hilfsmittel benutzt und alle aus ungedruckten Quellen, gedruckter Literatur oder aus dem Internet
im Wortlaut oder im wesentlichen Inhalt übernommenen, Formulierungen und Konzepte gemäß den
Richtlinien wissenschaftlicher Arbeiten zitiert, durch Fußnoten gekennzeichnet bzw. mit genauer
Quellenangabe kenntlich gemacht habe.

Wien, 19.4.2021		
Ort, Datum		Unterschrift

Danksagung

An dieser Stelle möchte ich mich bei all denjenigen bedanken, die mich während der Anfertigung dieser Masterarbeit unterstützt und motiviert haben. Ich danke meinen Betreuern M.P.S. Dr. Aron Buzogany und Assoz.Prof. Mag. Dr. Reinhard Steurer. Bereits bei der Themenkonkretisierung bis hin zum finalen Feinschliff der Arbeit habe ich stets Unterstützung und konstruktive Kritik erhalten.

Weiters bedanke ich mich bei meinen Eltern sowie bei Felix, Miriam und Franziska, die mir meine Ausbildung ermöglicht haben und mich sowohl finanziell als auch mental während meines gesamten Studiums unterstützt und gefördert haben. Zudem gilt mein Dank meinen Geschwistern sowie Freundinnen und Freunden. Abschließend danke ich Alex, dessen große Unterstützung maßgeblich zur Fertigstellung der vorliegenden Arbeit beigetragen hat.

Kurzfassung

Die vorliegende Arbeit vergleicht die Risikowahrnehmung und Wahrnehmung der staatlichen Maßnahmen hinsichtlich der COVID-19 Pandemie (2019) sowie der Klimakrise im Zeitraum 2008 bis 2019 mittels einer Literaturrecherche und Auswertung ausgewählter Eurobarometer Umfragen, der European Social Survey Runde 8 2016 und des Austrian Corona Panel Projects. Ziel ist es, die Gemeinsamkeiten und Unterschiede jener Krisen zu erarbeiten und aufzuzeigen, wie das jeweilige Risiko und die Maßnahmen der Regierung in Österreich wahrgenommen werden. Dies soll den Wissensstand der Klimakrisenforschung erweitern und dazu beitragen, weitere Anhaltspunkte zur Maßnahmenbildung und Förderung der Akzeptanz jener von der Bevölkerung bieten.

Die wichtigsten Gemeinsamkeiten beider Krisen stellen die Komplexität der Problemstellung, die Gefahr der Verstärkung sozialer Ungerechtigkeit, die globale Dimension, die Existenz von Skeptizismus und Leugnung, die Dringlichkeit technischer und medizinischer Innovation, das Risiko verpasster politischer Chancen sowie die Tatsache, dass Mitigation günstiger als Schadensersatz ist, dar. Die größten Unterschiede hingegen zeichnen sich durch den zeitlichen Rahmen, die Wahrnehmbarkeit und Emotionalisierung sowie die Ursache-Wirkungs-Beziehung aus.

Die bei der Auswertung der Umfragen betrachteten soziodemographischen und weiteren Faktoren beeinflussen die Risikowahrnehmung und Wahrnehmung der Maßnahmen in beiden Krisen ähnlich. Die Datenauswertung hat vorangegangene Forschungen bestätigt und zeigt, dass Frauen im Rahmen beider Krisen eine höhere Risikowahrnehmung aufweisen als Männer. Weiters zeigen sich die Altersklasse und persönliche Erfahrung als ausschlaggebende Faktoren zur Risikowahrnehmung. Politische Orientierung und das Bildungsniveau beeinflussen die Risikowahrnehmung nur gering, haben jedoch größeren Einfluss auf die Akzeptanz staatlicher Maßnahmen. Zudem zeigt sich ein Zusammenhang zwischen der Höhe der Risikowahrnehmung und Maßnahmenakzeptanz. Weiters geht aus der Literatur hervor, dass darüber hinaus das Einkommen sowie Weltansichten, Affekt und Emotionen einflussgebend für die Risikowahrnehmung und die Maßnahmenakzeptanz sind.

Abstract

The present paper compares the risk perceptions and attitudes towards governmental measures and policies during the COVID-19 Pandemic and the Climate Crisis in Austria. Therefore, similarities and differences were outlined through a thoroughly literature research. Furthermore, data concerning risk perception and attitudes towards governmental measures and policies provided from selected Eurobarometer surveys, the European Social Survey Round 8 2016 and the Austrian Corona Panel survey were compared based on socio-demographic and other factors. The aim of this thesis is to outline similarities and differences between these crises and show how the risk and governmental measures are perceived in Austria. Therefore, it contributes to climate crisis research and offers further evidence for a successful climate policy.

The main commonalities between the two crises are the complexity of the issue, the existing risk of reinforcement of social injustice, their global dimension, existence of skepticism and denegation, the urgency of technical and medical innovation, the risk of politically missed chances and the fact, that mitigation is cheaper than damage control. The main differences are the time frame, the perceptibility of the respective crisis, the emotionalization as well as the cause-and-effect relationship. Furthermore, this study confirms previous research in showing that women have a higher risk perception than men. Additionally, younger people see the climate crisis as a more severe risk than older ones, when it comes to the COVID-19 pandemic older people show a higher risk perception. Furthermore, the present paper suggests, that education and political orientation do not play a significant role concerning risk perception, however, they influence the acceptance of governmental measures. Finally, this study shows, that risk perception influences the acceptance of governmental policies and suggests thought-through policy measures for different subpopulations paired with considerations of public concerns and preferences.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleit	ung	1
2	Hinter	grund und Einführung in die Thematik	4
	2.1	Globale Krisen	4
	2.2	COVID-19 – Ein Überblick	4
	2.2.1	Charakteristik und Ausbruch des COVID-19 Virus	5
	2.2.2	Ausbruch und Verlauf der Pandemie in Österreich	6
	2.2.3	Überblick über die Maßnahmen der österreichischen Regierung im Zuge der	COVID-19
		Pandemie	7
	2.3	Die Klimakrise – Ein Überblick	9
	2.3.1	Allgemeine Problemstellung	9
	2.3.2	Klimapolitik der EU – Ein kurzer Überblick	10
	2.3.3	Klimapolitik in Österreich – Ein kurzer Überblick	11
	2.4	Skeptizismus und Leugnen der Klimakrise und der COVID-19 Pandemie	
	2.4.1	Skeptizismus in der Klimakrise	14
	2.4.2	Skeptizismus in der COVID-19 Pandemie	15
3	Klimal	krise und COVID-19 – Ein literaturbasierter Vergleich zweier globaler Kris	sen 16
	3.1	Direkte Auswirkungen der COVID-19 Maßnahmen auf die Klimakrise	16
	3.2	Indirekte Auswirkungen der COVID-19 Maßnahmen auf die Klimakrise	18
	3.3	Gemeinsamkeiten der Klimakrise und der COVID-19 Pandemie	19
	3.4	Risikowahrnehmung von Krisen	23
	3.4.1	Terminologie Risiko und Risikowahrnehmung	23
	3.4.2	Risikowahrnehmung in der Klimakrise	24
	3.4.3	Risikowahrnehmung in der COVID-19 Pandemie	25
	3.5	Staatliche Maßnahmen zur Kriseneindämmung	26
	3.6	Vorangegangene Studien	30
4	Materi	al und Methode	32
5	Vergleich	n der Risikowahrnehmung sowie Wahrnehmung staatlicher und f	reiwilliger
	Maßnahr	men im Rahmen der Klimakrise und der COVID-19 Pandemie	36
	5.1 Risi	kowahrnehmung der österreichischen Bevölkerung im Rahmen der Klimakrise s	owie der
	CO	VID-19 Pandemie	36
	5.1.1	Soziodemographische Faktoren	36
	5.1.1	1 Klimakrise	36

5.1.1.2 COVID-19 Pandemie	40
5.1.2 Wohnsitz	44
5.1.2.1 Klimakrise	44
5.1.2.2 COVID-19 Pandemie	45
5.1.3 Politische Orientierung	46
5.1.3.1 Klimakrise	46
5.1.3.2 COVID-19 Pandemie	47
5.2 Wahrnehmung der staatlichen Maßnahmen und der Rolle der Regierung im Rahmen der	
Klimakrise sowie der COVID-19 Pandemie	48
5.2.1 Wahrnehmung finanzieller Maßnahmen	48
5.2.1.1 Soziodemographische Faktoren	48
5.2.1.1.1 Klimakrise	48
5.2.1.1.2 COVID-19 Pandemie	51
5.2.1.2 Wohnort	53
5.2.1.2.1 Klimakrise	53
5.2.1.2.2 COVID-19 Pandemie	54
5.2.1.3 Politische Orientierung	55
5.2.1.3.1 Klimakrise	55
5.2.1.3.2 COVID-19 Pandemie	56
5.2.1.4 Auswirkung der Risikowahrnehmung auf die Akzeptanz finanzieller Maßnahmen	57
5.2.2 Wahrnehmung nicht-finanzieller Maßnahmen	59
5.2.2.1 Soziodemographische Faktoren	59
5.2.2.1.1 Klimakrise	59
5.2.2.1.2 COVID-19 Pandemie	64
5.2.2.2 Wohnsitz	67
5.2.2.2.1 Klimakrise	67
5.2.2.2.2 COVID-19 Pandemie	68
5.2.2.3 Politische Orientierung	69
5.2.2.3.1 Klimakrise	69
5.2.2.3.2 COVID-19 Pandemie	70
5.2.2.4 Auswirkung der Risikowahrnehmung auf die Akzeptanz nicht-finanzie	eller
Maßnahmen	71
Rereitschaft zum Treffen freiwilliger Maßnahmen	74

	5.3.1 Soziodemographische Faktoren	74
	5.3.1.1 Klimakrise	74
	5.3.1.2 COVID-19 Pandemie	76
	5.3.2 Wohnort	77
	5.3.2.1 Klimakrise	77
	5.3.2.2 COVID-19 Pandemie	77
	5.3.3 Politische Orientierung	78
	5.3.3.1 Klimakrise	78
	5.3.3.2 COVID-19 Pandemie	78
	5.4 Zusammenfassung der empirischen Ergebnisse und Beantwortung der Hypo	thesen H1-H5 79
6	Diskussion der Ergebnisse	85
7	Schlussfolgerung und Ausblick	92
8	Abkürzungsverzeichnis	VI
9	Abbildungs- und Tabellenverzeichnis	VII
10) Literaturverzeichnis	XII
11	Annexverzeichnis	XXI
Δn	nney	XXII

1 Einleitung

Über die grundlegenden Eigenschaften der Klimakrise sowie über deren Verursachung durch den Menschen herrscht seit langem wissenschaftlicher Konsens (Deutsches Klima Konsortium 2020). Seit der industriellen Revolution haben menschliche Aktivitäten massiv dazu beigetragen, die emittierte Menge an Treibhausgasen in der Atmosphäre zu erhöhen, mit der Folge der globalen Erderwärmung (VijayaVenkataRaman et al. 2012). Das globale Klima hat sich, relativ zu prä-industriellen Zeiten, erwärmt und es bestehen multiple Beweise, dass jene Entwicklung einen großen Einfluss auf Organismen und Ökosysteme hat (Hoegh-Guldberg et al. 2018). Nicht-klimatische Faktoren multidimensionaler Ungleichheiten führen zur differenzierten Vulnerabilität und Ausgesetztheit, häufig verursacht durch heterogene Entwicklungsprozesse. Jene Unterschiede setzen eine wichtige Voraussetzung für das Maß an Risiko, das für negative Folgen der Klimakrise getragen wird. Daher sind Menschen die sozial, ökonomisch, kulturell, politisch oder in anderen Bereichen benachteiligt sind den Folgen des menschgemachten Klimawandels besonders stark ausgesetzt (IPCC 2014).

2020 hat die Welt eine weitere Krise erschüttert: Das Coronavirus, COVID-19, wird durch eine Infektion mit dem SARS-CoV-2 Virus verursacht und der Ausbruch jenes Virus wurde am 11. März 2020 von der WHO zur Pandemie erklärt (Masic et al. 2020). Das Virus verbreitete sich innerhalb Europas Ende Februar ausgehend von Italien. In Österreich und der Schweiz kam es am 25. Februar 2020 zu den ersten bestätigten Infektionsfällen (BMSGPK 2020). Obwohl sich die beiden Krisen in gewissen Faktoren maßgeblich unterscheiden, beispielsweise im zeitlichen Rahmen, der Wahrnehmbarkeit oder der Handlungsmöglichkeiten entscheidungstragender Akteurinnen und Akteure (Ostheimer 2020), bestehen auch Gemeinsamkeiten. Beide Krisen gehen mit Marktversagen, externen Effekten, internationaler Kooperation, komplexer Wissenschaft, Fragen der Systemstabilität, politischer Führung und Maßnahmen, die von der öffentlichen Hand abhängig sind, einher (Hepburn et al. 2020) und können soziale Ungleichheiten verstärken (Manzanedo und Manning 2020). Im Zuge beider Krisen sind Laien von wissenschaftlicher Expertise abhängig, um einen individuellen Standpunkt zu vertreten und Entscheidungen über wissenschaftsbasierte Themen zu treffen. Im Rahmen der Wissenschaft stellt die Person der vertraut wird der vertrauenden Person Wissen zur Verfügung mit einem gewissen Maß an Risiko der vertrauenden Person aufgrund ihrer Vulnerabilität durch das fehlende eigene Wissen (Hendriks et al. 2016). Dadurch, dass die öffentliche Meinung nicht immer jene der anerkannten Wissenschaftsgemeinschaft reflektiert, kommt es zu erheblichen Folgen in politischen Entscheidungen (Pechar et al. 2018). Begrenztes Wissen, Ideologien, Misstrauen der Informationsquellen und geringe Risikowahrnehmung stellen sich als Hindernisse, soziale Normen als maßgeblicher Faktoren zur Wahrnehmung, Einstellung und dem Verhalten im Rahmen der Klimawandelakzeptanz dar (Wong-Parodi und Fevgina 2019). Auch im Hinblick auf die COVID-19 Pandemie stellt Leugnung und Verharmlosung eine Schwierigkeit dar. Der Ausbruch des Virus stellte die Welt vor eine große Gesundheitskrise, worauf rechtspopulistische Parteien weltweit ähnlich reagierten: mit Verharmlosung und

Ablenkung, bis hin zur vollständigen Leugnung der Existenz des Virus oder zur Suche eines Schuldigen (Falkenbach und Greer 2020).

Aufgrund der bestehenden Gemeinsamkeiten der zwei globalen Krisen wird in der vorliegenden Arbeit ein Vergleich gezogen, wenn auch die COVID-19 Pandemie und die Klimakrise dadurch nicht gleichwertig behandelt werden. Die COVID-19 Pandemie trat 2019 auf, demzufolge besteht ein deutlich kleinerer Forschungspool als im Hinblick auf die Klimakrise. Der Treibhauseffekt wurde bereits 1824 entdeckt, 1895 der Einfluss des Menschen auf den CO₂ Gehalt in der Atmosphäre. 1941 wurde erkenntlich, dass Tätigkeiten der Menschen einen Faktor zu Klimaveränderungen darstellen (BPB 2013). Seitdem befassen sich Forscherinnen und Forscher mit der Thematik (zum Beispiel: Manabe und Wetherald 1967, Keeling et al. 1976, Held und Soden 2006, IPCC 1990-2021). Die Klimakrise beschäftigt die Menschen demnach bereits Jahrzehnte und wird auch über die COVID-19 Pandemie hinaus eine Herausforderung bleiben. Nichtsdestotrotz ist es wichtig zu verstehen, wie Risiken globaler Krisen wahrgenommen werden und wie die österreichische Bevölkerung auf Maßnahmen zur Eindämmung jener reagiert. Daher setzt sich die vorliegende Arbeit mit jenem Sachverhalt auseinander und beantwortet die folgenden Forschungsfragen:

- "Inwiefern lassen sich die Klimakrise und die COVID-19 Pandemie in Österreich vergleichen?"
- "Welche Ähnlichkeiten und Unterschiede gibt es im Hinblick zur Erkennung der Gefahr sowie Risikowahrnehmung?"
- "Wie werden die jeweiligen Maßnahmen zur Eindämmung der Krisen wahrgenommen?"

Hierfür werden die zwei globalen Krisen anhand einer Literaturrecherche verglichen, Gemeinsamkeiten und Unterschiede aufgezeigt und mittels ausgewählter Umfragedaten des Eurobarometes 2008-2019, der European Social Survey 2016 sowie des Austrian Corona Panel Project 2020 verglichen. Die Einstellungen der Teilnehmenden zur Risikowahrnehmung und Wahrnehmung der getroffenen Maßnahmen der Regierung werden repräsentativ für Österreich angesichts soziodemographischer Faktoren miteinander verglichen und interpretiert. Dies stellt keineswegs eine vollkommene Abbildung der Risikowahrnehmung oder Wahrnehmung der Maßnahmen dar, sondern soll einen grundlegen Rahmen für weitere Forschungen schaffen. Ziel der Arbeit ist es, die Erkenntnisse zur Risikowahrnehmung und Maßnahmenakzeptanz während Krisensituationen in Österreich zu erweitern um die Möglichkeit, gezielte Maßnahmen mit breiter öffentlicher Zustimmung zur Eindämmung der Klimakrise zu schaffen, zu erhöhen. Das folgende *Kapitel 2* der Arbeit soll an das Thema heranführen und wichtige Hintergrundkenntnisse vermitteln. In *Kapitel 3* wird auf die Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Krisen eingegangen. Weiters erfolgt ein literaturbasierter Blick auf die Risikowahrnehmung und Maßnahmenakzeptanz, aus welchem Hypothesen abgeleitet werden, die im Lauf der Arbeit beantwortet werden. *Kapitel 4* beschreibt die Methode sowie das Material der vorliegenden Arbeit. *Kapitel 5* besteht

aus der Auswertung der Umfragedaten und gibt Ergebnisse zur Risikowahrnehmung sowie zur Wahrnehmung der Maßnahmen der Regierung und freiwillig getroffene Maßnahmen wieder. Anschließend folgt in *Kapitel 6* eine Diskussion der Ergebnisse. Im Zuge dieser werden die Limitierungen der vorliegenden Arbeit beschrieben, die Ergebnisse miteinander sowie mit Literaturevidenz verglichen und interpretiert. Die Schlussfolgerung fasst im Rahmen des *Kapitels 7* abschließend die wichtigsten Aussagen der Arbeit zusammen und gibt einen Ausblick auf zukünftige Forschungsthemen sowie wünschenswerten Entwicklungen. Anschließend zu finden sind Abkürzungs-, Abbildungs- Tabellen- sowie das Literaturverzeichnis. Am Ende der vorliegenden Arbeit befindet sich der Annex, in welchem Hintergrunddaten der jeweiligen Umfragen, weiterführende Grafiken zu den empirischen Ergebnissen sowie Tabellen mit durchschnittlichen Prozentwerten aller berücksichtigten Fragen nach soziodemographischen und weitern Faktoren der jeweiligen Umfragen zu finden sind.

Aus der Literaturrecherche geht hervor, dass die zentralsten Gemeinsamkeiten der Klimakrise und der COVID-19 Pandemie die Komplexität der Problemstellung, die Gefahr der Verstärkung sozialer Ungerechtigkeit, die globale Dimension, die Existenz von Skeptizismus und Leugnung, die Dringlichkeit technischer und medizinischer Innovation, das Risiko verpasster politischer Chancen sowie die Tatsache, dass Mitigation günstiger ist als Schadensersatz darstellt. Die größten Unterschiede hingegen bilden der zeitliche Rahmen, die Wahrnehmbarkeit und Emotionalisierung sowie die Ursache-Wirkungs-Beziehung. Die empirische Auswertung der Fragebögen bestätigt vorangegangene Forschungen hinsichtlich der generell höheren Risikowahrnehmung der Frauen. Weiters zeigen politisch links orientierte Personen eine höhere Maßnahmenakzeptanz im Rahmen der Krisenbekämpfung. Zudem wird die Klimakrise von jüngeren Menschen als höheres Risiko eingeschätzt als von älteren. Dies verhält sich hinsichtlich der COVID-19 Pandemie umgekehrt. Weiters wird gezeigt, dass Bildung im Rahmen der Risikowahrnehmung eine geringere Rolle spielt als bei der Maßnahmenakzeptanz, allerdings beeinflusst die Risikowahrnehmung die Akzeptanz der Maßnahmen.

2 Hintergrund und Einführung in die Thematik

2.1 Globale Krisen

Globale Krisen reichen in der menschlichen Geschichte weit zurück. 1347-1353 forderte der Ausbruch der Pest in Europa rund 25 Millionen Todesopfer, ungefähr ein Drittel der damaligen Bevölkerung (Arpe 2012). In den Jahren 1918-1919 kam es in Spanien zum Ausbruch eines Influenzavirus, der Spanischen Grippe. Die global geschätzten Todesfälle reichten von 20 bis 150 Millionen Menschen (Trilla et al. 2020). Der Konkurs der US-Investmentbank Lehman Brother führte im September 2008 zu einer globalen Wirtschaftskrise (Kerkow 2009). Im Jahr 2015 hat eine Flüchtlingswelle von vor allem syrischer Migrantinnen und Migranten Europa und die Europäische Union erreicht. Das Ereignis wurde in der medialen Berichterstattung häufig als "Flüchtlingskrise" beschrieben (Europäische Kommission 2016). Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit zwei gegenwärtigen (2020) globalen Krisen: der COVID-19 Pandemie sowie mit der Klimakrise. Ziel ist es, diese zwei existenziellen Krisen zu vergleichen, ihre Gemeinsamkeiten und Unterschiede zu erarbeiten und aufzuzeigen, wie in Österreich lebende Personen das jeweilige Risiko einschätzen und die Maßnahmen der Regierung wahrnehmen. Dies soll den Wissensstand der Klimakrisenforschung erweitern und dazu beitragen, weitere Anhaltspunkte zur Maßnahmenbildung und Förderung der Akzeptanz jener von der Bevölkerung bieten. Dafür ist es wichtig zu wissen, ob und warum drastische Maßnahmen im Rahmen globaler Krisen, in diesem Fall zur Eindämmung der COVID-19 Pandemie, von der Bevölkerung angenommen wurden, wie die Menschen damit umgegangen sind und inwiefern die Risikowahrnehmung und das Empfinden der Maßnahmen mit der Situation der Klimakrise verglichen werden kann.

2.2 COVID-19 – Ein Überblick

Das Wort "Pandemic" stammt aus dem Griechischen, der Wortteil "pan" bedeutet "alle" und "demos" "die Menschen". Daraus hat sich das deutsche Wort Pandemie entwickelt um ansteckende Epidemien welche sich über ein ganzes Land, mehrere Länder oder Kontinente, ausbreiten, zu beschreiben (Honigsbaum 2009). Die WHO bezeichnet als Pandemie die globale Verbreitung einer neuartigen Krankheit. Eine Influenza-Pandemie im Speziellen tritt dann ein, wenn ein neues Influenza-Virus entdeckt wird, sich weltweit verbreitet und geringe bis keine Immunität unter der Bevölkerung besteht. Die meisten jener Virenstämme haben ihren Ursprung in tierischen Influenza-Viren (WHO 2010). Der Ausbruch unbekannter Influenza Viren kann zu katastrophalen Folgen führen, beispielsweise die große Influenza Pandemie 1918-1919, von welcher rund 500 Millionen Menschen infiziert wurden und 20-150 Millionen Menschen weltweit ums Leben kamen (Hanriederl und Kreuder-Sonnen 2013). Seit den 2000er Jahren haben diverse infektiöse Krankheiten die Welt erschüttert, beispielsweise das Schwere Akute Atemwegssyndrom (SARS), das Influenza-A-Virus H1N1 sowie die Ebola-Viruskrankheit (Ye und Lyu 2020). Während globalen Krisen gelingt es internationalen Organisatio-

nen, mehr Autorität und Souveränität zu erlangen als unter Normalzuständen. So setzte sich die WHO im Jahr 2003 im Zuge des Ausbruchs des SARS Virus über ihre Kompetenzgrenzen hinweg und erlangte souveräne Entscheidungsgewalt. Legitimiert wird dies üblicherweise durch die Stellung jener globalen Organisationen als Vehikel internationaler Kooperationen, sowie dadurch, dass liberale Werte wie Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und bürokratische Rationalität, vertreten werden (Hanriederl und Kreuder-Sonnen 2013). Durch den Ausbruch des H1N1 Virus traten erstmals Bestimmungen im Rahmen der Internationalen Gesundheitsverordnung von 2005 in Kraft. Der SARS Ausbruch im Jahr 2003 führte zu jener Revision, welche die Zuständigkeiten der einzelnen Länder sowie die Führungsrolle der WHO im Zuge der Erklärung und Bewältigung eines internationalen Notfalls im Bereich der öffentlichen Gesundheit, beinhaltet. Es zeigten sich sowohl Stärken als auch Schwächen der neuen Verordnung (Fineberg 2014).

2.2.1 Charakteristik und Ausbruch des COVID-19 Virus

In den vergangenen zwei Jahrzenten haben diverse Arten des Corona- sowie des Influenzavirus die globale Weltbevölkerung betroffen. Der Ausbruch eines SARS-Virus im Jahr 2002 forderte 916 Todesfälle unter 8000 Patientinnen und Patienten innerhalb 29 Länder. 2012 erlagen rund 800 Menschen dem MERS Virus aus insgesamt 27 Ländern. Das Coronavirus, COVID-19, wird durch eine Infektion mit dem SARS-CoV-2 Virus verursacht und trat erstmals in Wuhan, China, im Dezember 2019 auf (Masic et al. 2020). Wuhan ist die einwohnerstärkste Stadt in Zentralchina mit einer Bevölkerungszahl von über elf Millionen Menschen. Ende Jänner 2020 berichteten die USA sowie diverse europäische Länder über erste Infektionen. Dabei handelte es sich vorerst um Einzelfälle an Personen, die sich in Südost-Asien aufgehalten haben oder in Kontakt mit Menschen die China besucht haben waren (Moshammer et al. 2020). Am 30. Jänner 2020 erklärte die WHO den Ausbruch des Virus zur Gesundheitlichen Notlage internationaler Tragweite (Public Health Emergency of International Concern). CO-VID-19 weist eine höhere Infektions- und eine niedrigere Mortalitätsrate auf als die SARS und MERS. Zudem ist das Virus mit diversen Unsicherheiten verbunden, beispielsweise der Infektionsrouten, der viralen Evolution sowie angemessene antivirale Behandlungen und Strategien zur Krankheitsbekämpfung. Am 11. März 2020 erklärte die WHO den Ausbruch des COVID-19 Virus zur Pandemie (Masic et al. 2020). Die nachfolgende Abbildung 1 gibt die absolute Zahl der bestätigten Infektionsfälle zum Stand des 18.Dezembers 2020 nach Regionen wieder.

Global bestätigte COVID-19 Fälle (18.12.2020)

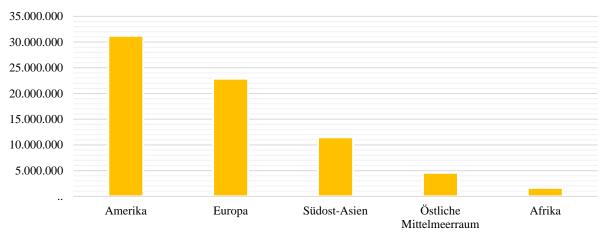


Abbildung 1: Bestätigte COVID-19 Infektionsfälle nach Regionen, Stand 18.12.2020 (eigene Darstellung, Daten: WHO 2020a).

2.2.2 Ausbruch und Verlauf der Pandemie in Österreich

Das Virus verbreitete sich innerhalb Europas Ende Februar ausgehend von Italien. In Österreich und der Schweiz kam es am 25. Februar 2020 zu den ersten bestätigten Infektionsfällen. Die folgende *Abbildung 2* beschreibt den Verlauf der Infektionszahlen in Österreich im Zeitraum Ende Februar bis Mitte Dezember. Im Juni erreichte die Zahl der Infizierten einen Tiefstand von unter 100 Personen, seitdem ist ein Anstieg zu erkennen. Deutlich erkennbar ist der Höhepunkt Mitte November mit über 9000 Betroffenen. Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit der Risiko- und Maßnahmenwahrnehmung ab der ersten Infektionswelle Ende März bis zum Beginn der zweiten Welle Mitte Oktober (23.10.2020). Mit dem Stand zum 23.10.2020 galten 57.858 Personen in Österreich als genesen und die Zahl der bestätigten Todesfälle lag bei 979. Die höchste Anzahl an Todesfällen wies die Altersgruppe über 84 Jahren auf (BMSGPK 2020).

Bestätigte COVID-19 Fälle pro Tag in Österreich (25.2.-17.12.2020)

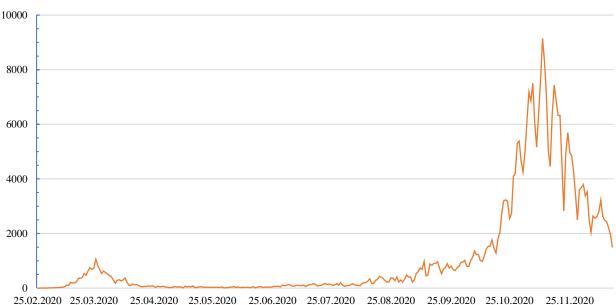


Abbildung 2: Zeitverlauf der Anzahl der an COVID-19 infizierten Menschen in Österreich zwischen dem 26.2.2020 und dem 26.8.2020 (eigene Darstellung, Daten: BMSGPK 2020).

2.2.3 Überblick über die Maßnahmen der österreichischen Regierung im Zuge der COVID-19 Pandemie

Staaten reagierten global unterschiedlich auf den COVID-19 Ausbruch. Innerhalb der USA gab es große Disparitäten zwischen den Bundesstaaten, Spanien, Frankreich und Italien verhängten strenge Ausgangssperren während Groß-Britannien und Schweden zu Beginn schwache, bis keine Regulierungen aufstellten. Welche Taktik die Verbreitung des Virus am besten minimiert, welche Maßnahmen notwendig sowie vernünftig sind, vor allem auf längerer Sicht, bleibt umstritten (Cohen und Kupferschmidt 2020). Abbildung 3 verdeutlicht, dass in der DACH-Region alle drei Länder zu Beginn der Pandemie eine ähnliche Reaktionsgeschwindigkeit aufwiesen, wobei Österreich im März die strengsten Regulierungen verfasste, welche ab Ende April gelockert wurden. Im Sommer wies Österreich die lockersten Maßnahmen auf, ab Oktober abermals die strengsten.

80 Austria 70 60 50 Switzerland 40 30 20 10 Apr 30 Sep 27 Jan 22, 2020 Mar 11 Jun 19 Dec 14, 2020 Aug 8

COVID-19 Maßnahmenvergleich nach Strenge in der DACH Region

Abbildung 3: COVID-19 Maßnahmenvergleich nach Strenge innerhalb der DACH-Region (Hale et al. 2020).

Eine der ersten Maßnahmen der österreichischen Regierung zur Eindämmung der Ausbreitung der COVID-19 Pandemie war ein Einreisestopp aus Italien sowie eine zweiwöchige Quarantäne für rückkehrende Österreicherinnen und Österreicher. Mitte März gibt die Bundesregierung bekannt, dass Veranstaltungen ab 100 Personen in geschlossenen Räumen, sowie Veranstaltungen ab 500 Personen im öffentlichen Raum untersagt seien. Weiters wurde die Schließung von Universitäten und Fachhochschulen für den Präsenzunterricht angekündigt. Geschäfte, ausgenommen Lebensmittelhandel, Banken, Apotheken, Post, Tierbedarf und Drogerien blieben geschlossen, es kam zum ersten Lockdown. Die Bevölkerung wurde aufgefordert, Sozialkontakte auf ein Minimum, bestenfalls auf den eigenen Haushalt, zu reduzieren. Zudem wurden Risikogebiete innerhalb des Landes unter eine mindestens zweiwöchige Quarantäne gestellt (Bundeskanzleramt Österreich 2020a). Die Regierung stellte ein Hilfspaket in der Höhe von 38 Milliarden Euro zusammen (Bundeskanzleramt Österreich 2020b). Zudem wurden viele Arbeitnehmerinnern und Arbeitnehmer in Kurzarbeit gesandt, was die Herabset-

zung der Normalarbeitszeit sowie des Arbeitsentgelts bedeutete. Dadurch sollten die Kosten für Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber reduziert werden, um Arbeitsplätze zu sichern. Weitere Hilfsmaßnahmen beinhalteten einen Härtefallfonds, einen Fonds für Ein-Personen- und Kleinunternehmen und den Corona-Hilfsfonds für Unternehmen die von Maßnahmen wie Betretungsverbote, Reisebeschränkungen oder Versammlungsbeschränkungen betroffen waren, ein Fixkostenzuschuss zur Erhaltung der Zahlungsfähigkeit von Unternehmen sowie diverse Steuerermäßigungen (Bundesministerium für Finanzen 2020). Ende März folgte die Verlängerung der Maßnahmen bis Mitte April (Bundeskanzleramt Österreich 2020c) und das Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes in Supermärkten, Apotheken und Postfilialen (Bundeskanzleramt Österreich 2020d) sowie in öffentlichen Verkehrsmitteln (Bundeskanzleramt Österreich 2020e) wurde verpflichtend. Anfang April folgte die Verlängerung der Ausgangsbeschränkung bis Ende April. Des Weiteren gab die Regierung die geplante Öffnung kleinerer Geschäfte ab Mitte April bekannt. Am 1.Mai kam es zur stufenweisen Öffnung der nichtlebenserhaltenden Geschäfte, Dienstleistungen und Gastronomiebetriebe, ab dem 15. Mai wurde der Schulbetrieb, nicht jedoch der Universitätsbetrieb, wieder teilweise mit Präsenzunterricht durchgeführt (Bundeskanzleramt Österreich 2020d). Ab Juni durften kleine Kulturveranstaltungen stattfinden, Beherbergungseinrichtungen wieder Gäste empfangen und das Tragen eines MNS entfällt größtenteils, Mitte Juli wurde dies auf Grund steigender Infektionszahlen jedoch im Lebensmitteleinzelhandel, in Supermärkten, Banken und Postfilialen wieder verpflichtend. Reiserückkehrende aus Risikoländern mussten in Quarantäne oder einen negativen Test vorweisen. Mitte September kam es abermals zu einer Beschränkung von Besucherzahlen bei Indoor- und Outdoor-Veranstaltungen, Sperrstunden werden auf Länderebene gesetzt (Ärztekammer für Wien 2020), Mitte Oktober wurden jene Maßnahmen verschärft (Bundeskanzleramt Österreich 2020e). Für Anfang November wurde der "Lockdown light" angekündigt, Industrie, Produktion, Handel, Dienstleistungen und gastronomischer Liefer- und Abholdienst blieben geöffnet, Oberstufen und Universitäten wurden in Distance-Learning Formaten unterrichtet und eine Ausgangsbeschränkung von 20:00-06:00 wurde in Kraft gesetzt (Bundeskanzleramt Österreich 2020f). Mitte November wurde der Lockdown durch härtere Maßnahmen bis Anfang Dezember verschärft (Bundeskanzleramt 2020g). Anfang Dezember wurde zudem die Möglichkeit von Massentests für die Bevölkerung geschaffen (Bundeskanzleramt 2020h).

2.3 Die Klimakrise – Ein Überblick

2.3.1 Allgemeine Problemstellung

Der Term Klimawandel beziehungsweise Klimakrise bezieht sich auf eine statistisch signifikante Variation in entweder dem mittleren Zustand des Klimas oder dessen Variabilität, die sich über einen längeren Zeitraum (Jahrzehnte oder länger) erstreckt. Seit der industriellen Revolution haben menschliche Aktivitäten massiv dazu beigetragen, die emittierte Menge an Treibhausgasen in der Atmosphäre zu erhöhen, mit der Folge der globalen Erderwärmung (VijayaVenkataRaman et al. 2012). Über die grundlegenden Eigenschaften der Klimakrise sowie über deren Verursachung durch den Menschen herrscht seit langem wissenschaftlicher Konsens (Deutsches Klima Konsortium 2020). Das globale Klima hat sich, relativ zu prä-industriellen Zeiten, erwärmt und es bestehen multiple Beweise, dass jene Entwicklung einen großen Einfluss auf Organismen und Ökosysteme hat (Hoegh-Guldberg et al. 2018). Die Klimaveränderungen erfolgen grundsätzlich durch eine Änderung des Strahlungsantriebs, welcher durch Treibhausgase, Sonneneinstrahlung sowie die Albedo der Erdoberfläche beeinflusst wird. Treibhausgase absorbieren langwellige, infrarote Wärmestrahlung der Erdoberfläche, die ohne Treibhausgaseffekt in die Atmosphäre abgestrahlt werden würde (Umweltbundesamt 2020). Klimatische Modifikationen führen zu einem Wandel der Niederschlagsmengen sowie zum Schmelzen von Schnee und Eis. Jene Entwicklung ruft drastische Veränderungen in hydrologischen Systemen und Wasserressourcen, sowohl im Hinblick auf Qualität als auch Quantität, hervor. Bei terrestrischen, sowie in Frisch- und Salzwasser lebende Spezies lässt sich ein Wandel in der Verbreitung, der saisonalen Aktivität, in Migrationsmustern und des Artenreichtums erkennen. Weiters wirkt sich die Klimakrise durch die steigende Anzahl an Extremwetterereignissen negativ auf landwirtschaftliche Aktivitäten und die Sicherstellung der Verfügbarkeit von Lebensmitteln aus. Jene Extremwetterereignisse beinhalten unter anderem Hitzewellen, Dürren, Überflutungen, Zyklone sowie Waldbrände. Dadurch kommt es zur Zerstörung von Infrastruktur und Unterkünften, einem Mortalitätsanstieg sowie zu negativen Folgen der physischen und psychischen Gesundheit der betroffenen Menschen. Nicht-klimatische Faktoren multidimensionaler Ungleichheiten führen zur differenzierten Vulnerabilität und Ausgesetztheit, häufig verursacht durch heterogene Entwicklungsprozesse. Jene Unterschiede setzen eine wichtige Voraussetzung für das Maß an Risiko, das für negative Folgen der Klimakrise getragen wird. Daher sind Menschen die sozial, ökonomisch, kulturell, politisch oder in anderen Bereichen benachteiligt sind den Folgen des menschgemachten Klimawandels besonders stark ausgesetzt. Die Benachteiligung entsteht durch verankerte soziale Prozesse, die in Ungleichheiten des sozioökonomischen Status und des Einkommens münden. Jene Prozesse führen zur Diskriminierung auf Basis des Geschlechts, der Bevölkerungsschicht, der Ethnie, des Alters oder richten sich gegen Menschen mit besonderen Bedürfnissen (IPCC 2014). Die Thematik der Klimakrise bringt demnach die Debatte der Klimaungerechtigkeit mit sich (Bulkeley et al. 2013). Der Beginn des Begriffs der Klimagerechtigkeit wird meist auf die Proteste gegen Dumpingaktionen von PBC-verunreinigtem Bodenmaterial in den USA in den 80er Jahren zurückgeführt. Seitdem wurde der Begriff sowohl inhaltlich als auch geographisch erweitert (Schlossberg und Collins 2014). Auf politischer Ebene finden im Rahmen internationaler Verhandlungen Diskussionen darüber statt, wie sich die relative Verantwortung zur Reduktion der Treibhausgase zwischen den Staaten aufteilen lässt sowie wie und durch wen Adaptionsmaßnahmen finanziert werden sollen (Bulkeley et al. 2013). Laut des Klimaabkommens von Paris 2015 sollen die Langzeitziele der Staaten zur Treibhausgasemissionssenkung auf Basis von Gerechtigkeit im Zusammenhang mit nachhaltiger Entwicklung und Bemühungen Armut zu beseitigen aufgebaut werden. Klimagerechtigkeit beinhaltet das Prinzip der gemeinsamen, aber differenzierten Verantwortung entsprechend der Kapazitäten (Principle of Common but Differentiated Responsibilities and Respective Capacities), das Recht zur Entwicklung (Right to Development) sowie das Recht nachhaltige Entwicklung zu fördern (Right to Promote Sustainable Development). Sowohl das Pariser Abkommen aus 2015 als auf die Sustainable Development Goals verlangen eine sozial und ökologisch integrative Entwicklung, was ein Abwenden der wirtschaftlichen Entwicklung hin zur Priorisierung der Entwicklung des menschlichen Wohlbefindens bedeutet. Zudem besteht eine internationale Verantwortung der reichen, weit entwickelten Industriestaaten, Entwicklungsländern zur nachhaltigen Entwicklung zu helfen (Dooley et al. 2018). Die negativen Effekte der Klimakrise treffen besonders Bevölkerungsgruppen, die ihre Lebensgrundlage größtenteils auf landwirtschaftliche Aktivitäten stützen. Einerseits hängt der Grad des Risikos mit geographischen Attributen, beispielsweise die Seehöhe der Lage, zusammen. Andererseits spielen ebenso geschichtliche Hintergründe und der Entwicklungsstand der verschiedenen Staaten eine tragende Rolle (Mary Robinson Foundation – Climate Justice 2011).

2.3.2 Klimapolitik der EU – Ein kurzer Überblick

1997 unterzeichneten 37 Länder und die Europäische Union das Kyoto Protokoll mit dem Ziel der Reduktion der Emissionen von sechs Treibhausgasen um 5,2% zwischen 2008 und 2012 im Vergleich zum Emissionsstand im Jahr 1990 durch das Setzen individueller Emissionsreduktionsziele. Seitdem steht das Protokoll unter Kritik, da keine Konsequenzen der Nichtteilnahme sowie der Nichteinhaltung folgen. In einer Studie testeten Almer und Winkler die Effekte des Kyotoprotokolls und kamen zu der Conclusio, dass wenig bis kein signifikanter Beweis besteht, dass die 15 analysierten Staaten ohne der Unterzeichnung des Protokolls und den damit verbundenen Emissionsreduktionszielen mehr Treibhausgase emittiert hätten (Almer und Winkler 2017). Zur Emissionsreduktion stehen diverse Mechanismen zur Verfügung, beispielsweise Clean Development Mechanisms, Joint Implementation oder Emissionshandel (Boqiang und Zhijie 2017). Das EU-Emissionshandelssystem (EU-ETS) wurde im Rahmen der EU-Directive 2003/87/EC mit dem Ziel zur Entwicklung zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft beschlossen und 2005 umgesetzt. Durch das EU-ETS werden Treibhausgase mit einem Preis versehen. Diese werden als Emissionsberechtigungen (European Union Allowance) gehandelt (Löschel et al. 2019). Weiters trat im März 2010 die EU-2020 Strategie, mit dem Ziel des Vorantreibens nachhaltiger sowie inklusiver Entwicklung (Rogge 2019), in Kraft (Erixon 2010). Bei der 21.UN-

Klimakonferenz 2015 wurde das Pariser Abkommen mit dem Hauptziel die Globale Erwärmung unter zwei Grad Celsius zu halten, beschlossen (Nietoa et al. 2018). Das Abkommen galt als erste, verbindliche Rahmenbedingung in welcher sich sowohl Industriestaaten als auch Entwicklungsländer dazu verpflichtet haben, Mitigationsmaßnahmen zur Eindämmung der Klimakrise voranzutreiben (Tørstad 2020). Die aktuellen EU-weiten Ziele bestimmen die Reduktion von Treibhausgasemissionen bis 2030 um mindestens 40%, die Steigerung der Energieeffizienz um mindestens 27% und die Erhöhung des Anteils an erneuerbarer Energie um mindestens 27% sowie ein gewährleisteter Stromnetzverbund zwischen den Mitgliedsstaaten von mindestens 15% (Europäische Kommission 2014). Ein erfolgreiches Klimaabkommen sollte hohe Teilnähmerzahlen aufweisen, ambitioniert formuliert sein und für die Einhaltung der Ziele sorgen. Jene Dreifaltigkeit ist schwer zu erreichen. Im Pariser Abkommen fehlt es vor allem an ambitionierten Formulierungen, da die Staaten die jeweiligen national festgelegten Beiträge (Nationally determined contributions - NDC) selbst bestimmen, welche gesetzlich unverbindlich sind. Weiters fehlt es an Mechanismen für Konsequenzen bei Nichteinhaltung der jeweiligen NDCs. Dadurch bestehen höhere Anreize für die Parteien als Trittbrettfahrer zu fungieren. Demnach hängt der Erfolg des Abkommens von den Ambitionen der Staaten zur graduellen Steigerung der nationalen NDCs sowie deren Umsetzung ab (Tørstad 2020).

2.3.3 Klimapolitik in Österreich – Ein kurzer Überblick

Laut Kyoto Protokoll sollte Österreich die Treibhausgasemissionen um 13%, von 78,2 Millionen Tonnen CO₂-Äquvivalent im Jahr 1990 auf 68,8 Millionen Tonnen CO₂-Äquvivalent im Zeitrahmen 2008-2012, reduzieren. 2011 lagen die Emissionen 18,9% über dem im Kyoto-Protokoll festgehaltenem Ziel (Steurer und Clar 2015). Im Jahr 2017 emittierte Österreich 82,3 Millionen Tonnen CO₂-Äquvivalent, 3,3% mehr als im Vorjahr und 4,5% über dem Ausstoß 1990. Die folgende *Abbildung 4* zeigt die kumulierten Summen des fossilen CO₂ Verbrauchs in Tonnen seit 1751 ohne Landnutzung in Österreich. Es ist ein deutlicher, stetig steigender Anstieg ersichtlich.



Abbildung 4: Kumulierter CO2 Verlauf in Österreich zwischen 1751-2017 ohne Landnutzung (Ritchie und Rosner 2017).

Mit dem Pariser Abkommen hat Österreich eine Reduktion der CO₂-Emissionen um 36%, außerhalb des Emissionshandels, bis 2030 zum Vergleichsjahr 2005 festgelegt (Umweltbundesamt 2019) und in der Klima- und Energiestrategie 2018 verankert (BMNT 2019). Die Strategie bildet die Grundlage für den nationalen Klima- und Energieplan, mit welchem die Ziele des Pariser Abkommens erreicht werden sollen (Frondel und Thomas 2020). Österreich unterliegt unionsrechtlichen Klimazielen für Treibhausgasemissionen außerhalb des Emissionshandels ("Effort Sharing"). Das Ziel für das Jahr 2020 ist es, die Treibhausgase im Vergleich zu jenen des Jahres 2005 um 16 Prozent zu reduzieren. Den nationalen gesetzlichen Rahmen dazu bildet das Klimaschutzgesetz, welches den Prozess der Erarbeitung und Umsetzung der Maßnahmen sowie Sektorziele für den Zeitraum 2013 bis 2020 regelt. Da sowohl im Jahr 2017 als auch im Jahr 2018 die Effort-Sharing Ziele Österreichs nicht erreicht, sondern überschritten wurden, erarbeitete das BMNT sowie anschließend das BMK eine Maßnahmentabelle mit Maßnahmen, die im Zeitraum 1.1.2019 bis 31.3.2020 gesetzt wurden und bis Ende des Jahres 2020 Wirkung zeigen sollen (BMLRT 2020). Weiters wurde im Jahr 2018 eine Klima- und Energiestrategie (#mission2030) sowie die Langfriststrategie 2050 von der damaligen Bundesregierung erstellt. Die Klima- und Energiestrategie wurde sowohl von NGOs sowie vom Climate Change Center Austria (CCCA) kritisiert. Das CCCA betont, dass die in der Strategie verfassten Ziele nicht im Einklang mit jenen des Pariser Abkommens sind, und fordert eine Nachschärfung, unter anderem darin, das Emissionsreduktionsziel von -36% auf -50% CO₂-Äquivalent zu setzen und sieht die Erfolgschancen der Strategieziele - eine Reduktion der Treibhausgasemissionen von 36% bis 2030 im Vergleich zu 2005 und infolgedessen auch das laut Pariser Abkommen notwendige Ziel der Reduktion der Treibhausgasemissionen um -50%, als gering. Weiters besonders kritisiert wurden die Maßnahmen im Rahmen des Verkehrssektors und das CCCA forderte die Durchsetzung tiefgehender, umwelt-, sozial- und wirtschaftsgerechter, ökologischer Maßnahmen, beispielsweise einer CO₂ Bepreisung und eine klare Zeitplanung für das Ende der Zulassung fossil betriebener Fahrzeuge. Laut CCCA befasst sich die Klima- und Energiestrategie hauptsächlich mit Energie- und Technologieforschung, obwohl die Forschungsdefizite in anderen Bereichen liegen (CCCA 2018).

2.4 Skeptizismus und Leugnen der Klimakrise und der COVID-19 Pandemie

Trotz des wissenschaftlichen Konsenses hinsichtlich der Klimakrise und der großen Medienpräsenz der COIVD-19 Pandemie kommt es im Rahmen beider Krisen zur Verharmlosung und Leugnung.

Auch Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler machen Fehler und bestimmte wissenschaftliche, weit verbreitete Ergebnisse werden widerlegt. Unter anderem dadurch wird die Thematik des Klimawandels, des Nutzens von Impfungen und weitere wissenschaftliche Erkenntnisse von Teilen der Bevölkerung angezweifelt. Jener Skeptizismus kann so weit gehen, dass nationale Institutionen, wie das konservative Think Tank The American Enterprise Institute (AEI) finanzielle Anreize anbieten um fehlerhafte Ergebnisse der IPCC-Reports (Intergovernmental Panel on Climate Change) aufzuzeigen. Jeffery Sachs, ehemaliger Direktor des Earth Institute an der Columbia Universität und Sonderberater der UN- MDGs, stellte unter anderen wiederrum die Arbeit des AEI infrage, da jenes ,relevante wissenschaftliche Ergebnisse verdrehe, missinterpretiere sowie ignoriere'. Somit stellt sich die Frage, zu welchem Maß der Wissenschaft vertraut werden kann. Was nach einem akademischen Problem klingen mag, hat ernstzunehmende soziale Konsequenzen. Wenn die Fragen, warum, ob und zu welchem Maß Wissenschaft vertraut werden soll, nicht geklärt werden können, bestehen geringe Chancen die Bevölkerung davon zu überzeugen, ihre Kinder zu impfen oder zu versuchen dem Klimawandel entgegenzuwirken. Allerdings ist nicht immer der Mangel an Vertrauen in die Wissenschaft für gegensätzliche Standpunkte verantwortlich, auch Unvereinbarkeit und Konflikte mit religiösen Ansichten, politischen Ideologien und/oder ökonomischen Interessen können der Grund dafür sein. Es bestehen somit multiple Motive, um wissenschaftliche Erkenntnisse abzulehnen oder sie zu kritisieren, meist beinhalten jene die Wahrnehmung, dass jene Erkenntnisse den eigenen Werten widersprechen oder die derzeitige individuelle Lebensweise bedrohen. Wenn wissenschaftliche Aussagen die eigene Weltansicht widerlegen, tendieren Menschen dazu jenen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die diese Aussagen getätigt haben, zu mistrauen (Oreskes 2019). Laien sind von wissenschaftlicher Expertise abhängig, um einen individuellen Standpunkt zu vertreten und Entscheidungen über wissenschaftsbasierte Themen zu treffen. Im Rahmen der Wissenschaft stellt die Person der vertraut wird der vertrauenden Person Wissen zur Verfügung mit einem gewissen Maß an Risiko der vertrauenden Person aufgrund ihrer Vulnerabilität durch das fehlende eigene Wissen über die Wahrheit (Hendriks et al. 2016). Dadurch, dass die öffentliche Meinung nicht immer jene der anerkannten Wissenschaftsgemeinschaft reflektiert, kommt es zu erheblichen Folgen in politischen Entscheidungen. Die auseinanderdriftenden Meinungen zwischen der Wissenschaft sowie Teilen der Bevölkerung in den USA hat es politischen Führungspersonen möglich gemacht, die Klimakrise als Hoax zu bezeichnen, Bemühungen zur Reduktion von Treibhausgasemissionen zu erschweren, sich von umweltfreundlichen Regulierungen abzuwenden und vom Pariser Abkommen zurückzutreten. Allerdings kann jene Meinungsdiskrepanz nicht ausschließlich dem mangelnden öffentlichen Bewusstsein zugeschrieben werden. Bürgerinnen und Bürger kennen die Standpunkte der Wissenschaft meist, es fehlt jedoch das Vertrauen. Studien aus den USA haben gezeigt, dass politische Ideologie im Rahmen des Vertrauens der Bevölkerung in die Wissenschaft eine Rolle spielt. Beispielsweise vertrauen Unterstützerinnen und Unterstützer der Konservativen in den USA der Wissenschaft im Hinblick auf Innovationen für Wirtschaftsentwicklung eher als Unterstützerinnen und Unterstützer der Liberalen, umgekehrt verhält es sich bei Gesundheits- oder Umweltthemen (Pechar et al. 2018). Daher ist es wichtig, das Vertrauen der Bevölkerung in die Wissenschaft zu stärken, um wissenschaftsbasierte politische Entscheidungen zu treffen (Pechar et al. 2018). Obwohl der wissenschaftliche Konsens zum Klimawandel bei circa 97% liegt, ist keine Reduktion der CO₂ Emissionen in der Atmosphäre zu beobachten und das vermehrte und verbesserte Wissen hat nicht zur effektiveren Klimapolitik geführt (Grundmann 2019).

2.4.1 Skeptizismus in der Klimakrise

Das Vertrauen in die Wissenschaft begründet das allgemeine Umgehen der Bevölkerung mit wissenschaftlichen Institutionen und Forschungsgemeinschaften. Im Hinblick auf die Klimakrise erschwert die Komplexität und Unsicherheit der Thematik die Vertrauensfrage, auch wenn unter Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern breiter Konsens über den anthropogenen Klimawandel und die Severität der daraus folgende Klimakrise besteht (Grasswick 2014). Wie in Kapitel 2.4 beschrieben, kann unter anderem mangelndes Vertrauen in die Wissenschaft zum Leugnen oder Verharmlosen wissenschaftlicher Erkenntnisse führen. Unter Klimawandelverweigerung versteht man das Leugnen eines oder mehrerer Aspekte hinsichtlich der Klimakrise, beispielsweise Zweifel daran, dass jene anthropogen verursacht wird oder wie ernst die Konsequenzen sind. Jene Einstellung spiegelt nicht ausschließlich die Haltung gegenüber Klimaschutz wider, sondern reflektiert die soziale sowie wirtschaftliche Weltanschauung eines Individuums (Jylhä et al. 2018). Begrenztes Wissen, Ideologien, Misstrauen der Informationsquellen und geringe Risikowahrnehmung stellen sich als Hindernisse, soziale Normen als maßgebliche Faktoren zur Wahrnehmung, Einstellung und dem Verhalten im Rahmen der Klimawandelakzeptanz dar. Klimawandelleugnung wird unter anderem von dem Bedürfnis, den Status-quo des existierenden sozioökonomischen Systems zu erhalten angetrieben. Der Diskurs über die Klimakrise stellt hierfür eine Bedrohung dar, da deutlich wird, dass die gegenwärtigen ökonomischen und industriellen Strukturen auf langer Sicht nicht zukunftsfähig sind (Wong-Parodi und Feygina 2019). Besonders in den USA besteht eine starke Korrelation zwischen der politischen Orientierung und der Wahrnehmung der Klimakrise, aber auch in anderen Industriestaaten lassen sich Zusammenhänge erkennen (McCright et al. 2015). Der verstärkte politische Rechtspopulismus der letzten Jahre intensiviert dies durch Klimawandelskeptizismus und -leugnung in politischen Führungspositionen. Im Unterschied zu den USA zeigt sich innerhalb der Europäischen Union eher eine Tendenz zur Klimawandelverharmlosung als zur vollständigen Leugnung. Von der Freiheitlichen Partei Österreich wird es beispielsweise vermieden den Klimawandel beziehungsweise die Klimakrise zu erwähnen oder klare Aussagen über das Thema zu tätigen (Lockwood 2018).

2.4.2 Skeptizismus in der COVID-19 Pandemie

Auch im Rahmen der COVID-19 Pandemie kann Leugnung und Verharmlosung beobachtet werden. Der Ausbruch des Virus stellte die Welt vor eine große Gesundheitskrise, worauf rechtspopulistische Parteien weltweit ähnlich reagierten: mit Verharmlosung und Ablenkung, bis hin zur vollständigen Leugnung der Existenz des Virus oder zur Suche eines Schuldigen, beispielsweise die Europäische Union, die Weltgesundheitsorganisation oder Migrantinnen und Migranten. Drastische Auswirkungen zeigte dies in den USA, da Kosteneinsparungen im Bereich der medizinischen Forschung und Versorgung unter der Trump-Regierung zu fehlenden Testmöglichkeiten, geringer zuverlässiger Information sowie einer schwachen Krisenkoordination der unterfinanzierten Behörden führten (Falkenbach und Greer 2020). In den USA kam es mit dem Stand zum 17.12.2020 zu 301.536 Corona-bedingten Todesfällen und 16.446.844 bestätigten Infektionsfällen (WHO 2020b). In Österreich verhielt sich die FPÖ, ebenso wie die restliche Opposition, zum Zeitpunkt des Ausbruchs der Pandemie zurückhaltend und sprach sich früh für eine Schließung der Grenzen aus. Nach der ersten Infektionswelle wurde Kritik ausgesprochen, dass die Maßnahmen der Regierung zu extrem, undemokratisch sowie ökonomisch desaströs gewesen seien. Zudem organisierte die FPÖ eine Demonstration gegen den "Corona Wahnsinn", bei welcher sich Teilnehmende gegen die Maßnahmen der Regierung und die "Einschränkung der Menschenrechte" aussprachen (Falkenbach und Greer 2020).

Durch die in *Kapitel 2.4* beschriebene Verharmlosung und Leugnung beider Krisen ist es wichtig, die Risikowahrnehmung sowie die Wahrnehmung der von der Regierung getroffenen Maßnahmen zu untersuchen, um Aussagen darüber zu treffen, wie sehr die jeweiligen Krisen die Bevölkerung sorgen und welche Maßnahmen bei welchen Bevölkerungsgruppen auf positive sowie negative Reaktionen treffen. Die vorliegende Arbeit soll dafür Ansatzpunkte liefern. Ziel ist es, die zwei Krisen konzeptionell zu vergleichen, Ähnlichkeiten und Unterschiede aufzuzeigen und einen Überblick über die öffentliche Wahrnehmung der jeweiligen Krisen sowie der Maßnahmen der Regierung zu schaffen.

3 Klimakrise und COVID-19 – Ein literaturbasierter Vergleich zweier globaler Krisen

In den folgenden Unterkapiteln werden die Klimakrise und die COVID-19 Pandemie anhand eines literaturbasierten Vergleichs gegenübergestellt. Dafür wird auf die direkten und indirekten Auswirkungen beider Krisen eingegangen, sowie Gemeinsamkeiten und Unterschiede ausgearbeitet. Des Weiteren werden Begrifflichkeiten zur Risikowahrnehmung erklärt und der Stand der Forschung zur Risikowahrnehmung sowie zur Wahrnehmung staatlicher Maßnahmen im Rahmen beider Krisen beschrieben.

3.1 Direkte Auswirkungen der COVID-19 Maßnahmen auf die Klimakrise

Sowohl die sozialen als auch die wirtschaftlichen Kontakte und Tätigkeiten wurden im März 2020 in Österreich massiv eingeschränkt, um die Ausbreitung des COVID-19 Virus einzudämmen. Diese Limitierungen führten zu einem starken Rückgang des Reiseverkehrs, des Handelsvolumens und auch zu einer Senkung des Produktionsniveaus. Durch die Maßnahmen der Regierung (siehe Kapitel 2.2.4) wird durch den damit verbundenen Emissionsrückgang die starke Abhängigkeit vieler wirtschaftlicher Aktivitäten von fossilen Energieträgern deutlich (Sommer et al. 2020). Durch die Einschränkung jener Aktivitäten wird die global emittierte Menge an Treibhausgasen voraussichtlich um rund acht Prozent geringer ausfallen als im Vorjahr (Sussmann und Rettinger 2020). Weiters wurde während des CO-VID-19 Lockdown Zeitraums der ersten Welle der stärkste Rückgang der Messgeschichte an anthropogen verursachten Vibrationen im Erdboden wahrgenommen (Lecocq et al. 2020). Laut einer Studie des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung kommt es in Österreich durch die COVID-19 Maßnahmen im Jahr 2020 zu einem Rückgang an CO₂ Emissionen von rund sieben Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Abbildung 5 zeigt den geschätzten Rückgang der Kohlenstoffdioxid Emissionen diverser österreichischer Wirtschaftsbranchen.

Voraussichtlicher Rückgang der CO₂ Emissionen diverser Branchen in Österreich 2020

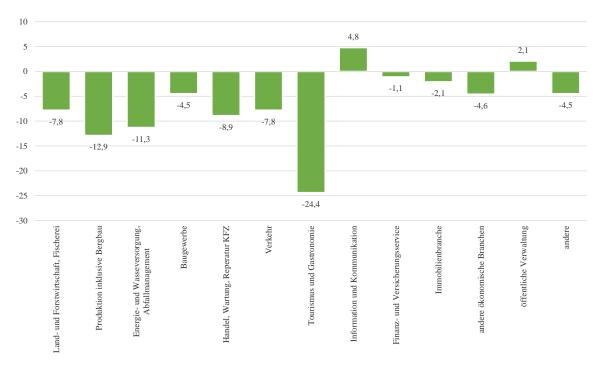


Abbildung 5: Voraussichtlicher Rückgang der CO₂ Emissionen österreichischer Branchen im Jahr 2020 (eigene Darstellung, Daten: WIFO 2020).

Deutlich zu sehen ist ein massiver Rückgang in der Tourismusbranche, sowie in der Produktion und im Bergbau. Ein Anstieg ist im Bereich Information und Kommunikation zu erkennen (WIFO 2020). Da die Luftqualität sensibel auf anthropogene Emissionen reagiert, konnten zudem durch den globalen Rückgang wirtschaftlicher Tätigkeiten um 40-50% rasch Verbesserungen in diversen Regionen beobachtet werden. Durch die massive Abnahme der Luftfahrt, welche global für rund ein bis zwei Prozent der Treibhausgasemissionen und für drei bis fünf Prozent der CO2-Emissionen verantwortlich ist, folgte ein kurzfristig starker Rückgang der globalen CO2-Emissionen. Weiters führte die Abnahme der Kondensstreifen zusammen mit geringerem Ausstoß an Treibhausgasen zu einer Abnahme der Lufttemperatur. In Österreich trug im Jahr 2018 der Verkehr mit 30%, an zweiter Stelle nach dem Energieund Industriesektor mit 36%, zu den Treibhausgasemissionen bei. Durch die COVID-19 Maßnahmen kam es zu einem deutlichen Rückgang des Verkehrs, was nicht nur zu geringeren Treibhausgasemissionen und einer niedrigeren Feinstaubbelastung führte, sondern auch zu einer starken Reduktion an Lärmverschmutzung beitrug. In Wien kam es zwischen dem 1.März und der ersten April Woche zu einer PKW- und LKW-Verkehrsreduktion von 50-52%. Ähnliche Vorkommnisse im Rest Europas führten zu einer Abnahme an NO₂ Emissionen und zu einem Rückgang der PM_{2,5} und PM₁₀ Belastung (Cheval et al. 2020).

Neben positiven Auswirkungen auf die Umwelt durch die COVID-19 Maßnahmen entstanden auch negative, beispielsweise die Zunahme nicht-recyclebaren Abfalls und Schwierigkeiten beim Erhalten und Überwachen natürlicher Ökosysteme (Cheval et al. 2020).

3.2 Indirekte Auswirkungen der COVID-19 Maßnahmen auf die Klimakrise

Potenzielle indirekte Folgen der COVID-19 Pandemie für die Klimakrise könnte die Verbesserung des Fokus auf das Wohlhaben und den Schutz der Bevölkerung sowie verbessertes Management zur Risikominimierung im Bereich Krisen sein. Möglich ist auch ein verändertes Sozialverhalten der Menschen sowie soziale und wirtschaftliche Änderungen mit positiven Umwelteinflüssen. Aus anthropogener Sicht ist es möglich, dass aus der COVID-19 Pandemie eine nachhaltigere Zukunft mit höherer sozioökonomischer Resilienz und kürzerer Lieferketten entsteht. Andererseits ist auch eine Entwicklung diverser Staaten mit dem Fokus auf schnelles Wirtschaftswachstum und weniger Rücksicht auf nachhaltige Aspekte denkbar (Cheval et al. 2020).

Obwohl durch den temporären Wirtschaftsstillstand die Emissionen im Jahr 2020 geringer ausfallen werden als die Jahre zuvor, müsste dieser Emissionsrückgang in den Folgejahren erhalten bleiben, um positive Effekte zu erzielen. Der größte indirekte Effekt der COVID-19 Pandemie auf die Klimakrise wird sich durch die Rettungspakete der Regierungen zeigen. Die Maßnahmen der Regierungen können sich sowohl als förderlich als auch als hinderlich für die Verminderung der Klimakrise erweisen. Grüne Finanzpakete können eine Entkoppelung der Wirtschaft von fossilen Energieträgern sowie das Ausgleichen sozialer Wohlstandsdisparitäten innerhalb der Bevölkerung, welche durch die Folgen der Pandemie mittelfristig sowie durch jene der Klimakrise langfristig verstärkt werden, bewirken. Der kurzfristige Rückgang der Treibhausgasemissionen durch Lockdown Maßnahmen wird auf Langzeitbasis keine Auswirkung haben, es sei denn daraus folgen tiefgehende langfristige soziale und institutionelle Veränderungen (Hepburn et al. 2020).

3.3 Gemeinsamkeiten der Klimakrise und der COVID-19 Pandemie

Obwohl es sich bei der Klimakrise und der COVID-19 Pandemie um unterschiedliche Problemtypen handelt (Ostheimer 2020), gehen beide Krisen mit Marktversagen, externen Effekten, internationaler Kooperation, komplexer Wissenschaft, Fragen der Systemstabilität, politischer Führung und Maßnahmen, die von der öffentlichen Hand abhängig sind, einher. Auch in der Klimakrise sind entscheidende, staatliche Eingriffe erforderlich, um das Klima zu stabilisieren und Energie- und Industriesysteme auf neue, saubere und bestenfalls günstigere Produktionsweisen mit Wettbewerbsvorteil umzustellen (Hepburn et al. 2020).

Komplexität der Problemstellung

Ob Regierungen strenge Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie oder der Klimakrise zur Verfügung stehen, hängt auch zum Teil von der öffentlichen Risikowahrnehmung ab. Dabei vertrauen Menschen oft auf eigene Erfahrungen und der Überlegung. Dadurch kann es zum Unterschätzen der Gefahren der COVID-19 Pandemie im frühen Stadium in Staaten mit wenig oder keiner Erfahrung im Umgang mit Pandemien kommen. Dies wiederrum führt zu geringer Akzeptanz staatlicher Maßnahmen und demnach einem langsamen Policy-Prozess (Klenert et al. 2020). Die komplizierten Zusammenhänge im Rahmen der Klimakrise und der nicht-linearen Beziehung der globalen Erwärmung und deren Folgen führen auch hier zum Unterschätzen des Risikos und der Dringlichkeit von Zielen wie der Limitierung der Erwärmung auf 1,5°C (Klenert et al. 2020). Weiters macht der deutliche größere zeitliche Rahmen der Klimakrise im Vergleich zur COVID-19 Pandemie das Aufschieben und Verdrängen der notwendigen Maßnahmen gegen die Klimakrise attraktiver (Jin 2020). Die COVID-19 Pandemie verlangte Reaktionen innerhalb weniger Wochen, die Klimakrise erscheint bezüglich der Reaktionsgeschwindigkeit weniger akut. Nichtsdestotrotz besteht wissenschaftlicher Konsens darin, dass dringender Handlungsbedarf zur Eindämmung der Klimakrise besteht (Rosenbloom und Markard 2020). Durch die lange Inkubationszeit, das Auftreten von Betroffenen mit asymptomatischen Beschwerden sowie die exponentielle Wachstumskurve der COVID-19 Verbreitung erschweren es der Bevölkerung und den Regierungen mit der Pandemie umzugehen. Auch die Klimakrise weist eine komplexe, wenn auch eine langsamere zeitliche Dimension auf. Klimamodelle mit Langzeitvorhersagen sind für Bürgerinnen und Bürger schwer nachzuvollziehen und werden von politischen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern weniger berücksichtigt, da für jene ein kurzfristiger Rahmen von Bedeutung ist. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler warnen seit langer Zeit vor anthropogen verursachten klimatischen Veränderungen und weisen auf die Notwendigkeit präventiver Maßnahmen hin. Ebenso wie im Fall des Aufkommens des COVID-19 Virus, bei welchem erste Warnsignale verschwiegen wurden, wurde auch im Fall der Klimakrise nicht rechtzeitig gehandelt. Die rasche Verbreitung des COVID-19 Virus führt zu einer Kettenreaktion und zu exponentiellem Wachstum. Es ist anzunehmen, dass sich klimatische Änderungen ähnlich verhalten. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sind sich einig, dass, sobald ein kritischer Temperaturschwellenwert erreicht ist, abrupte sowie irreversible Veränderungen auftreten werden. Weiters können großräumige klimatische Veränderungen neue Bedingungen hervorrufen und unumkehrbare Prozesse auslösen, beispielsweise Änderungen des polaren Jetstreams, Veränderungen des pH-Wertes oder Salzgehalt des Meeres oder das Schmelzen von Permafrost (Manzanedo und Manning 2020).

Verstärkung sozialer Ungerechtigkeiten

Wie auch die Klimakrise (siehe Kapitel 2.3.1) wirkt sich die COVID-19 Pandemie unterschiedlich auf diverse Staaten und soziale Bevölkerungsgruppen aus. So bringt eine COVID-19 Infektion für ältere sowie Menschen mit bestimmten Vorerkrankungen ein weitaus höheres Risiko eines schweren Krankheitsverlaufs mit sich als für jüngere und gesunde. Weiters spielt das jeweilige Gesundheitssystem eines Staates im Hinblick auf die Mortalitätsrate und Ausbreitung des Virus eine tragende Rolle. Hierfür sind die Ausstattung an ökonomischen Ressourcen, soziale Stabilität und die Infrastrukturqualität treibende Faktoren. Jene Staaten tragen ein sowohl höheres kurzfristiges als auch langfristiges Risiko, da die Wirtschaft weiter geschwächt wird und so zwischenstaatliche ökonomische Ungleichheiten verstärkt werden. Auch die Klimakrise verhält sich diesbezüglich ähnlich, da wohlhabendere Staaten in Präventions-, Adaptions- und Mitigationsmaßnahmen investieren können, während wirtschaftsschwächere Staaten, ohne eine global koordinierte Antwort auf die Klimakrise, am stärksten unter den negativen Folgen leiden. Auch innerhalb eines Staates beeinflussen globale Krisen die Bevölkerung nicht im gleichen Maße. Menschen mit geringem Einkommen sowie unterrepräsentierte Minderheiten leiden am meisten unter Maßnahmen wie einem Lockdown und es kommt zu einer zusätzlichen Belastung durch erhöhte Arbeitslosigkeit sowie unerwartete medizinischen Ausgaben. Obwohl sich die Globale Erwärmung über den gesamten Globus erstreckt, treten Extremwetterereignisse räumlich ungleich auf. Dadurch entstehen auch im Rahmen der Klimakrise lokale, regionale und soziale Ungerechtigkeiten (siehe auch Kapitel 2.3.1) (Manzanedo und Manning 2020).

Globale Dimension der Krisen

Sowohl die Klimakrise als auch die COVID-19 Pandemie weisen sich als existenzielle Herausforderungen, welche sich nicht an Staatsgrenzen halten und die globale Bevölkerung betreffen. Nach der Verbreitung des Virus war die Frage nicht ob, sondern wann das Virus die jeweiligen Staaten treffen werde. Dasselbe lässt sich für Auswirkungen der Klimakrise behaupten: seien es Dürreereignisse in Kalifornien, Waldbrände in Australien, fortschreitende Desertifikation in Asien, der Rückzug der Gletscher aus den Alpen oder das Schmelzen der Polarkappen (Manzanedo und Manning 2020).

Mitigation ist günstiger als Schadensbegrenzung

Einige Staaten haben erst auf den COVID-19 Ausbruch reagiert, als das Virus die Großstädte betroffen hat und Intensivstationen kollabiert sind. Zu diesem Zeitpunkt wurde vielen das Ausmaß der Pandemie bewusst, in mancher Hinsicht wies sich das als zu spät. Vor allem durch "social distancing" Maßnahmen wäre es eventuell möglich gewesen, den Ausbruch zumindest zu verlangsamen, um Krankenhäu-

ser und medizinisches Personal besser auf die Pandemie vorzubereiten. Simultan dazu gibt es zahllose Maßnahmen, die das Voranschreiten der Klimakrise verlangsamen hätten können.

Prävention weist sich im Rahmen beider Krisen günstiger als Schadensbegrenzung. Häufig wird erfolgreiche Prävention jedoch als Verschwendung der verfügbaren Mittel gesehen, sobald das Risiko abgewandt wurde. Jenes Verhalten war bereits beim SARS Ausbruch 2003 zu beobachten und wiederholte sich im Zuge der COVID-19 Krise. So führten frühe Lockdown-Maßnahmen in Deutschland beispielsweise zu einem großen Anti-Lockdown-Movement, da Teile der Bevölkerung das Risiko nicht erkannten (Manzanedo und Manning 2020).

Skeptizismus und Leugnung

Unter anderem deshalb ist eine weitere Gemeinsamkeit beider Krisen hervorzuheben: Wissenschaft und wissenschaftliche Fakten sind essenziell. Leugnen und Ignorieren verhindern die Konsequenzen globaler Krisen nicht (Jin 2020). Sowohl Bildungseinrichtungen als auch Medien vermitteln häufig das Bild, dass Wissenschaft aus unwiderruflichen Fakten besteht, statt aus der Sammlung von evidenzbasierten Beweisen um Hypothesen in einem Umfeld inhärenter Unsicherheiten welche es zu verifizieren oder falsifizieren gilt. Dies führt zu Zweifel, wenn neue wissenschaftliche Erkenntnisse veröffentlicht werden oder Expertinnen und Experten einander widersprechen. Demnach werden Veränderungen epidemiologischer oder klimatischer Prognosen als Versagen oder Inkompetenz der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und nicht als gängiger wissenschaftlicher Prozess, angesehen. Dadurch wird Misstrauen der Wissenschaft verstärkt und ein Grundstein für Verschwörungsideologien geboten (Klenert et al. 2020).

Dringlichkeit medizinischer und technischer Innovationen sowie wissenschaftliche Kooperation

Weiters wird durch die COVID-19 Pandemie die Bedeutung von medizinischer und technischer Innovation deutlich - sowohl zur Diagnostik und Behandlung infektiöser Krankheiten als auch zur Modellierung von Klimatrends, der Entwicklung von erneuerbaren Energien oder energiesparender Technologien (Jin 2020). Zudem spielt in beiden Krisen die globale Zusammenarbeit, sowohl wissenschaftlich als auch gesellschaftlich, eine tragende Rolle. Bezüglich des weltweiten Datenzugangs lässt sich die COVID-19 Pandemie als Vorreiter nennen. Die genetische Sequenz des Virus wurde bereits im Jänner 2020 von chinesischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern veröffentlicht und Forschungsarbeiten wurden zugänglich gemacht bevor sie offiziell publiziert wurden, um Folgeforschungen umgehend zu ermöglichen. Durch die Kollaboration im Rahmen des IPCC kommt es im Zuge der Klimakrise ebenfalls zur globalen Zusammenarbeit diverser Forscherinnen und Forscher (Jin 2020).

Verpasste politische Chancen

Bereits nach der Weltwirtschaftskrise 2008 zeigte sich, dass politische Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger dazu tendieren den Fokus auf die Stabilisierung etablierter Industrien und Technologien setzen, statt die Gelegenheit zur nachhaltigen Transformation zu nutzen. Im Zuge der CO-

VID-19 Pandemie hat die US-Regierung umweltrechtliche Regulierungen geschwächt und tendiert zur Förderung fossiler Rohstoffe, um die wirtschaftlichen Folgen abzuschwächen. In Deutschland veröffentlichte der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung einen 110-seitigen Bericht über die Coronavirus-Krise ohne Klimawandel, die Klimakrise oder nachhaltige Entwicklung zu erwähnen (Rosenbloom und Markard 2020).

Die zwei globalen Krisen unterscheiden sich jedoch in diversen Punkten deutlich: in der Zeitstruktur, der Wahrnehmbarkeit, der Emotionalisierung sowie der Kausalzusammenhänge und im Hinblick auf die beteiligten Akteure sowie deren Handlungsmöglichkeiten (Ostheimer 2020). Die COVID-19 Pandemie trat rapide auf, ebenso die Reaktionen auf jene (Manzanedo und Manning 2020). Es handelt sich um ein akutes Problem, mit einem klaren Ende durch Herdenimmunität voraussichtlich binnen weniger Jahre oder der Entwicklung eines Impfstoffes (Ostheimer 2020). Die Klimakrise hingegen weist einen deutlich größeren zeitlichen Rahmen auf, die Veränderungen erfolgen mit Verzögerungen und sprunghaften Beschleunigungen ohne Ende in Sicht (Ostheimer 2020). Weiters wird es keine einzelne Lösung, die so effektiv und sicher, wie ein wirksamer Impfstoff wäre, geben. Obwohl globale Variationen im Infektionsmuster des Coronavirus bestehen, betrifft die Pandemie synchron die gesamte Bevölkerung. Negative Effekte klimatischer Veränderungen variieren massiv in Frequenz, Intensität und Timing. Zudem ist die Ursache-Wirkungs-Beziehung individueller Handlungen im Zuge der Klimakrise weitaus komplexer und indirekter als im Rahmen der COVID-19 Pandemie (Manzanedo und Manning 2020) und durch fehlende Monokausalität findet in der gesellschaftlichen Kommunikation eher eine Verharmlosung statt (Ostheimer 2020). Die COVID-19 Pandemie und ihre Folgen ist für die Bevölkerung sichtbar, Fallzahlen und Entwicklungen weisen hohe Präsenz in den Medien auf. Die Klimakrise hingegen muss in ihrer Bedrohlichkeit vermittelt und veranschaulich werden, um nicht aus dem Bewusstsein der Bevölkerung zu schwinden, da der Informationsfluss nicht so gebündelt erfolgt wie im Rahmen der Pandemie. Weiters werden Symbole der Pandemie, wie das Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes, in den Alltag integriert, Symbole der Klimakrise, beispielsweise Greta Thunberg als Gesicht der FFF¹-Bewegung, können im täglichen Geschehen leichter ausgeblendet werden (Ostheimer 2020).

_

¹ Fridays For Future

3.4 Risikowahrnehmung von Krisen

Kapitel 3.1 bis 3.3 haben sich mit den Wechselwirkungen, Gemeinsamkeiten und Unterschieden der Klimakrise sowie der COVID-19 Pandemie beschäftigt. Im Folgenden wird auf die Risikowahrnehmung und die Umsetzung staatlicher Maßnahmen eingegangen. Um Krisen einzudämmen, müssen staatliche Maßnahmen getroffen werden. Dafür ist es maßgeblich, die Faktoren der Risikowahrnehmung zu verstehen, da sich jene als wichtiger Schlüsselfaktor für die erfolgreiche Umsetzung von Maßnahmen erweist (Van der Linden 2014).

3.4.1 Terminologie Risiko und Risikowahrnehmung

Ein Risiko geht mit der problematischen Bewertung durch Vergleichen von Wahrscheinlichkeiten darüber, ob ein Ereignis ernsthafte, negative Folgen mit sich trägt, einher. Folgende Faktoren können zur gesteigerten oder verminderten Angst vor dem jeweiligen Risiko beitragen: Freiwilligkeit, Wissen, Sichtbarkeit und Vertrauen. Bei Risiken die freiwillig eingegangen werden, beispielsweise beim Rauchen, ist die Risikowahrnehmung meist geringer. Weiters wird das Risiko von Gefahren, die ungewiss und sichtbar sind, meist höher eingeschätzt. Auch das Vertrauen in die verantwortlichen Institutionen beeinflusst, wie Risiken wahrgenommen werden (Cori et al. 2020). Hadler und Kraemer bestätigen den Einfluss der Unbekanntheit und Furcht als maßgebliche Faktoren der Risikowahrnehmung und nennen zudem die Reichweite des Risikos, wie viele Menschen betroffen sind, als einflussgebend (Hadler und Kraemer 2014).

Um die Risikokommunikation durch Entscheidungstragende zu verbessern, ist es wesentlich, sich den Dimensionen der Risikowahrnehmung der Menschen bewusst zu sein (Paek 2017). Der Term der Risikowahrnehmung beschreibt den Prozess des Erkennens und Interpretierens von Signalen diverser Quellen bezüglich unsicherer Ereignisse, und infolgedessen auf das Formen einer subjektiven Wertung hinsichtlich der Wahrscheinlichkeit und des Schweregrads der dadurch auftretenden gegenwärtigen oder zukünftigen Schäden (Bradley et al. 2020). Risikowahrnehmung stellt die Form eines Bewältigungsmechanismus, um mit bekannten und unbekannten Gefahren umzugehen, dar (You und Ju 2019) und beschreibt die subjektive Wahrnehmung (Van der Linden 2017). Zu Beginn der Forschung zur Risikowahrnehmung lag der Fokus auf kognitiven Urteilen sowie auf der Wissensbasis der Menschen. Grundlage für jene Annahme stellt die Theorie der rationalen Entscheidung dar, im Rahmen welcher davon ausgegangen wird, dass Menschen mögliche Folgen evaluieren, nachdem der potenzielle Nutzen sowie die potenziellen Kosten kalkuliert wurden. Jenes Verhalten beschreibt jedoch die Herangehensweise von Experten, nicht von Laien. Jene tendieren zur Nutzung von informellen gedanklichen Prozessen. So wird die Wahrscheinlichkeit des Eintretens eines gewissen Risikos als höher eingeschätzt als es tatsächlich ist, wenn man sich jenem Risiko bewusst ist. Auch individuelle Charaktereigenschaften, beispielsweise Optimismus, beeinflussen das Maß der Risikowahrnehmung. Demnach wurde deutlich, dass Emotionen eine tragende Rolle in der Risikowahrnehmung spielen (Paek 2017).

Die drei gängigsten Theorien zur Risikowahrnehmung stellen das affektive Modell, das kognitive Modell sowie das Modell der dualen Prozesse dar. Erstgenanntes beschreibt Affekt als Prozess der Informationsverarbeitung. Hierbei wird affektive Wahrnehmung als rasche, assoziative und automatisierte Reaktion bezeichnet, welche bewusste oder unbewusste, positive oder negative Emotionen eines spezifischen Stimulus gegenüber bewirkt. Demnach beeinflussen persönliche Erfahrungen die affektive Wahrnehmung. Die affektive Bewertung von Risiken wird als evolutionär bedingte Informationsverarbeitung, besonders im Rahmen komplexer Risikoobjekte, beschrieben. Dem Model zufolge lösen negative Erfahrungen einen negativen Affekt aus was wiederrum zur höheren Risikowahrnehmung führt. Dem kognitiven Modell zufolge nimmt Affekt eine post-kognitive Rolle ein. Auf persönliche Erfahrung folgt eine Veränderung der Risikowahrnehmung was zu einer Veränderung der affektiven Wahrnehmung führt. Im Rahmen des Modells der dualen Prozesse werden Kognition und Affektivität wechselwirkend beschrieben. Laut Van der Lindens widmen sich Studien vermehrt jenem Modell (Van der Linden 2014).

Die Risikowahrnehmung ist eine mentale Konstruktion und die menschliche Auffassung ist einzigartig darin, dass zwischen der objektiven Gefahr und der subjektiven Evaluierung jener unterschieden wird. Durch diesen dualen Prozess fassen Menschen Risiken in zwei fundamental unterschiedlichen Weisen auf: analytisch und experimentell. Auch wenn jene Auffassungsweisen meist als separate Denkweisen beschrieben werden, arbeiten sie häufig parallel. Risikowahrnehmung geht mit dem sozialen, kulturellen, und politischen Kontext der jeweiligen Individuen einher. Daher hängt der Umgang mit Risiken nicht ausschließlich von individueller Kognition und Emotion, sondern auch von tiefgehenden Weltansichten und Wertvorstellungen der Gesellschaft sowie deren struktureller Organisation ab (Van der Linden 2017). Laut Shao und Hao tendieren ethnischen Minderheiten und Frauen eher zu höherer Risikowahrnehmung als weiße Männer. Jener "white man"- Effekt ist auf soziopolitische Gründe zurückzuführen. Beispielsweise weisen Afroamerikanerinnen und Afroamerikaner sowie Hispanoamerikanerinnen und Hispanoamerikaner eine höhere Risikowahrnehmung bezüglich der globalen Erderwärmung auf als weiße Amerikanerinnen und Amerikaner. Zurückführen lässt sich das auf die höhere Gefährdung jener Ethnien durch negative Umwelteinflüsse, da sie häufig weniger wohlhabend sind. Die geschlechtlichen Disparitäten der Risikowahrnehmung können auf ursprüngliche biologische Ursachen zurückzuführen sein sowie dadurch, dass Frauen, auch heute noch, häufiger für die Betreuung anderer Menschen zuständig sind als Männer (Shao und Hao 2020).

3.4.2 Risikowahrnehmung in der Klimakrise

Im Rahmen der Klimakrise werden alle drei Modelle der Risikowahrnehmung (siehe Kapitel 3.4.1) bestätigt. Um eine negative Affektivität zu entwickeln zeigt sich, dass Individuen vorab kognitive, persönlich Erfahrungen mit Extremwetterereignissen mit der Klimakrise in Verbindung bringen müssen. Demnach unterstützt die persönliche Erfahrung die Risikowahrnehmung. Daher hängen die Risikowahrnehmung sowie die Interpretation jener von persönlichen Erfahrungen und individueller Rele-

vanz ab. Dennoch trägt auch Affektivität zur Risikowahrnehmung im Rahmen der Klimakrise bei. Daher sei es laut Van der Lindens wahrscheinlich, dass Extremwetterereignisse biologische, affektive Reaktionen hervorrufen. Dabei ist zu beachten, dass jene bewusst in Zusammenhang mit der Klimakrise gebracht werden müssen, um die Risikowahrnehmung zu erhöhen. Besteht jene bewusste Verbindung, können negative, affektive Reaktionen einen gravierenden Faktor bei der Risikowahrnehmung darstellen. Persönliche Erfahrung mit Extremwetterereignissen erhöht die Risikowahrnehmung, was die affektive Wahrnehmung beeinflusst und negative, affektive Reaktionen erhöhen wiederrum die Risikowahrnehmung der Klimakrise. Demnach kann im Rahmen der Klimakrise auch das Modell der dualen Prozesse einen Teil zur Erklärung zu Risikowahrnehmung beitragen (Van der Linden 2014). Im Zuge der kognitiven Einflüsse zur Risikowahrnehmung werden im Rahmen der Klimakrise drei Wissensbereiche unterschieden: Die Ursachen und Mechanismen, welche die Klimakrise auslösen, die Auswirkungen und Konsequenzen der klimatischen Veränderungen sowie welche möglichen Lösungen umgesetzt werden könnten. Jenes Wissen ist notwendig, aber nicht ausreichend, um das Besorgnis der Bevölkerung zu erklären (Ming Lee et al. 2015). Auch Ming Lee et al. bestätigen die von Van der Linden vorgestellten Modelle und merken an, dass Affektivität sowie Emotionalität maßgeblich zur Risikowahrnehmung beitragen (Ming Lee et al. 2015). Durch die starke Emotionalisierung werden dadurch Terrorismus, Gesundheitsrisiken sowie wirtschaftliche Aspekte häufig als dringendere Anliegen als die Eindämmung der Klimakrise eingestuft. Jenes geringe Gefühl der Dringlichkeit liegt am abstrakten, statistischen Charakter des Sachverhalts sowie am langfristigen Zeitrahmen der negativen Auswirkungen (Van der Linden 2017). Weiters besteht laut Shao und Hao ein positiver Zusammenhang zwischen Bildung und Einkommen zu Umwelt- und Klimabewusstsein. Jene Kausalität lässt sich auf die menschliche Bedürfnishierarchie zurückführen, welche besagt, dass Luxusgüter, beispielsweise Selbstverwirklichung, Kunst oder Umweltqualität, nachrangig hinter Nahrung, Unterkunft und ökonomischer Stabilität stehen (Shao und Hao 2020). Duijndam und Van Beukering betonen zudem, dass das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf sowie die Arbeitslosenquote bedeutende Faktoren zur Risikowahrnehmung darstellen (Duijndam und Van Beukering 2020). Die wissenschaftliche Beweislage, ob soziodemographische Faktoren direkte, signifikante Effekte bei der Risikowahrnehmung der Klimakrise erzielen, weist eine starke Varianz auf. Dennoch zeigen jüngere Menschen, Frauen, Personen mit einem höheren Bildungsgrad, politisch liberale Menschen sowie ethnische Minderheiten üblicherweise eine höhere Besorgnis über die Klimakrise (Van der Linden 2017).

3.4.3 Risikowahrnehmung in der COVID-19 Pandemie

Die Bevölkerung hat wenig bis keine Erfahrung im Umgang mit Pandemien und der volle Umfang des COVID-19 Ausbruchs bleibt bis zum Zeitpunkt der Verfassung der Arbeit offen. Ein wirksames Management neuer epidemischer Infektionsrisiken in der Phase, in der noch keine Behandlung oder Impfung möglich ist, hängt weitgehend vom Vorsorgeverhalten der Bevölkerung ab (Shao und Hao 2020). Demnach gilt es im Rahmen der COVID-19 ebenso wie im Rahmen der Klimakrise, die Faktoren der

Risikowahrnehmung zu definieren. Auch in dieser Krise tragen Erfahrungen maßgeblich zur Risikowahrnehmung bei (Dryhust et al. 2020). Weiters ist laut Shao und Hao anzunehmen, dass die Risikowahrnehmung positiv mit einem sinkenden Einkommen sowie mit steigendem Alter korreliert (Shao und Hao 2020). Ebenso tragen individualistische Weltanschauungen, starkes Vertrauen in die Regierung sowie eine konservative Regierung negativ zur Risikowahrnehmung der Bevölkerung bei (Dryhust et al. 2020).

Zusammenfassend lässt sich aus der Literatur erkennen, dass die Risikowahrnehmung sowohl zur Klimakrise als auch zur COVID-19 Pandemie unter anderen von Erfahrungswerten sowie soziodemographischen Faktoren, vor allem Einkommen und Alter, abhängt. Zudem tragen Weltanschauungen sowie die politische Einstellung zur Wahrnehmung beider Krisen bei.

Da sowohl im Rahmen der Klimakrise als auch hinsichtlich der COVID-19 Pandemie (Van der Linden 2017; Shao und Hao 2020) die Risikowahrnehmung vom Alter der Betroffenen abhängt, lässt sich aus der Literatur die folgende Hypothese H1 ableiten: "Die Risikowahrnehmung älterer Personen ist in Österreich im Rahmen der Klimakrise geringer und in Hinblick auf die COVID-19 Pandemie höher". Weiters zeigt sich laut Van der Linden 2017 ein Zusammenhang zwischen Bildung und Risikowahrnehmung. Daher wird in der vorliegenden Arbeit die Hypothese H2 "Die Risikowahrnehmung beider Krisen sinkt in Österreich mit niedrigerem Bildungsgrad" geprüft. Nach Van der Linden 2017 sowie Dryhust et al. 2020 beeinflusst die politische Orientierung die Risikowahrnehmung beider Krisen. Demzufolge wird im Rahmen der Hypothese H3 "Die Risikowahrnehmung ist bei politisch rechts orientierten Personen in Österreich im Rahmen beider Krisen niedriger als bei Personen mit linker politischer Orientierung" jener Zusammenhang überprüft.

3.5 Staatliche Maßnahmen zur Kriseneindämmung

Neben der Untersuchung soziodemographischer und weiterer Faktoren als Einfluss auf die Risikowahrnehmung ist ein weiteres Ziel der vorliegenden Arbeit, einen Blick auf die Wahrnehmung der staatlichen Maßnahmen zur Krisenbekämpfung zu werfen. Risikowahrnehmung erweist sich als wichtiger Schlüsselfaktor für die erfolgreiche Umsetzung von Maßnahmen zur Eindämmung der Klimakrise (Van der Linden 2014). Laut Zhu et al. steigert eine hohe Risikowahrnehmung die Akzeptanz staatlicher Maßnahmen (Zhu et al. 2019). Regierungsmaßnahmen sollten darauf abzielen, Konflikte proaktiv zu lösen. Wenn Unsicherheiten bestehen, beispielsweise in der Klimakrise, sind Maßnahmen, welche Verbesserungen zu geringen Kosten bieten, unabhängig davon, wie sich das zukünftige Klima entwickeln wird, besonders attraktiv. Generell lässt sich zwischen harten und weichen politischen Instrumenten unterscheiden. Harte oder verbindliche Instrumente stellen beispielsweise Gesetze, Verordnungen, Gebühren, Steuern oder Genehmigungen dar, während zu weichen oder freiwilligen Instrumenten unter anderem freiwillige Abkommen und Förderungen zählen (Clar und Steurer 2019).

Klimapolitische Maßnahmen umfassen in Österreich gesetzliche Anforderungen, ökonomische Instrumente, vor allem Förderungen, Kampagnen zur Bewusstseinsbildung durch verschiedene Akteurinnen und Akteure auf Bundes-, Landes-, und Regionalebene. Da durch den Föderalismus Österreichs Entscheidungsträgerinnen und -träger auf verschiedenen Ebenen klimapolitische Maßnahmen treffen, merken Kettner-Max und Kletzan-Slamanig an, dass ein stärkerer institutioneller Rahmen für die Klimapolitik die Importanz der Thematik in den diversen Ebenen erhöhen könnte. Weiters sei eine integrierte, langfristige Klima- und Energiestrategie notwendig, um konkrete Maßnahmen zur Erreichung klimapolitischer Mitigationsziele zu erarbeiten (Kettner-Max und Kletzan-Slamanig 2018).

In turbulenten Situationen wie dem Ausbruch der COVID-19 Pandemie, sind Voraussicht, Schutz und Resilienz nicht ausreichend für eine erfolgreiche Maßnahmengestaltung. Der öffentliche Sektor bedarf einer robusten Strategie, die auf kreative und agile öffentliche Organisationen trifft, um sich an die Krise mit ihren disruptiven Problemstellungen durch die Bildung von Netzwerken und Partnerschaften mit dem Privatsektor sowie der Zivilbevölkerung anzupassen. Als robuste Governance-Strategie gilt hierbei, die Fähigkeit der Entscheidungstragenden die öffentliche Agenda, Funktion sowie den Wert angesichts der Herausforderung und des Stresses durch flexible Adaption, agiler Modifikation und pragmatischer Neuausrichtung von Governance-Lösungen aufrechtzuerhalten oder zu verwirklichen. Um jene Anforderungen zu erfüllen, kann es zu Veränderungen innerhalb der politischen und administrativen Organisation, der Regulierungsprozesse oder der politischen Instrumente kommen, um mit den Herausforderungen der Krise umzugehen. Im Hinblick auf die COVID-19 Pandemie zeigen sich die folgenden sechs Strategien als vielversprechend: Skalierbarkeit, Prototyping, Modularisierung, begrenzte Autonomie, Bricolage und strategische Polyvalenz (siehe Tabelle 1) (Ansell et al. 2020).

Tabelle 1: Übersicht der Möglichkeiten zur Bildung robuster Strategien im Rahmen der COVID-19 Pandemie (Ansell et al. 2020).

Skalierbarkeit	Flexible Mobilisierung und Demobilisierung von sektorübergreifenden Ressourcen,	
	um den sich ändernden Anforderungen gerecht zu werden (beispielsweise das Aus-	
	helfen pensionierter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Gesundheitssektors auf	
	freiwilliger Basis)	
Prototyping	neue, anpassungsfähige Lösungen durch iterative Testrunden, Überarbeitungen und	
	raschem Feedback (Maßnahmen zur Eindämmung der Verbreitung des Virus wur-	
	den ausprobiert, evaluiert und angepasst)	
Modularisierung	modularisierte Lösungsansätze, welche flexibel angewandt werden können	
	 Testungen, Contact Tracing, Quarantänemaßnahmen 	
	 Lockdown und social distancing 	
	 Finanzielle Wirtschaftspakete 	
	Intensivpflege	

	 Schrittweise Öffnung der gesellschaftlichen Tätigkeiten
	•
begrenzte Auto-	Einbeziehen lokaler und regionaler Entscheidungstragenden, um Eigenverantwor-
nomie	tung und strategisches Engagement für die Gesamtstrategie zu schaffen
Bricolage	Flexible Nutzung und Kombination verfügbarer Ideen und Ressourcen, um effekti-
	ve Lösungen zu erarbeiten (beispielsweise das Nutzen der Handelsbeziehungen
	großer Unternehmen beim Knappwerden von MNS und anderen Schutzmaßnah-
	men oder die Nutzung medialer Optionen, um den Kulturbetrieb aufrechtzuhalten)
strategische	Bewusstes Entwerfen von Lösungen, die neue Richtungen einschlagen und neuen
Polyvalenz	Zwecken dienen, abhängig von Situationsanalysen, Anforderungen, Hindernissen
	und sich abzeichnenden Chancen (beispielsweise fortwährende Testungen auf eine
	Infektion, jedoch zu unterschiedlichen Zwecken, wie Contact Tracing, Sicherheit
	am Arbeitsplatz oder dem Screening der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Ge-
	sundheitswesen)

Um für die Bevölkerung greifbare Maßnahmen zu konstruieren spielen Plausibilität und Glaubwürdigkeit eine wichtige Rolle. Letztere hängt jedoch auch davon ab, inwieweit jene zum Weltbild passt und ob die Information als integer eingeschätzt wird. Der Mensch tendiert dazu, den Wahrheitsgehalt diverser Aussagen, welche nicht durch direkte Erfahrungswerte bestätigt werden können, auf deren Plausibilität zu prüfen. Besonders komplexe Probleme müssen durch Plausibilität und Vertrauen in Personen sowie Institutionen bestätigt werden. Laut Renn besteht Plausibilität aus drei Faktoren: formaler Konsistenz, narrativer Stimmigkeit und Nachvollzug aus der Alltagserfahrung. Ersteres legt fest, dass Aussagen sich nicht widersprechen dürfen und den anerkannten Regeln der Logik folgen. Narrative Stimmigkeit beschreibt Renn als "unsichtbare Skripte", die archetypische Erzählmuster wiederspiegeln. Weiters bewirken drei Mechanismen Plausibilität bei Empfängerinnen und Empfängern von Informationen: der Grad, zu dem die Information eine einfache Erklärung bietet, die Bezugnahme auf mehrere Quellen, die aus subjektiver Sicht glaubwürdig sind, sowie die Vermeidung von hypothetischen oder vagen Argumentationssträngen. Da der Mensch auf Informationen von Experten, die selbst nicht nachgeprüft werden können, angewiesen ist, entstehen gewisse Mechanismen der Orientierungssuche. Die fünf folgenden sind für die Thematik der Wahrnehmung von Information zu beachten: Verfügbarkeit, Gedankenanker, Repräsentationsschluss, Bestätigungseffekt und Affekt-Heurismus (siehe Tabelle 2) (Renn 2019).

Tabelle 2: Mechanismen der Orientierungssuche bei der Wahrnehmung von Informationen (Renn 2019).

Verfügbarkeit	Mentale Verfügbarkeit der Information
Gedankenanker	Anknüpfungspunkte an im Gedächtnis verankerte
	Assoziationen

Repräsentationsschluss	Gedankliche Prozesse, aus Einzelbeobachtungen	
	Schlüsse auf die Gesamtheit zu ziehen	
Bestätigungseffekt	Bestätigung bereits vorhandener Überzeugungen	
Affekt-Heurismus	Emotionale Anknüpfungspunkte mit der Informa-	
	tion	

Gerade bei Umwelt- und Gesundheitsrisiken spielt zudem der Begriff der kognitiven Dissonanz eine große Rolle. Jene tritt auf, wenn wir mit Erfahrungen oder Informationen konfrontiert werden, die unsere Überzeugungen infrage stellen. Statt dissonanten Informationen auf den Grund zu gehen tendiert der Mensch dazu, Ausweichungsmanöver zu entwickeln, beispielsweise Ignorieren, Abwehr, Unterstützung der jeweiligen vorgefassten Position oder Einstellung und Relativierung der Glaubwürdigkeit der Quelle der dissonanten Information. Um eine Informationsquelle als glaubwürdig einzustufen müssen folgende Kriterien erfüllt werden: die wahrgenommene Kompetenz, Unvoreingenommenheit, Fairness, Geradlinigkeit, Aufrichtigkeit, Empathie und Engagement (Renn 2019).

Wie oben beschrieben beeinflusst die Risikowahrnehmung die Akzeptanz staatlicher Maßnahme (zum Beispiel Van der Linden 2014; Brug et al. 2019; Zhu et al. 2019). Daher wird in der vorliegenden Arbeit die Hypothese **H4** "Die Akzeptanz der Maßnahmen ist höher, wenn die Risikowahrnehmung höher ist" überprüft. Da die Klimakrise und die COVID-19 Pandemie Gemeinsamkeiten vorweisen (siehe Kapitel 3.3), wird zudem die Hypothese **H5** "Die Klimakrise und die COVID-19 Pandemie zeigen einen ähnlichen Verlauf hinsichtlich der Wahrnehmung der Bevölkerung mit unterschiedlichem zeitlichem Rahmen" überprüft.

Zusammenfassend wurden die folgenden Hypothesen H1-H5 aufgestellt:

- **H1**: Die Risikowahrnehmung älterer Personen ist in Österreich im Rahmen der Klimakrise geringer und in Hinblick auf die COVID-19 Pandemie höher.
- **H2**: Die Risikowahrnehmung beider Krisen sinkt in Österreich mit niedrigerem Bildungsgrad.
- **H3**: Die Risikowahrnehmung ist bei politisch rechts orientierten Personen in Österreich im Rahmen beider Krisen niedriger als bei Personen mit linker politischer Orientierung.
- **H4**: Die Akzeptanz der Maβnahmen ist höher, wenn die Risikowahrnehmung höher ist.
- H5: Die Klimakrise und die COVID-19 Pandemie zeigen einen ähnlichen Verlauf hinsichtlich der Wahrnehmung der Bevölkerung mit unterschiedlichem zeitlichem Rahmen.

3.6 Vorangegangene Studien

Laut einer repräsentativen Umfrage des Dachverbands Erneuerbarer Energie Österreich und des Klimavolksbegehrens im Dezember 2019 erwiesen sich zwei Drittel der österreichischen Bevölkerung mit der aktuellen Klima- und Energiepolitik, vor allem die Altersgruppe unter 30 Jahren, unzufrieden. Am unzufriedensten wiesen sich Burgenländerinnen und Burgenländer sowie Wienerinnen und Wiener (EEÖ 2019).

Weiters ermittelte AGES in den Jahren 2017-2019 im Rahmen des jährlichen Risikobarometers die Risikowahrnehmung der Teilnehmenden hinsichtlich der Klimakrise. Befragt wurden 2017 1.018 Menschen, 2018 611 sowie 603 Personen im Jahr 2019, jeweils als repräsentative Verteilung der österreichischen Bevölkerung (AGES s.a.). Wie in *Abbildung 6* zu sehen weist die Risikowahrnehmung laut AGES einen leicht steigenden Trend auf, mit einer höheren Gefahreneinschätzung der Frauen.

Risikowahrnehmung der Befragten 2017-2019 90 80 70 60 50 40 30 20 10 2017 2018 2019 Frauen Männer

Abbildung 6: Einstufung von Risiken, nach Geschlecht, Angaben in Prozent 2017, 2018 und 2019 (AGES 2017; AGES 2018 und AGES 2019).

Das Magazin Kommunal, eine überparteiliche Fachzeitschrift, führte im März 2020 eine Umfrage mit über 600 Teilnehmerinnen und Teilnehmer durch. Rund 80 Prozent der Befragten zeigten sich mit der Arbeit der Bundesregierung im Rahmen der Maßnahmensetzung zur Eindämmung der COVID-19 Pandemie sehr zufrieden oder zufrieden, mit der Landesregierung 60 Prozent. Den Teilnehmerinnen und Teilnehmern fehlte es vor allem an klaren Anweisungen zur Umsetzung der beschlossenen Auflagen, an einem besseren Informationsfluss zwischen Bund, Ländern und Kommunen sowie an mehr finanzieller Unterstützung. Bei der Zufriedenheit mit der Arbeit der Gemeinde zeigten sich deutlich weniger Bürgerinnen und Bürger zufrieden, rund 47% gaben an sehr zufrieden oder zufrieden zu sein (KOMMUNAL 2020). Weiters zeigte eine Umfrage der WU Wien im April, dass die 1798 befragten in Österreich lebenden Menschen größtenteils zufrieden mit den Maßnahmen der Regierung zur Eindämmung der COVID-19 Pandemie waren. Am zufriedensten wiesen sich die Befragten mit dem Umgang mit der von Regierung und Arbeitgeberinnen sowie Arbeitgebern gesetzten Maßnahmen zur

Krisenbewältigung, am unzufriedensten mit der Befolgung der Maßnahmen durch Nachbarn und andere Bürgerinnen und Bürger sowie mit der Berichterstattung der österreichischen Medien über die Maßnahmen. Unterschiede nach Geschlecht, Alter, Bundesland, Bildungsabschluss oder Beruf traten auf, jedoch keine signifikanten (Willems et al. 2020).

4 Material und Methode

Um die Forschungsfrage der vorliegenden Arbeit "Inwiefern lassen sich die Klimakrise und die CO-VID-19 Pandemie in Österreich vergleichen?" sowie deren Unterfragen:

- "Welche Ähnlichkeiten und Unterschiede gibt es im Hinblick zur Erkennung der Gefahr sowie Risikowahrnehmung?"
- "Wie werden die jeweiligen Maßnahmen zur Eindämmung der Krisen wahrgenommen?"

zu beantworten, wurde in den *Kapiteln 2 und 3* eine Literaturanalyse vollzogen, im Rahmen welcher Hypothesen H1-H5 aufgestellt wurden. Hierfür wurden Beiträge zum aktuellen Forschungsstand gelesen, neu zusammengefügt und aufgearbeitet. Die Literatursuche erfolgte weitestgehend systematisch mittels einer Top-down Überblickssuche und größtenteils online. Dafür wurden Literatursuchmaschinen wie BOKU Litsearch, ScienceDirect, Scopus und ähnliche, welche von der Universität für Bodenkultur zur Verfügung gestellt werden, verwendet. Zudem wurden Fachbücher der Bibliothek der Arbeiterkammer Wien sowie der Stadtbibliothek herangezogen.

Um einen Einblick in die Risikowahrnehmung und Wahrnehmung der staatlichen Maßnahmen in Österreich zu erlangen und die Hypothesen H1-H5 zu beantworten, wurden ausgewählte Fragen (siehe Tabelle 4) der Eurobarometer-Umfragen 69.2 (2008), 71.2 (2009), 75.4 (2011), 80.2 (2013), 83.4 (2015), 87.1 (2017) und 91.3 (2019), der European Social Survey 2016 sowie der Austrian Corona Panel Umfragen ausgewertet.

Eurobarometer

Im Rahmen der Eurobarometer Umfragen werden, ausgehend von der Europäischen Kommission, mehrmals jährlich Umfragen innerhalb der Mitgliedsstaaten mit jeweils rund 1000 Personen persönlich befragt (Europäische Kommission s.a.). Jene Datensätze wurden ausgewählt, da sich Fragen hinsichtlich der Klimakrise im zweijährlichen Abstand, mit der Ausnahme des EB 69.2 im Jahr 2008, wiederholen und so eine zeitliche Entwicklung beobachtet werden kann.

ESS-European Social Survey

Die European Social Survey (ESS) findet ebenfalls mittels persönlichen Interviews statt (ESS s.a.). Die ESS Runde 8 wurde herangezogen, da jene die Haltung der Europäerinnen und Europäer hinsichtlich des Klimawandels und Energiethemen behandelt (ESS 2018) und daher weitere Einblicke in die Wahrnehmung gewisser Maßnahmen der Befragten bietet. Es wurden 2010 Österreicherinnern und Österreicher befragt.

Austrian Corona Panel Project

Um die Auswirkungen der COVID-19 Pandemie auf die Bevölkerung zu erfassen, führt das Austrian Corona Panel Project der Universität Wien regelmäßige, repräsentative Umfragen mit 1500 Teilnehmerinnen und Teilnehmer durch (Kittel et al. 2020b). In der vorliegenden Arbeit wurden die Wellen eins bis sechzehn, welche den Zeitraum 27.März bis 23.Oktober abdecken, berücksichtigt.

Die Daten wurden nach Geschlecht, Altersklasse, Bundesland, Alter beim höchsten Bildungsabschluss beziehungsweise höchster Bildungsabschluss, Beschäftigungsverhältnis sowie politischer Orientierung ausgewertet. Die ACPP-Daten wurden zudem durch die Wahl eine Regierungs- oder Oppositionspartei bei der Nationalratswahl 2019, eine bestehende oder vergangene COVID-19 Infektion, der Kontakt mit einer infizierten Person sowie durch die Einkommensklasse ergänzt. Durch die unterschiedlichen Erhebungsmethoden und Kategorisierungen der Daten mussten für die vorliegende Auswertung einheitliche Kategorien gebildet werden, um die Vergleichbarkeit zu gewährleisten. Die ausgewählten Fragen der jeweiligen Umfragen wurden in drei Blöcke eingeteilt: Risikowahrnehmung, Maßnahmenakzeptanz und freiwillige Maßnahmen.

Die folgende *Tabelle 3* zeigt die herangezogenen Variablen im Rahmen der jeweiligen Umfragen, *Tabelle 4* gibt die Fragestellungen, gegliedert in Risikowahrnehmung, Akzeptanz der Maßnahmen sowie freiwillig getroffene Maßnahmen wieder. Weiters zeigt *Tabelle A1.2* im Anhang die jeweiligen numerischen soziodemographischen und weiteren Gegebenheiten der Daten, welche in der vorliegenden Arbeit berücksichtigt werden.

 $Tabelle\ 3: Ber\"{u}ck sichtigte\ Variablen\ der\ innerhalb\ der\ jeweiligen\ Umfragen$

Umfrage	Geschlecht	Altersklasse	Bildung	Beschäftigung	Wohnsitz	Politische
						Orientierung
EB 11,13	x	x	X	X	Х	
EB 08,	x	x	х	x	х	x
09,15,17,19						
ACPP Welle 1-	x	X	X	X	x	X
16						
ESS 2016	X	X	х	X	х	X

	Risikowahrnehmung
Umfrage	Fragestellung
EB 08-19	 Welches der folgenden Probleme ist Ihrer Meinung nach das größte Problem, dem die Welt gegenübersteht? Wie ernst, glauben Sie, ist das Problem des Klimawandels im
ACPP Welle 1-16	 Moment? Wie groß schätzen Sie die gesundheitliche Gefahr ein, welche von dem Coronavirus für Sie persönlich und für die österreichische Bevölkerung ausgeht? a. für mich persönlich b. für die österreichische Bevölkerung Wie groß schätzen Sie die wirtschaftliche Gefahr ein, welche von dem Coronavirus für Sie persönlich und für die österreichische Bevölkerung ausgeht? a. für mich persönlich b. für die österreichische Bevölkerung
	Akzeptanz der Maßnahmen
Umfrage	Fragestellung
EB 08	 Ihrer Meinung nach, macht jeder der Folgenden zu viel, genug oder nicht genug zur Bekämpfung des Klimawandels? Die Europäische Union hat die Zielvorstellung, 2020 im Vergleich zu 1990 die Treibhausgas Emissionen um mindestens 20% zu reduzieren. Wenn Sie an diese Zielvorgabe denken, würden Sie sagen, sie ist zu anspruchsvoll, genau richtig oder zu bescheiden? Um die Auswirkungen des Klimawandels zu limitieren, schlägt die EU auch ein Internationales Abkommen vor, das die großen Wirtschaftsmächte der Welt dazu verpflichten würde, bis 2020 eine Reduktion der Treibhausgas Emissionen um 30 % verglichen mit 1990 anzupeilen. Wenn Sie an diese Zielvorgabe denken, würden Sie sagen, sie ist zu anspruchsvoll, genau richtig oder zu bescheiden? Die Europäische Union hat die Zielvorstellung, den Anteil an
	 Die Europaische Umon hat die Zielvorstehung, den Anten an erneuerbarer Energie bis 2020 um 20% zu steigern. Wenn Sie an diese Zielvorgabe denken, würden Sie sagen, sie ist zu anspruchsvoll, genau richtig oder zu bescheiden? Wären Sie persönlich bereit, für Energie, die aus Quellen produziert wird, die weniger Treibhausgase ausstoßen, mehr zu zahlen um den Klimawandel zu bekämpfen? Wieviel Prozent wären Sie durchschnittlich bereit mehr zu zahlen?
EB 13,15,17,19	 Wie wichtig ist es Ihrer Ansicht nach, dass die österreichische Regierung Ziele festlegt, um den Anteil der Nutzung erneuer- barer Energien wie beispielsweise Wind- und Solarenergie bis 2030 zu erhöhen?

	• Wie wichtig ist es Ihrer Ansicht nach, dass die österreichische Regierung die Verbesserung der Energieeffizienz bis 2030 un- terstützt?		
ESS Round 8 2016	Wie sehr sind Sie für oder gegen die folgenden Maßnahmen in Österreich zur Reduktion des Klimawandels? - Erhöhung der Steuern auf fossile Brennstoffe wie Öl, Gas und Kohle, Verwendung öffentlicher Gelder zur Förderung vor erneuerbaren Energiequellen wie Wind- oder Solarenergie		
ACPP Welle 1-16	Halten Sie die Reaktion der österreichischen Regierung in An- betracht des Ausbruchs des Coronavirus für nicht ausreichend, angemessen oder zu extrem?		
	Wie effektiv, denken Sie, sind die gesetzten Maßnahmen der österreichischen Regierung bis jetzt, um die Ausbreitung der Krankheit zu verlangsamen?		
ACPP Welle 6-16	 Bitte geben Sie an, ob die jeweilige Aussage Ihrer Meinung nach sehr zutrifft, eher zutrifft, teils-teils zutrifft, eher nicht zutrifft oder gar nicht zutrifft. Es ist für mich akzeptabel, in Zukunft höhere Steuern zu zahlen, um jetzt die Corona-Krise in den Griff zu kriegen. Um die Corona-Krise einzudämmen, bin ich bereit, meine Lebensweise zu ändern. Solange andere ihr Verhalten nicht ändern, muss ich mein Verhalten bezüglich der Corona Krise auch nicht ändern. 		
	Freiwillige Verhaltensänderungen		
Umfrage EB 08,11,13,15,17,19	Fragestellung Welche der folgenden Aktionen haben Sie persönlich gegen den Klimawandel unternommen?		
ACPP Welle 3,7,11,14,16	 Bitte geben Sie an, wie oft Sie sich wie folgt verhalten haben: randomisierte Sie bleiben zu Hause, außer für Notwendigkeiten. Sie halten im öffentlichen Raum immer mindestens 1m Abstand von Menschen, die nicht mit Ihnen im Haushalt leben. Sie vermeiden Aktivitäten im Haushalt und in der Freizeit, die zu Verletzungen oder Krankheiten führen könnten, um das Gesundheitssystem nicht zu belasten. Sie tragen immer Schutzmasken, wenn Sie sich im öffentlichen Raum bewegen. 		

Im Programm Statistik R wurden die Daten aufbereitet, sortiert und in Form gebracht. Dafür wurden Datensätze mit fehlenden Variablen eliminiert und diverse Variablen einheitlich kategorisiert. Die Auswertung der Daten erfolgte ausschließlich durch deskriptive Methoden, mittels Kontingenztabellen und im Weiteren durch das Erstellen von Grafiken.

5 Vergleich der Risikowahrnehmung sowie Wahrnehmung staatlicher und freiwilliger Maßnahmen im Rahmen der Klimakrise und der COVID-19 Pandemie

In den folgenden Unterkapiteln 5.1-5.3 werden die COVID-19 Pandemie sowie die Klimakrise anhand soziodemographischer Faktoren, dem Wohnsitz sowie der politischen Orientierung miteinander verglichen. Der Fokus liegt in *Kapitel 5.1* auf der Risikowahrnehmung sowie in *Kapitel 5.2* auf der Wahrnehmung staatlicher Maßnahmen zur Risikobekämpfung. *Kapitel 5.3* beschäftigt sich mit freiwillig getroffenen Maßnahmen der Befragten. *Kapitel 5.4* fasst die wichtigsten Ergebnisse der Gegenüberstellung zusammen und beantwortet die aufgestellten Hypothesen H1-H5.

5.1 Risikowahrnehmung der österreichischen Bevölkerung im Rahmen der Klimakrise sowie der COVID-19 Pandemie

In den Unterkapiteln des *Kapitels 5.1* wird auf die Fragen der Eurobarometer Umfragen aus 2008, 2009, 2011, 2013, 2015, 2017 und 2019 nach der Einschätzung des größten globalen Problems, und der Severität des Klimawandels eingegangen. Hinsichtlich der COVID-19 Pandemie wurde die Frage nach der gesundheitlichen und wirtschaftlichen Gefahr für die Befragten selbst sowie für die Bevölkerung des ACPPs herangezogen (siehe Kapitel 4 Tabelle 4 und Tabelle A1.1 im Annex).

5.1.1 Soziodemographische Faktoren

5.1.1.1 Klimakrise

Insgesamt wurde der Klimawandel etwas seltener als schwerwiegendstes, globales Problem als Armut und Hungersnot genannt. Durchschnittlich zeigt sich bei jener Frage über die Jahre hinweg ein abnehmender Trend. Weiters wurde die Severität des Klimawandels 2011 durchschnittlich am höchsten eingestuft, gefolgt von einem starken Abstieg. Ab 2015 lässt sich ein leichter Anstieg erkennen. Weiterführende Grafiken sowie die durchschnittlichen Ergebnistabellen der herangezogenen Fragen befinden sich im Anhang (siehe Tabelle A6.1 und Abbildung A2.1).

Geschlecht

Abbildung 7 zeigt, dass sowohl bei weiblichen als auch bei männlichen Befragten die Einschätzung der Severität des Klimawandels eine absteigende Tendenz aufweist, bei weiblichen Befragten ab 2017 wieder steigend. Die Antwort "nicht ernst" erreichte bei beiden Geschlechtern ihren Höhepunkt 2019, mit 16,63% der Männer sowie 10,70% der Frauen. Dennoch stufen die meisten Befragten beider Ge-

schlechter über die Jahre hinweg den Klimawandel mit über 68% als sehr ernst ein. Frauen gaben, wie mit einem Unterschied der Durchschnitte von 6,5% zu sehen ist, häufiger an, dass der Klimawandel ein sehr ernstes Problem darstelle. Beide Geschlechter haben den Klimawandel in den Jahren 2011 und 2017 am seltensten als größtes, globales Problem genannt, es folgte ein starker Anstieg in der Folgeumfrage. Am häufigsten nannten sowohl Frauen als auch Männer den Klimawandel 2008 sowie 2019 als größtes, globales Problem (siehe Tabelle A6.1 im Annex).

Durchschnittliche Einschätzung der Gefährdung durch die Klimakrise der nach Geschlecht 2008-2019

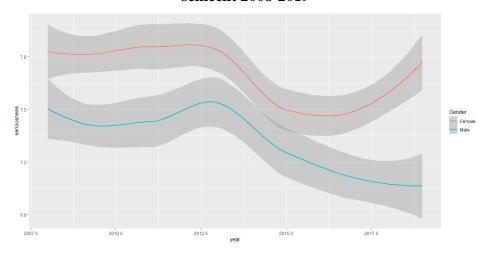


Abbildung 7: Einschätzung der Severität der Klimakrise auf einer Skala von 1 (überhaupt kein ernstes Problem) bis 10 (extrem ernstes Problem) im Zeitraum 2008-2019 nach Geschlecht. (Eigene Darstellung, Daten: Europäische Kommission 2008-2019).

Alter

Durchschnittlich entschied sich die Alterskategorie 15-24 mit einer rund 19% höheren Häufigkeit vermehrt dazu, dass der Klimawandel sehr ernst sei. Weiters zeigt jene Altersklasse als einzige eine Zunahme der prozentualen Angabe des Klimawandels als ernstes Problem, sowie eine Abnahme bei der Angabe des Klimawandels als nicht ernstes Problem. Die Antwort "nicht ernst" erreichte ihren Höhepunkt bei allen Alterskategorien, außer der jüngsten, welche den Höhepunkt der Antwort "nicht ernst" im Jahr 2013 erzielte, 2019 (siehe Abbildung 8). Des Weiteren lässt sich bei allen Altersgruppen ein Verlauf mit bis 2017 fallender, danach steigender Tendenz der Einschätzung des Klimawandels als schwerwiegendstes, globales Problem erkennen. Tiefpunkte zeigen sich, ebenso wie bei der Verteilung nach dem Geschlecht, deutlich im Jahr 2011 sowie 2017 (siehe Tabelle A.6.1 im Annex).

Durchschnittliche Einschätzung der Gefährdung durch die Klimakrise der nach Altersklasse 2008-2019

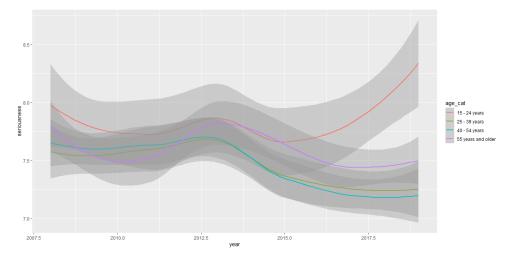


Abbildung 8: Einschätzung der Severität der Klimakrise auf einer Skala von 1(überhaupt kein ernstes Problem) bis 10 (extrem ernstes Problem) im Zeitraum 2008-2019 nach Altersklasse. (Eigene Darstellung, Daten: Europäische Kommission 2008-2019).

Bildung

Bei der Frage wie ernst der Klimawandel sei, lässt sich erkennen, dass Personen, welche ihre Ausbildung mit bis zu 15 Jahren abgeschlossen haben, das Risiko geringer einschätzten als Personen welche ihre Ausbildung mit 16-19 oder 20+ abgeschlossen haben. Personen welche ihre Ausbildung mit 16-19 abgeschlossen haben zeigen jedoch eine geringfügig höhere Risikoeinschätzung (siehe Abbildung 9). Befragte, welche ihre Ausbildung im Alter von 20+ abgeschlossen haben, gaben geringfügig häufiger den Klimawandel als schwerwiegendstes, globales Problem an (siehe Tabelle A6.1 im Annex).

Durchschnittliche Einschätzung der Gefährdung durch die Klimakrise der nach Alter beim höchsten Bildungsabschluss 2008-2019

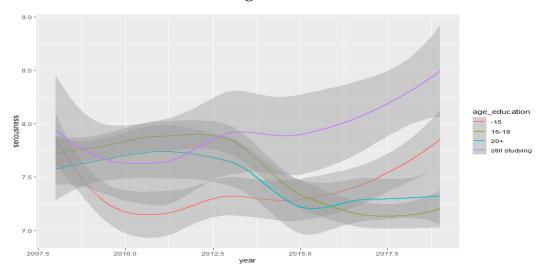


Abbildung 9:Einschätzung der Severität der Klimakrise auf einer Skala von 1(überhaupt kein ernstes Problem) bis 10 (extrem ernstes Problem) im Zeitraum 2008-2019 nach Alter beim höchsten Bildungsabschluss. (Eigene Darstellung, Daten: Europäische Kommission 2008-2019).

Beschäftigungssituation

Bei allen Gruppen nach Arbeitsverhältnis gegliedert, außer bei Menschen in Ausbildung, kann festgestellt werden, dass im Jahr 2008 den Klimawandel mehr Personen als größtes Problem genannt haben als 2019. Zudem zeigt sich in allen Gruppen, außer jener der Arbeitslosen, welche mit 7,10% mit der geringsten Häufigkeit den Klimawandel als schwerwiegendstes Problem im Jahr 2017 nannten, ein Tiefpunkt 2011. Durchschnittlich nannten Befragte, welche sich in Ausbildung befanden, den Klimawandel am häufigsten als größtes, globales Problem (siehe Tabelle A6.1) als sehr ernst stuften ihn jedoch Personen jeder Beschäftigungssituation mit über 76%, mit Ausnahme des Jahres 2009, ein, Personen in Ausbildung als einzige Gruppe mit steigender Tendenz (siehe Abbildung 10).

Durchschnittliche Einschätzung der Gefährdung durch die Klimakrise der nach Beschäftigungssituation 2008-2019

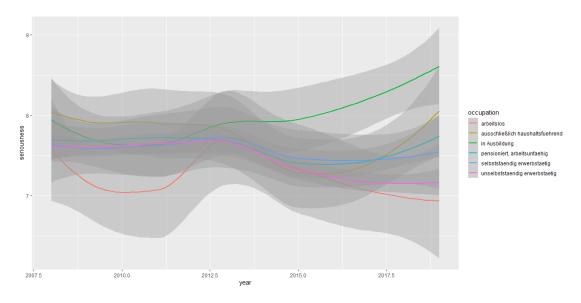


Abbildung 10: Einschätzung der Severität der Klimakrise auf einer Skala von 1(überhaupt kein ernstes Problem) bis 10 (extrem ernstes Problem) im Zeitraum 2008-2019 nach Beschäftigungssituation. (Eigene Darstellung, Daten: Europäische Kommission 2008-2019

5.1.1.2 COVID-19 Pandemie

Die Risikowahrnehmung des Coronavirus in Österreich wird im Folgenden an der eingeschätzten gesundheitlichen sowie wirtschaftlichen Gefahr für die Befragten selbst sowie für die Bevölkerung gemessen. Die Risikowahrnehmung der Bevölkerung war zu Beginn der ACPP Befragung groß, fiel anschließend stark ab und stieg ab. Siehe hierfür *Abbildung A2.2* sowie *Tabelle A6.3-A6.6* im Annex. Weiters befinden sich im Annex Abbildungen, die auf die persönliche und wirtschaftliche Gefahr für die Befragen selbst sowie für die Bevölkerung einzeln, nach soziodemographischen und weiteren Faktoren unterteilt, eingehen (siehe Abbildung 2.3-2.11 im Annex).

Geschlecht

Das Bild der Unterschiede zwischen den Geschlechtern zeigt sich auch bei der Einschätzung der gesundheitlichen Gefahr durch das Corona Virus - Männer entschieden sich durchschnittlich für eine Antwort zur niedrigeren Gefahreneinstufung. Bei beiden Geschlechtern lässt sich im Laufe der Umfragewellen ein deutlich abnehmender Trend erkennen, durchschnittlich gaben rund 6,5% weniger Männer und 7% weniger Frauen in der sechzehnten Umfragewelle an, dass die persönliche, gesundheitliche Gefahr sehr groß sei, als in der ersten Befragung. Durchschnittlich entschieden sich beide Geschlechter am häufigsten für die Antwort "mittelmäßig". Bei der Frage nach der gesundheitlichen Gefahr für die Bevölkerung wiesen Frauen abermals eine höhere Risikoeinschätzung auf als Männer, beide Geschlechter schätzten die gesundheitliche Gefahr für die Bevölkerung jeweils höher ein als für sich selbst. In Abbildung 11 wird zudem deutlich, dass die Gefahr von allen weiblichen und männlichen Befragten vorerst als groß eingeschätzt wurde, im Laufe der Zeit als mittelmäßig. Durchschnittlich entschieden sich 4,05% mehr Frauen als Männer dafür, dass die Pandemie eine sehr große, gesundheitliche Gefahr für die Bevölkerung darstelle. Im Rahmen der ersten Welle gaben beide Geschlechter am zweithäufigsten an, eine große persönliche, wirtschaftliche Gefahr zu sehen, ab der zweiten Welle wurde jedoch die Antwort "klein" am zweithäufigsten gewählt. 1,22% mehr weibliche Befragte gaben an, dass von der Pandemie eine sehr große persönliche, wirtschaftliche Gefahr sowie 6,73% mehr Frauen als Männer, dass von der Pandemie eine sehr große, wirtschaftliche Gefahr für die Bevölkerung ausgehe. Sowohl männliche als auch weibliche Befragte gaben auf die Frage nach der wirtschaftlichen Gefahr für die Bevölkerung am häufigsten die Antwort "groß" (siehe weiters Abbildung A2.3 und Tabelle A6.3-A6.6 im Annex).

Durchschnittliche Einschätzung der Gefahr durch die COVID-19 Pandemie nach Geschlecht

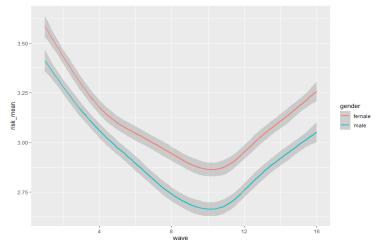


Abbildung 11: Durchschnittliche Einschätzung der gesundheitlichen und wirtschaftlichen Gefahr persönliche sowie für die Bevölkerung nach Geschlecht im Rahmen der Befragungswellen 1-16 (eigene Darstellung, Daten: Kittel et al. 2020a).

Alter

Wie erwartet gaben Befragte mit niedrigerem Alter seltener an, dass die Pandemie eine sehr große oder große gesundheitliche, persönliche Gefahr darstelle als ältere, die Mehrheit jener Personen entschied sich bei allen Befragungen für die Antwort "klein", die restlichen Altersgruppen für "mittelmäßig". Weiters auffällig ist, dass Personen der Altersklasse 40-54 durchschnittlich häufiger angaben, dass die Pandemie ein sehr großes bis großes persönliches, gesundheitliches Risiko darstelle als die ältesten Befragten. Die gesundheitliche Gefahr für die Bevölkerung schätzten alle Altersklassen jeweils höher ein als jene für sich selbst. Alle Altersgruppen, bis auf die Kategorie 55+, sahen eine mittelmäßige bis große gesundheitliche Gefahr für die Bevölkerung. Personen aller Altersklassen entschieden sich im Rahmen jeder Umfragewelle am häufigsten dafür, dass die Pandemie eine mittelmäßige, persönliche, wirtschaftliche Gefahr sowie eine große wirtschaftliche Gefahr für die Bevölkerung darstelle (siehe Abbildung 12 sowie Abbildung A2.4 und Tabelle A6.3-A6.6 im Annex).

Durchschnittliche Einschätzung der Gefahr durch die COVID-19 Pandemie nach Altersklasse

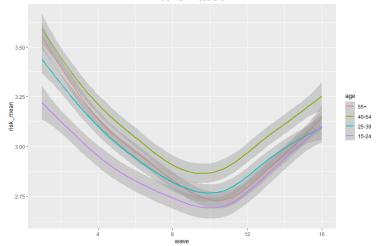


Abbildung 12: Durchschnittliche Einschätzung der gesundheitlichen und wirtschaftlichen Gefahr persönliche sowie für die Bevölkerung nach Altersklasse im Rahmen der Befragungswellen 1-16 (eigene Darstellung, Daten: Kittel et al. 2020a).

Bildung

Der Ausbildung nach entschieden sich Personen die die Volksschule und/oder die Unterstufe abgeschlossen haben, sowie Personen mit Matura auf die Frage nach der persönlichen, gesundheitlichen Gefahr anteilsmäßig häufiger für die Antwort "sehr klein", Befragte mit einem Bachelorabschluss für "klein", die restlichen Gruppierungen für "mittelmäßig". Wie Abbildung 13 verdeutlicht, besteht demnach kein eindeutiger Zusammenhang zwischen der Risikowahrnehmung der persönlichen, gesundheitlichen Gefahr und der Bildung. Die gesundheitliche Gefahr für die Bevölkerung sowie die persönliche, wirtschaftliche Gefahr schätzen Personen mit jeglichem Bildungsabschluss vorwiegend als mittelmäßig ein. Die wirtschaftliche Gefahr für die Bevölkerung wurde hingegen vermehrt als groß eingestuft (siehe weiters Abbildung A2.5 und Tabelle A6.3-A6.6 im Annex).

Durchschnittliche Einschätzung der Gefahr durch die COVID-19 Pandemie nach Bildungsabschluss

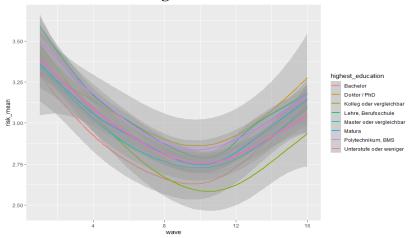


Abbildung 13: Durchschnittliche Einschätzung der gesundheitlichen und wirtschaftlichen Gefahr persönliche sowie für die Bevölkerung nach Bildungsabschluss im Rahmen der Befragungswellen 1-16 (eigene Darstellung, Daten: Kittel et al. 2020a)

Beschäftigungssituation

Es zeigte sich, dass ausschließlich haushaltsführende Personen sowie pensionierte und dauerhaft arbeitsunfähige Menschen die **persönliche, gesundheitliche Gefahr** am ehesten als sehr groß bis groß einschätzten. Die Mehrheit der Befragten nach Beschäftigungssituation differenziert gab an, eine mittelmäßig bis große **gesundheitliche Gefahr für die Bevölkerung** sowie eine mittelmäßige, persönliche, wirtschaftliche Gefahr zu sehen. Selbstständige und arbeitslose Personen gaben eher an, dass die Pandemie eine sehr große bis große **persönliche, wirtschaftliche Gefahr** darstelle als Befragte anderer Beschäftigungsverhältnisse, für die Antwort "sehr klein" entschieden sich am häufigsten pensionierte beziehungsweise arbeitsunfähige Menschen, für "klein" Personen in Ausbildung. Weiters sahen Personen aller Beschäftigungsverhältnisse eine große, **wirtschaftliche Gefahr für die Bevölkerung** (siehe Abbildung 14 sowie Abbildung A2.6 und Tabelle A6.3-A6.6 im Annex).

Durchschnittliche Einschätzung der Gefahr durch die COVID-19 Pandemie nach Beschäftigung

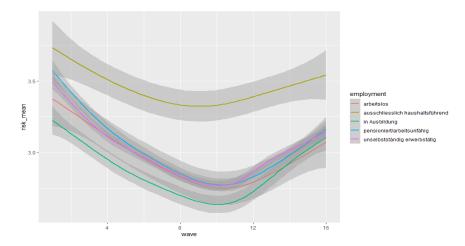


Abbildung 14: Durchschnittliche Einschätzung der gesundheitlichen und wirtschaftlichen Gefahr persönliche sowie für die Bevölkerung nach Beschäftigung im Rahmen der Befragungswellen 1-16 (eigene Darstellung, Daten: Kittel et al. 2020a)

5.1.2 Wohnsitz

Im folgenden Abschnitt wird die Risikowahrnehmung beider Krisen anhand des Wohnsitzes verglichen. Hierzu dienen die Bundesländer als Unterscheidungsvariable. Kapitel 5.1.3 unterteilt die Befragten nach politischer Orientierung. Hierbei erfolge eine Selbsteinschätzung auf einer Skala von 0=links beziehungsweise 1=links bis 10=rechts.

5.1.2.1 Klimakrise

Befragte aus allen Ländern stuften den Klimawandel mit über 60% als sehr ernst ein, Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Vorarlberg entschieden sich mit durchschnittlich 61,68% am seltensten für jene Antwort, Personen aus Salzburg mit 78,92% am häufigsten, gefolgt von Befragten aus Tirol. Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Vorarlberg entschieden sich durchschnittlich jeweils mit 15,82% am häufigsten für die Antwort "nicht ernst" (siehe Abbildung 15). Weiters wurde der Klimawandel durchschnittlich am häufigsten in Salzburg, gefolgt von Tirol als größtes, globales Problem genannt. In jedem Bundesland, außer Kärnten und Vorarlberg, zeigte sich ein abnehmender Verlauf (siehe Tabelle A.6.1).

Durchschnittliche Einschätzung der Gefährdung durch die Klimakrise der nach Bundesland 2008-2019

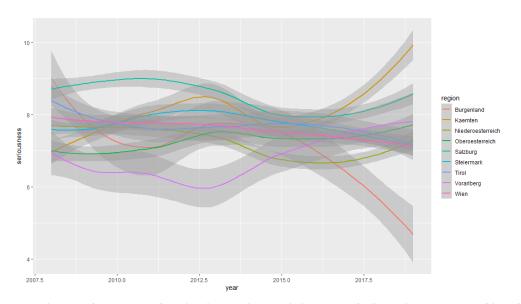


Abbildung 15: Einschätzung der Severität der Klimakrise auf einer Skala von 1 (überhaupt kein ernstes Problem) bis 10 (extrem ernstes Problem) im Zeitraum 2008-2019 nach Bundesland. (Eigene Darstellung, Daten: Europäische Kommission 2008-2020.

5.1.2.2 COVID-19 Pandemie

Teilnehmerinnen und Teilnehmer aller Bundesländer sahen durchschnittlich eine mittelmäßige **gesundheitliche Gefahr für sich selbst** sowie für die **Bevölkerung**. Ebenso wurde die **persönliche, wirtschaftliche Gefahr** überwiegend als mittelmäßig angegeben. Die **wirtschaftliche Gefahr für die Bevölkerung** wurde von Personen jeglicher Bundesländer überwiegend als groß eingeschätzt. Durchschnittlich schätzten Bewohnerinnen und Bewohner des Burgenlandes, Wiens sowie aus Niederösterreich die persönliche Gefahr für sich selbst sowie für die Bevölkerung am höchsten ein. Die wirtschaftliche Gefahr wurde im Burgenland, in Nieder- und Oberösterreich durchschnittlich am gravierendsten bewertet (siehe Abbildung 16 sowie Abbildung A2.8 und Tabelle A6.3-A6.6 im Annex).

Durchschnittliche Einschätzung der Gefahr durch die COVID-19 Pandemie nach Bundesland

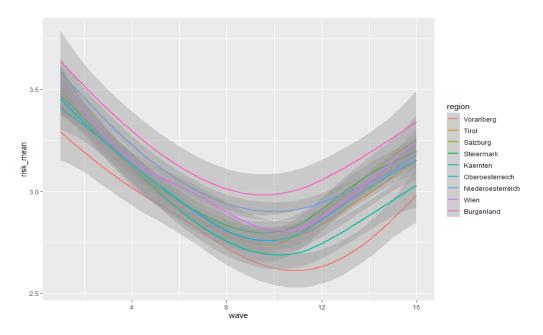


Abbildung 16: Durchschnittliche Einschätzung der gesundheitlichen und wirtschaftlichen Gefahr persönliche sowie für die Bevölkerung nach Bundesland im Rahmen der Befragungswellen 1-16 (eigene Darstellung, Daten: Kittel et al. 2020a)

5.1.3 Politische Orientierung

5.1.3.1 Klimakrise

Wie auch im Rahmen der ACPP-Umfragen (siehe unten) zeigten sich hinsichtlich der politischen Orientierung der Befragten leichte Unterschiede zwischen den Antworten. Befragte jeglicher politischer Orientierung haben mit rund 70% den Klimawandel als sehr ernst eingestuft (siehe Abbildung 17). Sowohl Personen des linken Spektrums als auch des rechten und der politischen Mitte folgten über die Befragungen hinweg einem ähnlichen Antwortmuster bei der Frage nach dem größten globalen Problem. Durchschnittlich haben Personen der politischen Mitte den Klimawandel prozentuell am häufigsten als Antwort auf die Frage nach dem schwerwiegendsten, globalen Problem genannt, politisch links orientierte häufiger als politisch rechts orientierte Befragte (siehe Tabelle A6.1 im Annex).

Durchschnittliche Einschätzung der Gefährdung durch die Klimakrise der nach politischer Orientierung 2008-2019

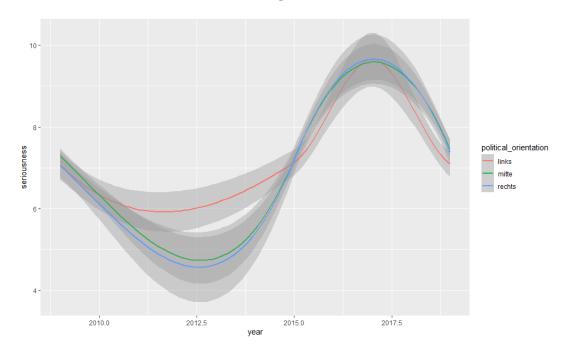


Abbildung 17: Einschätzung der Severität der Klimakrise auf einer Skala von 1 (überhaupt kein ernstes Problem) bis 10 (extrem ernstes Problem) im Zeitraum 2008-2019 nach politischer Orientierung. (Eigene Darstellung, Daten: Europäische Kommission 2008, 2009, 2015, 2017, 2019).

5.1.3.2 COVID-19 Pandemie

Personen mit linker oder zentraler politischer Orientierung tendierten bei der Einschätzung der persönlichen, gesundheitlichen Gefahr zur Antwort "mittelmäßig". Befragte mit rechter politischer Ausrichtung gaben durchschnittlich häufiger an, eine kleine persönliche, gesundheitliche Gefahr zu sehen. Sowohl bei Personen welche bei der Nationalratswahl 2019 Parteien der derzeitigen Regierung als auch jene welche sich für Oppositionsparteien entschieden haben zeigen einen ähnlichen Antwortverlauf, wobei Wählerinnen und Wähler der Opposition zu Beginn der Pandemie ein höheres Risiko sahen, im Rahmen der siebten und sechsten Welle ein etwas kleineres, gefolgt von einer abermals höheren Gefahreneinschätzung als Wählerinnen und Wähler der Regierungsparteien. Für die Bevölkerung wurde die gesundheitliche Gefahr unabhängig von der politischen Orientierung durchschnittlich als mittelmäßig bis groß eingeschätzt. Sowohl Wählerinnen und Wähler der Regierungsparteien als auch der Oppositionsparteien entschieden sich häufiger für die Antwort "mittelmäßig" als für die verbleibenden Optionen, letzte schätzten das gesundheitliche Risiko für die Bevölkerung minimal höher ein. Die wirtschaftliche Gefahr wurde, ebenfalls unabhängig von der politischen Orientierung, vermehrt als mittelmäßig für einen selbst sowie groß für die Bevölkerung angegeben. Oppositionswählerinnen und -wähler schätzten sowohl das persönliche, wirtschaftliche Risiko als auch das wirtschaftliche Risiko für die Bevölkerung eher sehr groß bis groß ein als Wählerinnen und Wähler der Regierungsparteien, beide Gruppen entschieden sich jedoch ebenfalls am häufigsten für die Antwort "mittelmäßig" (siehe Abbildung 18 sowie Abbildung A2.9 und Tabelle A6.6).

Durchschnittliche Einschätzung der Gefahr durch die COVID-19 Pandemie nach politischer Orientierung

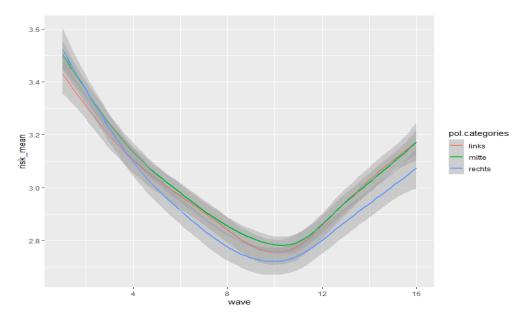


Abbildung 18: Durchschnittliche Einschätzung der gesundheitlichen und wirtschaftlichen Gefahr persönliche sowie für die Bevölkerung nach politischer Orientierung im Rahmen der Befragungswellen 1-16 (eigene Darstellung, Daten: Kittel et al. 2020a)

5.2 Wahrnehmung der staatlichen Maßnahmen und der Rolle der Regierung im Rahmen der Klimakrise sowie der COVID-19 Pandemie

In den folgenden Kapiteln wird ein Vergleich der Wahrnehmung der staatlich getroffenen Maßnahmen sowie der Stellung der Regierung hinsichtlich der Krisenbekämpfung gezogen. Hierbei werden finanzielle sowie nicht-finanzielle Maßnahmen unterschieden und abermals nach soziodemographischen Faktoren, Wohnsitz sowie politischer Orientierung gegliedert.

5.2.1 Wahrnehmung finanzieller Maßnahmen

Hinsichtlich der Klimakrise werden zur Bewertung der Wahrnehmung finanzieller Maßnahmen die Frage des Eurobarometers 2008 nach der Bereitschaft mehr für emissionsarme Energie zu bezahlen sowie Meinungen der ESS Runde 8 2016 zu einer Steuererhöhung auf fossile Energie und Subventionen erneuerbarer Energien herangezogen. Im Rahmen der Auswertung der ACPP-Befragung wird ebenfalls die Frage nach der Zustimmung zu einer höheren Steuerbelastung zur Krisenbekämpfung berücksichtigt (siehe Kapitel 4 Tabelle 4 und Tabelle A1.1 im Annex).

5.2.1.1 Soziodemographische Faktoren

5.2.1.1.1 Klimakrise

Im Folgenden werden die Fragen des Eurobarometers 2008 nach der Bereitschaft mehr für emissionsarme Energie zu bezahlen, sowie Fragen im Rahmen der ESS Runde 8 2016 zu Meinungen nach einer Steuererhöhung auf fossile Energie und Subventionen erneuerbarer Energien nach soziodemographischen und weiteren Faktoren deskriptiv ausgewertet. Durchschnittlich waren Befragte zu einer Preiserhöhung von 10% für emissionsarme Energie bereit. Weiters zeigten sich mehr Befragte eher gegen eine Steuererhöhung und für Subventionen. Siehe hierfür die durchschnittlichen Ergebnistabellen *Tabelle A6.9, Tabelle A6.17* und *A6.18* im Annex. Weiterführende Grafiken in im Annex unter Abbildung *A3.1-A3.5* zu finden.

Geschlecht

Über 26% beider Geschlechter gaben im Rahmen des Eurobarometers 2008 an, nicht bereit zu sein mehr für Energie aus emissionsarmen Quellen zu bezahlen. Anteilsmäßig gaben die meisten Männer mit 35,3% an, 1-5% mehr des damaligen Preises zu bezahlen, 27% der Frauen gaben an eine Preissteigerung von 6-10% zu akzeptieren (siehe Abbildung A3.1 und Tabelle A6.9 im Annex). Weiters zeigten sich Personen beider Geschlechter eher gegen eine Steuererhöhung auf fossile Brennstoffe und für

Subventionen erneuerbarer Energien aus öffentlichen Geldern (siehe Abbildung 19 sowie Tabelle A6.17 und A6.18 im Annex).

Altersklasse

Ebenso über 26% aller Alterskategorien gaben im Rahmen des Eurobarometers 2008 an, nicht bereit zu sein mehr für Energie aus emissionsarmen Quellen zu bezahlen. Personen im Alter von 40-55+ zeigten sich tendenziell eher gegen eine Steuererhöhung und sehr für, beziehungsweise eher für Subventionen erneuerbarer Energien aus öffentlichen Geldern (siehe Abbildung A3.1 im Annex). Die jüngste Alterskategorie gab an, vermehrt weder gegen noch für Steuererhöhungen zu sein, Befragte im Alter von 25-39 eher dafür (siehe Abbildung 19).

Durchschnittliche Meinungen zu Steuererhöhungen für fossile Energie sowie Förderungen erneuerbarer Energie nach Geschlecht und Altersklasse im Jahr 2016

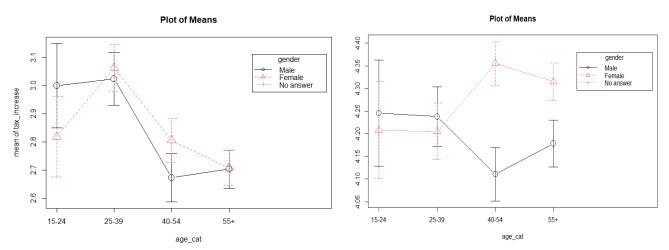


Abbildung 19: Durchschnittliche Antworten auf die Frage zur Meinungsabgabe zu Steuererhöhungen auf fossile Energie (links) sowie Subvention erneuerbarer Energie (rechts) im Rahmen der ESS 2016 mit 1 = Strongly against und 5 = Strongly in favour nach Geschlecht und Altersklasse (Eigene Darstellung, Daten: ESS Round 8 2016).

Bildung

Befragte in Ausbildung gaben eher an bereit zu sein 11-20% sowie 21-30% mehr für emissionsarme Energie zu bezahlen, ebenso Personen eines höheren Alters zum Zeitpunkt des Ausbildungsabschlusses (siehe Abbildung A3.2 und A3.3 im Annex). Die Bereitwilligkeit zur Zahlung höherer Steuern auf fossile Brennstoffe steigt laut der achten Runde der ESS im Jahr 2016 mit einem höheren Bildungsgrad. Ab einem Abschluss eines Kollegs oder Vergleichbarem gaben tendenziell mehr Personen an, eher für eine Steuererhöhung zu sein. Bezüglich Subventionen zeigten sich keine gravierenden Abweichungen der Antworten nach dem Bildungsgrad der Befragten – die Mehrheit aller Gruppen war sehr für bis eher für jene Maßnahmen (siehe Abbildung 20).

Durchschnittliche Meinungen zu Steuererhöhungen für fossile Energie sowie Förderungen erneuerbarer Energie nach höchstem Bildungsabschluss im Jahr 2016

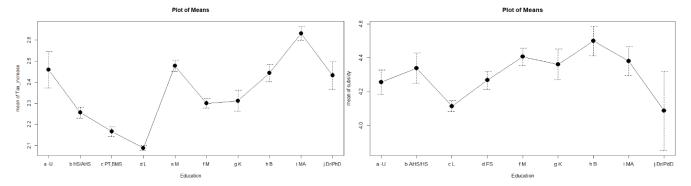


Abbildung 20: Durchschnittliche Antworten auf die Frage zur Meinungsabgabe zu Steuererhöhungen auf fossile Energie (links) sowie Subvention erneuerbarer Energie (rechts) im Rahmen der ESS 2016 mit 1 = Strongly against und 5 = Strongly in favour nach höchstem Bildungsabschuss (Eigene Darstellung, Daten: ESS Round 8 2016).

Beschäftigungssituation

Wie erwartet, wiesen sich arbeitslose Personen am wenigsten dazu gewillt, mehr für emissionsarme Energie zu zahlen, Befragte in Ausbildung sowie nichtselbstständige Erwerbstätige gaben eher an bereit zu sein 11-20% sowie 21-30% mehr zu bezahlen (siehe Abbildung A3.3 im Annex). Weiters zeigten sich arbeitslose Personen einer Steuererhöhung abgeneigt, Subventionen, wie auch Befragte aller anderen Arbeitsverhältnisse, positiv gegenüber (siehe Abbildung 21).

Durchschnittliche Meinungen zu Steuererhöhungen für fossile Energie sowie Förderungen erneuerbarer Energie nach Beschäftigungsverhältnis im Jahr 2016

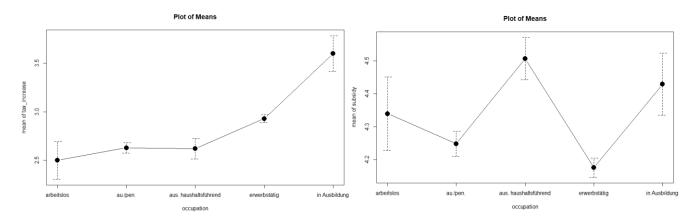


Abbildung 21: Durchschnittliche Antworten auf die Frage zur Meinungsabgabe zu Steuererhöhungen auf fossile Energie (links) sowie Subvention erneuerbarer Energie (rechts) im Rahmen der ESS 2016 mit 1 = Strongly against und 5 = Strongly in favour nach Beschäftigungsverhältnis (Eigene Darstellung, Daten: ESS Round 8 2016).

5.2.1.1.2 COVID-19 Pandemie

Auch im Rahmen des ACCPs wurde nach der Bereitschaft zur Zustimmung einer Steuererhöhung zur Krisenbekämpfung gefragt. Wie auch hinsichtlich der Klimakrise ist jene Bereitschaft eher gering und fiel über die Befragungswellen stetig ab. Siehe hierfür auch die durchschnittliche Ergebnistabelle der *Tabelle A6.21* im Annex. Weiterführende Grafiken, welche den zeitlichen Verlauf der Antworten wiedergeben befinden sich unter *Abbildung A3.5-A3.14* im Annex.

Geschlecht

Beide Geschlechter gaben mit 25-26% an, teilweise bereit zu sein, höhere Steuern zu zahlen, Männer gaben häufiger an gar nicht dazu bereit zu sein als Frauen (siehe Abbildung 22). Wie in Abbildung A3.6 im Anhang erkennbar, kann sowohl bei männlichen als auch bei weiblichen Befragten ein abnehmender Trend der Zustimmung über die Umfragewellen hinweg beobachtet werden.

Altersklasse

Über 30% der Befragten aller Alterskategorien bis auf der jüngsten, gaben an, keine Steuererhöhung zur Bekämpfung der Pandemie zu akzeptieren. *Abbildung 22* sowie *Abbildung 27* und *A3.7 im Annex* verdeutlichen, dass die Bereitschaft höhere Steuern zu bezahlen bei der jüngsten Alterskategorie am höchsten, wenn auch gering ist.

Durchschnittliche Angaben zur Meinung einer erhöhten Steuerbelastung zur Eindämmung der COVID-19 Pandemie nach Altersklasse und Geschlecht Plot of Means

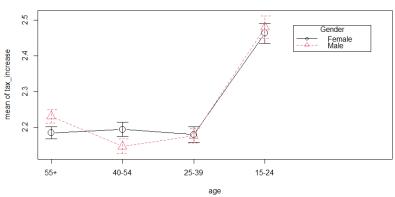


Abbildung 22: Durchschnittliche Angaben zur Bereitschaft zur Zahlung höherer Steuern zur Eindämmung der COVID-19 Pandemie mit 1=Trifft gar nicht zu und 5=Trifft voll und ganz zu nach Altersklasse und Geschlecht im Rahmen der Befragungswellen 1-16 (Eigene Darstellung, Daten: Kittel et al. 2020a).

Bildung

Vergleichbar mit den Ergebnissen der ESS 2016 Umfragen (siehe Kapitel 5.2.1.1.1) korreliert auch im Rahmen der ACPP Umfragen die Bereitwilligkeit zur Zustimmung einer erhöhten Steuerbelastung positiv mit einem steigenden Bildungsgrad (siehe Abbildung 23 und A.6.8 im Annex), jedoch gaben über 40% der Personen jeglichen Bildungsgrads durchschnittlich an, eher nicht bis gar nicht bereit zu sein, höhere Steuern zur Eindämmung der Pandemie zu bezahlen.

Durchschnittliche Angaben zur Meinung einer erhöhten Steuerbelastung zur Eindämmung der COVID-19 Pandemie nach Ausbildungsabschluss

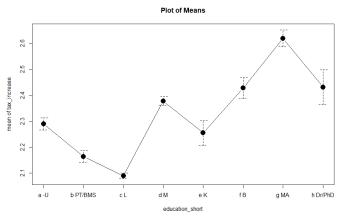


Abbildung 23: Durchschnittliche Angaben zur Bereitschaft zur Zahlung höherer Steuern zur Eindämmung der COVID-19 Pandemie mit 1=Trifft gar nicht zu und 5=Trifft voll und ganz zu nach Ausbildungsabschluss im Rahmen der Befragungswellen 1-16 (Eigene Darstellung, Daten: Kittel et al. 2020a).

Beschäftigungssituation

Ebenso wie im Rahmen der ESS 2016 (*siehe Kapitel 5.2.1.1.1*) zeigten sich Arbeitslose am wenigsten gewillt, eine zusätzliche Steuerbelastung zur Bekämpfung der Pandemie zu akzeptieren, Personen in Ausbildung am ehesten. Weiters kann über die Befragungswellen hinweg auch nach der Gliederung in Beschäftigungsverhältnis ein abnehmender Trend beobachtet werden (*siehe Abbildung 24 und A6.9 im Annex*).

Durchschnittliche Angaben zur Meinung einer erhöhten Steuerbelastung zur Eindämmung der COVID-19 Pandemie nach Beschäftigungsverhältnis*

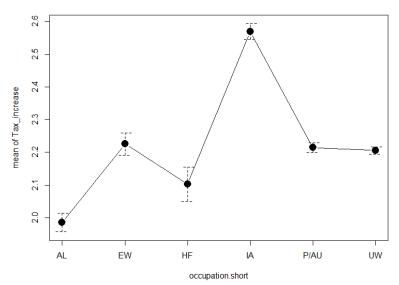


Abbildung 24: Durchschnittliche Angaben zur Bereitschaft zur Zahlung höherer Steuern zur Eindämmung der COVID-19 Pandemie mit 1=Trifft gar nicht zu und 5=Trifft voll und ganz zu nach Beschäftigungsverhältnis (Eigene Darstellung, Daten: Kittel et al. 2020a).

^{*} AL=arbeitslos, EW=selbstständig erwerbstätig, HF=ausschließlich haushaltsführend, IA=in Ausbildung, P/AU=pensioniert/dauerhaft arbeitsunfähig, UW=unselbstständig erwerbstätig

5.2.1.2 Wohnort

5.2.1.2.1 Klimakrise

Befragte Personen aus Vorarlberg gaben mit 81,5% an, nicht bereit zu sein für emissionsarme Energie mehr zu bezahlen, 3,7% der Menschen aus jenem Bundesland gaben hingegen an, bereit zu sein mehr als 50% zu zahlen, in allen anderen Ländern liegt jener Wert bei null (siehe Abbildung A3.4 im Annex). Wie in Abbildung 25 zu sehen, war 2008 die Bereitschaft für emissionsarme Energie mehr zu bezahlen durchschnittlich in Tirol sowie in Salzburg am höchsten. Weiters gaben Personen aus dem Burgenland, aus Kärnten, Niederösterreich, der Steiermark sowie aus Vorarlberg an, eher gegen eine Steuererhöhung zu sein, alle Bundesländer sehr bis eher für Subventionen.

Durchschnittliche Meinungen zu Steuererhöhungen für fossile Energie sowie Förderungen erneuerbarer Energie nach Bundesland im Jahr 2016

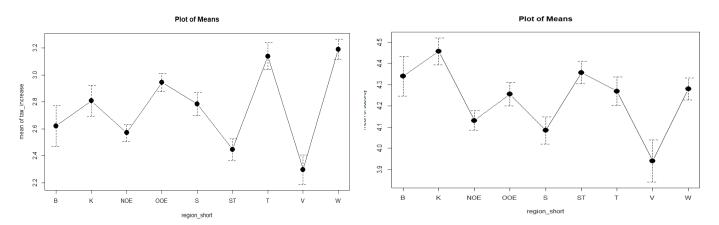


Abbildung 25: Durchschnittliche Antworten auf die Frage zur Meinungsabgabe zu Steuererhöhungen auf fossile Energie (links) sowie Subvention erneuerbarer Energie (rechts) im Rahmen der ESS 2016 mit 1 = Strongly against und 5 = Strongly in favour nach Bundesland (Eigene Darstellung, Daten: ESS Round 8 2016).

5.2.1.2.2 COVID-19 Pandemie

Durchschnittlich am ehesten einverstanden mit einer Steuererhöhung erwiesen sich Befragte aus Wien und Tirol, durchschnittlich mehr als die Hälfte aller Personen jeglicher Bundesländer erklärte sich nicht dazu bereit höhere Steuern zu zahlen. Am wenigsten gewillt zeigten sich Befragte aus dem Burgenland und aus Kärnten (siehe Abbildung 26 und A3.12 im Annex).

Durchschnittliche Angaben zur Meinung einer erhöhten Steuerbelastung zur Eindämmung der COVID-19 Pandemie nach Bundesland

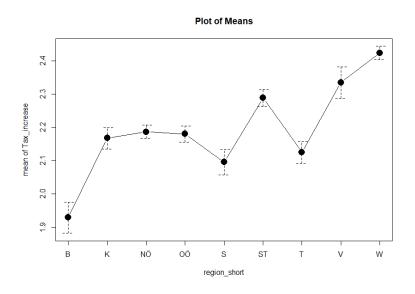


Abbildung 26: Durchschnittliche Angaben zur Bereitschaft zur Zahlung höherer Steuern zur Eindämmung der COVID-19 Pandemie mit 1=Trifft gar nicht zu und 5=Trifft voll und ganz zu nach Bundesland im Rahmen der Befragungswellen 1-16 (Eigene Darstellung, Daten: Kittel et al. 2020a).

5.2.1.3 Politische Orientierung

5.2.1.3.1 Klimakrise

Anhand der politischen Orientierung lassen sich im Rahmen des Eurobarometers 2008 auf die Frage nach einer Preiserhöhung für Energie kaum Unterschiede erkennen – jeweils rund 21-22% der Befragten gaben an, nicht bereit zu sein mehr für emissionsarme Energie zu bezahlen, rund 35% erklärten sich bereit eine 1-5% ige Preiserhöhung zu akzeptieren (siehe Abbildung A3.5 im Annex). Wie Abbildung 27 zeigt, wiesen sich Personen mit zentraler politischer Orientierung eher gegen eine Steuererhöhung, Befragte mit linker Gesinnung mit 32,3% dafür und 19,1% dagegen, sowie Personen rechter Orientierung mit 24,2% eher dafür und 23,6% dagegen.

Durchschnittliche Meinungen zu Steuererhöhungen für fossile Energie sowie Förderungen erneuerbarer Energie nach politischer Orientierung und Altersklasse im Jahr

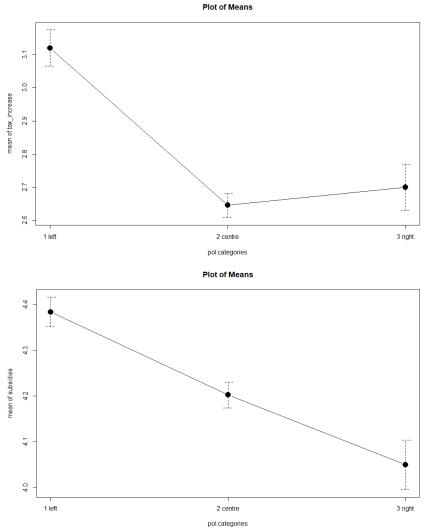


Abbildung 27: Durchschnittliche Antworten auf die Frage zur Meinungsabgabe zu Steuererhöhungen auf fossile Energie (oben) sowie Subvention erneuerbarer Energie (unten) im Rahmen der ESS 2016 mit 1 = Strongly against und 5 = Strongly in favour nach politischer Orientierung (Eigene Darstellung, Daten: ESS Round 8 2016).

5.2.1.3.2 COVID-19 Pandemie

Politisch rechts orientierte Personen zeigten sich im Rahmen der ACPP Umfragen gegen eine zusätzliche Steuerbelastung, ebenso jene mit Tendenz zur politischen Mitte. Politische links orientierte Befragte gaben anteilsmäßig geringfügig häufiger die Antwort, einer Steuererhöhung teilweise zuzustimmen. Die Wählerschaft der Oppositionsparteien gaben mit rund 40% an, einer zusätzlichen Steuerbelastung nicht zuzustimmen, jene der Regierungsparteien teilweise (siehe Abbildung 28 und A3.14 im Annex).

Durchschnittliche Angaben zur Meinung einer erhöhten Steuerbelastung zur Eindämmung der COVID-19 Pandemie nach politischer Orientierung

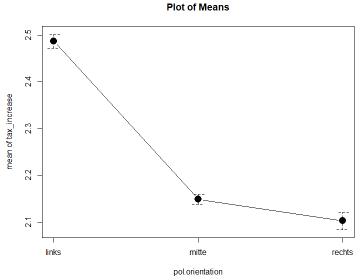


Abbildung 28: Durchschnittliche Angaben zur Bereitschaft zur Zahlung höherer Steuern zur Eindämmung der COVID-19 Pandemie mit 1=Trifft gar nicht zu und 5=Trifft voll und ganz zu nach politischer Orientierung im Rahmen der Befragungswellen 1-16 (Eigene Darstellung, Daten: Kittel et al. 2020a).

5.2.1.4 Auswirkung der Risikowahrnehmung auf die Akzeptanz finanzieller Maßnahmen

Die folgenden Abbildungen 29-31 zeigen einen positiven Zusammenhang zwischen der Risikowahrnehmung der der Akzeptanz finanzieller Maßnahmen hinsichtlich der Klimakrise, Abbildung 32 bestätigt weiters den Zusammenhang der Risikowahrnehmung und der Akzeptanz finanzieller Maßnahmen im Rahmen der COVID-19 Pandemie.

Bereitschaft mehr für emissionsarme Energie zu bezahlen nach Einschätzung der Severität des Klimawandels

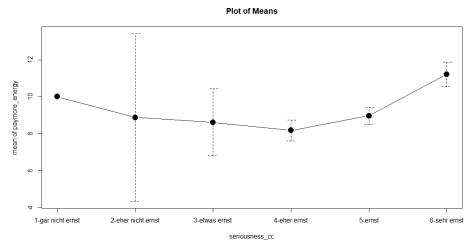


Abbildung 29: Bereitschaft mehr für emissionsarme Energie zu bezahlen nach Einschätzung der Severität des Klimawandels (Eigene Darstellung, Daten: Europäische Kommission 2008).

Zustimmung zur Steuererhöhung auf fossile Brennstoffe nach Einschätzung der Severität des Klimawandels

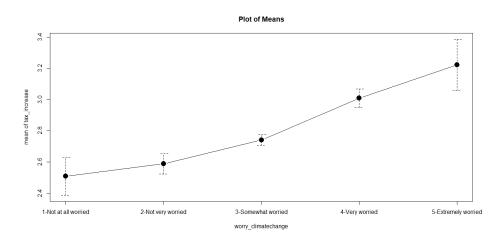


Abbildung 30: Zustimmung der Befragten zu einer Steuererhöhung für fossile Brennstoffe mit 5=sehr dafür und 1=sehr dagegen nach Einschätzung der Severität des Klimawandels (eigene Darstellung, Daten: ESS Round 8 Data 2016).

Zustimmung zu staatlichen Subventionen erneuerbarer Energiequellen nach Einschätzung der Severität des Klimawandels

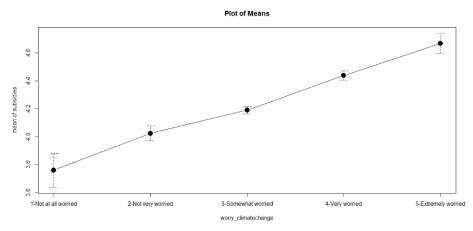


Abbildung 31: Zustimmung der Befragten zu einer Steuererhöhung für fossile Brennstoffe mit 5=sehr dafür und 1=sehr dagegen nach Einschätzung der Severität des Klimawandels (eigene Darstellung, Daten: ESS Round 8 Data 2016).

Durchschnittliche Bereitschaft zur Zahlung höherer Steuern zur Eindämmung der COVID-19 Pandemie nach durchschnittlich wahrgenommenem Risiko im Rahmen der Welle 1-16

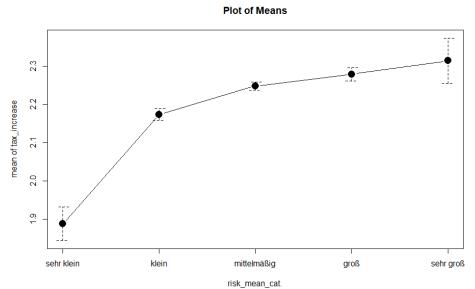


Abbildung 32: Durchschnittliche Antworten auf die Frage "Es ist für mich akzeptabel, in Zukunft höhere Steuern zu zahlen, um jetzt die Corona-Krise in den Griff zu kriegen." mit 1 = trifft voll und ganz und 5 = trifft voll und ganz zu nach durchschnittlich wahrgenommenem Risiko mit 1 = sehr klein und 5 = sehr gro β (Eigene Darstellung, Daten: Kittel et al. 2020a).

5.2.2 Wahrnehmung nicht-finanzieller Maßnahmen

Folgend wird auf die Akzeptanz der Befragten zu nicht-finanziellen Maßnahmen eingegangen. Hierfür wird auf die Frage des Eurobarometers 2008 ob Regierungen genug gegen die Klimakrise unternehmen sowie auf Meinungen zu den vorgestellten Zielen des Eurobarometers 2008 eingegangen. Weiters wurden Fragen nach der wahrgenommenen Verantwortung zur Bekämpfung der Klimakrise in den Jahren 2011 bis 2019 sowie Meinungen zu den Zielen der Eurobarometer Umfragen 2013,2015,2017 und 2019 herangezogen. Zudem wurde die Frage des ESS Runde 8 2016 ob Staaten genügend Maßnahmen treffen würden um die Klimakrise einzudämmen, berücksichtigt. Hinsichtlich der COVID-19 Pandemie wurden Antworten auf die Fragen nach der Effektivität sowie der Angemessenheit der staatlichen Maßnahmen herangezogen (siehe Kapitel 4 Tabelle 4 und Tabelle A1.1 im Annex).

5.2.2.1 Soziodemographische Faktoren

5.2.2.1.1 Klimakrise

Im Jahr 2016 lag der Durchschnitt der Antworten auf die Frage, ob Regierungen effiziente Maßnahmen treffen würden um die Klimakrise einzudämmen auf einer Skala von null bis zehn, mit 0=überhaupt nicht wahrscheinlich und 10=äußerst wahrscheinlich, bei vier (*siehe hierzu Abbildung A4.1 im Annex*). Weiters wird im folgenden auf die Antworten zu den Fragen nach der Importanz zur Zielfestlegung für den Ausbau erneuerbarer Energien sowie die Erhöhung der Energieeffizienz durch die Regierung der Eurobarometer Befragungen 2013,2015,2017 und 2019 eingegangen. Es lassen sich starke Abweichungen vom Durchschnitt und ein Höhepunkt der Zustimmung im Jahr 2017 erkennen (*siehe Abbildung A4.2 im Annex*). Die Tabellen der durchschnittlichen Umfrageergebnisse befinden sich im Annex unter *Tabelle A6.7*, *A6.8* sowie *A6.10-A6.14* und *A6.16*.

Geschlecht

Effektivität und Verantwortung

Sowohl männliche als auch weibliche Befragte gaben im Rahmen des Eurobarometers 2008 mit über 70% an, dass die Regierung sich nicht genug zur Bekämpfung des Klimawandels einsetzt (siehe Tabelle A6.7 im Annex). Weiters sahen rund 37% beider Geschlechter die Verantwortung bei der Regierung, häufiger wurden jedoch die EU sowie Wirtschaft und Industrie genannt. Beide Geschlechter weisen bei der Meinung, dass die Regierung für die Bekämpfung des Klimawandels verantwortlich sei innerhalb der Jahre 2011 bis 2019 eine steigende Tendenz auf. Die Antworten unterschieden sich nur geringfügig, Frauen gaben jedoch häufiger an, die Verantwortung bei sich selbst zu sehen (siehe Tabelle A6.8 im Annex). Weiters empfanden es Frauen im Rahmen der ESS 2016 eher als wahrscheinlich, dass genug Staaten Maßnahmen ergreifen würden, um die Klimakrise zu bekämpfen als Männer, welche dies vermehrt für unwahrscheinlich hielten (siehe Tabelle A6.16 im Annex).

Konkrete Ziele und Maßnahmen

Im Rahmen des Eurobarometers 2008 wurden drei Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels vorgestellt: die Reduktion der Treibhausgase bis 2020 um mindestens 20% mit dem Basisjahr 1990, ein internationales Abkommen, um eine Treibhausgasreduktion von 30% bis 2020 mit dem Basisjahr 1990 zu erreichen sowie eine Steigerung des Anteils an erneuerbaren Energien bis 2020 um 20%. Beide Geschlechter empfanden jene Maßnahmen mit über 40% als genau richtig, Männer eher als zu anspruchsvoll als Frauen (siehe Tabelle A6.10-A6.12 im Annex). Weiters wurde in den Jahren 2013, 2015, 2017 und 2019 im Rahmen des Eurobarometers nach der wahrgenommenen Importanz von Maßnahmen zur Erhöhung des Anteils an erneuerbaren Energien sowie zur Steigerung der Energieeffizienz gefragt. Durchschnittlich gaben rund 47% der Männer sowie mehr als die Hälfte der befragten Frauen an, den Ausbau an erneuerbaren Energiequellen sowie die Verbesserung der Energieeffizienz bis 2030 als sehr wichtig zu empfinden. Bei beiden Geschlechtern lässt sich insgesamt ein leicht Abnehmender Trend der Zustimmung erkennen (siehe Abbildung 33 und 34).

Durchschnittliche Einschätzungen der Importanz der Zielfestlegung der Regierung zum Ausbau erneuerbarer Energien nach Geschlecht 2013-2019

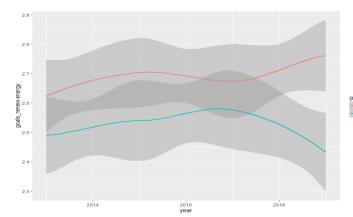


Abbildung 34: Einschätzung der Wichtigkeit der Zielfestlegung der Regierung zum Ausbau erneuerbarer Energien nach Geschlecht. (Eigene Darstellung, Daten: Europäische Kommission 2013, 2015, 2017, 2019).

Durchschnittliche Einschätzungen der Importanz der Unterstützung der Regierung zur Steigerung der Energieeffizienz nach Geschlecht 2013-2019

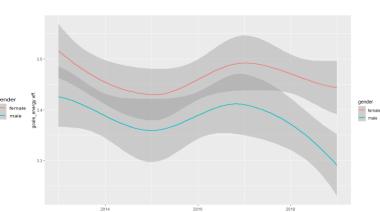


Abbildung 33: Einschätzung der Wichtigkeit der Unterstützung der Energieeffizienz durch die Regierung nach Geschlecht. (Eigene Darstellung, Daten: Europäische Kommission 2013, 2015, 2017, 2019).

Altersklasse

Effektivität und Verantwortung

Über 70% aller Altersklassen gaben an, dass sich die Regierung 2008 nicht genug für die Bekämpfung des Klimawandels einsetzte (siehe Tabelle A6.7 im Annex). Bei den zwei jüngsten Alterskategorien (15-24 und 25-39) lässt sich eine ähnliche Verteilung der Antworten auf die Frage nach der Verantwortung erkennen wie bei den Geschlechtern, Personen, welche den zwei älteren Altersgruppen angehören (40-54, 55+) sahen mehr Verantwortung bei Wirtschaft und Industrien, gefolgt von der EU und der Regierung (siehe Tabelle A6.8 im Annex). Zudem war es laut der ESS 2016 jüngeren Personen

zufolge eher wahrscheinlich, dass genug Staaten Maßnahmen ergreifen, um die Klimakrise zu bekämpfen, den zwei älteren Alterskategorien nach wahrscheinlich (siehe Tabelle A6.16 im Annex).

Konkrete Ziele und Maßnahmen

38-42% aller Altersgruppen gaben durchschnittlich an, die drei vorgestellten Maßnahmen des Eurobarometers 2008 seien zu bescheiden, die Mehrheit entschied sich für genau richtig (siehe Tabelle A6.10-A6.12 im Annex). Weiters entschieden sich im Rahmen der Fragen nach der Importanz von Maßnahmen zu erneuerbaren Energien sowie zur Steigerung der Energieeffizienz Personen aller Altersklassen vermehrt für die Antworten "sehr wichtig" und "eher wichtig" (siehe Abbildung 35,36). Bei beiden Fragen zeigt die jüngste Alterskategorie einen steigenden Verlauf der Zustimmung.

Durchschnittliche Einschätzungen der Importanz der Zielfestlegung der Regierung zum Ausbau erneuerbarer Energien nach Altersklasse 2013-2019

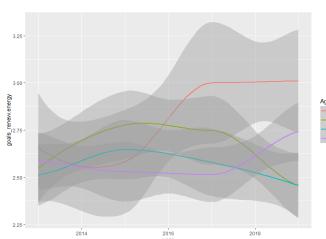


Abbildung 35: Einschätzung der Wichtigkeit der Zielfestlegung der Regierung zum Ausbau erneuerbarer Energien nach Altersklasse. (Eigene Darstellung, Daten: Europäische Kommission 2013, 2015, 2017, 2019).

Durchschnittliche Einschätzungen der Importanz der Unterstützung der Regierung zur Steigerung der Energieeffizienz nach Altersklasse 2013-2019

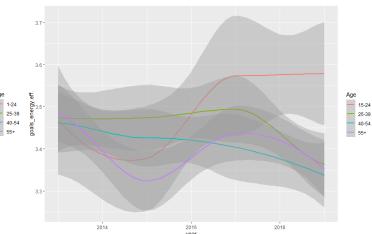


Abbildung 36: Einschätzung der Wichtigkeit der Zielfestlegung der Regierung zur Steigerung der Energieeffizient nach Altersklasse. (Eigene Darstellung, Daten: Europäische Kommission 2013, 2015, 2017, 2019).

Bildung

Effektivität und Verantwortung

Mit steigendem Alter beim Bildungsabschluss lässt sich eine Tendenzverschiebung von der Annahme, dass die Antwort auf die Frage, ob genug Staaten Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels ergreifen wurden von eher unwahrscheinlich sei zu unwahrscheinlich erkennen (siehe Tabelle A6.7 im Annex). Die Verantwortung wurde von allen Altersklassen mit über 40% bei den Industrien, gefolgt von der EU gesehen (siehe Tabelle A6.8 im Annex). Hinsichtlich der Frage, ob die Regierung genug Maßnahmen treffe, um den Klimawandel einzudämmen zeigten sich im Jahr 2008 keine gravierenden Unterschiede bezüglich des Alters beim Bildungsabschluss (siehe Tabelle A6.16 im Annex).

Konkrete Ziele und Maßnahmen

Im Rahmen des EB 08 gaben Personen jeglichen Alters beim Bildungsabschluss mit rund 39-45% an, dass die vorgestellten Ziele zu bescheiden seien (siehe Tabelle A6.10-A6.12 im Annex). Personen jeglichen Alters beim Bildungsabschluss gaben mit rund 44-61% an, Maßnahmen zum Ausbau erneuerbarer Energien sowie zur Steigerung der Energieeffizienz als sehr wichtig zu empfinden. Durchschnittlich weisen Antworten von Personen welche ihre Ausbildung mit bis zu 15 Jahren abgeschlossen eine leicht steigende Tendenz auf, jene der anderen Gruppen eine abfallende (siehe Abbildung 37 und 38).

Durchschnittliche Einschätzungen der Importanz der Zielfestlegung der Regierung zum Ausbau erneuerbarer Energien nach Alter beim Bildungsabschluss 2013-2019

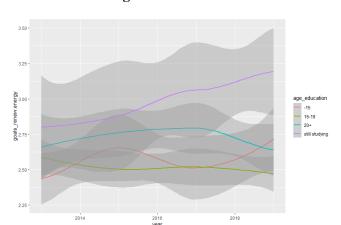


Abbildung 37: Einschätzung der Wichtigkeit der Zielfestlegung der Regierung zum Ausbau erneuerbarer Energien nach Alter beim Bildungsabschluss. (Eigene Darstellung, Daten: Europäische Kommission 2013, 2015, 2017, 2019).

Durchschnittliche Einschätzungen der Importanz der Unterstützung der Regierung zur Steigerung der Energieeffizienz nach Alter beim Bildungsabschluss 2013-2019

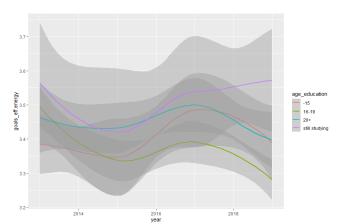


Abbildung 38: Einschätzung der Wichtigkeit der Zielfestlegung der Regierung zur Steigerung der Energieeffizienz nach Alter beim Bildungsabschluss. (Eigene Darstellung, Daten: Europäische Kommission 2013, 2015, 2017, 2019).

Beschäftigungssituation

Effektivität und Verantwortung

Personen aller Beschäftigungssituationen gaben an, dass sich die Regierung nicht genug für die Bekämpfung des Klimawandels einsetze. Erwerbstätige gaben mit durchschnittlich 25,8% eher an, dass die Regierung genug zur Klimawandelbekämpfung beiträgt (siehe Tabelle A6.7 im Annex). Weiters sahen selbstständige Personen mit durchschnittlich 41,28% die Verantwortung am häufigsten bei der Regierung, die meiste Verantwortung wurde, jedoch von Personen jeglicher Beschäftigungssituationen, außer jener in Ausbildung, welche geringfügig häufiger die EU nannten, der Industrie zugeschrieben (siehe Tabelle A6.8 im Annex). Personen aller Beschäftigungssituationen gaben mit über 30% an, dass es eher wahrscheinlich sei, dass Staaten suffiziente Maßnahmen zur Eindämmung des Klimawandels treffen würden (siehe Tabelle A6.16 im Annex).

Konkrete Ziele und Maßnahmen

Im Rahmen des Eurobarometers 2008 gaben selbstständige Personen häufiger an, dass die Ziele der Regierung zu anspruchsvoll seien als die verbleibenden Gruppen. Durchschnittlich gaben 38-50% der Befragten jeglichen Beschäftigungsverhältnisses an, dass die Ziele zu bescheiden seien, Arbeitslose und Personen in Ausbildung häufiger als die anderen Kategorien (siehe Tabelle A6.10-A6.12 im Annex). Die Importanz der 2013-2019 vorgestellten Maßnahmen wurde von Personen in Ausbildung über die Jahre hinweg am häufigsten als sehr wichtig eingeschätzt. Zudem gewinnen jene vorgestellten Maßnahmen innerhalb dieser Gruppe an Bedeutung, bei Personen der anderen Kategorien lässt sich eine sinkende Tendenz erkennen (siehe Abbildung 39 und 40).

Durchschnittliche Einschätzungen der Importanz der Zielfestlegung der Regierung zum Ausbau erneuerbarer Energien nach Beschäftigungssituation 2013-2019

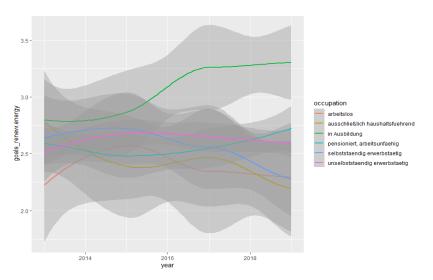


Abbildung 39: Einschätzung der Wichtigkeit der Zielfestlegung der Regierung zum Ausbau erneuerbarer Energien nach Beschäftigungssituation. (Eigene Darstellung, Daten: Europäische Kommission 2013, 2015, 2017, 2019

Durchschnittliche Einschätzungen der Importanz der Unterstützung der Regierung zur Steigerung der Energieeffizienz nach Beschäftigungssituation 2013-2019

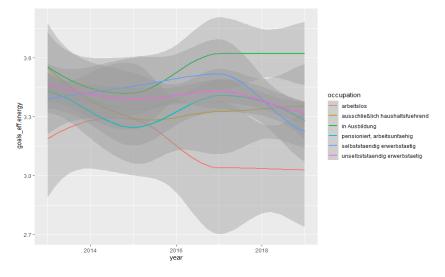


Abbildung 40: Einschätzung der Wichtigkeit der Zielfestlegung der Regierung zur Steigerung der Energieeffizienz nach Beschäftigungssituation (Eigene Darstellung, Daten: Europäische Kommission 2013, 2015, 2017, 2019).

5.2.2.1.2 COVID-19 Pandemie

In den folgenden Kapiteln wird die Wahrnehmung der Angemessenheit sowie Effektivität der staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19 Pandemie anhand soziodemographischer und weiterer Faktoren beschrieben. Durchschnittlich wiesen die Antworten zur letzterer starke Schwankungen und letztendlich einen stark absteigenden Trend auf. Bis zur zehnten Welle stieg die Meinung, dass die Maßnahmen angemessen seien und fiel anschließend ab. Weiterführende Abbildungen (Abbildung A4.3-A4.6) sowie Tabellen der durchschnittlichen Ergebnisse (Tabelle A6.19 und A6.20) befinden sich im Annex.

Geschlecht

Im Rahmen der ACPP-Befragung gaben beide Geschlechter an, die Reaktion der Regierung auf den Ausbruch der COVID-19 Pandemie als angemessen und die Maßnahmen bis zur zwölften Umfragewelle als eher effektiv bis sehr effektiv zu empfinden. Ab der dreizehnten Welle entschied sich die Mehrheit der Befragten dafür, dass die Maßnahmen teils effektiv seien. Durchschnittlich entschieden sich beide Geschlechter mit über 30% dafür, dass die Maßnahmen der Regierung effektiv seien. Durchschnittlich 9% der befragten Männer und 6% der Frauen empfanden die Maßnahmen der Regierung zur Bekämpfung der COVID-19 Pandemie als zu extrem, rund 2% der männlichen Teilnehmer sowie 1,8% der weiblichen als überhaupt nicht ausreichend (siehe Abbildung 41).

Durchschnittliche Einschätzungen der Angemessenheit und Effektivität der Maßnahmen der Regierung zur Eindämmung der COVID-19 Pandemie nach Geschlecht

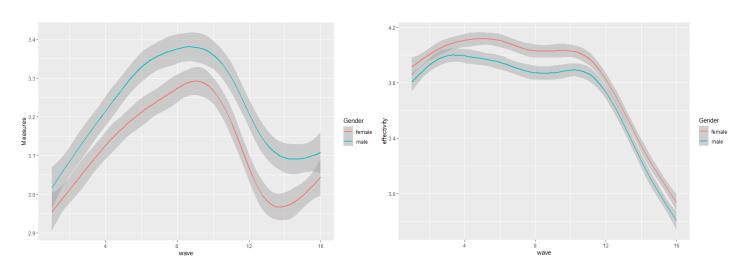


Abbildung 41: Durchschnittliche Angaben zur Angemessenheit (links) und Effektivität (rechts) der Maßnahmen der Regierung zur Eindämmung der COVID-19 Pandemie mit 1 = überhaupt nicht ausreichend und 5 = zu extrem bzw. 1 = überhaupt nicht effektiv und 5 = sehr effektiv nach Geschlecht im Rahmen der Befragungswellen 1-16 (Eigene Darstellung, Daten: Kittel et al. 2020a).

Altersklasse

Alle Altersgruppen sahen die Reaktion der Regierung auf die Pandemie vermehrt als angemessen sowie die Maßnahmen sehr oder eher effektiv. Die Altersklasse 40-54 entschied sich anteilsmäßig am häufigsten dafür, die Maßnahmen als überhaupt nicht ausreichend einzustufen, die Kategorie 25-39 als zu extrem (Abbildung 42).

Durchschnittliche Einschätzungen der Angemessenheit und Effektivität der Maßnahmen der Regierung zur Eindämmung der COVID-19 Pandemie nach Altersklasse

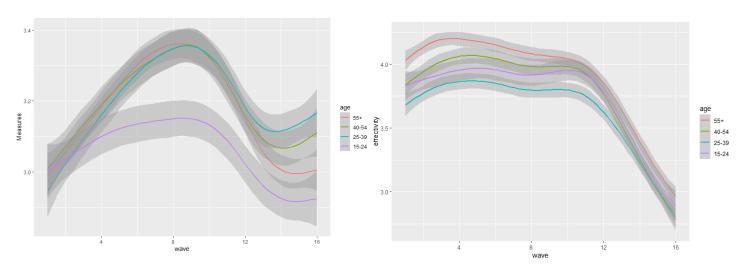


Abbildung 42: Durchschnittliche Angaben zur Angemessenheit (links) und Effektivität (rechts) der Maßnahmen der Regierung zur Eindämmung der COVID-19 Pandemie mit 1 = überhaupt nicht ausreichend und 5 = zu extrem bzw. 1 = überhaupt nicht effektiv und 5 = sehr effektiv nach Altersklasse im Rahmen der Befragungswellen 1-16 (Eigene Darstellung, Daten: Kittel et al. 2020a).

Bildung

Personen jeglicher Bildungsabschlüsse gaben vermehrt an, dass die Reaktion der österreichischen Regierung auf den Ausbruch der Pandemie angemessen sowie die getroffenen Maßnahmen eher effektiv seien. Personen mit niedrigerem Bildungsabschluss gaben eher an, dass die Maßnahmen zu schwach oder zu stark sowie nicht effektiv seien (Abbildung 43).

Durchschnittliche Einschätzungen der Angemessenheit und Effektivität der Maßnahmen der Regierung zur Eindämmung der COVID-19 Pandemie nach Bildungsabschluss

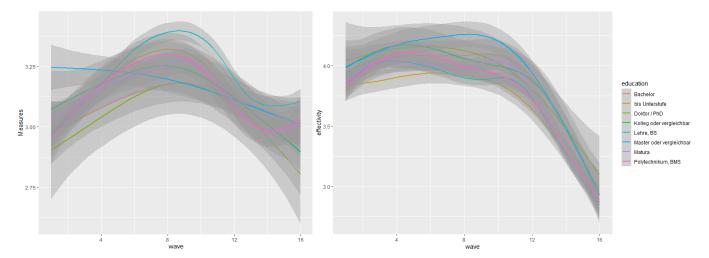


Abbildung 43: Durchschnittliche Angaben zur Angemessenheit (links) und Effektivität (rechts) der Maßnahmen der Regierung zur Eindämmung der COVID-19 Pandemie mit 1 = überhaupt nicht ausreichend und 5 = zu extrem bzw. 1 = überhaupt nicht effektiv und 5 = sehr effektiv nach Bildungsabschluss im Rahmen der Befragungswellen 1-16 (Eigene Darstellung, Daten: Kittel et al. 2020a).

Beschäftigungssituation

Haushaltsführende Personen gaben eher an, die Maßnahmen der Regierung seien zu extrem, mehr als die Hälfte aller Personen jeglicher Beschäftigungsverhältnisse gab jedoch durchschnittlich an, die Maßnahmen seien angemessen. Im Rahmen der Frage nach der Effektivität der Maßnahmen sind keine gravierenden Unterschiede zu erkennen. Ausschließlich haushaltsführende Personen gaben eher an, die Maßnahmen als nicht effektiv zu sehen, Personen in Ausbildung als sehr effektiv (Abbildung 44).

Durchschnittliche Einschätzungen der Angemessenheit und Effektivität der Maßnahmen der Regierung zur Eindämmung der COVID-19 Pandemie nach Beschäftigungsverhältnis

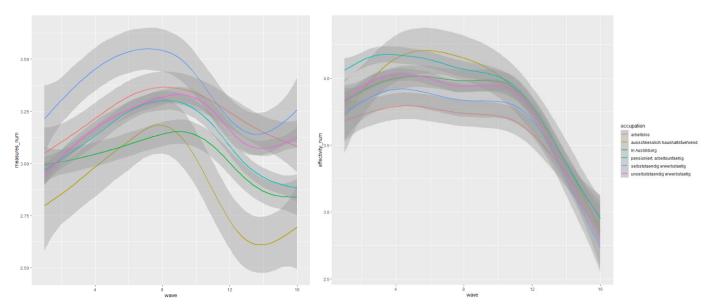


Abbildung 44: Durchschnittliche Angaben zur Angemessenheit (links) und Effektivität (rechts) der Maßnahmen der Regierung zur Eindämmung der COVID-19 Pandemie mit 1 = überhaupt nicht ausreichend und 5 = zu extrem bzw. 1 = überhaupt nicht effektiv und 5 = sehr effektiv nach Beschäftigungssituation im Rahmen der Befragungswellen 1-16 (Eigene Darstellung, Daten: Kittel et al. 2020a).

5.2.2.2 Wohnsitz

5.2.2.2.1 Klimakrise

Effektivität und Verantwortung

Befragte aus Kärnten, Tirol und dem Burgenland gaben durchschnittlich mit über 80%, Personen aus der Steiermark, Vorarlberg und Wien mit 70-80% sowie Personen aus Ober- und Niederösterreich mit rund 50 bis 60% an, dass die Regierung nicht genug Maßnahmen treffe, um den Klimawandel einzudämmen (siehe Tabelle A6.7 im Annex). Die Verantwortung wurde in allen Bundesländern vermehrt bei der Industrie und der EU gesehen (siehe Tabelle A6.8 im Annex). Weiters gaben Befragte aus dem Burgenland, aus Salzburg, Tirol und Wien eher an, dass es unwahrscheinlich sei, dass Staaten ausreichen Maßnahmen zur Eindämmung des Klimawandels treffen würden. Befragte aus den restlichen Ländern entschieden sich häufiger für die Antwort "eher wahrscheinlich" (siehe Tabelle A6.16 im Annex).

Konkrete Ziele und Maßnahmen

Befragte aus Niederösterreich, Vorarlberg und Wien gaben 2008 durchschnittlich am häufigsten an, mit den vorgeschlagenen Maßnahmen zufrieden zu sein, Personen der restlichen Bundesländer empfanden jene vermehrt als zu bescheiden (siehe Tabelle A6.10-A6.12 im Annex). Befragte aus Tirol und dem Burgenland gaben am häufigsten an, die Maßnahmen vorgestellt im EB13-19 als sehr wichtig zu empfinden. Wie in Abbildung 45 und 46 erkennbar, schrieben durchschnittlich vor allem Befragte aus Wien, Salzburg und Kärnten über die Jahre hinweg den Maßnahmen steigende Importanz zu, der stärkste abnehmende Verlauf ist in der Steiermark und in Oberösterreich erkennbar.

Durchschnittliche Einschätzungen der Importanz der Zielfestlegung der Regierung zum Ausbau erneuerbarer Energien nach Bundesland 2013-2019

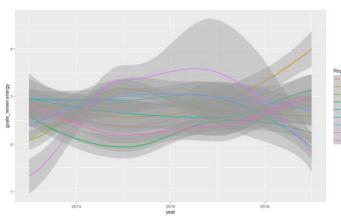


Abbildung 45: Einschätzung der Wichtigkeit der Zielfestlegung der Regierung zum Ausbau erneuerbarer Energien nach Bundesland (Eigene Darstellung, Daten: Europäische Kommission 2013, 2015, 2017, 2019).

Durchschnittliche Einschätzungen der Importanz der Unterstützung der Regierung zur Steigerung der Energieeffizienz nach Bundesland 2013-2019

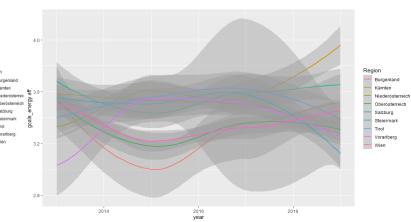


Abbildung 46: Einschätzung der Wichtigkeit der Zielfestlegung der Regierung zur Steigerung der Energieeffizienz nach Bundesland. (Eigene Darstellung, Daten: Europäische Kommission 2013, 2015, 2017, 2019

5.2.2.2.2 COVID-19 Pandemie

Über 50% der befragten Personen aller Bundesländer gaben an, die Reaktion der Regierung zur Bekämpfung der COVID-19 Pandemie als angemessen zu empfinden. Befragte aus dem Burgenland sowie aus Wien gaben eher an, die Reaktion der Regierung als nicht ausreichend zu sehen, Personen aus Kärnten und Oberösterreich zu extrem. Menschen letzterer Bundesländer gaben weiters eher an, dass die Maßnahmen überhaupt nicht effektiv seien als Personen der anderen Länder, jeweils über 30% der Befragten aller Bundesländer gaben jedoch an, die Maßnahmen als eher effektiv einzuschätzen (siehe Abbildung 47).

Durchschnittliche Einschätzungen der Angemessenheit und Effektivität der Maßnahmen der Regierung zur Eindämmung der COVID-19 Pandemie nach Wohnsitz

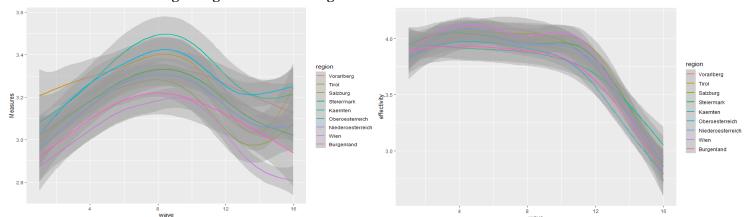


Abbildung 47: Durchschnittliche Angaben zur Angemessenheit (links) und Effektivität (rechts) der Maßnahmen der Regierung zur Eindämmung der COVID-19 Pandemie mit 1 = überhaupt nicht ausreichend und 5 = zu extrem bzw. 1 = überhaupt nicht effektiv und 5 = sehr effektiv nach Wohnsitz im Rahmen der Befragungswellen 1-16 (Eigene Darstellung, Daten: Kittel et al. 2020a).

5.2.2.3 Politische Orientierung

5.2.2.3.1 Klimakrise

Effektivität und Verantwortung

Politisch rechts orientierte Personen gaben eher an, dass es eher wahrscheinlich sei, dass genug Staaten Maßnahmen zur Eindämmung der Klimakrise treffen würden. Politisch links und zentral ausgerichtete Menschen tendierten zur Antwort "unwahrscheinlich" (siehe Tabelle A6.7 im Annex). Sowohl politisch links als auch rechts und zentral orientierte Befragte gaben vermehrt an, die Verantwortung zur Eindämmung des Klimawandels bei den Industrien, gefolgt von der EU und der Regierung zu sehen (siehe Tabelle A6.8 im Annex). Auch bei der Frage ob es wahrscheinlich sei, dass Staaten genug Maßnahmen treffen würden, um den Klimawandel abzuschwächen gab es keine gravierenden Unterschiede nach politischer Orientierung der Befragten (siehe Tabelle A6.16 im Annex).

Konkrete Ziele und Maßnahmen

Durchschnittlich vertraten Befragte mit zentraler politischer Orientierung am häufigsten die Meinung, dass die vorgestellten Maßnahmen aus dem EB 08 genau richtig wären. Die Mehrheit der links und rechts Orientierten empfand jene als zu bescheiden. Durchschnittlich gaben rechts orientierte Befragte häufiger als die anderen Gruppen an, dass jene Maßnahmen zu anspruchsvoll seien (siehe Tabelle A6.10-A6.12 im Annex). Sowohl politisch links als auch zentral orientierte Befragte schrieben den Maßnahmen aus den Jahren 2015-2019 im Jahr 2019 weniger Importanz zu als 2015, bewegten sich dennoch im knappen 50% Bereich. Personen politisch rechter Orientierung empfanden die Maßnahmen 2015 durchschnittlich mit 24% als sehr wichtig, 2019 gaben rund 48% jene Antwort. Am häufigsten empfanden politisch links orientierte Befragte die Maßnahmen als sehr wichtig (siehe Abbildung 48 und 49).

Durchschnittliche Einschätzungen der Importanz der Zielfestlegung der Regierung zum Ausbau erneuerbarer Energien nach politischer Orientierung 2013-2019

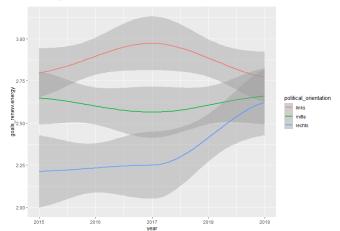


Abbildung 48: Einschätzung der Wichtigkeit der Zielfestlegung der Regierung zum Ausbau erneuerbarer Energien nach politischer Orientierung (Eigene Darstellung, Daten: Europäische Kommission 2013, 2015, 2017, 2019).

Durchschnittliche Einschätzungen der Importanz der Unterstützung der Regierung zur Steigerung der Energieeffizienz nach politischer Orientierung 2013-2019

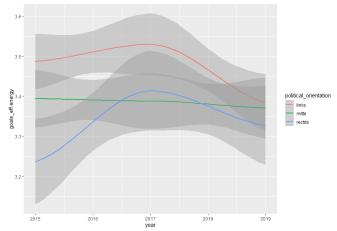


Abbildung 49: Einschätzung der Wichtigkeit der Zielfestlegung der Regierung zur Steigerung der Energieeffizienz nach Bundesland. (Eigene Darstellung, Daten: Europäische Kommission 2013, 2015, 2017, 2019).

5.2.2.3.2 COVID-19 Pandemie

Befragte jeglicher politischer Orientierung gaben mit 59-68% an, dass die Reaktion der österreichischen Regierung auf den Ausbruch der Pandemie angemessen sei und 32-36% dass die Maßnahmen sehr effektiv seien. Durchschnittlich gaben politisch links orientierte Personen eher an, dass die Reaktion nicht ausreichend, rechts orientierte sowie politisch zentral sympathisierende Menschen, dass sie zu stark sei und dass die getroffenen Maßnahmen nicht effektiv seien. Rund 56% der Personen, die bei der Nationalratswahl 2019 eine Oppositionspartei und rund 74% welche eine Regierungspartei gewählt haben, empfanden die Reaktion der Regierung auf den Ausbruch der Pandemie angemessen. Erstgenannte gaben eher an, die Reaktionen als zu stark zu sehen. Über 30% beider Gruppierungen gaben an, die Maßnahmen seien eher effektiv, Personen, welche Oppositionsparteien wählten gaben häufiger an, dass die Maßnahmen nicht effektiv seien (Abbildung 50).

Durchschnittliche Einschätzungen der Angemessenheit und Effektivität der Maßnahmen der Regierung zur Eindämmung der COVID-19 Pandemie nach politischer Orientierung

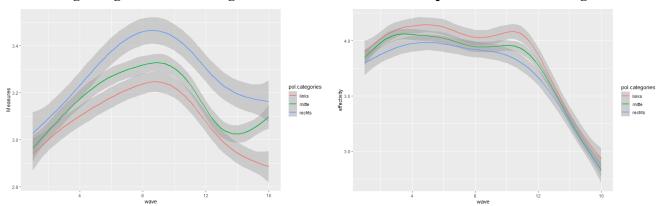


Abbildung 50: Durchschnittliche Angaben zur Angemessenheit (links) und Effektivität (rechts) der Maßnahmen der Regierung zur Eindämmung der COVID-19 Pandemie mit 1 = überhaupt nicht ausreichend und 5 = zu extrem bzw. 1 = überhaupt nicht effektiv und 5 = sehr effektiv nach politischer Orientierung im Rahmen der Befragungswellen 1-16 (Eigene Darstellung, Daten: Kittel et al. 2020a).

5.2.2.4 Auswirkung der Risikowahrnehmung auf die Akzeptanz nicht-finanzieller Maßnahmen

Die folgenden Abbildungen 51-54 beschreiben den positiven Zusammenhand der Risikowahrnehmung und der Akzeptanz nicht-finanzieller Maßnahmen. Abbildung 51 gibt den Durchschnitt der vorgestellten Ziele im Rahmen des Eurobarometers 2008 – "Die Europäische Union hat die Zielvorstellung, 2020 im Vergleich zu 1990 die Treibhausgas Emissionen um mindestens 20% zu reduzieren", "Um die Auswirkungen des Klimawandels zu limitieren, schlägt die EU auch ein Internationales Abkommen vor, das die großen Wirtschaftsmächte der Welt dazu verpflichten würde, bis 2020 eine Reduktion der Treibhausgas-Emissionen um 30 % verglichen mit 1990 anzupeilen.", "Die Europäische Union hat die Zielvorstellung, den Anteil an erneuerbarer Energie bis 2020 um 20% zu steigern. "(Europäische Kommission 2013,2015,2017 und 2019) - wieder. Abbildungen zu den einzelnen zielen befinden sich im Annex unter A5.1-A5.3. Abbildung 52 zeigt den Durchschnitt der zwei im Rahmen des Eurobarometers 2013, 2015, 2017 sowie 2019 vorgestellten Ziele: "Wie wichtig ist es Ihrer Ansicht nach, dass die österreichische Regierung Ziele festlegt, um den Anteil der Nutzung erneuerbarer Energien wie beispielsweise Wind- und Solarenergie bis 2030 zu erhöhen?", "Wie wichtig ist es Ihrer Ansicht nach, dass die österreichische Regierung die Verbesserung der Energieeffizienz bis 2030 unterstützt (z. B. Förderung der Wärmedämmung von Wohngebäuden oder Kauf von Energiesparlampen)?" (Europäische Kommission 2013, 2015, 2017, 2019). Abbildungen zu den einzelnen Zielen befinden sich im Annex (siehe Abbildung A5.4-A5.5). Abbildung 53 und 54 geben die durchschnittlich wahrgenommene Effektivität sowie Angemessenheit der von der Regierung getroffenen Maßnahmen nach durchschnittlich angegebenem Risiko der befragten wieder.

Durchschnittliche Wahrnehmung der vorgestellten Ziele im Eurobarometer 2008 nach eingeschätzter Severität der Klimakrise

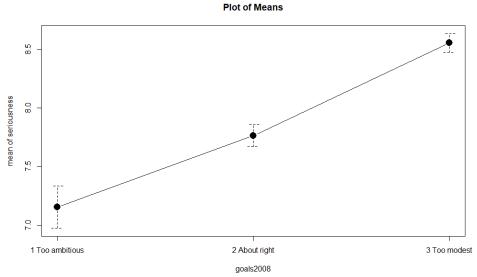


Abbildung 51: Durchschnittliche Wahrnehmung der der vorgestellten Ziele im Rahmen des EB 2008 nach wahrgenommener Severität des Klimawandels mit 1 = überhaupt kein ernstes Problem und 10 = extrem ernstes Problem (Eigene Darstellung, Daten: Europäische Kommission 2008).

Durchschnittliche Wahrnehmung der Importanz der in Eurobarometer 2013, 2015, 2017 und 2019 vorgestellten Ziele nach eingeschätzter Severität der Klimakrise

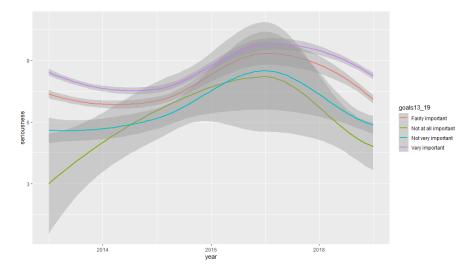


Abbildung 52: Durchschnittliche Wahrnehmung der der vorgestellten Ziele im Rahmen des EB 2013, 2015, 2017 und 2019 nach wahrgenommener Severität des Klimawandels mit $1 = \ddot{u}$ berhaupt kein ernstes Problem und 10 = extrem ernstes Problem (Eigene Darstellung, Daten: Europäische Kommission 2008).

Durchschnittliche Wahrnehmung der Angemessenheit der von der Regierung getroffenen Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19 Pandemie nach durchschnittlich wahrgenommenem Risiko im Rahmen der Welle 1-16

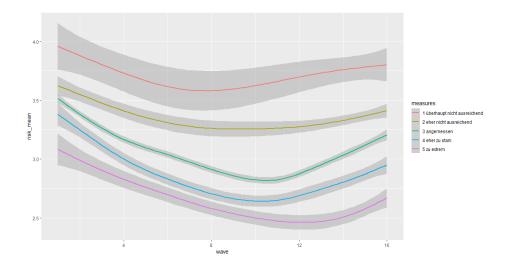


Abbildung 53: Durchschnittliche Wahrnehmung der Angemessenheit der von der Regierung getroffenen Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19 Pandemie nach durchschnittlich wahrgenommenem Risiko im Rahmen der Welle 1-16 mit $1 = \ddot{u}ber$ haupt nicht ausreichend und 5 = zu extrem (Eigene Darstellung, Daten: Kittel et al. 2020a).

Durchschnittliche Wahrnehmung der Effektivität der von der Regierung getroffenen Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19 Pandemie nach durchschnittlich wahrgenommenem Risiko im Rahmen der Welle 1-16

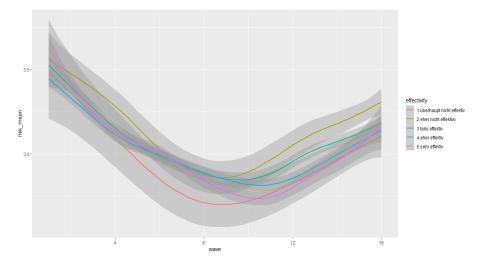


Abbildung 54: Durchschnittliche Wahrnehmung der Effektivität der von der Regierung getroffenen Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19 Pandemie nach durchschnittlich wahrgenommenem Risiko im Rahmen der Welle 1-16 mit 1= überhaupt nicht ausreichend und 5= zu extrem (Eigene Darstellung, Daten: Kittel et al. 2020a).

5.3 Bereitschaft zum Treffen freiwilliger Maßnahmen

In den folgenden Unterkapiteln werden freiwillig getroffene Maßnahmen sowie die Bereitschaft dazu anhand soziodemographischer und weiterer Faktoren im Rahmen der Klimakrise und der COVID-19 Pandemie miteinander verglichen. Hierfür werden Angaben zu klimafreundlichen Verhaltensänderungen des Eurobarometers 2008, 2011, 2013, 2015, 2017 und 2019 sowie die Frage nach der Bereitschaft zur Verhaltensänderung um die COVID-19 Pandemie einzudämmen und die Frage nach der Einhaltung konkreter Verhaltensänderungen im Rahmen des ACCPs herangezogen (siehe hierzu Kapitel 4 Tabelle 4 und Tabelle A1.1 im Annex).

5.3.1 Soziodemographische Faktoren

5.3.1.1 Klimakrise

Im Rahmen der berücksichtigten Eurobarometer Umfragen wurde 2008, 2011, 2013, 2015, 2017 und 2019 nach konkreten, klimafreundlichen Verhaltensänderungen, beispielsweise das Vermeiden von Kurzstreckenflügen oder der Umsetzung von Abfalltrennung, gefragt. Jene Verhaltensänderungen wurden im Rahmen der Auswertung der vorliegenden Arbeit gleichwertig behandelt. Die Ergebnisstabelle hierzu befindet sich im Annex unter *Tabelle A6.15*.

Geschlecht

Befragte beider Geschlechter gaben im Jahr 2015 am häufigsten an, gewisse Verhaltensänderungen zu Gunsten des Klimas durchgeführt zu haben. Abfalltrennung und Recycling wurde über die Jahre hinweg am häufigsten als Maßnahme genannt, rund 73% der befragten Frauen sowie 66% der Männer gaben an, jene Maßnahme getroffen zu haben. Durchschnittlich gaben Frauen häufiger an, Verhaltensänderungen durchgeführt zu haben als Männer. Bei beiden Geschlechtern ist ein Höhepunkt im Jahr 2015, gefolgt von einem abnehmenden Trend, feststellbar (siehe Tabelle A6.15 im Annex).

Altersklasse

Durchschnittlich gaben die zwei älteren Altersklassen häufiger an, Verhaltensänderungen durchgeführt zu haben als jüngere Befragte, Gedanken über den ökologischen Fußabdruck bei Reisen und Einkäufen sowie die Anschaffung von Niedrigenergiehäusern wurden häufiger von jüngeren Befragten angegeben. Über die Jahre hinweg wurde Recycling als häufigste Maßnahme genannt. Abermals lässt sich ein Höhepunkt der getroffenen Maßnahmen 2015 sowie ein generell abnehmender Trend erkennen (siehe Tabelle A6.15 im Annex).

Bildung

Über die Jahre hinweg gaben Befragte, die ihre Ausbildung im Alter von 20 Jahren oder älter abgeschlossen haben am ehesten an, ihr Verhalten klimafreundlicher gestaltet zu haben, jedoch, ebenso wie die anderen Gruppen, mit sinkender Tendenz (siehe Tabelle A6.15 im Annex).

Beschäftigungssituation

Personen jeglichen Beschäftigungsverhältnisses gaben 2015 am häufigsten an, freiwillige Maßnahmen zur Eindämmung der Klimakrise getroffen zu haben. Durchschnittlich gaben selbstständige Befragte am ehesten an, Verhaltensänderungen vorgenommen zu haben. Die durchschnittliche Nennung diverser Verhaltensänderungen zeigt einen steigenden Verlauf bis 2015, gefolgt von einer absteigenden Tendenz (siehe Tabelle A6.15 im Annex).

5.3.1.2 COVID-19 Pandemie

Um einen Vergleich zu freiwilligen Verhaltensänderungen im Rahmen der COVID-19 Pandemie zu ziehen wurde die Frage, ob Befragte bereit seien ihre Lebensweise zu ändern und ob dies vom Verhalten anderer abhänge sowie Fragen nach konkreten Verhaltensänderungen berücksichtigt (siehe hierzu A6.22-A6.24 im Annex).

Geschlecht

Männliche Befragte gaben mit rund über 30% an, teilweise bereit zu sein ihre Lebensweise zu ändern, weibliche Befragte gaben vermehrt an, ihre Lebensweise eher zu verändern, um die Pandemie zu bekämpfen. Zudem gaben 39% der Männer und 51% der Frauen an, dass ihre Verhaltensänderungen nicht von jenen anderer Bürgerinnen und Bürger abhänge (siehe Tabelle A6.22 und A6.23 im Annex). Freiwillige Verhaltensänderungen wurden von Frauen über die Befragungswellen hinweg eher umgesetzt als von Männern und weisen bei beiden Geschlechtern einen durchschnittlich abnehmenden Trend auf (siehe Tabelle A6.25 im Annex).

Altersklasse

Alle Alterskategorien bis auf die Gruppe der 40-54-Jährigen, welche angaben, teilweise dazu bereit zu sein ihre Lebensweise zur Bekämpfung der Pandemie zu verändern, gaben vermehrt an, eher bereit zu sein ihre Lebensweise zu verändern. Über 40% der Menschen jeglicher Alterskategorie gaben an, dass ihre Verhaltensänderung nicht von jenen anderen Bürgerinnen und Bürger abhänge (siehe Tabelle A6.22 und A6.23 im Annex). Weiters sinkt das Maß der Einhaltung freiwilliger Maßnahmen mit sinkendem Alter und voranschreitender Befragungswelle (siehe Tabelle A6.25 im Annex).

Bildung

Abermals zeigte sich die Mehrheit der Personen jeglichen Bildungsgrads gewillt, ihre Lebensweise zu ändern, unabhängig davon, ob dies auch andere tun. Es zeigten sich keine gravierenden Unterschiede nach Bildungsniveau (siehe Tabelle A6.22 und A6.23 im Annex). Auch bei der Angabe bereits getroffener freiwilliger Maßnahmen, lassen sich keine eindeutigen Tendenzen nach dem Bildungsgrad erkennen (siehe Tabelle A6.25 im Annex).

Beschäftigungsverhältnis

Über 30% jeder Gruppierung gab an, bereit zu sein, ihre Lebensweise teilweise zu verändern, was laut eigener Aussage nicht vom Verhalten anderer abhänge (siehe Tabelle A6.22 und A6.23 im Annex). Weiters zeigt sich hinsichtlich getroffener, freiwilliger Maßnahmen, dass ausschließlich haushaltsführende sowie pensionierte oder dauerhaft arbeitsunfähige Personen jene durchschnittlich eher getroffen haben als die restlichen Gruppierungen, am seltensten getroffen wurden jene Maßnahmen hingegen von arbeitslosen Personen (siehe Tabelle A6.25 im Annex).

5.3.2 Wohnort

Kapitel 5.3.2 und 5.3.3 beschreiben die Verhaltensänderungen der Befragten anhand des Wohnortes sowie der politischen Orientierung.

5.3.2.1 Klimakrise

Im Rahmen der Klimakrise gaben durchschnittlich am häufigsten Personen aus Salzburg, am seltensten Befragte aus Kärnten an, klimafreundliche Verhaltensänderungen durchgeführt zu haben. Abermals folgten die meisten Angaben zu getroffenen Maßnahmen im Jahr 2015. Personen aller Bundesländer, bis auf Kärnten und Vorarlberg, gaben mit absteigendem Verlauf an, freiwillige Maßnahmen getroffen zu haben (siehe Tabelle A6.22 im Annex).

5.3.2.2 COVID-19 Pandemie

Mehr als die Hälfte aller Personen jeglicher Bundesländer erklärte sich dazu bereit ihre Lebensweise zur Eindämmung der COVID-19 Pandemie teilweise zu ändern, was laut Angaben der Befragten mit über 40% nicht von der Verhaltensänderung anderer Bürgerinnen und Bürger abhänge (siehe Tabelle A6.22 und A6.23 im Annex). Weiters gaben Personen aus dem Burgenland und der Steiermark eher an, freiwillige Maßnahmen getroffen zu haben (siehe Tabelle A6.25 im Annex).

5.3.3 Politische Orientierung

5.3.3.1 Klimakrise

In den Jahren 2015, 2017 sowie 2019 gaben rund 40% der Personen linker und zentraler politischer Orientierung sowie rund 35% der Befragten mit politisch rechter Ausrichtung an, Verhaltensänderungen zu Gunsten des Klimas durchgeführt zu haben, jede Gruppierung mit absteigender Tendenz (siehe Tabelle A6.22 im Annex).

5.3.3.2 COVID-19 Pandemie

Politisch links orientierte Befragte gaben an, ihre Lebensweise zur Bekämpfung der Pandemie eher zu ändern, politisch rechts sowie zentral orientierte Befragte teilweise, jeweils unabhängig vom Verhalten anderer Bürgerinnen und Bürger. Weiters gaben Oppositionsparteiwählerinnen und -wähler mit rund 34% anteilsmäßig am häufigsten an, bereit zu sein ihre Lebensweise zur Eindämmung der Pandemie teilweise zu ändern, die Wählerschaft der Regierungsparteien erklärte sich mit 34% eher dazu bereit. Beide Wählergruppen gaben mit über 50% an, dass sie ihr eigenes Verhalten nicht erst ändern würden, wenn andere mit jenem Verhalten vorangehen (siehe Tabelle A6.22 und A6.23 im Annex). Auch nach der politischen Orientierung unterteilt zeigt sich ein abnehmender Trend der getroffenen, freiwilligen Maßnahmen der Befragten. Zudem lässt sich erkennen, dass politisch links orientierte Personen sowie Personen, die eine Regierungspartei wählten, durchschnittlich häufiger Maßnahmen getroffen haben als rechts orientierte und Befragte welche eine Oppositionspartei wählten (siehe Tabelle A6.25 im Annex).

5.4 Zusammenfassung der empirischen Ergebnisse und Beantwortung der Hypothesen H1-H5

Die folgende Zusammenfassung gibt einen Überblick über die Auswirkung der berücksichtigten soziodemographischen und weiteren Faktoren, sowie einen Vergleich der beiden Krisen anhand der zeitlichen Komponente. *Tabelle 5* fasst jene Ergebnisse zusammen, *Tabelle 6* stellt dar, welche Hypothesen bestätigt wurden.

Risikowahrnehmung

Im Rahmen der Risikowahrnehmung zeigt sich in der Auswertung zu den Befragungen beider Krisen, dass Frauen eine höhere Risikowahrnehmung aufweisen als Männer. Weiters empfinden jüngere Menschen den Klimawandel als ernsteres Problem als ältere, das Risiko der COVID-19 Pandemie wird von älteren größer eingeschätzt. Daher wird Hypothese H1 "Die Risikowahrnehmung älterer Personen ist in Österreich im Rahmen der Klimakrise geringer und in Hinblick auf die COVID-19 Pandemie höher" bestätigt. Hinsichtlich der Klimakrise zeigen Personen, welche ihre Ausbildung mit bis zu 15 Jahren abgeschlossen haben, die geringste Risikowahrnehmung, im Rahmen der COVID-19 Pandemie lassen sich keine eindeutigen Aussagen über den Zusammenhang mit der höchsten abgeschlossenen Ausbildung hinsichtlich der Risikowahrnehmung treffen. Demzufolge wird Hypothese H2 "Die Risikowahrnehmung beider Krisen sinkt in Österreich mit niedrigerem Bildungsgrad" nur teilweise bestätigt. Wie in Kapitel 5.2 ersichtlich, hat das Bildungsniveau eine stärkere Auswirkung auf die Maßnahmenakzeptanz als auf die Risikowahrnehmung. Im Hinblick auf die Beschäftigungssituation lässt sich erkennen, dass die Risikowahrnehmung der Gefahren des Klimawandels bei Personen in Ausbildung am höchsten ist. Im Rahmen der COVID-19 Pandemie sehen ausschließlich haushaltsführende sowie pensionierte beziehungsweise dauerhaft arbeitsunfähige Personen die größte gesundheitliche, selbstständige und arbeitslose die größte wirtschaftliche Gefahr. Weiters zeigte sich, dass die Risikowahrnehmung zur Klimakrise durchschnittlich in Salzburg und Tirol am höchsten sowie in Vorarlberg am niedrigsten ist. Hinsichtlich der Pandemie schätzten Bewohnerinnen und Bewohner des Burgenlandes, Wiens sowie aus Niederösterreich die persönliche Gefahr für sich selbst sowie für die Bevölkerung durchschnittlich am höchsten ein. Die wirtschaftliche Gefahr wurde im Burgenland, in Niederund Oberösterreich durchschnittlich am gravierendsten bewertet. Die politische Orientierung zeigt wenig Einfluss auf die Risikowahrnehmung. Daher lässt sich Hypothese H3 "Die Risikowahrnehmung ist bei politisch rechts orientierten Personen in Österreich im Rahmen beider Krisen niedriger als bei Personen mit linker politischer Orientierung" nicht bestätigen. Ebenso wie hinsichtlich des Bildungsgrads hat die politische Orientierung eine stärkere Auswirkung auf die Maßnahmenakzeptanz als auf die Risikowahrnehmung. Im Rahmen der Pandemie wurden die ausgewählten Fragen des ACPPs nach vorangegangener COVID-19 Infektion, Kontakt zu Infizierten sowie nach monatlichem Haushaltseinkommen ausgewertet. Es zeigt sich, dass eine vorangegangene COVID-19 Infektion, Kontakt zu Infizierten sowie ein niedriges Haushaltseinkommen, die Risikowahrnehmung verstärken (siehe Abbildung A2.7, A2.10 und A2.11 im Annex).

Risikowahrnehmung – zeitlicher Aspekt

Die Risikowahrnehmung der Gefahren des Klimawandels weist bei beiden Geschlechtern einen absteigenden Trend auf, bei Männern etwas stärker als bei Frauen. Im Rahmen der Pandemie zeigen beide Geschlechter einen ähnlichen Verlauf, mit einer hohen Risikowahrnehmung bei der ersten Befragungswelle, gefolgt von einem stark abnehmenden Trend bis zur zehnten Welle, auf welche ein Anstieg folgt, welcher das Ausgangsniveau jedoch nicht erreicht. Auch im Hinblick auf das Alter der Befragten kann im Rahmen der Klimawandel Befragung ein absteigender Trend beobachtet werden, mit der Ausnahme der jüngsten Altersklasse, welche ab 2015 eine ansteigende Risikowahrnehmung vorweist. Bei der ACPP Befragung zeigt sich hinsichtlich der Altersklasse der gleiche Verlauf wie bei der Verteilung nach Geschlecht. Alle Altersklassen zeigen einen ähnlichen Antwortverlauf. Weiters zeigen Personen, die beim höchsten Bildungsabschluss bis zu fünfzehn Jahre alt waren, einen leichten Anstieg in der Risikowahrnehmung zur Klimakrise. Im Rahmen der COVID-19 Pandemie zeigt sich ebenso wie bei den anderen Variablen der charakteristische Verlauf. Die Risikowahrnehmung von Personen in Ausbildung zur Klimakrise stieg über die Jahre hinweg, ebenso jene ausschließlich haushaltsführender Befragte. Die restlichen Gruppen zeigen einen tendenziellen absteigenden Trend. Obwohl im Rahmen der Pandemie auch nach Beschäftigungssituation das übliche Muster eingehalten wird, zeigen dieselben zwei Gruppen einen etwas milderen Verlauf. Ausschließlich haushaltsführende schätzen das eigene gesundheitliche und wirtschaftliche Risiko durchwegs höher ein als die restlichen Befragten, Personen in Ausbildung das gesundheitliche und wirtschaftliche Risiko für die Bevölkerung. Der Verlauf der Einschätzung des wirtschaftlichen, persönlichen Risikos verläuft etwas flacher als die anderen Kategorien. Nach Bundesland unterschieden variiert die Risikowahrnehmung zur Klimakrise über die Jahre hinweg stark. Ein deutlich steigender Verlauf ist in Kärnten und Vorarlberg erkennbar, ein stark abnehmender im Burgenland. Im Rahmen der Pandemie zeigen Befragte aus allen Bundesländern abermals einen ähnlichen Verlauf der Risikowahrnehmung. Über die Jahre hinweg zeigt sich eine abnehmende Risikowahrnehmung hinsichtlich der Klimakrise von Personen mit jeglicher politischer Orientierung. Ebenso zeigte sich im Rahmen der ACPP Umfragewellen eine ähnliche Entwicklung ohne Einflussnahme der politischen Orientierung. Auch Personen mit vorangegangener COVID-19 Infektion, mit Kontakt zu Infizierten sowie Befragte unterteilt nach Einkommensgruppen zeigten den charakteristischen Verlauf (siehe Abbildung A2.7, A2.10 und A2.11 im Annex).

Staatliche und freiwillige Maßnahmen

Zwischen den Geschlechtern zeigen sich im Hinblick auf die Maßnahmen im Rahmen beider Krisen keine großen Unterschiede: Frauen zeigten durchschnittlich geringfügig mehr Zustimmung als Männer. Jüngere Personen wiesen sowohl bei finanziellen als auch nicht-finanziellen Maßnahmen eine höhere Akzeptanz auf, ältere Personen gaben eher an, freiwillige Maßnahmen zur Eindämmung der

Klimakrise getroffen zu haben. Auch im Rahmen der Pandemie gaben jüngere Altersklassen geringfügig häufiger an, finanzielle Maßnahmen zu akzeptieren. Die Effektivität der Maßnahmen wurde von älteren Personen höher eingestuft als von jüngeren. Personen mit höherem Alter beim Bildungsabschluss gaben eher an, dass Regierungen zu wenig Maßnahmen treffen würden, um den Klimawandel einzudämmen. Die Mehrheit aller Bildungsgruppen gab an, mit den Maßnahmen der Regierung im Rahmen der COVID-19 Pandemie zufrieden zu sein. Personen mit niedrigerem Bildungsabschluss gaben häufiger an, unzufrieden zu sein als jene mit hohem Bildungsabschluss. Die Akzeptanz finanzieller Maßnahmen war hinsichtlich beider Krisen von Personen mit höherem Bildungsniveau höher, ebenso wurden freiwillige Verhaltensänderungen zu Gunsten der Klimakrise eher von jener Gruppe getroffen. Im Rahmen der Pandemie lässt sich kein Zusammenhang zwischen dem Bildungsabschluss und dem Treffen freiwilligen Maßnahmen erkennen. Arbeitslose Personen positionierten sich im Rahmen beider Krisen vermehrt gegen finanzielle Maßnahmen. Durchschnittlich zeigten Befragte in Ausbildung die größte Zustimmung zu finanziellen und nicht-finanziellen Maßnahmen. Freiwillige Maßnahmen wurden zu Gunsten des Klimas am häufigsten von selbstständigen Personen getroffen, im Rahmen der Pandemie von pensionierten beziehungsweise dauerhaft arbeitsunfähigen Befragten sowie ausschließlich haushaltsführenden. Nach Bundesland unterschieden kann hinsichtlich der Maßnahmen kein eindeutiger Zusammenhang festgestellt werden. Personen aus Vorarlberg sprachen sich am mehrfach gegen finanzielle Maßnahmen im Rahmen der Klimakrise aus, Personen aus dem Burgenland und Kärnten im Rahmen der Pandemie. Durchschnittlich zeigten im Rahmen der Klimakrise Befragte aus Tirol die höchste Akzeptanz finanzieller und nicht-finanzieller Maßnahmen gegenüber, hinsichtlich der Pandemie Personen aus Wien. Freiwillige Verhaltensänderungen zu Gunsten des Klimas wurden am häufigsten von Personen aus Salzburg und Tirol getroffen, zur Eindämmung der Pandemie von Personen aus der Steiermark und dem Burgenland. Sowohl finanzielle als auch nicht-finanzielle Maßnahmen fanden bei politisch links orientierten Personen vermehrt Zustimmung, im Zuge der ACPP-Befragung ebenso bei Wählerinnen und Wähler der Regierungsparteien. Weiters trafen politisch links orientierte Personen sowie Wählerinnen und Wähler der Regierungsparteien häufiger freiwillige Verhaltensänderungen. Personen mit vorangegangener COVID-19 Infektion oder jene, die Kontakt zu Infizierten hatten gaben eher an, dass die Maßnahmen der Regierung nicht ausreichend seien und zeigten finanziellen Maßnahmen gegenüber eine höhere Akzeptanz. Freiwilligen Verhaltensänderungen trafen jene Personen jedoch durchschnittlich seltener. Überdies zeigten Personen mit höherem Einkommen eine stärkere Zustimmung zu nicht-finanziellen Maßnahmen und finanziellen Maßnahmen. Freiwillige Verhaltensänderungen haben eher Personen der niedrigeren Einkommensklassen getroffen (siehe Abbildung A3.11, A3.12 und A3.15 sowie Tabelle A6.25 im Annex).

Letztendlich wurde verdeutlicht, dass ein positiver Zusammenhang zwischen der Risikowahrnehmung und der Akzeptanz der Maßnahmen (siehe Kapitel 5.2.1.4 Abbildung 29-32 und Kapitel 5.2.24 Abbildung 51-53). Daher wird Hypothese **H4** "Die Akzeptanz der Maßnahmen ist höher, wenn die Risikowahrnehmung höher ist" bestätigt.

Staatliche und freiwillige Maßnahmen – zeitlicher Aspekt

Die Zufriedenheit und Zustimmung zu Maßnahmen der Regierung im Rahmen der COVID-19 Pandemie zeigt durchwegs einen abnehmenden Trend. Betreffend der soziodemographischen und weitern Faktoren lassen sich diesbezüglich keine gravierenden Unterschiede erkennen. Hinsichtlich der Klimakrise wird sowohl bei Frauen als auch bei Männern ein abnehmender Trend bei der Befürwortung der Maßnahmen ersichtlich. Höhepunkte liegen im Jahr 2015 und 2017, jener freiwilliger Maßnahmen im Jahr 2015. Auch nach Altersklassen unterteilt zeigt sich ein abnehmender Verlauf. Lediglich die jüngste Kategorie zeigt zunehmend Zustimmung zu staatlichen Maßnahmen, freiwillige Verhaltensänderungen erlangten abermals 2015 ihren Höhepunkt. Hinsichtlich der Bildung ist bei Personen, welche ihre Ausbildung mit bis zu 15 Jahren abgeschlossen haben, durchschnittlich als einzige Kategorie ein steigender Trend erkennbar, die Zustimmung zu den Maßnahmen ist jedoch bei Personen, welche ihre Ausbildung später abgeschlossen haben, höher. Höhepunkte zeigen sich erneut 2015 und 2017. Freiwillige Verhaltensänderungen wurden abermals am häufigsten 2015 angegeben. Hier zeigen Befragte welche ihre Ausbildung mit über zwanzig abgeschlossen haben als einzige Kategorie einen leicht steigenden Trend. Die Meinung zu Maßnahmen zur Eindämmung der Klimakrise erlangt mit Voranschreiten der Jahre steigende Zustimmung von Personen in Ausbildung, die restlichen Gruppierungen zeigen einen durchschnittlich sinkenden Trend. Verhaltensänderungen weisen in allen Gruppen einen abnehmenden Verlauf auf. Weiters zeigen Personen aus Wien, Salzburg sowie Kärnten zunehmend Zustimmung zu Maßnahmen zu Gunsten des Klimas, ein allgemeiner Höhepunkt aller neun Bundesländer ist nicht feststellbar. Abermals lässt sich ein abnehmender Verlauf der angegebenen freiwilligen Verhaltensänderungen mit Höhepunkten in den Jahren 2015 und 2017 erkennen. Politisch links orientierte Personen zeigten 2017 am häufigsten Zustimmung zu den Maßnahmen, zentral orientierte 2015, rechts orientierte 2019. Freiwillige Verhaltensänderungen zu Gunsten des Klimas wurden auch nach politischer Orientierung gegliedert über die Jahre hinweg mit sinkender Häufigkeit getroffen.

Im Bezug auf die Risikowahrnehmung lässt sich bei den ACPP Umfragewellen ein eindeutiges Muster erkennen. Zu Beginn bestand eine sehr hohe Risikowahrnehmung, gefolgt von einem Abstieg bis zur zehnten Welle, woraufhin ein stetiger Anstieg zu erkennen ist. Das Ausgangsniveau wird bis zur sechzehnten Welle nicht erreicht. Die sechzehnte Befragung fand Ende Oktober statt, zu Beginn der zweiten großen Infektionswelle. Hinsichtlich der finanziellen Maßnahmen zeigte sich ein durchwegs abnehmender Trend im Rahmen der Pandemie. Die Zustimmung zu staatlichen Maßnahmen erreichte ihren Höhepunkt bei der neunten Welle, sank anschließend drastisch und verweist seit der dreizehnten Welle abermals einen Anstieg auf. Die Einschätzung der Effektivität unterlag starken Schwankungen, zeigte jedoch durchschnittlich einen stark abnehmenden Trend. Freiwillige Verhaltensänderungen zeigten einen ähnlichen Verlauf wie die Risikowahrnehmung, mit einer Verschiebung zu einem späteren Zeitpunkt.

Im Rahmen der Klimakrise stieg die Risikowahrnehmung bis zum Jahr 2011 stark an. Ab 2011 erfolgte ein durchschnittlich sinkender Trend, ab 2015 wieder ein starker Anstieg, jedoch nicht bis zum

Ausgangsniveau im Jahr 2008. Die Zustimmung zu den Maßnahmen war bis 2015 relativ hoch, wenn auch leicht absteigend, und stieg zwischen 2015 und 2017 an. Anschließend folgte ein starker Abstieg. Bezüglich der freiwilligen Verhaltensänderungen lassen sich Höhepunkte 2011 und 2015 erkennen, danach folgte ein absteigender Trend.

Im Rahmen beider Krisen lässt sich ein durchschnittlich abnehmender Trend der Risikowahrnehmung feststellen. Auf einen eindeutigen Tiefpunkt folgt im Rahmen der COVID-19 Pandemie ein eindeutiger Anstieg, welcher sich auch im Rahmen der Klimakrise erahnen lässt. Ebenso gewinnen die Maßnahmen laut der ACPP Befragungen seit der dreizehnten Welle wieder mehr Akzeptanz. Jene Entwicklung lässt sich anhand der vorliegenden Daten im Rahmen der Klimakrise nicht erkennen. Wenn hypothetisch davon ausgegangen wird, dass die COVID-19 Pandemie hinsichtlich der Wahrnehmung durch die Bevölkerung eine komprimierte Form der Klimakrise darstellt, kann angenommen werden, dass in den folgenden Jahren wieder ein Anstieg der Risikowahrnehmung sowie der Akzeptanz der Maßnahmen folgen könnte. Die Hypothese H5 "Die Klimakrise und die COVID-19 Pandemie zeigen einen ähnlichen Verlauf hinsichtlich der Wahrnehmung der Bevölkerung mit unterschiedlichem zeitlichem Rahmen" kann jedoch nicht beantwortet werden, da die COVID-19 Pandemie die Bevölkerung weiterhin betrifft und auf folgende Umfragen zur Klimakrise gewartet werden muss.

Die folgende *Tabelle 5* gibt eine Übersicht über die durchschnittlich höchste Risikowahrnehmung sowie Akzeptanz der Maßnahmen nach soziodemographischen Faktoren im Rahmen beider Krisen und verdeutlicht, dass Frauen eine höhere Risikowahrnehmung und Maßnahmenakzeptanz aufweisen, wobei angemerkt werden muss, dass dies nicht bei allen Maßnahmen zutrifft. Ebenso wird veranschaulicht, dass Personen in Ausbildung im Rahmen der Klimakrise, sowie haushaltsführende Personen im Rahmen der COVID-19 Pandemie das Risiko am höchsten einschätzten und durchschnittlich die höchste Maßnahmenakzeptanz aufweisen. Wie oben erwähnt, lässt sich anhand des Bildungsabschlusses oder des Alters beim Abschluss der höchsten Ausbildung kein Rückschluss auf die Risikowahrnehmung schließen, jedoch zeigen Personen höherer Ausbildung eine höhere Maßnahmenakzeptanz. *Tabelle 6* bietet einen Überblick über die Validität der aufgestellten Hypothesen H1-H5.

Tabelle 5: Vergleich der soziodemographischen Faktoren zur Risikowahrnehmung sowie zur Akzeptanz der Maßnahmen im Rahmen der Klimakrise sowie der COVID-19 Pandemie (Eigene Darstellung, Daten: Europäische Kommission 2008-2019, Kittel et al. 2020a).

	Höchste durchso	chnittliche Risiko-	Höchste durchschi	nittliche Akzeptanz
	wahrnehmung		an Maßnahmen	
	Klimakrise	COVID-19 Pan-	Klimakrise	COVID-19 Pan-
		demie		demie
Geschlecht	Frauen	Frauen	Frauen	Frauen
Alter	15-24	40+	15-24	55+

Bundesland	Salzburg und Tirol	Burgenland	divers	Wien
Beschäfti-	in Ausbildung	ausschließlich	in Ausbildung	ausschließlich
gung		Haushaltsführende		Haushaltsführende
Bildung	divers	divers	höheres Alter beim	höherer Bildungs-
			Bildungsabschluss	abschluss
Politische	divers	divers	links	links
Orientierung				

Tabelle 6: Übersicht der Validierung der Hypothesen H1-H5.

Hypothese	Ergebnis
H1: Die Risikowahrnehmung älterer Personen ist	bestätigt
in Österreich im Rahmen der Klimakrise gerin-	
ger und in Hinblick auf die COVID-19 Pandemie	
höher.	
H2: Die Risikowahrnehmung beider Krisen sinkt	teilweise bestätigt
in Österreich mit niedrigerem Bildungsgrad.	
H3: Die Risikowahrnehmung ist bei politisch	nicht bestätigt
rechts orientierten Personen in Österreich im	
Rahmen beider Krisen niedriger als bei Personen	
mit linker politischer Orientierung.	
H4: Die Akzeptanz der Maßnahmen ist höher,	bestätigt
wenn die Risikowahrnehmung höher ist.	
H5: Die Akzeptanz der Maßnahmen ist höher,	weder bestätigt noch nicht bestätigt
wenn die Risikowahrnehmung höher ist.	

6 Diskussion der Ergebnisse

In Kapitel 5.4 wurden die aufgestellten Hypothesen H1-H5 beantwortet. Hypothese H1 "Die Risikowahrnehmung älterer Personen ist in Österreich im Rahmen der Klimakrise geringer und in Hinblick auf die COVID-19 Pandemie höher" sowie Hypothese H4 "Die Akzeptanz der Maßnahmen ist höher, wenn die Risikowahrnehmung höher ist" werden bestätigt, Hypothese H2 "Die Risikowahrnehmung beider Krisen sinkt in Österreich mit niedrigerem Bildungsgrad" nur teilweise. Hypothese H3 "Die Risikowahrnehmung ist bei politisch rechts orientierten Personen in Österreich im Rahmen beider Krisen niedriger als bei Personen mit linker politischer Orientierung" lässt sich durch die vorliegenden Daten nicht bestätigen. Um Hypothese H5 "Die Klimakrise und die COVID-19 Pandemie zeigen einen ähnlichen Verlauf hinsichtlich der Wahrnehmung der Bevölkerung mit unterschiedlichem zeitlichem Rahmen" vollständig zu beantworten sind weitere Forschungen notwendig.

Das folgende Kapitel dient der Beantwortung der gestellte Forschungsfrage "Inwiefern lassen sich die Klimakrise und die COVID-19 Pandemie in Österreich vergleichen?" sowie deren Unterfragen "Welche Ähnlichkeiten und Unterschiede gibt es im Hinblick zur Erkennung der Gefahr sowie Risikowahrnehmung?" sowie "Wie werden die jeweiligen Maßnahmen zur Eindämmung der Krisen wahrgenommen?" und der Einbindung der Thematik in die bestehende Forschungsliteratur.

Inwiefern lassen sich die Klimakrise und die COVID-19 Pandemie in Österreich vergleichen?

Wie in *Kapitel 3.3* beschrieben, handelt es sich bei der Klimakrise und der COVID-19 Pandemie um unterschiedliche Problemtypen (Ostheimer 2020), dennoch gehen beide Krisen mit Marktversagen, externen Effekten, internationaler Kooperation, komplexer Wissenschaft, Fragen der Systemstabilität, politischer Führung und Maßnahmen, die von der öffentlichen Hand abhängig sind, einher. Auch in der Klimakrise sind entscheidende, staatliche Eingriffe erforderlich, um das Klima zu stabilisieren und Energie- und Industriesysteme auf neue, saubere und bestenfalls günstigere Produktionsweisen mit Wettbewerbsvorteil umzustellen (Hepburn et al. 2020). Die Krisen weisen Gemeinsamkeiten hinsichtlich der Komplexität beider Problemstellungen, der Gefahr der Verstärkung sozialer Ungerechtigkeiten, der globalen Dimension, dem Bestehen von Skeptizismus und Leugnung, der Dringlichkeit technischer und medizinischer Innovation, der Gefahr verpasster politischer Chancen sowie der Tatsache, dass Mitigation günstiger ist als Schadensbegrenzung. Die deutlichsten Unterschiede beider Krisen stellen einerseits die zeitliche Struktur andererseits die Wahrnehmbarkeit, die Emotionalisierung sowie die Kausalzusammenhänge dar (Ostheimer 2020).

Welche Ähnlichkeiten und Unterschiede gibt es im Hinblick zur Erkennung der Gefahr sowie Risikowahrnehmung?

Die drei von Hadler und Kraemer beschrieben Dimensionen der Risikowahrnehmung - Unbekanntheit, Furcht, sowie die Reichweite (Hadler und Kraemer 2014) - treffen sowohl bei der COVID-19 Pandemie als auch bei der Klimakrise auf ähnliche Umstände. Beide Krisen gehen mit Ungewissheit und einem hohen Risiko einher und betreffen die globale Weltbevölkerung. Dennoch werden beide Krisen unterschiedlich wahrgenommen, da die Risikowahrnehmung auch vom sozialen, kulturellen, und politischen Kontext der jeweiligen Individuen beeinflusst wird und der Umgang mit Risiken nicht ausschließlich von individueller Kognition und Emotion, sondern auch von tiefgehenden Weltansichten und Wertvorstellungen der Gesellschaft sowie deren struktureller Organisation abhängt (Van der Linden 2017). Die Bevölkerung hat wenig bis keine Erfahrung im Umgang mit Pandemien und der volle Umfang des COVID-19 Ausbruchs bleibt bis zum Zeitpunkt der Verfassung der Arbeit offen. Ein wirksames Management neuer epidemischer Infektionsrisiken in der Phase, in der noch keine Behandlung oder Impfung möglich ist, hängt weitgehend vom Vorsorgeverhalten der Bevölkerung ab (Shao und Hao 2020) was durch die Ergebnisse, dass die Akzeptanz staatlicher Maßnahmen mit der Risikowahrnehmung hinsichtlich beider Krisen zusammenhängt, bestätigt wird (siehe Kapitel 5.2.1.4 sowie Kapitel 5.2.2.4).

Womit hängt die Risikowahrnehmung der Klimakrise und der COVID-19 Pandemie nun zusammen? Global besteht ein ungleiches Maß an Bewusstsein bezüglich der Klimakrise (Ming Lee et al. 2015). Beispielsweise nannten 2017 im Rahmen des Special Eurobarometers 459 38% der Befragten Schwedinnen und Schweden den Klimawandel als größtes, globales Problem in Estland, Lettland sowie Litauen 8-9%. Demnach könnte die öffentliche Wahrnehmung des Klimawandels in verschiedenen Ländern maßgeblich von politischen Diskursen und der jeweiligen nationalen Klimapolitik geprägt sein. Allerdings befinden sich sowohl Frankreich als auch Ungarn unter den Top fünf der EU-Mitgliedsstaaten, welche das höchste Besorgnis über die Klimakrise aufweisen, obwohl das Germanwatch Institut die Klimapolitik in Frankreich als "gut" einstuft, in Ungarn jedoch als "sehr schlecht". Daher wird deutlich, dass die Risikowahrnehmung zur Klimakrise von einer Reihe komplexer Faktoren abhängt (Echavarrena et al. 2019). Folglich ist es wichtig, die ausschlaggebenden Prädikatoren für jenes Bewusstsein auf individueller Ebene für jedes Land zu definieren (Ming Lee et al. 2015). Hinsichtlich der COVID-19 Pandemie ist laut einer ländervergleichenden Studie³ von Dryhust et al. die Risikowahrnehmung tendenziell hoch. Als besonders ausschlaggebender Faktor wird persönliche Erfahrung genannt (Dryhust et al. 2020) mit den vorliegenden Ergebnissen weitestgehend bestätigt wird (siehe z.B. Abbildung A2.10 und A2.11 im Annex). Dennoch scheinen auch im Rahmen der Pandemie mehrere Faktoren sowohl die Risikowahrnehmung als auch die Wahrnehmung der staatlichen Maßnahmen zu beeinflussen.

_

³ durchgeführt im Frühjahr 2020

Die wissenschaftliche Beweislage, ob soziodemographische Faktoren direkte, signifikante Effekte bei der Risikowahrnehmung der Klimakrise erzielen, weist eine starke Varianz auf. Dennoch zeigen jüngere Menschen, Frauen, Personen mit einem höheren Bildungsgrad, politisch liberale Menschen sowie ethnische Minderheiten üblicherweise eine höhere Besorgnis über die Klimakrise (Van der Linden 2017). Auch in der Analyse der Eurobarometerdaten zeigen Frauen sowohl in Bezug auf die Klimakrise als auch auf die COVID-19 Pandemie eine tendenziell höhere Risikowahrnehmung als Männer, obwohl jene eine höhere Sterblichkeitsrate an Folgen einer Infektion mit dem Coronavirus aufweisen (Dryhurst 2020). Ebenso stimmen die Ergebnisse mit den Erkenntnissen Van der Lindens im Rahmen der Altersklassen überein – jüngere Befragte gaben eher an, dass der Klimawandel das größte, globale Problem sei sowie dass der Klimawandel sehr ernst sei. Auch im Hinblick auf die COVID-19 Pandemie decken sich die Ergebnisse mit der Literatur: Laut Shao und Hao wächst mit steigendem Alter die Risikowahrnehmung von Gesundheitsrisiken (Shao und Hao 2020). Jene Bevölkerungsgruppe tendiert dazu, Vorsichtsmaßnahmen zum Schutz der Gesundheit zu treffen (Bish und Michie 2010). Aus der Analyse der ACPP-Daten hat sich ein bestätigendes Bild ergeben. Personen der Altersklasse 55+ sahen die größte, persönliche, gesundheitliche Gefahr, gefolgt von der Gruppe der 40-54-Jährigen. Weiters besteht laut Shao und Hao ein positiver Zusammenhang zwischen Bildung und Einkommen zu Umwelt- und Klimabewusstsein. Jene Kausalität lässt sich auf die menschliche Bedürfnishierarchie zurückführen, welche besagt, dass Luxusgüter, beispielsweise Selbstverwirklichung, Kunst oder Umweltqualität, nachrangig hinter Nahrung, Unterkunft und ökonomischer Stabilität stehen. Da auch die COVID-19 Pandemie neben dem Gesundheitsrisiko wirtschaftliche Risiken mit sich bringt, was Proteste für die Wiedereröffnung der wirtschaftlichen Tätigkeiten verdeutlichen, ist anzunehmen, dass die Risikowahrnehmung positiv mit sinkendem Einkommen korreliert (Shao und Hao 2020). Jene Annahme Shao und Haos bestätigt sich durch die Auswertung der ACPP-Befragungen: Nicht nur die wirtschaftliche, sondern auch die gesundheitliche Gefahr für einen selbst wurde von Personen mit niedrigerem Einkommen höher eingeschätzt als von wohlverdienenden Personen (siehe Abbildung A2.7 im Annex). Hinsichtlich des Bildungsniveaus lassen sich im Rahmen der Risikowahrnehmung jedoch keine eindeutigen Aussagen treffen. Wie in Kapitel 5.1.3.1 beschrieben, sahen sowohl Personen welche angaben, politisch links orientiert zu sein als auch jene welche sich rechts oder zentral positionierten den Klimawandel als ernstes Problem. Die Aussage Van der Lindens, dass politisch liberal gesinnte Personen eine höhere Risikowahrnehmung aufweisen (Van der Linden 2017) kann im Rahmen der Analyse dennoch bestätigt werden: Durchschnittlich nannten Befragte mit linker politischer Ausrichtung den Klimawandel häufiger als größtes, globales Problem. Im Rahmen der Pandemie zeigte Dryhust et al., dass eine individualistische Weltanschauung sowie großes Vertrauen in die Regierung die Risikowahrnehmung vermindern. Weiters wurde veranschaulicht, dass in Staaten mit konservativer Regierung das Risiko als geringer eingeschätzt wurde (Dryhust et al. 2020), was durch die Analyse der ACPP-Daten aufgrund der höheren Tendenz politisch rechts orientierter Personen zur Meinung, dass die Pandemie eine kleine, persönliche, gesundheitliche Gefahr darstelle, bestätigt werden kann. Jene Gruppierung neigte jedoch ebenfalls dazu, die wirtschaftliche Gefahr höher einzuschätzen als politisch links orientierte Menschen.

Weiters nimmt laut Duijmadam und Van Beukering die Risikowahrnehmung der Klimakrise als größtes, globales Problem innerhalb der europäischen Bevölkerung stetig ab, was durch die Auswertung der Eurobarometer Daten bestätigt wird. Als wichtige Faktoren zur Risikoeinschätzung im Ländervergleich nennen die Autoren das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf, innerhalb eines Staates die Arbeitslosenquote (Duijndam und Van Beukering 2020). Im EU-Vergleich lag Österreich mit einem per Capita BIP im Jahr 2019 von 38.170€ an sechster Stelle, die Arbeitslosenquote lag bei 4,5%, die durchschnittliche Arbeitslosenquote der EU-Mitgliedsstaaten (2013-2020) bei 6,3%. Österreich wies im Jahr 2019 demnach ein vergleichsweise hohes BIP per Capita sowie eine mittelmäßige Arbeitslosenquote auf (Europäische Kommission 2019b). Eine Analyse von Hadler und Kraemer hat gezeigt, dass die österreichische Bevölkerung das Risiko des Klimawandels, in der Gegenüberstellung zu andern Umweltrisiken, als überdurchschnittlich hoch, mit 19,6% im Vergleich zum Ländergesamtdurchschnitt mit 10,9%, einschätzt (Hadler und Kraemer 2014), was sich mit den Faktoren zur Risikoeinschätzung von Duijndam und Van Beukering deckt.

Wie werden die jeweiligen Maßnahmen zur Eindämmung der Krisen wahrgenommen?

Insbesondere umfangreiche Forschungsergebnisse zur öffentlichen Wahrnehmung hinsichtlich Veränderungen des Energiesystems haben gezeigt, dass die Perspektive der Bevölkerung und deren Werte in einem breiten Diskurs in Debatten rund um die Transition in Richtung einer ressourcenschonenden Ökonomie miteinbezogen werden müssen (Cherry 2018). Obwohl nach einer Studie von Bradley et al. die Risikowahrnehmung nur indirekt mit umweltfreundlichem Verhalten zusammenhängt (Bradley et al. 2020), steigert laut Zhu et al. eine hohe Risikowahrnehmung die Akzeptanz gegenüber Maßnahmen zur Eindämmung jener Risiken (Zhu et al. 2019). Jene Annahme wird auch mit der vorliegenden Auswertung der Umfragen bestätigt und trifft sowohl im Rahmen der Klimakrise als auch der COVID-19 Pandemie zu. Politische Entscheidungsträgerinnen und -träger tendieren dazu, eine zurückhaltende Klimapolitik zu praktizieren, wenn von der Bevölkerung eine negative Haltung erwartet wird, da in demokratischen Staaten die öffentliche Meinung einen maßgeblichen Faktor zu einem politischen Kurswechsel darstellt (Drews und Van der Bergh 2015). Forschungsergebnisse haben gezeigt, dass eine egalitäre Weltansicht eng mit der Befürwortung finanzieller Mitigationsmaßnahmen einhergeht, während individualistisch und hierarchisch geprägte Werte das Gegenteil bewirken. Als weiterer wichtiger Faktor weist sich der Glaube, ob die jeweiligen Maßnahmen tatsächlich effektive Ergebnisse erzielen können (Drews und Van der Bergh 2015). Weiters gelten Affekt, Emotionen, politische Orientierung und soziale Normen als ausschlaggebend für die Akzeptanz von Policy-Maßnahmen der Klimapolitik (Goldberg et al. 2020). Affekt, Emotionen sowie soziale Normen konnten im Rahmen der vorliegenden Arbeit nicht berücksichtig werden, hinsichtlich der politischen Orientierung zeigt sich jedoch, dass Personen rechter politischer Orientierung eher abneigend auf finanzielle und nichtfinanzielle Maßnahmen, sowohl bezüglich des Klimawandels als auch der Pandemie, reagieren als

politisch links affine Personen. Jenes Ergebnis wird auch durch das Erkenntnis Dews und Van der Berghs bestätigt, dass die Tendenz zur Zustimmung klimapolitischer Maßnahmen bei politisch Liberalen höher ist als bei mitte-rechts bis rechts orientierten Personen (Drews und Van der Bergh 2015). Obwohl laut Wolak das Vertrauen politisch konservativer Bürgerinnen und Bürger in Staaten mit hohem Pro-Kopf Ausgaben niedriger ist als in ärmeren Ländern (Wolak 2020), zeigen die Ergebnisse der Analyse, dass politisch rechts orientierte Personen vermehrt angaben, dass es eher wahrscheinlich sei, dass genug Staaten Maßnahmen gegen die Klimakrise treffen würden. Politisch links und zentral ausgerichtete Menschen tendierten zur Antwort "unwahrscheinlich". Dies lässt die Vermutung aufstellen, dass sich jene Antwortverteilung nicht auf vermehrtes Vertrauen in den Staat zurückzuführen lässt, sondern dass rechts-affine Personen eher eine geringe Dringlichkeit des Problems sehen, welches einfacher gelöst werden kann. Hinsichtlich politischer Präferenzen im Rahmen der Coronakrise können Maßnahmen zur Eindämmung der Verbreitung der Pandemie zwei Verhaltensmuster auslösen: Einerseits besteht die Gefahr, dass Maßnahmen bereits bestehende soziale Ungleichheiten verstärken, somit ärmere Mitbürgerinnen und Mitbürger stärker belasten als wohlhabende und dadurch mit einer Abneigung politisch links orientierter Personen einhergehen. Andererseits können die getroffenen Maßnahmen zu starken ökonomischen Einbußen führen und somit Aversionen politisch rechts affiner Menschen auslösen (Juhl et al. 2020). Die ACPP-Daten haben gezeigt, dass politisch rechts orientierte Personen die Maßnahmen deutlich häufiger als zu extrem und weniger effektiv empfunden haben als links orientierte. Ebenso positionierten sich politisch rechts orientierte Personen eher gegen eine erhöhte Steuerbelastung und eine Veränderung der Lebensweise als links-affine Menschen.

Weiters gaben Juhl et al. an, dass Frauen in geringen Maßen eher eine positive Haltung zu den Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie aufweisen (Juhl et al. 2020). Die Ergebnisse der Analyse bestätigen dies einerseits, da Frauen die Maßnahmen eher als angemessen empfanden, andererseits gaben durchschnittlich geringfügig häufiger Männer an, dass die Maßnahmen nicht ausreichend seien. Auch im Rahmen der Umfragen zur Klimakrise zeigten Frauen mehr Zustimmung zu staatlichen Maßnahmen. Männer zeigten sich eher bereit sowohl zugunsten der Pandemiebekämpfung als auch der Klimakrise höhere Steuern zu bezahlen, was sich darauf zurückführen lassen könnte, dass Männer in Österreich durchschnittlich 19,3%⁴ mehr verdienen als Frauen (AK 2020). Frauen hingegen, zeigten sich häufiger bereit ihre Lebensweise zu ändern. Weiters haben die ACPP-Daten gezeigt, dass Personen mit höherem Bildungsabschluss bei der Beurteilung der Stärke der Maßnahmen eine Tendenz zur Mitte aufweisen, während Menschen mit niedrigerem Bildungsabschluss eher angaben, die Maßnahmen zu schwach oder zu stark zu empfinden. Im Rahmen der Effektivität der Maßnahmen lässt sich hingegen erkennen, dass jene Personen die Effektivität niedriger einschätzten als Menschen mit höherem Bildungsabschluss. Bildung scheint auch im Rahmen der Maßnahmen zur Bekämpfung der Klimakrise eine Rolle zu spielen und stellt sich als Faktor für die Höhe der Preiserhöhung, welche Befragte bereit wären für emissionsarme Energie zu bezahlen, dar. Hier muss allerdings hinterfragt werden, ob dies direkt mit Bildung, oder mit höherem Einkommen durch ein höheres Ausbildungsniveau, zusammen-

_

⁴ Daten aus dem Jahr 2020

hängt. Ebendiese Frage lässt sich auch im Zusammenhang mit den Antworten auf die Frage nach einer Steuererhöhung auf fossile Energien stellen, da auch hier Personen mit niedrigerer Bildung tendenziell eine höhere Abneigung zeigten.

Sowohl die Risikowahrnehmung als auch die Wahrnehmung staatlicher und freiwilliger Maßnahmen hängen von differenzierenden Faktoren ab. Um erfolgreiche Risikokommunikation und zielführende Policy-Maßnahmen zu treffen, ist es demnach unabdingbar, jene Faktoren in den Entscheidungsprozess miteinzubeziehen und zielgruppenfokussierte Maßnahmen zu entwickeln. Da die Risikowahrnehmung älterer Personen in der Klimakrise geringer ist als jene jüngerer, besteht hier Bedarf an Bewusstseinsbildung. Gleiches gilt auch für Personen mit rechter, politischer Orientierung. Hierfür wäre eine einheitliche politische Linie aller Parteien hinsichtlich der Klimapolitik erforderlich, um alle Bürgerinnen und Bürger die Dringlichkeit der Problematik bewusst zu machen. Obwohl sich Bildung hinsichtlich der Risikowahrnehmung nicht als maßgeblich zeigt, scheint das Bildungsniveau zur Akzeptanz der Maßnahmen beizutragen. Hier gilt es zu evaluieren, ob dies mit geringerem Einkommen oder tatsächlich dem Bildungsniveau zusammenhängt. Wie in *Kapitel 2.3.1* beschrieben, ist Klimagerechtigkeit eine der zahlreichen Herausforderungen der Klimakrise. Einkommensschwache Haushalte bedürfen daher mehr Unterstützung als wohlhabende. Dies sollte vor allem hinsichtlich einer etwaigen CO₂-Steuer, welche von einigen Expertinnen und Experten als kosteneffizientes Instrument zur Treibhausgasmitigation gesehen wird (Criqui et al. 2019), beachtet werden.

Der Vergleich der beiden globalen Krisen macht deutlich, dass die Menschen Risiken nach langer Auseinandersetzung mit dem Problem tendenziell abnehmend einstufen. Die "Corona-Müdigkeit" sollte demnach auch im Rahmen der Klimakrise beachtet werden. Vor der COVID-19 Pandemie, hat die Klimakrise durch die Fridays-For-Future Bewegung einen Aufschwung erlebt, die Pandemie brachte die neue Euphorie zu einem plötzlichen Halt. Das Ziel sollte sein, jenen Aktivismus nach Abklingen der Pandemie wieder zu beleben und dennoch einen Informationsüberfluss zu vermeiden. Klimafreundliches Verhalten sollte in den Alltag integriert werden, ohne gewisse Bevölkerungsgruppen zu belasten. Politische Entscheidungsträgerinnen und -träger stehen vor der Aufgabe, die wirtschaftlichen Aktivitäten, welche massive Einbrüche durch die Pandemie erlebten (siehe Kapitel 3.1), wiederherzustellen. Das bietet eine unvorhergesehene Chance, das Wirtschaftssystem umzustellen und klimafreundliche Alternativen zu erarbeiten, um zukunftsfähige Branchen zu erschaffen. Jene Chance einer drastischen Wende bietet sich inmitten der Kollision zweier globaler Krisen, um neue Lebensund Arbeitsweisen umzusetzen. Kritik am vorherrschenden globalen Wirtschaftssystem wird lauter, beispielsweise durch Forderung nach Wachstums-Entschleunigung (degrowth). Jener Ansatz sollte nicht als Rückschritt betrachtet werden, sondern mit Berücksichtigung auf soziale Gerechtigkeit und Förderung des Wirtschaftswachstums in Entwicklungsländern sowie Entschleunigung in hoch entwickelten Ländern einhergehen (Lidskog et al. 2020). Im Rahmen der Maßnahmenentwicklung zur Eindämmung der Klimakrise sollte auf soziodemographische und weitere Unterschiede innerhalb der Bevölkerung eingegangen werden und eine flexible Maßnahmengestaltung, ähnlich wie im Rahmen der COVID-19 Pandemie (siehe Kapitel 3.5), umgesetzt werden.

Limitierungen

Risikowahrnehmung muss im sozialen, kulturellen und politischen Kontext eines Individuums betrachtet werden, da die Auffassung von Gefahren auch von tiefgehenden Weltansichten und Wertvorstellungen der Gesellschaft und deren struktureller Organisation abhängt (Van der Linden 2017). Die Ergebnisse der vorliegenden Daten bieten demnach einen Rahmen hierfür, jedoch kein vollständiges Bild. Weiters wird die Arbeit dadurch begrenzt, dass durch den unterschiedlichen zeitlichen Rahmen der ausgewählten Umfragen im Rahmen der ACPP-Daten ein weitgehend konstantes politisches Bild herrschte, die Eurobarometer-Daten erstrecken sich hingegen über mehrere Jahre und somit über wechselnde Regierungen. Zudem muss angemerkt werden, dass die soziodemographischen Faktoren anhand welcher die Fragen jeweils ausgewertet wurden, leicht voneinander abweichen. Weiters anzumerken ist, dass die ACPP-Daten bis zum Beginn der zweiten, weitaus drastischeren COVID-19 Infektionswelle reichen. Obwohl mehr Infektionen vorlagen, war, aus subjektiver Einschätzung, die Maßnahmenbereitschaft geringer als im Rahmen der ersten Welle. Daher ist miteinzubeziehen, dass weitere Forschungen mit zeitlich weiterreichenden Daten notwendig sind. Die Literaturevidenz zeigt divergierende Ergebnisse dazu, ob verstärktes Vertrauen in die Regierung die Krisenrisikowahrnehmung erhöht oder minimiert. Im Rahmen ihrer Studie zeigen Shao und Hao, dass die Risikowahrnehmung mit steigendem Vertrauen in die Regierung sinkt (Shao und Hao 2020), Ye und Lyu sowie Dryhust et al. hingegen verweisen darauf, dass Personen, welche der Regierung vertrauen eher Maßnahmen einhalten und dass die Risikowahrnehmung mit dem Vertrauen in die Regierung positiv korreliert (Ye und Lyu 2020, Dryhust et al. 2020). In der vorliegenden Auswertung wurde das Vertrauen der Bevölkerung in die Regierung nicht berücksichtigt, dennoch könnte es sowohl im Rahmen der Risikowahrnehmung als auch hinsichtlich der Akzeptanz staatlicher Maßnahmen zur Krisenbekämpfung eine Rolle spielen. Weiters tragen der Zugang zu Informations- und Kommunikationsmedien zur Bewusstseinsbildung über die Klimakrise bei (Ming Lee et al. 2015), ebenso hängt das Vorsorgeverhalten im Rahmen der COVID-19 Pandemie von einer effektiven Risikokommunikation, welche die realistische Wahrnehmung sowie korrektes Wissen vermittelt, ab (Brug et al. 2019). Der Zugang zu Informationsmedien sowie welche Medien konsumiert wurden, wurde im Rahmen der vorliegenden Arbeit nicht ermittelt und bedarf weiterer Untersuchungen.

7 Schlussfolgerung und Ausblick

Das volle Ausmaß sowohl der Klimakrise als auch der COVID-19 Pandemie kann zum Zeitpunkt der Verfassung der Arbeit nicht erfasst werden. Eindeutig ist jedoch, dass beide immense Herausforderungen für die Bevölkerung sowie für politische Entscheidungstragende darstellen. Beide Krisen betreffen simultan die gesamte Weltbevölkerung und stellen jene teilweise vor ähnliche Unsicherheiten und Entscheidungen. Daher wurden die Forschungsfragen "Inwiefern lassen sich die Klimakrise und die COVID-19 Pandemie in Österreich vergleichen?", "Welche Ähnlichkeiten und Unterschiede gibt es im Hinblick zur Erkennung der Gefahr sowie Risikowahrnehmung?" und "Wie werden die jeweiligen Maßnahmen zur Eindämmung der Krisen wahrgenommen?" gestellt, um zum Forschungsgegenstand der Klimakrise beizutragen, indem der Umgang mit globalen Krisen anhand der Klimakrise sowie der COVID-19 Pandemie in Österreich verglichen wird. Dazu wurde einerseits Literaturrecherche betrieben, andererseits um einen Überblick zur Risikowahrnehmung sowie der Wahrnehmung der von der Regierung getroffenen Maßnahmen zur Eindämmung der zwei Krisen zu schaffen, die Auswertung ausgewählter Eurobarometer Daten, Daten der ESS sowie der ACPP-Umfrage vorgenommen.

Die gravierendsten Unterschiede beider Krisen sind der divergierende zeitliche Rahmen, die Schwierigkeit der Lösungsansätze sowie Unterschiede in der Wahrnehmbarkeit und Emotionalisierung (Ostheimer 2020). Maßgebliche Gemeinsamkeiten stellen hingegen die hohe Komplexität beider Problemstellungen, die Gefahr der Verstärkung sozialer Ungerechtigkeiten, die globalen Dimensionen, das Bestehen von Skeptizismus und Leugnung, die Dringlichkeit technischer und medizinischer Innovation, die Gefahr verpasster politischer Chancen sowie die Tatsache, dass Mitigation günstiger ist als Schadensbegrenzung, dar. Der Verlauf beider Krisen ist demnach von politischen Entscheidungen sowie von der Akzeptanz jener von der Bevölkerung abhängig. Es hat sich gezeigt, dass die Risikowahrnehmung in Zusammenhang mit der Zustimmung zu sowohl staatlichen als auch freiwillig getroffenen Maßnahmen steht. Demnach gilt es das Bewusstsein der bestehenden Risiken zu stärken. Weitere Ergebnisse haben jedoch verdeutlicht, dass auch wenn ein hohes Maß an Risikowahrnehmung besteht, gewisse Maßnahmen dennoch auf Ablehnung stoßen. Demnach sollte ein weiteres Ziel sein, Maßnahmen mit Rücksicht auf die Bedürfnisse der Bevölkerung zu verfassen. Besonders finanzielle Maßnahmen treffen auf geringe Akzeptanz. Hier gilt es daher, ein Instrument zu wählen, welches Bürgerinnen und Bürger nicht finanziell belastet, beispielsweise eine aufkommensneutrale CO₂ Steuer. Jener Prozess sollte allen Bevölkerungsgruppen verdeutlicht werden, um für Unterstützung zu sorgen. Überdies hat sich gezeigt, dass freiwillige Maßnahmen zwar getroffen werden, jedoch tendenziell im geringen Ausmaß. Verhaltensänderungen welche wenig Aufwand bedürfen, beispielsweise Recycling oder Abstand zu halten, wurden eher umgesetzt als anspruchsvollere (siehe Tabelle A6.15 und A6.24 im Annex). Demnach könnte es zielführend sein, klimafreundliche, aber aufwendige Maßnahmen, etwa verbesserte Wärmedämmung oder die Anschaffung eines Elektroautos, stärker zu subventionieren, um sie für die Bevölkerung attraktiv zu gestalten.

Als wesentliche Faktoren hinsichtlich der Risikowahrnehmung lassen sich im Rahmen beider Krisen das Geschlecht, das Alter sowie, hinsichtlich der Pandemie, persönliche Erfahrung und das Einkommen nennen. Politische Orientierung zeigt ebenfalls einen Einfluss, jedoch weniger deutlich als hinsichtlich der Wahrnehmung der Maßnahmen. Hier weisen politisch links orientierte Personen eine positivere Einstellung gegenüber den vorgestellten Maßnahmen auf als rechts orientierte. Weiters zeigt sich, dass jüngere Menschen eher Zustimmung zu finanziellen Maßnahmen zeigen als ältere, ebenso jene mit einem höheren Bildungsniveau. Hinsichtlich der Bundesländer lässt sich keine eindeutige Aussage treffen, welche im Rahmen beider Krisen erfüllt wird, jedoch sollten regionale Unterschiede in der politischen Entscheidungsfindung berücksichtigt werden.

Im Rahmen der Auswertung der berücksichtigten Daten haben sich die aufgestellten Hypothesen H1 ("Die Risikowahrnehmung älterer Personen ist in Österreich im Rahmen der Klimakrise geringer und in Hinblick auf die COVID-19 Pandemie höher") und **H4** ("Die Akzeptanz der Maßnahmen ist höher, wenn die Risikowahrnehmung höher ist") bestätigt. Hypothese H2 ("Die Risikowahrnehmung beider Krisen sinkt in Österreich mit niedrigerem Bildungsgrad") zeigt sich im Rahmen der Klimakrise teilweise, hinsichtlich der Pandemie jedoch nicht als bestätigt. Hypothese H3 ("Die Risikowahrnehmung ist bei politisch rechts orientierten Personen in Österreich im Rahmen beider Krisen niedriger als bei Personen mit linker politischer Orientierung") lässt sich ebenso nicht bestätigen, dennoch zeigen politisch links orientierte Personen eine höhere Maßnahmenakzeptanz. Hinsichtlich der Hypothese H5 ("Die Klimakrise und die COVID-19 Pandemie zeigen einen ähnlichen Verlauf hinsichtlich der Wahrnehmung der Bevölkerung mit unterschiedlichem zeitlichem Rahmen") kann zwar ein ähnliches Muster festgestellt, jedoch noch keine eindeutige Aussage getroffen werden. Da sich die vorliegende Arbeit lediglich mit den Häufigkeiten der gegebenen Antworten beschäftigt um so einen Überblick sowie Rahmen zu schaffen, können anschließende Forschungen beispielsweise eine multivariate statistische Analyse durchführen, um weitere Einblicke zu erlangen. Zudem können weitere Faktoren als Vergleichsgegenstand herangezogen werden, um jene der vorliegenden Arbeit zu ergänzen.

Die COVID-19 Pandemie hat die Weltbevölkerung im Jahr 2020 erschüttert. Dennoch bringt eine Situation, die zu drastischen Veränderungen der Lebensstruktur führt auch Chancen mit sich. Staaten haben die Möglichkeit, nach Abklingen der Pandemie den Wirtschaftsmarkt zukunftsfähiger aufzubauen. Die Gefahr, dass, um die wirtschaftlichen Einbrüche zu kompensieren, auf fossile Energie und nicht nachhaltige Lieferketten zurückgegriffen wird, besteht. Daher ist es wichtig, das Risikobewusstsein sowie die Akzeptanz hinsichtlich Maßnahmen zur Eindämmung der Klimakrise der Bevölkerung zu steigern, da die öffentliche Meinung in demokratischen Staaten einen wesentlichen Punkt in politischen Entscheidungen darstellt. Dafür sollten die in der vorliegenden Arbeit verdeutlichten soziodemographischen und weiteren Unterschiede bezüglich der Risikowahrnehmung sowie der Maßnahmenakzeptanz innerhalb der Bevölkerung berücksichtigt werden, um eine höchstmögliche Zustimmung zu

Maßnahmen zu schaffen. Weiters zu beachten ist, dass die politische Orientierung in der Wahrnehmung der Maßnahmen der Regierung in beiden betrachteten Krisen eine Rolle spielt. Demnach sollte im Hinblick auf die Klimakrise politischer Konsens herrschen und Leugnung oder Verharmlosung keinen Platz finden, um effektive und zukunftsfähige Klimapolitik zu betreiben.

8 Abkürzungsverzeichnis

AEI The American Enterprise Institute

AGES Österreichische Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit GmbH

AK Arbeiterkammer

BMNT Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus

BLRT Bundesministerium für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus

BMK Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und

Technologie

BPB Bundeszentrale für politische Bildung

BZÖ Bündnis Zukunft Österreich

CCCA Climate Change Center Austria (Klimawandelzentrum Österreich)

CO₂ Kohlenstoffdioxid

COVID-19 Coronavirus Disease 2019 (Coronavirus-Krankheit 2019)

EEÖ Dachverband Erneuerbare Energie Österreich

ESS European Social Service

EU Europäische Union

FPÖ Freiheitliche Partei Österreichs

IPCC International Panel on Climate Change

KPÖ Kapitalistische Partei Österreichs

MDG Millennium Development Goals (Millenniums-Entwicklungsziele)

NDC Nationally determined contribution

NGO Non-governmental Organisation (nicht-Regierungsorganisation)

NO₂ Stickstoffdioxid

ÖVP Österreichische Volkspartei

PM_{2,5} Particulate Matter_{2,5} (Feinstaub, 50% der Teilchen mit einem Durchmesser von 2,5

μm)

PM₁₀ Particulate Matter₁₀ (Feinstaub, 50% der Teilchen mit einem Durchmesser von 10 μm)

SARS Severe Acute Respiratory Syndrome (Schwere akute respiratorische Syndrom)

SPÖ Sozialdemokratische Partei Österreichs

USA United States of America

WHO World Health Organization (Weltgesundheitsorganisation)

WIFO Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

WTP Willingness To Pay

9 Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

Abbildung 1: Bestatigte COVID-19 Infektionsfalle nach Regionen, Stand 18.12.2020 (eigene
Darstellung, Daten: WHO 2020a). 6
Abbildung 2: Zeitverlauf der Anzahl der an COVID-19 infizierten Menschen in Österreich zwischen
dem 26.2.2020 und dem 26.8.2020 (eigene Darstellung, Daten: BMSGPK 2020)
Abbildung 3: COVID-19 Maßnahmenvergleich nach Strenge innerhalb der DACH-Region (Hale et al.
2020)
Abbildung 4: Kumulierter CO ₂ Verlauf in Österreich zwischen 1751-2017 ohne Landnutzung (Ritchie
und Rosner 2017)
Abbildung 5: Voraussichtlicher Rückgang der CO ₂ Emissionen österreichischer Branchen im Jahr
2020 (eigene Darstellung, Daten: WIFO 2020)
Abbildung 6: Einstufung von Risiken, nach Geschlecht, Angaben in Prozent 2017, 2018 und 2019
(AGES 2017; AGES 2018 und AGES 2019)
Abbildung 7: Einschätzung der Severität der Klimakrise auf einer Skala von 1 (überhaupt kein ernstes
Problem) bis 10 (extrem ernstes Problem) im Zeitraum 2008-2019 nach Geschlecht. (Eigene
Darstellung, Daten: Europäische Kommission 2008-2019)
Abbildung 8: Einschätzung der Severität der Klimakrise auf einer Skala von 1(überhaupt kein ernstes
Problem) bis 10 (extrem ernstes Problem) im Zeitraum 2008-2019 nach Altersklasse. (Eigene
Darstellung, Daten: Europäische Kommission 2008-2019)
Abbildung 9:Einschätzung der Severität der Klimakrise auf einer Skala von 1(überhaupt kein ernstes
Problem) bis 10 (extrem ernstes Problem) im Zeitraum 2008-2019 nach Alter beim höchsten
Bildungsabschluss. (Eigene Darstellung, Daten: Europäische Kommission 2008-2019)
Abbildung 10: Einschätzung der Severität der Klimakrise auf einer Skala von 1(überhaupt kein ernstes
Problem) bis 10 (extrem ernstes Problem) im Zeitraum 2008-2019 nach Beschäftigungssituation.
(Eigene Darstellung, Daten: Europäische Kommission 2008-2019
Abbildung 11: Durchschnittliche Einschätzung der gesundheitlichen und wirtschaftlichen Gefahr
persönliche sowie für die Bevölkerung nach Geschlecht im Rahmen der Befragungswellen 1-16
(eigene Darstellung, Daten: Kittel et al. 2020a)
Abbildung 12: Durchschnittliche Einschätzung der gesundheitlichen und wirtschaftlichen Gefahr
persönliche sowie für die Bevölkerung nach Altersklasse im Rahmen der Befragungswellen 1-16
(eigene Darstellung, Daten: Kittel et al. 2020a)
Abbildung 13: Durchschnittliche Einschätzung der gesundheitlichen und wirtschaftlichen Gefahr
persönliche sowie für die Bevölkerung nach Bildungsabschluss im Rahmen der Befragungswellen 1-
16 (eigene Darstellung Daten: Kittel et al. 2020a) 42

Abbildung 14: Durchschnittliche Einschätzung der gesundheitlichen und wirtschaftlichen Gefahr
persönliche sowie für die Bevölkerung nach Beschäftigung im Rahmen der Befragungswellen 1-16
(eigene Darstellung, Daten: Kittel et al. 2020a)
Abbildung 15: Einschätzung der Severität der Klimakrise auf einer Skala von 1 (überhaupt kein
ernstes Problem) bis 10 (extrem ernstes Problem) im Zeitraum 2008-2019 nach Bundesland. (Eigene
Darstellung, Daten: Europäische Kommission 2008-2020
Abbildung 16: Durchschnittliche Einschätzung der gesundheitlichen und wirtschaftlichen Gefahr
persönliche sowie für die Bevölkerung nach Bundesland im Rahmen der Befragungswellen 1-16
(eigene Darstellung, Daten: Kittel et al. 2020a)
Abbildung 17: Einschätzung der Severität der Klimakrise auf einer Skala von 1 (überhaupt kein
ernstes Problem) bis 10 (extrem ernstes Problem) im Zeitraum 2008-2019 nach politischer
Orientierung. (Eigene Darstellung, Daten: Europäische Kommission 2008, 2009, 2015, 2017, 2019).46
Abbildung 18: Durchschnittliche Einschätzung der gesundheitlichen und wirtschaftlichen Gefahr
persönliche sowie für die Bevölkerung nach politischer Orientierung im Rahmen der
Befragungswellen 1-16 (eigene Darstellung, Daten: Kittel et al. 2020a)
Abbildung 19: Durchschnittliche Antworten auf die Frage zur Meinungsabgabe zu Steuererhöhungen
auf fossile Energie (links) sowie Subvention erneuerbarer Energie (rechts) im Rahmen der ESS 2016
mit 1 = Strongly against und 5 = Strongly in favour nach Geschlecht und Altersklasse (Eigene
Darstellung, Daten: ESS Round 8 2016)
Abbildung 20: Durchschnittliche Antworten auf die Frage zur Meinungsabgabe zu Steuererhöhungen
auf fossile Energie (links) sowie Subvention erneuerbarer Energie (rechts) im Rahmen der ESS 2016
mit 1 = Strongly against und 5 = Strongly in favour nach höchstem Bildungsabschuss (Eigene
Darstellung, Daten: ESS Round 8 2016)
Abbildung 21: Durchschnittliche Antworten auf die Frage zur Meinungsabgabe zu Steuererhöhungen
auf fossile Energie (links) sowie Subvention erneuerbarer Energie (rechts) im Rahmen der ESS 2016
mit 1 = Strongly against und 5 = Strongly in favour nach Beschäftigungsverhältnis (Eigene
Darstellung, Daten: ESS Round 8 2016)
Abbildung 22: Durchschnittliche Angaben zur Bereitschaft zur Zahlung höherer Steuern zur
Eindämmung der COVID-19 Pandemie mit 1=Trifft gar nicht zu und 5=Trifft voll und ganz zu nach
Altersklasse und Geschlecht im Rahmen der Befragungswellen 1-16 (Eigene Darstellung, Daten:
Kittel et al. 2020a)
Abbildung 23: Durchschnittliche Angaben zur Bereitschaft zur Zahlung höherer Steuern zur
Eindämmung der COVID-19 Pandemie mit 1=Trifft gar nicht zu und 5=Trifft voll und ganz zu nach
Ausbildungsabschluss im Rahmen der Befragungswellen 1-16 (Eigene Darstellung, Daten: Kittel et al.
2020a)

Abbildung 24: Durchschnittliche Angaben zur Bereitschaft zur Zahlung höherer Steuern zur
Eindämmung der COVID-19 Pandemie mit 1=Trifft gar nicht zu und 5=Trifft voll und ganz zu nach
Beschäftigungsverhältnis (Eigene Darstellung, Daten: Kittel et al. 2020a).
Abbildung 25: Durchschnittliche Antworten auf die Frage zur Meinungsabgabe zu Steuererhöhungen
auf fossile Energie (links) sowie Subvention erneuerbarer Energie (rechts) im Rahmen der ESS 2016
mit 1 = Strongly against und 5 = Strongly in favour nach Bundesland (Eigene Darstellung, Daten: ESS
Round 8 2016)53
Abbildung 26: Durchschnittliche Angaben zur Bereitschaft zur Zahlung höherer Steuern zur
Eindämmung der COVID-19 Pandemie mit 1=Trifft gar nicht zu und 5=Trifft voll und ganz zu nach
Bundesland im Rahmen der Befragungswellen 1-16 (Eigene Darstellung, Daten: Kittel et al. 2020a).54
Abbildung 27: Durchschnittliche Antworten auf die Frage zur Meinungsabgabe zu Steuererhöhungen
auf fossile Energie (oben) sowie Subvention erneuerbarer Energie (unten) im Rahmen der ESS 2016
mit 1 = Strongly against und 5 = Strongly in favour nach politischer Orientierung (Eigene Darstellung,
Daten: ESS Round 8 2016)
Abbildung 28: Durchschnittliche Angaben zur Bereitschaft zur Zahlung höherer Steuern zur
Eindämmung der COVID-19 Pandemie mit 1=Trifft gar nicht zu und 5=Trifft voll und ganz zu nach
politischer Orientierung im Rahmen der Befragungswellen 1-16 (Eigene Darstellung, Daten: Kittel et
al. 2020a)
Abbildung 29: Bereitschaft mehr für emissionsarme Energie zu bezahlen nach Einschätzung der
Severität des Klimawandels (Eigene Darstellung, Daten: Europäische Kommission 2008) 57
Abbildung 30: Zustimmung der Befragten zu einer Steuererhöhung für fossile Brennstoffe mit 5=sehr
dafür und 1=sehr dagegen nach Einschätzung der Severität des Klimawandels (eigene Darstellung,
Daten: ESS Round 8 Data 2016)
Abbildung 31: Zustimmung der Befragten zu einer Steuererhöhung für fossile Brennstoffe mit 5=sehr
dafür und 1=sehr dagegen nach Einschätzung der Severität des Klimawandels (eigene Darstellung,
Daten: ESS Round 8 Data 2016)
Abbildung 32: Durchschnittliche Antworten auf die Frage "Es ist für mich akzeptabel, in Zukunft
höhere Steuern zu zahlen, um jetzt die Corona-Krise in den Griff zu kriegen." mit 1 =trifft voll und
$ganz\ und\ 5=trifft\ voll\ und\ ganz\ zu\ nach\ durchschnittlich\ wahrgenommenem\ Risiko\ mit\ 1=sehr\ klein\ sehr\ sehr\ klein\ sehr\ sehr\$
und 5 = sehr groß (Eigene Darstellung, Daten: Kittel et al. 2020a).
Abbildung 34: Einschätzung der Wichtigkeit der Unterstützung der Energieeffizienz durch die
Regierung nach Geschlecht. (Eigene Darstellung, Daten: Europäische Kommission 2013, 2015, 2017,
2019)
Abbildung 33: Einschätzung der Wichtigkeit der Zielfestlegung der Regierung zum Ausbau
erneuerbarer Energien nach Geschlecht. (Eigene Darstellung, Daten: Europäische Kommission 2013,
2015 2017 2019) 60

Abbildung 35: Einschätzung der Wichtigkeit der Zielfestlegung der Regierung zum Ausbau
erneuerbarer Energien nach Altersklasse. (Eigene Darstellung, Daten: Europäische Kommission 2013,
2015, 2017, 2019)
Abbildung 36: Einschätzung der Wichtigkeit der Zielfestlegung der Regierung zur Steigerung der
Energieeffizient nach Altersklasse. (Eigene Darstellung, Daten: Europäische Kommission 2013, 2015,
2017, 2019)
Abbildung 37: Einschätzung der Wichtigkeit der Zielfestlegung der Regierung zum Ausbau
erneuerbarer Energien nach Alter beim Bildungsabschluss. (Eigene Darstellung, Daten: Europäische
Kommission 2013, 2015, 2017, 2019)
Abbildung 38: Einschätzung der Wichtigkeit der Zielfestlegung der Regierung zur Steigerung der
Energieeffizienz nach Alter beim Bildungsabschluss. (Eigene Darstellung, Daten: Europäische
Kommission 2013, 2015, 2017, 2019)
Abbildung 39: Einschätzung der Wichtigkeit der Zielfestlegung der Regierung zum Ausbau
erneuerbarer Energien nach Beschäftigungssituation. (Eigene Darstellung, Daten: Europäische
Kommission 2013, 2015, 2017, 2019
Abbildung 40: Einschätzung der Wichtigkeit der Zielfestlegung der Regierung zur Steigerung der
Energieeffizienz nach Beschäftigungssituation (Eigene Darstellung, Daten: Europäische Kommission
2013, 2015, 2017, 2019)
Abbildung 41: Durchschnittliche Angaben zur Angemessenheit (links) und Effektivität (rechts) der
Maßnahmen der Regierung zur Eindämmung der COVID-19 Pandemie mit 1 = überhaupt nicht
ausreichend und 5 = zu extrem bzw. 1 = überhaupt nicht effektiv und 5 = sehr effektiv nach
Geschlecht im Rahmen der Befragungswellen 1-16 (Eigene Darstellung, Daten: Kittel et al. 2020a). 64
Abbildung 42: Durchschnittliche Angaben zur Angemessenheit (links) und Effektivität (rechts) der
Maßnahmen der Regierung zur Eindämmung der COVID-19 Pandemie mit 1 = überhaupt nicht
ausreichend und 5 = zu extrem bzw. 1 = überhaupt nicht effektiv und 5 = sehr effektiv nach
Altersklasse im Rahmen der Befragungswellen 1-16 (Eigene Darstellung, Daten: Kittel et al. 2020a).
Abbildung 43: Durchschnittliche Angaben zur Angemessenheit (links) und Effektivität (rechts) der
Maßnahmen der Regierung zur Eindämmung der COVID-19 Pandemie mit 1 = überhaupt nicht
ausreichend und 5 = zu extrem bzw. 1 = überhaupt nicht effektiv und 5 = sehr effektiv nach
Bildungsabschluss im Rahmen der Befragungswellen 1-16 (Eigene Darstellung, Daten: Kittel et al.
2020a)
Abbildung 44: Durchschnittliche Angaben zur Angemessenheit (links) und Effektivität (rechts) der
Maßnahmen der Regierung zur Eindämmung der COVID-19 Pandemie mit 1 = überhaupt nicht
ausreichend und 5 = zu extrem bzw. 1 = überhaupt nicht effektiv und 5 = sehr effektiv nach
Beschäftigungssituation im Rahmen der Befragungswellen 1-16 (Eigene Darstellung, Daten: Kittel et
al 2020a) 66

Abbildung 45: Einschätzung der Wichtigkeit der Zielfestlegung der Regierung zum Ausbau
erneuerbarer Energien nach Bundesland (Eigene Darstellung, Daten: Europäische Kommission 2013,
2015, 2017, 2019)
Abbildung 46: Einschätzung der Wichtigkeit der Zielfestlegung der Regierung zur Steigerung der
Energieeffizienz nach Bundesland. (Eigene Darstellung, Daten: Europäische Kommission 2013, 2015,
2017, 2019
Abbildung 47: Durchschnittliche Angaben zur Angemessenheit (links) und Effektivität (rechts) der
Maßnahmen der Regierung zur Eindämmung der COVID-19 Pandemie mit 1 = überhaupt nicht
ausreichend und 5 = zu extrem bzw. 1 = überhaupt nicht effektiv und 5 = sehr effektiv nach Wohnsitz
im Rahmen der Befragungswellen 1-16 (Eigene Darstellung, Daten: Kittel et al. 2020a)
Abbildung 48: Einschätzung der Wichtigkeit der Zielfestlegung der Regierung zum Ausbau
erneuerbarer Energien nach politischer Orientierung (Eigene Darstellung, Daten: Europäische
Kommission 2013, 2015, 2017, 2019)
Abbildung 49: Einschätzung der Wichtigkeit der Zielfestlegung der Regierung zur Steigerung der
Energieeffizienz nach Bundesland. (Eigene Darstellung, Daten: Europäische Kommission 2013, 2015,
2017, 2019)
Abbildung 50: Durchschnittliche Angaben zur Angemessenheit (links) und Effektivität (rechts) der
Maßnahmen der Regierung zur Eindämmung der COVID-19 Pandemie mit 1 = überhaupt nicht
ausreichend und $5 = zu$ extrem bzw. $1 = \ddot{u}$ berhaupt nicht effektiv und $5 = sehr$ effektiv nach politischer
Orientierung im Rahmen der Befragungswellen 1-16 (Eigene Darstellung, Daten: Kittel et al. 2020a).
Abbildung 51: Durchschnittliche Wahrnehmung der der vorgestellten Ziele im Rahmen des EB 2008
nach wahrgenommener Severität des Klimawandels mit 1 = überhaupt kein ernstes Problem und 10 =
extrem ernstes Problem (Eigene Darstellung, Daten: Europäische Kommission 2008)
Abbildung 52: Durchschnittliche Wahrnehmung der der vorgestellten Ziele im Rahmen des EB 2013,
2015, 2017 und 2019 nach wahrgenommener Severität des Klimawandels mit 1 = überhaupt kein
ernstes Problem und 10 = extrem ernstes Problem (Eigene Darstellung, Daten: Europäische
Kommission 2008)
Abbildung 53: Durchschnittliche Wahrnehmung der Angemessenheit der von der Regierung
getroffenen Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19 Pandemie nach durchschnittlich
wahrgenommenem Risiko im Rahmen der Welle 1-16 mit 1 = überhaupt nicht ausreichend und 5 = zu
extrem (Eigene Darstellung, Daten: Kittel et al. 2020a)
Abbildung 54: Durchschnittliche Wahrnehmung der Effektivität der von der Regierung getroffenen
Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19 Pandemie nach durchschnittlich wahrgenommenem
Risiko im Rahmen der Welle 1-16 mit 1 = überhaupt nicht ausreichend und 5 = zu extrem (Eigene
Darstellung Daten: Kittel et al. 2020a) 73

Tabelle 1: Übersicht der Möglichkeiten zur Bildung robuster Strategien im Rahmen der COVID-19
Pandemie (Ansell et al. 2020).
Tabelle 2: Mechanismen der Orientierungssuche bei der Wahrnehmung von Informationen (Renn
2019)
Tabelle 3:Berücksichtigte Variablen der innerhalb der jeweiligen Umfragen
Tabelle 4: Berücksichtigten Fragestellungen der jeweiligen Umfragen (Europäische Kommission
2008,2009,2011,2013,2017,2019; Kittel et al. 2020; ESS 2016)
Tabelle 5: Vergleich der soziodemographischen Faktoren zur Risikowahrnehmung sowie zur
Akzeptanz der Maßnahmen im Rahmen der Klimakrise sowie der COVID-19 Pandemie (Eigene
Darstellung, Daten: Europäische Kommission 2008-2019, Kittel et al. 2020a)
Tabelle 6: Übersicht der Validierung der Hypothesen H1-H5.
1 abone 6. Obersieht der vandierung der Hypothesen III-II3
10 Literaturverzeichnis
Adamo, S.B. (2015): About mitigation, adaptation and the UNFCCC's 21st Conference of the Parties.
In: Rio de Janeiro, 32, n.3, S. 609-618.
AGES (s.a.): Risikobarometer Umwelt & Gesundheit 2019. Verfügbar in:
https://www.AGES.at/service/service-presse/pressemeldungen/risikobarometer-umwelt-gesundheit-
2019/. [abgerufen am 15.9.2020].
AGES (2017): RISIKOBAROMETER Umwelt & Gesundheit 2017. Verfügbar in:
https://www.AGES.at/download/0/0/c30b9f49d6034979f5623381a1e80a971f976b49/fileadmin/AGES20
15/Wissen-Aktuell/Themenberichte/Risikobarometer_11_BF.PDF. [abgerufen am 15.9.2020].
AGES (2018): RISIKOBAROMETER Umwelt & Gesundheit 2018. Verfügbar in:
https://www.AGES.at/download/0/0/d443dfc7f8050a2d85013e9bbd9e2014e5586d6e/fileadmin/AGES2
015/Wissen-Aktuell/Risikobarometer_UmweltGesundheit_2018.pdf. [abgerufen am 15.9.2020].
AGES (2019): RISIKOBAROMETER Umwelt & Gesundheit 2019. Verfügbar in:
https://www. AGES. at/download/0/0/0dabd60f0ed316de5be1b9f3cadb242521f65193/fileadmin/AGES20165190/fileadmin/AGES20165190/fileadmin/AGES20165190/fileadmin/AGES20165190/fileadmin/AGES20165190/fileadmin/AGES20165190/fileadmin/AGES20165190/fileadmin/AGES20165190/fileadmin/AGES20165190/fileadmin/AGES20165190/fileadmin/AGES20165190/fileadmin/AGES20165190/fileadmin/AGES20165190/fileadmin/AGES20165190/fileadmin/AGES20165190/fileadmin/AGES20165190/fileadmin/AGES20165190/fileadmin/AGE
15/Wissen-Aktuell/RisikobarometerUmweltGesundheit_2019.pdf. [abgerufen am 15.9.2020]
Almer, C. und Winkler, R. (2017): Analyzing the effectiveness of international environmental
policies: The case of the Kyoto Protocol. In: Journal of Environmental Economics and Management, 82,
S.125-151.
Arbeiterkammer Wien (2020): Frauen arbeiten ab 22.10. "gratis". Verfügbar in:
https://www.arbeiterkammer.at/equalpayday2020 [abgerufen am 23.3.2021].
Ärztekammer für Wien (2020): Österreich - die Chronologie der Covid-19-Maßnahmen. Verfügbar in:
https://www.medinlive.at/gesundheitspolitik/oesterreich-die-chronologie-der-covid-19-massnahmen
[abgerufen am 18.12.2020].
Bish, A. und Michie, S. (2010): Demographic and attitudinal determinants of protective behaviours
during a pandemic: A review. In: British Journal of Health Psychology, 15, S.797-824.

- BMNT (2019): Integrierter nationaler Energie- und Klimaplan für Österreich. Verfügbar in: https://ec.europa.eu/energy/sites/ener/files/documents/at_final_necp_main_de.pdf. [abgerufen am 1.9.2020].
- Boqiang, L. und Zhijie, J. (2017): The impact of Emission Trading Scheme (ETS) and the choice of coverage industry in ETS: A case study in China. In: Applied Energy, 205, S.1512-1527.
- Bradley, G.L; Babutsidze, Z.; Chai, A. und Reser, J.P. (2019): The role of climate change risk perception, response efficacy, and psychological adaptation in pro-environmental behavior: A two nation study. In: Journal of Environmental Psychology, 68.
- Brug, J.; Aro, A.R. und Richardus, J.H. (2009): Risk Perceptions and Behaviour: Towards Pandemic Control of Emerging Infectious Diseases. In: International Society of Behavioral Medicine, 16, S. 3-6.
- Bulkeley, H.; Carmin, J.; Casta´n Broto, V.; Edwards, G.A.S. und Fuller, S. (2013): Climate justice and global cities: Mapping the emerging discourses. In: Global Environmental Change, 23, S.914-925.
- Bundesministerium für Finanzen (2020): FAQ: Das Corona-Hilfspaket der Österreichischen

 Bundesregierung. Verfügbar in: https://www.bmf.gv.at/public/top-themen/corona-hilfspaket-faq.html#Haertefallfonds. [abgerufen am 22.8.2020].
- Bundesministerium für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus (2020): Maßnahmentabelle des Bundes und der Länder gemäß § 3 Abs. 2 vorletzter Satz KSG für die Jahre 2019 und 2020. Verfügbar in: https://www.bmlrt.gv.at/umwelt/klimaschutz/klimapolitik_national/klimaschutzgesetz/ksg.html. [abgerufen am 22.9.2020].
- Bundeskanzleramt Österreich (2020a): Bundesregierung präsentiert aktuelle Beschlüsse zum Coronavirus. Verfügbar in: https://www.bundeskanzleramt.gv.at/bundeskanzleramt/nachrichten-derbundesregierung/2020/bundesregierung-praesentiert-aktuelle-beschluesse-zum-coronavirus.html. [abgerufen am 22.8.2020].
- Bundeskanzleramt Österreich (2020b): Hilfspaket von bis zu 38 Milliarden Euro zur Bewältigung der Coronavirus-Folgen. Verfügbar in: https://www.bundeskanzleramt.gv.at/bundeskanzleramt/nachrichtender-bundesregierung/2020/hilfspaket-von-bis-zu-38-milliarden-euro-zur-bewaeltigung-der-coronavirus-folgen.html. [abgerufen am 22.8.2020].
- Bundeskanzleramt Österreich (2020c): Bundeskanzler Kurz: Maßnahmen zur Eindämmung des Coronavirus werden bis 13. April verlängert. Verfügbar in: https://www.bundeskanzleramt.gv.at/bundeskanzleramt/nachrichten-der-bundesregierung/2020/bundeskanzler-kurz-massnahmen-zur-eindaemmung-des-coronavirus-werden-bis-13-april-verlaengert.html. [abgerufen am 22.8.2020].
- Bundeskanzleramt Österreich (2020d): Bundeskanzler Sebastian Kurz: Mund-Nasen-Schutz wird Pflicht, Abstand halten weiterhin wichtig. Verfügbar in: https://www.bundeskanzleramt.gv.at/bundeskanzleramt/nachrichten-der-bundesregierung/2020/bundeskanzler-sebastian-kurz-mund-nasen-schutz-wird-pflicht-abstand-halten-weiterhin-wichtig.html. [abgerufen am 22.8.2020].
- Bundeskanzleramt Österreich (2020e): Bundeskanzler Kurz: Stufenplan für schrittweise Öffnung von Geschäften nach Ostern, aber Maßnahmen weiter befolgen. Verfügbar in: https://www.bundeskanzleramt.gv.at/bundeskanzleramt/nachrichten-der-

- bundesregierung/2020/bundeskanzler-kurz-stufenplan-fuer-schrittweise-oeffnung-von-geschaeftennach-ostern-aber-massnahmen-weiter-befolgen.html. [abgerufen am 22.8.2020].
- Bundeskanzleramt Österreich (2020e): Bundeskanzler Kurz: "Die nächsten Monate werden ein rotweiß-roter Kraftakt". Verfügbar in:

 https://www.bundeskanzleramt.gv.at/bundeskanzleramt/nachrichten-der-bundesregierung/2020/bundeskanzler-kurz-die-naechsten-monate-werden-ein-rot-weiss-roter-kraftakt.html [abgerufen am 18.12.2020].
- Bundeskanzleramt Österreich (2020f): Bundesregierung: Einschränkungen sind notwendig, um die Intensivmedizin aufrechtzuerhalten. Verfügbar in: https://www.bundeskanzleramt.gv.at/bundeskanzleramt/nachrichten-der-bundesregierung/2020/bundesregierung-einschraenkungen-sind-notwendig-um-die-intensivmedizin-aufrechtzuerhalten.html [abgerufen am 18.12.2020].
- Bundeskanzleramt Österreich (2020g): Bundeskanzler Kurz: "Helfen wir zusammen und schaffen wir die Trendwende". Verfügbar in: https://www.bundeskanzleramt.gv.at/bundeskanzleramt/nachrichtender-bundesregierung/2020/bundeskanzler-kurz-helfen-wir-zusammen-und-schaffen-wir-dietrendwende.html [abgerufen am 18.12.2020].
- Bundeskanzleramt Österreich (2020h): Bundeskanzler Kurz zu Massentests: "Besser eine halbe Stunde für den Test, als Wochen im Lockdown". Verfügbar in: https://www.bundeskanzleramt.gv.at/bundeskanzleramt/nachrichten-der-bundesregierung/2020/bundeskanzler-kurz-zu-massentests-besser-eine-halbe-stunde-fuer-den-test-alswochen-im-lockdown.html [abgerufen am 18.12.2020].
- BPB (2013): Die Entdeckung des menschlichen Einflusses auf das Klima. Verfügbar in: https://www.bpb.de/gesellschaft/umwelt/klimawandel/38444/entdeckung-des-menschlichen-einflusses. [abgerufen am 25.3.2021].
- Cairney, P. und Wellstead, A. (2020): COVID-19: effective policymaking depends on trust in experts, politicians, and the public. In: Policy Design and Practice.
- CCCA (2018): Stellungnahme zum "Entwurf des Integrierten Nationalen Energie- und Klimaplans für Österreich Periode 2021-2030. Verfügbar in: https://ccca.ac.at/fileadmin/00_DokumenteHauptmenue/02_Klimawissen/Offene_Briefe_und_Stellungnahmen/CCCA_NKK-Wiss_Stellungnahme-NEKP_6Dez2018_final.pdf. [abgerufen am 22.9.2020].
- Chaplin, S.; Khan, I.; Leevers, H.; Gibbons, P.; Clements, L.; Greenwood, E.; Skiltion, H.; Franklin H.; Rzepa A.; Farhan, H.; Dugan, A.; Diego-Rosell, P.; Crabtree, S.; Ray, J.; Standridge P. und Ritter, Z. (2019): Wellcome Global Monitor 2018. Gallup, London. Verfügbar in: https://wellcome.org/sites/default/files/wellcome-global-monitor-2018.pdf. [abgerufen am 28.9.2020]. Cheval, S.; Adamescu, C.M.; Georgiadis, T.; Herrnegger, M.; Piticar, A. und Legates, D.R. (2020): Observed and Potential Impacts of the COVID-19 Pandemic on the Environment. In: Int. J. Environ. Res. Public Health, 17, S.4140-4165.
- Cherry, C.; Scott, K.; Barrett, J. und Pidgeon, N. (2018): Public acceptance of resource-efficiency strategies to mitigate climate change. In: Nature Climate Change, 8, S.1007-1012.
- Clar, C. und Steurer, R. (2015): Is decentralisation always good for climate change mitigation? How

- federalism has complicated the greening of building policies in Austria. In: Policy Science, 48, S.85-107.
- Clar, C. und Steurer, R. (2019): Climate change adaptation at different levels of government:

 Characteristics and conditions of policy change. In: Natural Resources Forum 43, S. 121-131.
- Cohen, J. und Kupferschmidt, K. (2020): Countries test tactics in 'war' against COVID-19. In: Science, VOL 367, S.1287-1288.
- Cori, L.; Bianchi, F.; Cadum, E. und Anthonj, C. (2020): Risk Perception and COVID-19. In: International Journal of Environmental Research and Public Health, 17 (9), 3114.
- Criqui, P.; Jaccard, M. and Sterner, T. (2019): Carbon Taxation: A Tale of Three Countries. In: Sustainability, 11, 6280.
- Dietz, T.; Dan, A. and Shwon, R. (2007): Support for Climate Change Policy: Social Psychological and Social Structural Influences. In: Rural Sociology, 72(2), S. 185-214.
- Deutsches Klima Konsortium (2020): Fakten aus der Wissenschaft ZU AKTUELLEN DEBATTEN RUND UM DEN KLIMAWANDEL. Verfügbar in: https://www.deutsches-klima-konsortium.de/fileadmin/user_upload/pdfs/aktuelles/Fakten-aus-der-Wissenschaft.pdf. [abgerufen am 28.8.2020].
- Dooley, K.; Gupta, J. und Patwardhan, A. (2018): INEA editorial: Achieving 1.5 C and climate justice. In: International Environmental Agreements, 18, S.1–9.
- Drews, S. Und Van den Bergh, J.C.J.M. (2015): What explains public support for climate policies? A review of empirical and experimental studies. In: Climate Policy. Volume 16, Issue 7, S. 855-876.
- Dryhurst, S.; Schneider, C.R.; Kerr, J.; Freeman, A.L.J.; Recchia, G.; Van der Bles, A.M.; Spiegelhalter, D. und Van der Linen, S. (2020): Risk perceptions of COVID-19 around the world. In: Journal of Risk Research.
- Duijndam, S. und Van Beukering, P. (2020): Understanding public concern about climate change in Europe, 2008–2017: the influence of economic factors and right-wing populism. In: Climate Policy.
- Echavarrena, J.M.; Balžekienėb, A. und Telešienėc, A. (2019): Multilevel analysis of climate change risk perception in Europe: Natural hazards, political contexts and mediating individual effects. In: Safety Science, 120, S.813-823.
- EEÖ (2019): Umfrage zeigt: Menschen wollen ambitionierte Klimapolitik. Verfügbar in: https://www.erneuerbare-energie.at/presseaussendungen/2019/12/18/umfrage-zeigt-menschen-wollen-ambitionierte-klimapolitik. [abgerufen am 23.9.2020].
- Europäische Kommission (2008): Eurobarometer 69.2 (Mar-May 2008). Verfügbar in: https://search.gesis.org/research_data/ZA4744. [abgerufen am 1.3.2021].
- Europäische Kommission (2009): Eurobarometer 71.1 (Jan-Feb 2009). Verfügbar in: https://search.gesis.org/research_data/ZA4971 [abgerufen am 1.3.2021].
- Europäische Kommission (2011): Eurobarometer 75.4 (2011). Verfügbar in: https://search.gesis.org/research_data/ZA5564 [abgerufen am 1.3.2021].
- Europäische Kommission (2013): Eurobarometer 80.2 (2013). Verfügbar in: https://search.gesis.org/research_data/ZA5877 [abgerufen am 1.3.2021].
- Europäische Kommission (2014): Framework for Climate & Energy 2030. Verfügbar in:

- https://ec.europa.eu/clima/sites/clima/files/strategies/2030/docs/2030_euco_conclusions_en.pdf. [abgerufen am 1.9.2020].
- Europäische Kommission (2015): Eurobarometer 83.4 (2015). Verfügbar in: https://search.gesis.org/research_data/ZA6595. [abgerufen am 1.3.2021].
- Europäische Kommission (2016): Die EU und die Flüchtlingskrise. Verfügbar in: https://ec.europa.eu/germany/sites/germany/files/na0416628den_002.pdf. [abgerufen am 20.8.2020].
- Europäische Kommission (2017): Eurobarometer 87.1 (2017). Verfügbar in: https://search.gesis.org/research_data/ZA6861 [abgerufen am 1.3.2021].
- Europäische Kommission (2019): Eurobarometer 91.3 (2019). Verfügbar in: https://search.gesis.org/research_data/ZA7572 [abgerufen am 1.3.2021].
- Europäische Kommission (s.a.): Public Opinion. Verfügbar in:

 https://ec.europa.eu/commfrontoffice/publicopinion/index.cfm/General/index#p=1&instruments=STAN

 DARD. [abgerufen am 27.2.2021).
- Erixon, F. (2010): The Europe 2020 strategy: time for Europe to think again. In: European View, 9, S.28-37.
- ESS (2016): ESS Round 8: European Social Survey Round 8 Data (2016). Data file edition 2.1. NSD Norwegian Centre for Research Data, Norway Data Archive and distributor of ESS data for ESS ERIC.
- ESS (2018): European Attitudes to Climate Change and Energy: Topline Results from Round 8 of the European Social Survey. ESS, University of London.
- ESS (s.a.): Data Collection. Verfügbar in: https://www.europeansocialsurvey.org/methodology/ess_methodology/data_collection.html. [abgerufen am: 27.2.2021].
- Falkenbach, M. und Geer, S.L. (2020): Denial and Distraction: How the Populist Radical Right Responds to COVID-19. In: International Journal of Health Policy and Management, S.1-3.
- Fineberg, H.V. (2014): Pandemic Preparedness and Response Lessons from the H1N1 Influenza of 2009. In: The new england journal of medicine, 370, S.1335-1342.
- Frondel, M. und Thomas, T. (2020): Dekarbonisierung bis zum Jahr 2050? Klimapolitische Maßnahmen und Energieprognosen für Deutschland, Österreich und die Schweiz. DICE Ordnungspolitische Perspektiven, No. 105. Düsseldorf Institute for Competition Economics, Düsseldorf.
- Goldberg, M.H.; Gustafson, A.; Ballew, M.T.; Rosenthal, S.A. und Leiserowitz, A. (2020): Identifying the most important predictors of support for climate policy in the United States. Cambridge University Press, 2020.
- Google Trends (2020a): Klimawandel. Verfügbar in:

 https://trends.google.de/trends/explore?date=2005-01-01%2020200915&geo=AT&q=%2Fm%2F0cs9q. [abgerufen am 15.9.2020].
- Google Trends (2020b): Coronavirus. Verfügbar in: https://trends.google.de/trends/ex plore?geo=AT&q=coronavirus. [abgerufen am 19.9.2020].
- Google Trends (2020c): COVID-19. Verfügbar in: https://trends.google.de/trends/ex plore?geo=AT&q=covid-19. [abgerufen am 19.9.2020].

- Grasswick, H. (2014): Climate Change Science and Responsible Trust: A Situated Approach. In: Hypatia, Vol.29 no.3, S.541-557.
- Grundmann, R. (2019): Die Wissenschaften in der Klimadebatte Essay. Bundeszentrale für politische Bildung. Verfügbar in: https://www.bpb.de/apuz/300420/die-wissenschaften-in-der-klimadebatte-essay. [abgerufen am 25.9.2020].
- Hadler, M. und Kraemer, K. (2014): Die Wahrnehmung von Umweltgefährdungen: Österreich im internationalen Vergleich. In: SWS-Rundschau, 54(4), S. 413-431.
- Hale, T.; Webster, S.; Petherick, A.; Phillips, T.; und Kira, B. (2020): Oxford COVID-19 Government Response Tracker. Blavatnik School of Government. Verfügbar in: https://ourworldindata.org/coronavirus. [abgerufen am 18.12.2020].
- Hanriederl, T. und Kreuder-Sonnen, C. (2013): Souverän durch die Krise: Überforderte Staaten und die (Selbst-)Ermächtigung der WHO.In: Daase, C. (Hrsg.); Engert, S. (Hrsg.) und Junk, J. (Hrsg.), Verunsicherte Gesellschaft überforderter Staat: zum Wandel der Sicherheitskultur. Frankfurt am Main: Campus-Verlag. S.169-186.
- Held, I.M. und Soden, B.J. (2006): Robust Responses of the Hydrological Cycle to Global Warming. In: Journal of Climate, 19, S.5686-5699.
- Hendrix, F.; Kienhues, D. und Bromme, R. (2016): Trust in Science and the Science of Trust. University of Münster.
- Hepburn, C.; O'Callaghan, B.; Stern, N.; Stiglitz, J. und Zenghelis, D. (2020): Will COVID-19 fiscal recovery packages accelerate or retard progress on climate change?. In: Oxford Review of Economic Policy, 36 (S1), S. 1-48.
- Hoegh-Guldberg, O.; Jacob, D. und Taylor, M. (2018): Impacts of 1.5°C of Global Warming on Natural and Human Systems. In: Global Warming of 1.5°C. An IPCC Special Report on the impacts of global warming of 1.5°C above pre-industrial levels and related global greenhouse gas emission pathways, in the context of strengthening the global response to the threat of climate change, sustainable development, and efforts to eradicate poverty. Verfügbar in: https://www.ipcc.ch/site/assets/uploads/sites/2/2019/02/SR15_Chapter3_Low_Res.pdf. [abgerufen am 28.8.2020].
- Honigsbaum, M. (2009): Pandemic. In: The Lancet, Volume 373, Issue 9679, S. 1939.
- IPCC (1990-2021): Reports. Verfügbar in: https://www.ipcc.ch/reports/. [abgerufen am 25.3.2021].
- IPCC (2014): Climate Change 2014 Impacts, Adaptation, and Vulnerability Part A: Global and Sectoral Aspects. Contribution of Working Group II to the Fifth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change. Cambridge University Press, Cambridge, United Kingdom and New York, NY, USA. Verfügbar in: https://www.ipcc.ch/site/assets/uploads/2018/02/WGIIAR5-PartA_FINAL.pdf. [abgerufen am 29.8.2020].
- Jin, S. (2020): COVID-19, Climate Change, and Renewable Energy Research: We Are All in This Together, and the Time to Act Is Now. In: ACS Energy Letters. 5, S.1709-1711.
- Juhl, S.; Lehrer, R.; Blon, A.G.; Wenz, A.; Retting, T.; Krieger, U.; Fikel, M.; Cornesse, C.; Naumann,E. und Möhring, K. (2020): Determinants of Public Support for COVID-19 Containment Policies inGermany: Evidence from Individual-Level Panel Analyses. Universität Mannheim.

- Jung, J.; Petkanic, P.; Nan, D. und Kim, J.H. (2020): When a Girl Awakened the World: A User and Social Message Analysis of Greta Thunberg. In: Sustainability, 12, S.2-17.
- Jylhä, K.M.; Tam, K-P. und Milfont, T.L. (2020): Acceptance of group-based dominance and climate change denial: A cross-cultural study in Hong Kong, New Zealand, and Sweden. In: Asian Journal of Social Psychology, Volume 23, Issue 4.
- Keeling, C.D.; Bacastow, R.B.; Bainbridge, A.E.; Ekdahl, C.A.; Guenther, P.R. und Waterman L.S. (1973): Atmospheric carbon dioxide variations at Mauna Loa Observatory, Hawaii. Scripps Institution of Oceanography, University of California at San Diego, La Jolla, California, USA and JOHN F. S. CHIN, National Oceanic and Atmospheric Administration, Mauna Loa Observatory, Hawaii.
- Kettner-Marx, C. und Kletzan-Slamanig, D. (2018): Climate Policy Integration at the National and Regional Level. Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung. Working Paper 552. Wien.
- Kerkow, U. (2009): Globale Krisen Soziale Auswirkungen. Social Watch Deutschland, Report 2009, Nr. 8. Verfügbar in: https://www.2030agenda.de/sites/default/files/SW_DEUTSCHLAND_REPORT_2009-ger.pdf. [abgerufen am 20.8.2020].
- Kittel, B.; Kritzinger, S.; Boomgaarden, H.; Prainsack, B.; Eberl. J.; Kalleitner, F.; Lebernegg N.S.; Partheymül ler, J.; Plescia, C.; Schiestl, D.W. und Schlogl, L. (2020a): Austrian Corona Panel Project. Verfügbar in: https://data.aussda.at/dataset.xhtml?persistentId=doi:10.11587/P5YJ0O [abgerufen am 1.3.2021].
- Kittel, B.; Kritzinger, S.; Boomgaarden, H.; Prainsack, B.; Eberl. J.; Kalleitner, F.; Lebernegg N.S.; Partheymül ler, J.; Plescia, C.; Schiestl, D.W. und Schlogl, L. (2020b): The Austrian Corona Panel Project: monitoring individual and societal dynamics amidst the COVID-19 crisis. In: European Political Science.
- Klenert, D.; Funke, F.; Mattauch, L. und O'Callaghan, B. (2020): Five Lessons from COVID-19 for Advancing Climate Change Mitigation. In: Environmental and Resource Economics, 76, S.751–778.
- Libarkin, J.C.; Gold, A.U.; Harris, S.E.; McNeal, K.S. und Bowles, R.P. (2018): A new, valid measure of climate change understanding: associations with risk perception. In: Climate Change, 150, S. 403–416.
- Lidskog, R.; Elander, I. und Standring, A. (2020): COVID-19, the Climate, and Transformative Change: Comparing the Social Anatomies of Crises and Their Regulatory Responses. In: Sustainability, 12, 6337.
- Lockwood, M. (2018): Right-wing populism and the climate change agenda: exploring the linkages. In: Environmental Politics, Volume 27, Issue 4, S.712-732.
- Löschel, A.; Lutz, B.J. und Manag, S. (2019): The impacts of the EU ETS on efficiency and economic performance An empirical analyses for German manufacturing firms. In: Resource and Energy Economics, 56, S.71-95.
- Manabe, S. und Wetherald R.T. (1967): Thermal Equilibrium of the Atmosphere with a Given Distribution of Relative Humidity. In: Journal of the Atmospheric Sciences, 24(3), S.241-259.

- Manzanedo, R.D. und Manning, P. (2020): What we can learn from the parallels between the COVID-19 and the future climate change crises.
- Mary Robinson Foundation Climate Justice (2011): THE GEOGRAPHY OF CLIMATE JUSTICE.

 Verfügbar in: https://www.mrfcj.org/pdf/Geography_of_Climate_Justice_Introductory_Resource.pdf.
 [abgerufen am 30.8.2020].
- Masic, I.; Naser, N. und Zildzic, M. (2020): Public Health Aspects of COVID-19 Infection with Focus on Cardiovascular Diseases. In: Mater Sociomed, 32(1). S. 71-76.
- Ming Lee, T.; Markowitz, E.M.; Howe, P.D.; Ko, C. und Leiserowitz, A.A. (2015): Predictors of public climate change awareness and risk perception around the world. In: Nature Climate Change, Vol.5, S.1014-1020.
- Nietoa, J.: Carpinteroa, Ó. und Miguel, L.J. (2018): Less than 2 °C? An Economic-Environmental Evaluation of the Paris Agreement. In: Ecological Economics, 146, S.69-84.
- Oreskes, N. (2019): Why trust Sience?. Princeton and Oxford: University Press Princeton.
- Ostheimer, J. (2020): Einfache und vertrackte Probleme. Strukturelle Unterschiede zwischen der Corona-Pandemie und der Klimakrise, in: Schaupp, W.; Kröll, W. und Ruckenbauer, H.W. (Hrsg.), Die Corona-Pandemie Ethische, gesellschaftliche und theologische Reflexionen einer Krise, Band 10, Aufl. 1, Graz: Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG, S.179-198.
- Paek, H-J. (2017): Risk Perceptions and Risk Characteristics. Department of Advertising and Public Relations, Hanyang University.
- Renn, O. (2019): Gefühlte Wahrheiten Orientierung in Zeiten postfaktischer Verunsicherung. Berlin: Barbara Budrich.
- Rogge, N. (2019): EU countries' progress towards 'Europe 2020 strategy targets'. In: Journal of Policy Modelling, 41, S.255-272.
- Rosenbloom, D. und Markard, J. (2020): A COVID-19 recovery for climate. In: Science. 368, S.447.
- Rousseau, S. und Deschacht, N. (2020): Public Awareness of Nature and the Environment During the COVID-19 Crisis. In: Environmental and Resource Economics, 76, S. 1149–1159.
- Schlosberg, D. und Collins, L.B. (2014): From environmental to climate justice: climate change and the discourse of environmental justice. In: WIREs Clim Change, 5, S.359–374.
- Shao, W. und Hao, F. (2020): Confidence in political leaders can slant risk perceptions of COVID-19 in a highly polarized environment. In: Social Science & Medicine, 261, S.1-6.
- Smith, N. und Leiserowitz, A. (2014): The Role of Emotion in Global Warming Policy Support and Opposition. In: Risk Analysis, Vol.24, No.5, S.937-948.
- Sohrabia, C.; Alsafib, Z.; O'Neilla, N.; Khanb, M.; Kerwanc, A.; Al-Jabirc, A.; Iosifidisa, C. und Aghad, R. (2020): World Health Organization declares global emergency: A review of the 2019 novel coronavirus (COVID-19). International Journal of Surgery, 76, S.71-76.
- Sommer, M.; Sinabell, F. und Streicher, G. (2020): Auswirkungen des COVID-19-bedingten Konjunktureinbruchs auf die Emissionen von Treibhausgasen in Österreich. WIFO Working Papers 600.
- Spalluto, L.B.; Planz V.B.; Stokes L.S.; Pierce, R.; Aronoff D.M.; McPheeters, M.L. und Omary, R.A. (2020): Transparency and Trust During the Coronavirus Disease 2019 (COVID-19) Pandemic. In: Journal of the American College of Radiology, 17, S. 909-912.

- Eurostat (2020): Gender pay gap in an unadjusted form. Europäisches Parlament. Verfügbar in: https://ec.europa.eu/eurostat/tgm/table.do?tab=table&plugin=1&language=en&pcode=sdg_05_20. [abgerufen am 15.12.2020].
- Sussmann, R. und Rettinger, M. (2020): Can We Measure a COVID-19-Related Slowdown in Atmospheric CO2 Growth? Sensitivity of Total Carbon Column Observations. In: Remote Sens.12, 2387, S.1-22.
- Thornton, T.F. und Comberti, C. (2017): Synergies and trade-offs between adaptation, mitigation and development. In: Climatic Change, 140, S. 5–18.
- Tockner, K. (2020): Corona: Science to save the world. Verfügbar in: https://scilog.fwf.ac.at/en/article/11379/corona-science-save-world. [abgerufen am 2.10.2020].
- Tørstad, V.H. (2020): Participation, ambition and compliance: can the Paris Agreement solve the effectiveness trilemma?. In: Environmental Politics, 29:5, S.761-780.
- Trilla, A.; Trilla, G. und Daer, C. (2008): The 1918 "Spanish Flu" in Spain. In: Clinical Infectious Diseases, 47, S. 668–73.
- Umweltbundesamt (2019): Klimaschutzbericht 2019 Zusammenfassung. Verfügbar in: https://www.umweltbundesamt.at/fileadmin/site/publikationen/REP0702BFZ.pdf. [abgerufen am 1.9.2020].
- VijayaVenkataRaman, S.; Iniyan, S. udn Goic, R. (2012): A review of climate change, mitigation and adaptation. In: Renewable and Sustainable Energy Review 16, S.878-897.
- Van der Linden, S. (2017): Determinants and Measurement of Climate Change Risk Perception, Worry, and Concern. OXFORD RESEARCH ENCYCLOPEDIA, CLIMATE SCIENCE.
- WHO (2010): What is a pandemic?. Verfügbar in: https://www.who.int/csr/disease/swineflu/frequently_asked_questions/pandemic/en/. [abgerufen am 23.8.2020].
- WHO (2020a): WHO Coronavirus Disease (COVID-19) Dashboard. Verfügbar in: https://covid19.who.int/. [abgerufen am 22.8.2020].
- WHO (2020b): United States of America, COVID-19 Situation. Verfügbar in: https://covid19.who.int/region/amro/country/us. [abgerufen am 18.12.2020].
- WIFO (2020): Abschätzung der Verringerung der Treibhausgasemissionen aufgrund des Konjunktureinbruchs. Verfügbar in: https://www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/resources/person_dokument/person_dokument.jart? publikationsid=66288&mime_type=application/pdf. [abgerufen am 25.8.2020].
- Willems, J.; Knassmüller, M.;Ebinger, F.; Dinhof, K, und Schmid, M. (2020): COVID-19 Pandemie in Österreich Zufriedenheit der Bürger*innen mit Maßnahmen und Kommunikation. Institut für Public Management & Governance, Wirtschaftsuniversität Wien.
- Wong-Parodi, G. und Feygina, I. (2019): Understanding and countering the motivated roots of climate change denial. In: Current Opinion in Environmental Sustainability, 42, S.1-5.
- Ye, M. und Lyu, Z. (2020): Trust, risk perception, and COVID-19 infections: Evidence from mult level analyses of combined original dataset in China. In: Social Science and Medicine.
- You, M. und Ju, Y. (2019): Comparing Outrage Effect on the Risk Perception of Climate Change versus Fine Dust. In: Health Communication, Volume 35, Issue 13, S.1678-1685.
- Zhu, W.; Yao, N.; Guo, Q. und Wang, F. (2019): Public risk perception and willingness to mitigate climate change: city smog as an example. In: Environmental Geochemistry and Health, 42, S. 881–893.

11 Annexverzeichnis

A1	Hintergrunddaten der herangezogenen UmfragenXXII
A2	Weiterführende Abbildungen zur Risikowahrnehmung der österreichischen Bevölkerung
	im Rahmen der Klimakrise sowie der COVID-19 PandemieXXVIII
A3	Weiterführende Abbildungen zur Wahrnehmung finanzieller Maßnahmen im Rahmen der
	KrisenbekämpfungXXXIX
a.	KlimakriseXXXIX
b.	COVID-19 PandemieXLII
A4	Weiterführende Abbildungen zur Wahrnehmung nicht-finanzieller Maßnahmen sowie
	Bereitwilligkeit zur Verrichtung freiwilliger Maßnahmen im Rahmen der
	KrisenbekämpfungXLVII
a.	KlimakriseXLVII
b.	COVID-19XLIX
A5	Weiterführende Abbildungen zum Zusammenhang der Risikowahrnehmung und
	Wahrnehmung der MaßnahmenLI
a.	KlimakriseLI
b.	COVID-19 PandemieLIV
A6	Durchschnittliche Ergebnistabellen Auswertung der UmfragenLV
a.	Ergebnistabellen der Durchschnittswerte zur Risikowahrnehmung – Durchschnittlich
	Antwortanteile der berücksichtigten Fragen in ProzentLV
b.	Ergebnistabellen der Durchschnittswerte zu den Regierungsmaßnahmen – Durchschnittlich
	Antwortanteile der berücksichtigten Fragen in ProzentLXV

Annex

A1 Hintergrunddaten der herangezogenen Umfragen

Die folgende Tabelle A1.1 gibt die berücksichtigten Fragen der jeweiligen Meinungsumfragen wieder. Tabelle A1.2 beschreibt die soziodemographischen und weiteren Gegebenheiten der Befragten im Rahmen der Eurobarometer Umfragen, des ACPPs sowie der ESS Round 8.

A1. 1: Berücksichtigte Fragen aus den EB, ESS und ACPP Befragungen (Eigene Darstellung, Daten: Europäische Kommission 2008-2019, Kittel et al. 2020a, ESS Round 8 Data 2016

ACPP W1-	Wie groß schätzen Sie die gesundheitliche Ge-	Matrix Frage - Matrix-Labels:
W16	fahr ein, welche von dem Coronavirus für Sie	1 = sehr groß
C9, C11, C11,	persönlich und für die österreichische Bevölke-	2 = groß
C12, C12, C12,	rung ausgeht?	3 = mittelmäßig
C15, C13, C12,	a. für mich persönlich	4 = klein
C12, C25, C12,	b. für die österreichische Be-	5 = sehr klein
C12, C13, C12,	völkerung	keine Angabe [99]
C16		
ACPP W1-	Wie groß schätzen Sie die wirtschaftliche Ge-	Matrix Frage - Matrix-Labels:
W16	fahr ein, welche von dem Coronavirus für Sie	1 = sehr groß
C10, C12, C12,	persönlich und für die österreichische Bevölke-	$2 = \operatorname{groß}$
C13, C13, C13,	rung ausgeht?	3 = mittelmäßig
C16, C14, C13,	a. für mich persönlich	4 = klein
C13, C26, C13,	b. für die österreichische Bevölkerung	5 = sehr klein
C13, C14, C13,		keine Angabe [99]
C17		
ACPP W1-	Halten Sie die Reaktion der österreichischen	Einfach Nennung:
W16	Regierung in Anbetracht des Ausbruchs des	1 = überhaupt nicht effektiv
C12, C14, C14,	Coronavirus für nicht ausreichend, angemessen	2 = eher nicht effektiv
C15, C15, C15,	oder zu extrem?	3 = teils effektiv
C18, C16, C15,		4 = eher effektiv
C15, C28, C15,		5 = sehr effektiv
C15, C16, C15,		weiß nicht [88]
C15		keine Angabe [99]

ACPP W1-	Wie effektiv, denken Sie, sind die gesetzten	Einfach Nennung:
W16	Maßnahmen der österreichischen Regierung bis	1 = überhaupt nicht effektiv
C13, C15, C15,	jetzt, um die Ausbreitung der Krankheit zu	2 = eher nicht effektiv
C16, C16, C16,	verlangsamen?	3 = teils effektiv
C19, C17, C16,		4 = eher effektiv
C16, C29, C16,		5 = sehr effektiv
C16, C17, C16,		weiß nicht [88]
C16		keine Angabe [99]
ACPP W1-	Bitte geben Sie an, ob die jeweilige Aussage	(Matrix-Frage, randomisierte Antwort-
W16	Ihrer Meinung nach sehr zutrifft, eher zutrifft,	Items)
G33, G44, G39,	teils-teils zutrifft, eher nicht zutrifft oder gar	
G47, G53, G55,	nicht zutrifft.	
G47, G45, G46,	a. Es ist für mich akzeptabel, in	
G46, G60, G,	Zukunft höhere Steuern zu zah-	
52, G48, G49,	len, um jetzt die Corona-Krise	
G41, G59	in den Griff zu kriegen.	
	b. Um die Corona-Krise einzu-	
	dämmen, bin ich bereit, meine	
	Lebensweise zu ändern.	
	d. Solange andere ihr Verhalten	
	nicht ändern, muss ich mein	
	Verhalten bezüglich der Corona	
	Krise auch nicht ändern. (ab	
	Welle 6)	
Eurobarometer	Welches der folgenden Probleme ist Ihrer Mei-	Mehrfach Nennung, maximal drei
69.2 (2008):	nung nach das größte Problem, dem die Welt	Antworten
QE1a1, QE1b1	gegenübersteht?	Klimawandel
71.1 (2009):		Verfügbarkeit von Energie
QE1a		Internationaler Terroris-
75.4 (2011):		mus
QD1a		Armut, Hunger, Trinkwas-
80.2 (2013):		sermangel,
QA1a		Verbreitung ansteckender
83.4 (2015):		Krankheiten
QA1a		wirtschaftliche Situation
87.1 (2017):		Ausbreitung nuklearer
QC1a		Waffen
91.3 (2019):		bewaffnete Konflikte
QB1a		steigende Bevölkerungs-
		zahl

Eurobarometer	Und wie ernet, gleuben Sie, ist des Broblem des	Einfach Mannung			
	Und wie ernst, glauben Sie, ist das Problem des	Einfach Nennung			
69.2 (2008):	Klimawandels im Moment? Bitte sagen Sie es				
QE2a, QE2b	mir anhand einer Skala von 1 bis 10, wobei 1				
71.1 (2009):	bedeutet, dass es überhaupt kein ernstes Prob-				
QE2	lem ist und 10 bedeutet, dass es ein sehr ernstes				
75.4 (2011):	Problem ist.				
QD2					
80.2 (2013):					
QA2					
83.4 (2015):					
QA2					
87.1 (2017):					
QC2					
91.3 (2019):					
QB2					
Eurobarometer	Ihrer Meinung nach, macht jeder der Folgenden	Einfach Nennung			
69.2 (2008):	zu viel, genug oder nicht genug zur Bekämp-	die österreichische Bun-			
QE4a	fung des Klimawandels?	desregierung			
		die europäische Union			
		 Konzerne und Industrien 			
		die Bürger selbst			
Eurobarometer	Die Europäische Union hat die Zielvorstellung,	1 = zu anspruchsvoll			
69.2 (2008):	2020 im Vergleich zu 1990 die Treibhausgas	2 = genau richtig			
QE10, QE11,	Emissionen um mindestens 20% zu reduzieren.	3 = zu bescheiden			
QE12	Wenn Sie an diese Zielvorgabe denken, würden	4 = weiß nicht			
	Sie sagen, sie ist zu anspruchsvoll, genau richtig				
	oder zu bescheiden?				
	Um die Auswirkungen des Klimawandels zu				
	limitieren, schlägt die EU auch ein Internationa-				
	les Abkommen vor, das die großen Wirt-				
	schaftsmächte der Welt dazu verpflichten wür-				
	de, bis 2020 eine Reduktion der Treibhausgas-				
	Emissionen um 30 % verglichen mit 1990 an-				
	zupeilen. Wenn Sie an diese Zielvorgabe den-				
	ken, würden Sie sagen, sie ist zu anspruchsvoll,				
	genau richtig oder zu bescheiden?				
	Berne Henrig out 24 observation.				
	Die Europäische Union hat die Zielvorstellung,				
	Die Europaisene Omon hat die Elervorstenung,				
	den Anteil an erneuerbarer Energie bis 2020 um				

		T
	20% zu steigern. Wenn Sie an diese Zielvorga-	
	be denken, würden Sie sagen, sie ist zu an-	
	spruchsvoll, genau richtig oder zu bescheiden?	
Eurobarometer	Wie wichtig ist es Ihrer Ansicht nach, dass die	1 = sehr wichtig
80.2 (2013):	österreichische Regierung Ziele festlegt, um den	2 = eher wichtig
<i>QA7, QA8</i>	Anteil der Nutzung erneuerbarer Energien wie	3 = nicht sehr wichtig
83.4 (2015):	beispielsweise Wind- und Solarenergie bis 2030	4 = gar nicht wichtig
QA7, QA8	zu erhöhen?	5 = weiß nicht
87.1 (2017):		
<i>QA7, QA8</i>	Wie wichtig ist es Ihrer Ansicht nach, dass die	
91.3 (2019):	österreichische Regierung die Verbesserung der	
<i>QB7</i> , <i>QB8</i>	Energieeffizienz bis 2030 unterstützt (z. B.	
	Förderung der Wärmedämmung von Wohnge-	
	bäuden oder Kauf von Energiesparlampen)?	
ESS Round 8	Wie sehr sind Sie für oder gegen die folgenden	Matrix Frage - Matrix Labels:
(2016):	Maßnahmen in Österreich zur Reduktion des	(1) Sehr dafür
D30, D31, D32	Klimawandels?	(2) Eher dafür
	 Erhöhung der Steuern auf fossi- 	(3) Weder dafür noch da-
	le Brennstoffe wie Öl, Gas und	gegen
	Kohle	(4) Eher dagegen
	 Verwendung öffentlicher Gel- 	(5) Sehr dagegen
	der zur Förderung von erneuer-	(7) (Verweigert)
	baren Energiequellen wie	(8) (Weiß nicht)
	Wind- oder Solarenergie	

A1. 2: Soziodemographische und Verteilung weiterer Faktoren im Rahmen der Eurobarometer Umfragen, der ESS 2016 sowie der ACPPP 2020 (Eigene Darstellung, Daten: Europäische Kommission 2008, 2009, 2011, 2013, 2015, 2017, 2019; ESS 2016; Kittel et al. 2020a).

	EB	EB09	EB11	EB13	EB15	EB17	EB19	ESS16	ACPPP
	08								20 (pro
									Welle)
Anzahl an Teilnehmen-	1000	1000	1005	1019	1035	1001	1039	2010	1500
den									
Geschlecht									
Männer	470	465	474	483	442	472	469	901	1330
Frauen	530	535	531	536	592	529	570	1109	1354
Höchster Bildungsab-									
schluss									
bis Unterstufe								208	299
Polytechnikum, BMS								279	262
Lehrabschluss/BS								945	1138
Matura								270	576
Kolleg o.Ä.								86	66
Bachelor								64	100
Master								120	166
Dr./PhD								26	22
Beschäftigungsverhältnis									
Arbeitslos	40	43	28	33	35	28	35	71	202
Ausschließlich haushalts-	80	57	53	42	41	49	50	191	45
führend									
In Ausbildung	42	64	54	56	52	50	68	72	325
Pensioniert/ dauerhaft	219	222	224	271	234	286	218	606	541
arbeitsunfähig									
Selbstständig erwerbstätig	66	66	74	60	89	63	81		152
Unselbstständig erwerbs-	553	548	572	557	583	525	587	1057^{5}	1320
tätig									
Bundesland									
Vorarlberg	45	41	46	38	55	4	29	95	109
Tirol	72	69	66	85	54	86	87	159	225
Salzburg	63	64	70	50	83	54	72	140	175

⁵ Keine Unterscheidung zwischen selbstständig/ unselbstständig

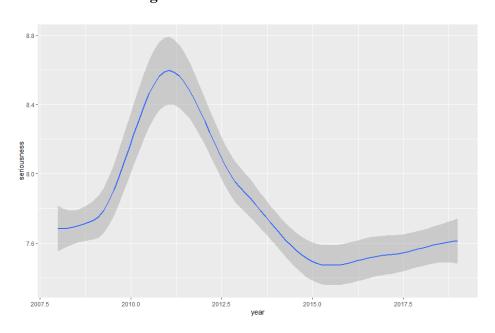
Oberösterreich	167	169	171	191	141	213	194	348	462
Steiermark	123	149	155	156	117	77	148	281	394
Kärnten	75	70	65	68	62	75	49	132	168
Niederösterreich	213	193	178	195	239	235	209	386	510
Burgenland	29	38	26	28	32	23	31	71	90
Wien	213	207	228	208	251	234	220	398	560
Politische Orientierung									
Links		304				316	363	575	548
Mitte		320				363	309	895	1195
Rechts		220				206	220	358	402

A2 Weiterführende Abbildungen zur Risikowahrnehmung der österreichischen Bevölkerung im Rahmen der Klimakrise sowie der COVID-19 Pandemie

Die folgenden Abbildungen A2.1 und A2.2 zeigen die durchschnittliche Gefahreneinschätzung aller Befragten im Rahmen beider Krisen.

a) Klimakrise

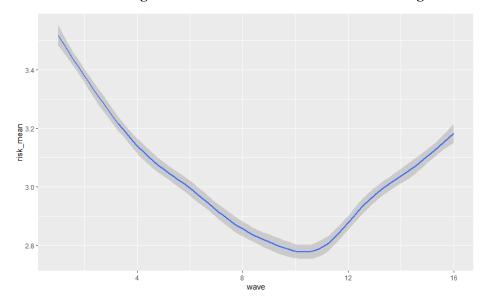
Wahrnehmung der Severität des Klimawandels von 2008-2019



A2. 1: Einschätzung der Severität des Klimawandels 2008, 2009,2011,2013,2015,2017 und 2019 mit 1= nicht ernst und 10=sehr ernst (Eigene Darstellung, Daten: Europäische Kommission 2008, 2009,2011,2013,2015,2017, 2019).

b) COVID-19 Pandemie

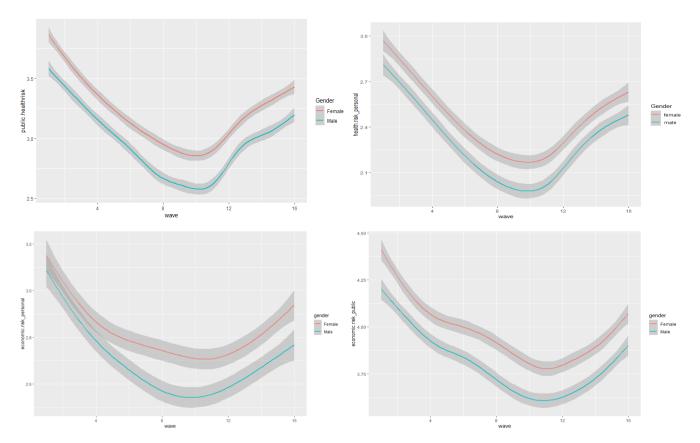
Durchschnittliche Einschätzung des wirtschaftlichen und gesundheitlichen Risikos der Befragten für sich selbst sowie für die Bevölkerung



A2. 2: Durchschnittliche Einschätzung des gesundheitlichen und wirtschaftlichen Risikos für sich selbst sowie für die Bevölkerung mit 1=sehr klein und 5=sehr groß im Rahmen der Wellen 1-16 (Eigene Darstellung, Daten: Kittel et al. 2020a).

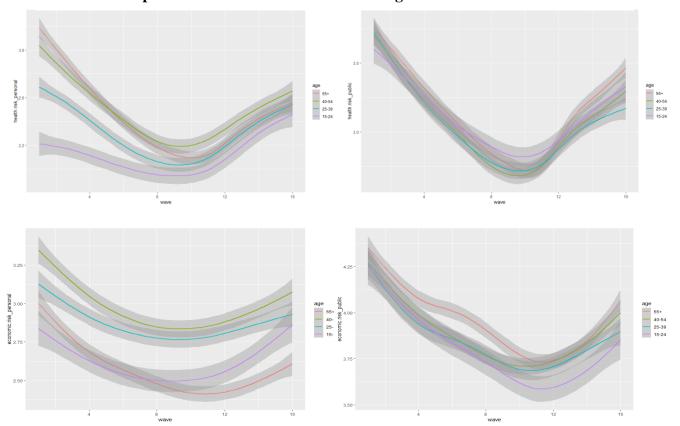
Die_folgenden Abbildungen zeigen die jeweils eingeschätzte gesundheitliche und wirtschaftliche Gefahr der Befragten durch die COVID-19 Pandemie für sich selbst sowie für die Bevölkerung anhand soziodemographischer und weiterer Faktoren.

Durchschnittliche Einschätzung der gesundheitlichen und wirtschaftlichen Gefahr persönliche sowie für die Bevölkerung nach Geschlecht



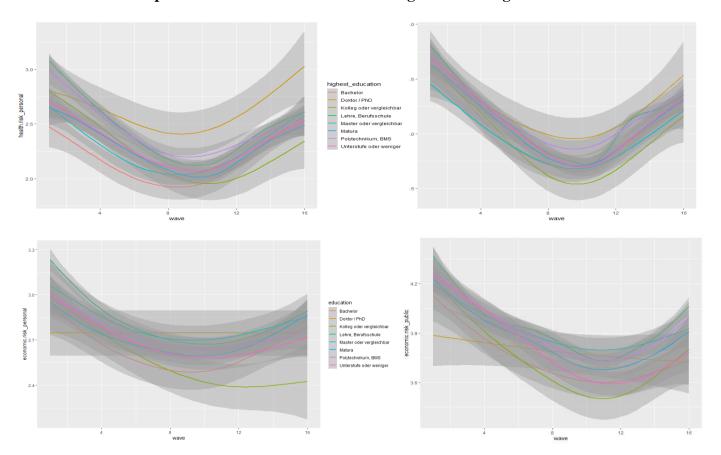
A2. 3: Durchschnittliche Antworten auf die Frage nach der persönlichen gesundheitlichen (l.o.), der gesundheitlichen Gefahr für die Bevölkerung (r.o.), der wirtschaftlichen, persönlichen Gefahr (l.u.) sowie der wirtschaftlichen Gefahr für die Bevölkerung (r.u.) nach Geschlecht im Rahmen der Befragungswellen 1-16 (Eigene Darstellung, Daten: Kittel et al. 2020a).

Durchschnittliche Einschätzung der gesundheitlichen und wirtschaftlichen Gefahr persönliche sowie für die Bevölkerung nach Altersklasse



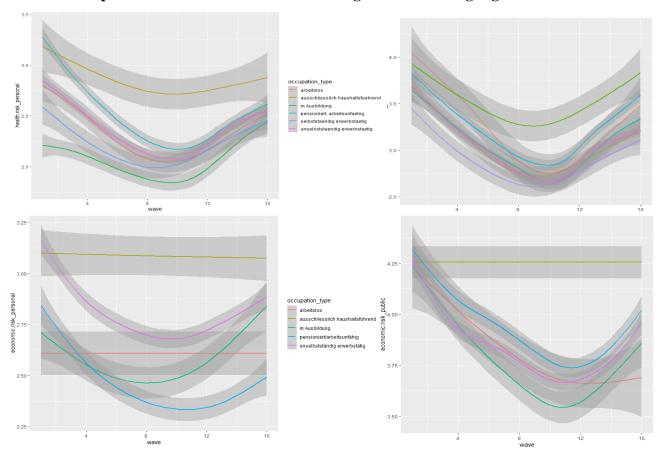
A2. 4: Durchschnittliche Antworten auf die Frage nach der persönlichen gesundheitlichen (l.o.), der gesundheitlichen Gefahr für die Bevölkerung (r.o.), der wirtschaftlichen, persönlichen Gefahr (l.u.) sowie der wirtschaftlichen Gefahr für die Bevölkerung (r.u.) nach Altersklasse im Rahmen der Befragungswellen 1-16 (Eigene Darstellung, Daten: Kittel et al. 2020a).

Durchschnittliche Einschätzung der gesundheitlichen und wirtschaftlichen Gefahr persönliche sowie für die Bevölkerung nach Bildungsabschluss



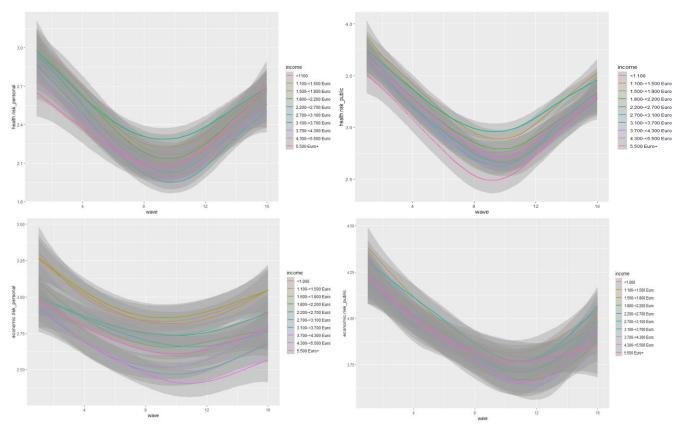
A2. 5: Durchschnittliche Antworten auf die Frage nach der persönlichen gesundheitlichen (l.o.), der gesundheitlichen Gefahr für die Bevölkerung (r.o.), der wirtschaftlichen, persönlichen Gefahr (l.u.) sowie der wirtschaftlichen Gefahr für die Bevölkerung (r.u.) nach Bildungsabschluss im Rahmen der Befragungswellen 1-16 (Eigene Darstellung, Daten: Kittel et al. 2020a).

Durchschnittliche Einschätzung der gesundheitlichen und wirtschaftlichen Gefahr persönliche sowie für die Bevölkerung nach Beschäftigungsverhältnis



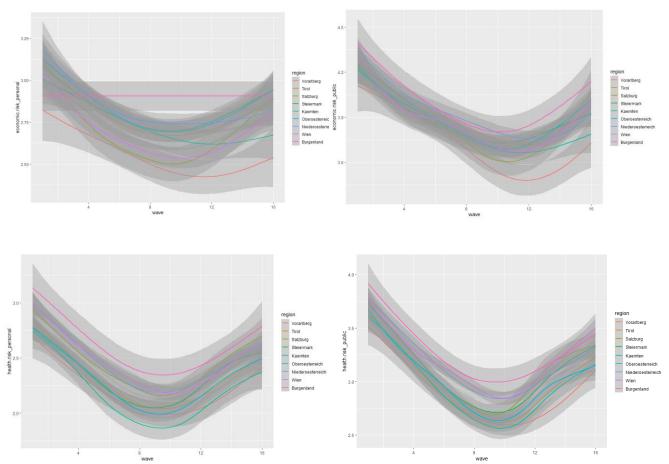
A2. 6: Durchschnittliche Antworten auf die Frage nach der persönlichen gesundheitlichen (l.o.), der gesundheitlichen Gefahr für die Bevölkerung (r.o.), der wirtschaftlichen, persönlichen Gefahr (l.u.) sowie der wirtschaftlichen Gefahr für die Bevölkerung (r.u.) nach Beschäftigungsverhältnis im Rahmen der Befragungswellen 1-16 (Eigene Darstellung, Daten: Kittel et al. 2020a).

Durchschnittliche Einschätzung der gesundheitlichen und wirtschaftlichen Gefahr persönliche sowie für die Bevölkerung nach monatlichem Haushaltseinkommen



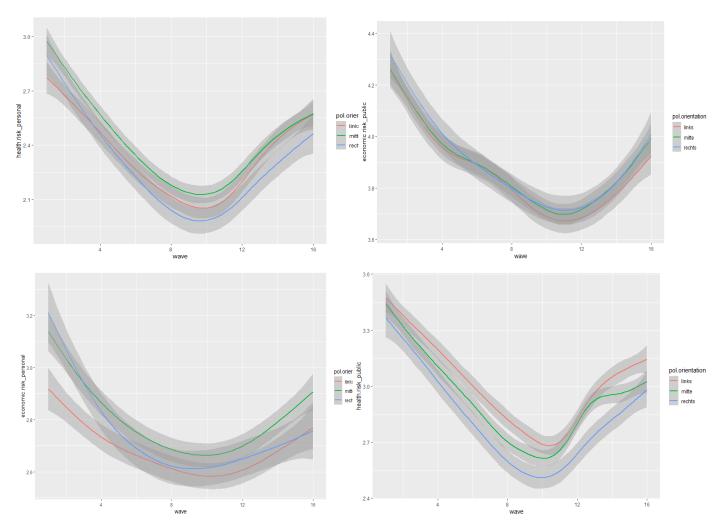
A2. 7: Durchschnittliche Antworten auf die Frage nach der persönlichen gesundheitlichen (l.o.), der gesundheitlichen Gefahr für die Bevölkerung (r.o.), der wirtschaftlichen, persönlichen Gefahr (l.u.) sowie der wirtschaftlichen Gefahr für die Bevölkerung (r.u.) nach monatlichem Haushaltseinkommen im Rahmen der Befragungswellen 1-16 (Eigene Darstellung, Daten: Kittel et al. 2020a).

Durchschnittliche Einschätzung der gesundheitlichen und wirtschaftlichen Gefahr persönliche sowie für die Bevölkerung nach Bundesland



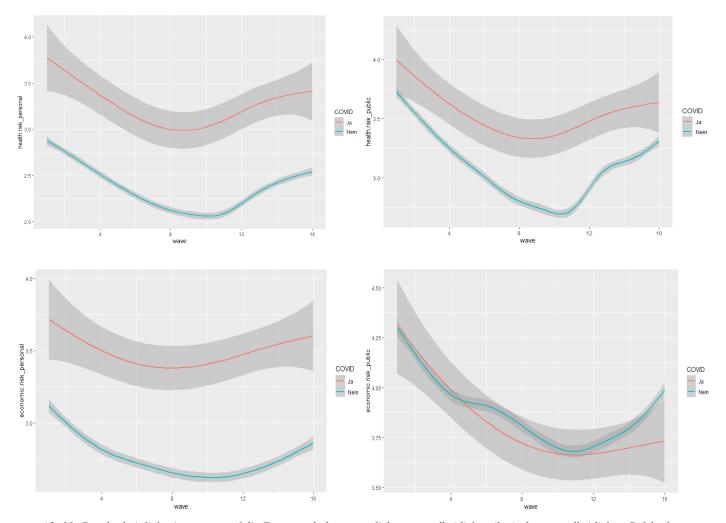
A2. 8: Durchschnittliche Antworten auf die Frage nach der persönlichen gesundheitlichen (l.o.), der gesundheitlichen Gefahr für die Bevölkerung (r.o.), der wirtschaftlichen, persönlichen Gefahr (l.u.) sowie der wirtschaftlichen Gefahr für die Bevölkerung (r.u.) nach Bundesland im Rahmen der Befragungswellen 1-16 (Eigene Darstellung, Daten: Kittel et al. 2020a).

Durchschnittliche Einschätzung der gesundheitlichen und wirtschaftlichen Gefahr persönliche sowie für die Bevölkerung nach politischer Orientierung



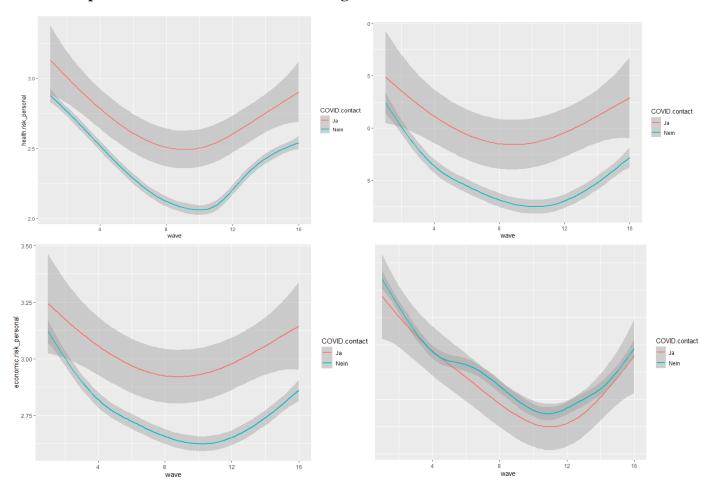
A2. 9: Durchschnittliche Antworten auf die Frage nach der persönlichen gesundheitlichen (l.o.), der gesundheitlichen Gefahr für die Bevölkerung (r.o.), der wirtschaftlichen, persönlichen Gefahr (l.u.) sowie der wirtschaftlichen Gefahr für die Bevölkerung (r.u.) nach politischer Orientierung im Rahmen der Befragungswellen 1-16 (Eigene Darstellung, Daten: Kittel et al. 2020a).

Durchschnittliche Einschätzung der gesundheitlichen und wirtschaftlichen Gefahr persönliche sowie für die Bevölkerung nach vorangegangener COVID-19 Infektion



A2. 10: Durchschnittliche Antworten auf die Frage nach der persönlichen gesundheitlichen (l.o.), der gesundheitlichen Gefahr für die Bevölkerung (r.o.), der wirtschaftlichen, persönlichen Gefahr (l.u.) sowie der wirtschaftlichen Gefahr für die Bevölkerung (r.u.) Personen mit vorangegangener COVID-19 Infektion im Rahmen der Befragungswellen 1-16 (Eigene Darstellung, Daten: Kittel et al. 2020a).

Durchschnittliche Einschätzung der gesundheitlichen und wirtschaftlichen Gefahr persönliche sowie für die Bevölkerung nach Kontakt zu COVID-19 Infizierten



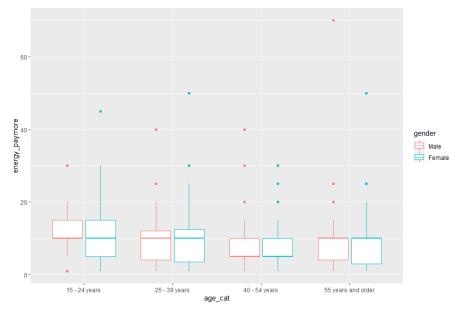
A2. 11: Durchschnittliche Antworten auf die Frage nach der persönlichen gesundheitlichen (l.o.), der gesundheitlichen Gefahr für die Bevölkerung (r.o.), der wirtschaftlichen, persönlichen Gefahr (l.u.) sowie der wirtschaftlichen Gefahr für die Bevölkerung (r.u.) Personen mit Kontakt zu mit COVID-19 infizierten Personen im Rahmen der Befragungswellen 1-16 (Eigene Darstellung, Daten: Kittel et al. 2020a).

A3 Weiterführende Abbildungen zur Wahrnehmung finanzieller Maßnahmen im Rahmen der Krisenbekämpfung

Das vorliegende Kapitel A3 zeigt zusätzliche Abbildungen zur Wahrnehmung finanzieller Maßnahmen zur Bekämpfung der Klimakrise und der COVID-19 Pandemie.

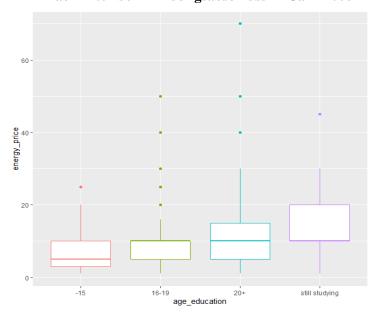
a. Klimakrise

Durchschnittliche Bereitwilligkeit mehr für emissionsarme Energie zu bezahlen in Prozent nach Geschlecht und Altersklasse im Jahr 2008



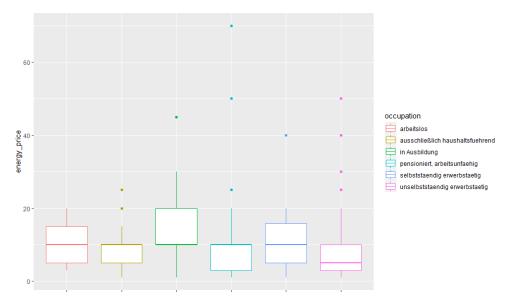
A3. 1 Bereitwilligkeit zur Preiserhöhung emissionsarmer Energie in Prozent nach Geschlecht und Altersklasse zum Zeitpunkt der EB-Befragung 2008.(Eigene Darstellung, Daten: Europäische Kommission 2008).

Durchschnittliche Bereitwilligkeit mehr für emissionsarme Energie zu bezahlen in Prozent nach Alter beim Bildungsabschluss im Jahr 2008



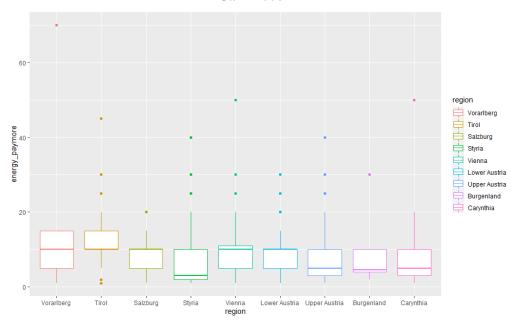
A3. 2: Bereitwilligkeit zur Preiserhöhung emissionsarmer Energie in Prozent nach Alter beim Bildungsabschluss zum Zeitpunkt der EB-Befragung 2008. (Eigene Darstellung, Daten: Europäische Kommission 2008).

Bereitwilligkeit mehr für emissionsarme Energie zu bezahlen in Prozent nach Beschäftigungsverhältnis im Jahr 2008



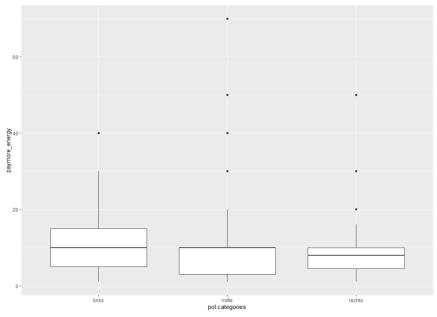
A3. 3: Bereitwilligkeit zur Preiserhöhung emissionsarmer Energie in Prozent nach Beschäftigungsverhältnis zum Zeitpunkt der EB-Befragung 2008.(Eigene Darstellung, Daten: Europäische Kommission 2008).

Bereitwilligkeit mehr für emissionsarme Energie zu bezahlen in Prozent nach Bundesland im Jahr 2008



A3. 4: Bereitwilligkeit zur Preiserhöhung emissionsarmer Energie in Prozent nach Geschlecht und Altersklasse zum Zeitpunkt der EB-Befragung 2008. (Eigene Darstellung, Daten: Europäische Kommission 2008).

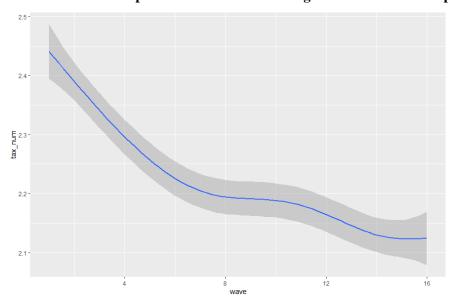
Bereitwilligkeit mehr für emissionsarme Energie zu bezahlen in Prozent nach politischer Orientierung im Jahr 2008



A3. 5: Bereitwilligkeit zur Preiserhöhung emissionsarmer Energie in Prozent nach politischer Orientierung zum Zeitpunkt der EB-Befragung 2008. (Eigene Darstellung, Daten: Europäische Kommission 2008).

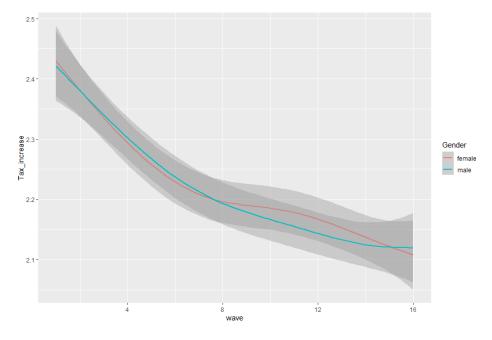
b. COVID-19 Pandemie

Durchschnittliche Akzeptanz einer Steuererhöhung zur Pandemiebekämpfung



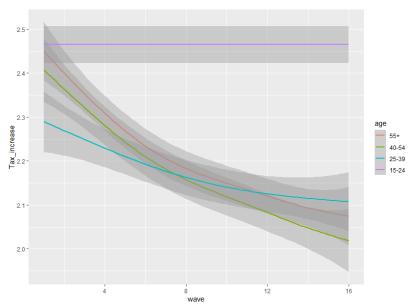
A3. 6: Durchschnittliche Antworten auf die Aussage "Es ist für mich akzeptabel, in Zukunft höhere Steuern zu zahlen, um jetzt die Corona-Krise in den Griff zu kriegen" im Rahmen der ACP Wellen 1-16 mit 1= Trifft voll und ganz zu und 5=Trifft gar nicht zu (Eigene Darstellung, Daten: Kittel et al. 2020a).

Durchschnittliche Angaben zur Meinung einer erhöhten Steuerbelastung zur Eindämmung der COVID-19 Pandemie nach Geschlecht



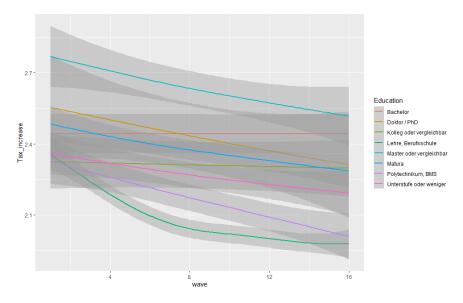
A3. 7: Durchschnittliche Angaben zur Bereitschaft zur Zahlung höherer Steuern zur Eindämmung der COVID-19 Pandemie mit 1=Trifft gar nicht zu und 5=Trifft voll und ganz zu nach Geschlecht im Rahmen der Befragungswellen 1-16 (Eigene Darstellung, Daten: Kittel et al. 2020a).

Durchschnittliche Angaben zur Meinung einer erhöhten Steuerbelastung zur Eindämmung der COVID-19 Pandemie nach Altersklasse



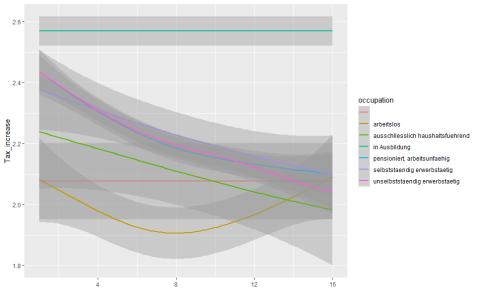
A3. 8: Angaben zur Bereitschaft zur Zahlung höherer Steuern zur Eindämmung der COVID-19 Pandemie mit 1=Trifft gar nicht zu und 5=Trifft voll und ganz zu nach Altersklasse im Rahmen der Befragungswellen 1-16 (Eigene Darstellung, Daten: Kittel et al. 2020a).

Durchschnittliche Angaben zur Meinung einer erhöhten Steuerbelastung zur Eindämmung der COVID-19 Pandemie nach Bildungsabschluss



A3. 9: Durchschnittliche Angaben zur Bereitschaft zur Zahlung höherer Steuern zur Eindämmung der COVID-19 Pandemie mit 1=Trifft gar nicht zu und 5=Trifft voll und ganz zu nach Bildungsabschluss (Eigene Darstellung, Daten: Kittel et al. 2020a).

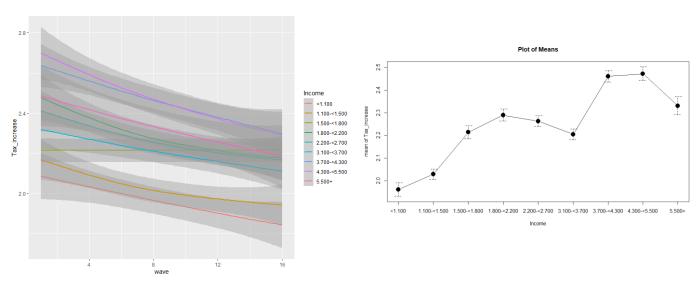
Durchschnittliche Angaben zur Meinung einer erhöhten Steuerbelastung zur Eindämmung der COVID-19 Pandemie nach Beschäftigungsverhältnis



A3. 10: Durchschnittliche Angaben zur Bereitschaft zur Zahlung höherer Steuern zur Eindämmung der COVID-19 Pandemie mit 1=Trifft gar nicht zu und 5=Trifft voll und ganz zu nach Beschäftigungsverhältnis im Rahmen der Befragungswellen 1-16 (Eigene Darstellung, Daten: Kittel et al. 2020a).

Durchschnittliche Angaben zur Meinung einer erhöhten Steuerbelastung zur Eindämmung der COVID-19 Pandemie nach Haushaltseinkommen/Monat

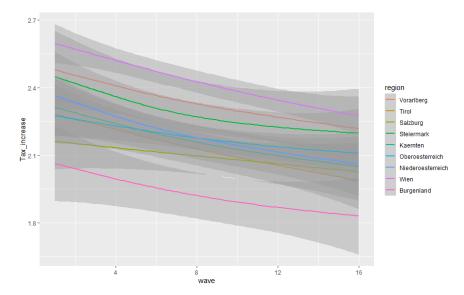
Durchschnittliche Angaben zur Meinung einer erhöhten Steuerbelastung zur Eindämmung der COVID-19 Pandemie nach Haushaltseinkommen/Monat



A3. 12: Angaben zur Bereitschaft zur Zahlung höherer Steuern zur Eindämmung der COVID-19 Pandemie mit 1=Trifft gar nicht zu und 5=Trifft voll und ganz zu nach Beschäftigungsverhältnis im Rahmen der Befragungswellen 1-16 (Eigene Darstellung, Daten: Kittel et al. 2020a).

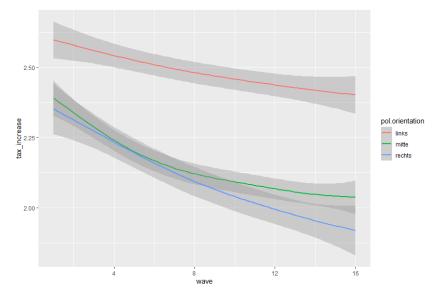
A3. 11: Durchschnittliche Angaben zur Bereitschaft zur Zahlung höherer Steuern zur Eindämmung der COVID-19 Pandemie mit 1=Trifft gar nicht zu und 5=Trifft voll und ganz zu nach Beschäftigungsverhältnis (Eigene Darstellung, Daten: Kittel et al. 2020a).

Durchschnittliche Angaben zur Meinung einer erhöhten Steuerbelastung zur Eindämmung der COVID-19 Pandemie nach Bundesland



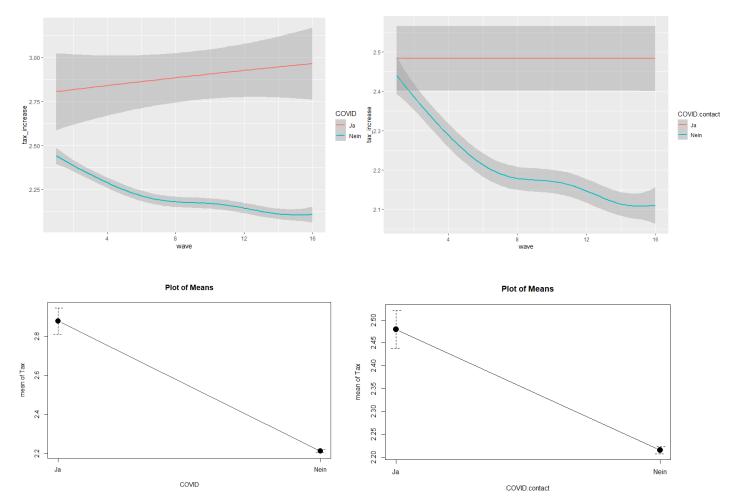
A3. 13: Durchschnittliche Angaben zur Bereitschaft zur Zahlung höherer Steuern zur Eindämmung der COVID-19 Pandemie mit 1=Trifft gar nicht zu und 5=Trifft voll und ganz zu nach Bundesland (Eigene Darstellung, Daten: Kittel et al. 2020a).

Durchschnittliche Angaben zur Meinung einer erhöhten Steuerbelastung zur Eindämmung der COVID-19 Pandemie nach politischer Orientierung



A3. 14: Durchschnittliche Angaben zur Bereitschaft zur Zahlung höherer Steuern zur Eindämmung der COVID-19 Pandemie mit 1=Trifft gar nicht zu und 5=Trifft voll und ganz zu nach politischer Orientierung im Rahmen der Befragungswellen 1-16 (Eigene Darstellung, Daten: Kittel et al. 2020a).

Durchschnittliche Angaben zur Meinung einer erhöhten Steuerbelastung zur Eindämmung der COVID-19 Pandemie von Personen mit vorangegangener COVID-19 Infektion oder Kontakt mit Infizierten



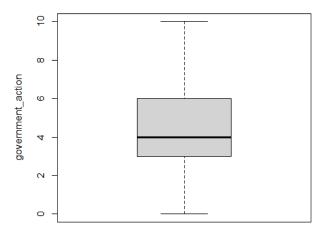
A3. 15: Durchschnittliche Angaben zur Bereitschaft zur Zahlung höherer Steuern zur Eindämmung der COVID-19 Pandemie mit 1=Trifft gar nicht zu und 5=Trifft voll und ganz zu von Personen mit vorangegangener COVID-19 Infektion oder Kontakt mit Infizierten im Rahmen der Befragungswellen 1-16 (Eigene Darstellung, Daten: Kittel et al. 2020a).

A4 Weiterführende Abbildungen zur Wahrnehmung nicht-finanzieller Maßnahmen sowie Bereitwilligkeit zur Verrichtung freiwilliger Maßnahmen im Rahmen der Krisenbekämpfung

Die folgenden weiterführenden Abbildungen beschreiben die Wahrnehmung nicht-finanzieller Maßnahmen anhand soziodemographischer und weiterer Maßnahmen im Rahmen der Klimakrise sowie der COVID-19 Pandemie.

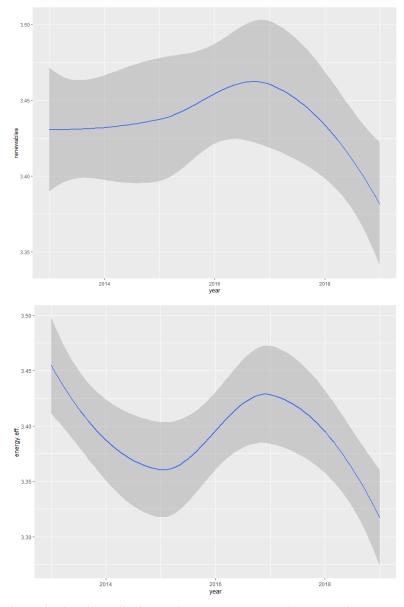
a. Klimakrise

Durchschnittliche Einschätzung der Befragten, ob Regierungen ausreichend Maßnahmen treffen würden, um die Klimakrise einzudämmen



A4. 1: Durchschnittliche Meinungen zur Frage "Und wie wahrscheinlich ist es Ihrer Meinung nach, dass genug Staaten Maßnahmen ergreifen, um den Klimawandel zu reduzieren?" mit 0=überhaupt nicht wahrscheinlich und 10= äußerst wahrscheinlich (Eigene Darstellung, Daten: ESS Round 8 Data 2008).

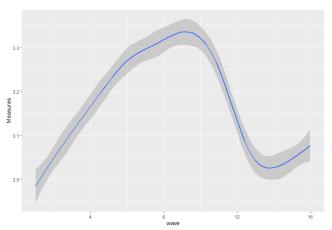
Durchschnittliche Einschätzungen der Importanz der Zielfestlegung der Regierung zum Ausbau erneuerbarer Energien sowie zur Steigerung der Energieeffizienz 2013-2019



A4. 2: Einschätzung der Wichtigkeit der Zielfestlegung der Regierung zum Ausbau erneuerbarer Energien sowie zur Steigerung der Energieeffizienz (Eigene Darstellung, Daten: Europäische Kommission 2013, 2015, 2017, 2019).

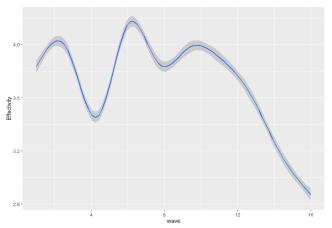
b. COVID-19

Durchschnittliche Angaben zur Angemessenheit der Maßnahmen der Regierung zur Eindämmung der COVID-19 Pandemie



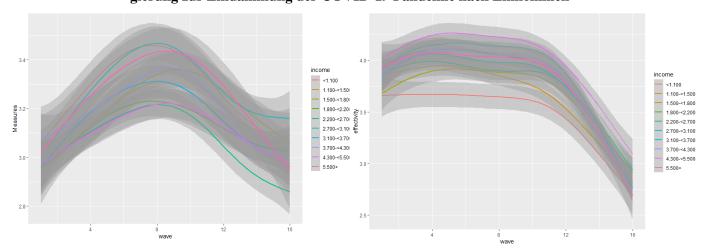
A4. 3: Durchschnittliche Angaben zur Effektivität der Maßnahmen der Regierung zur Eindämmung der COVID-19 Pandemie im Rahmen der ACP Umfragewellen 1-16 (Eigene Darstellung, Daten: Kittel et al. 2020a).

Durchschnittliche Angaben zur Effektivität der Maßnahmen der Regierung zur Eindämmung der COVID-19 Pandemie



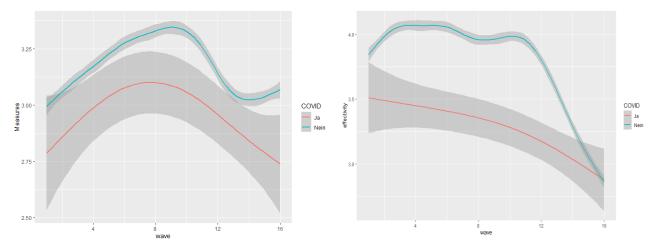
A4. 4: Durchschnittliche Angaben zur Angemessenheit der Maßnahmen der Regierung zur Eindämmung der COVID-19 Pandemie im Rahmen der ACP Umfragewellen 1-16 (Eigene Darstellung, Daten: Kittel et al. 2020a).

Durchschnittliche Einschätzungen der Angemessenheit und Effektivität der Maßnahmen der Regierung zur Eindämmung der COVID-19 Pandemie nach Einkommen



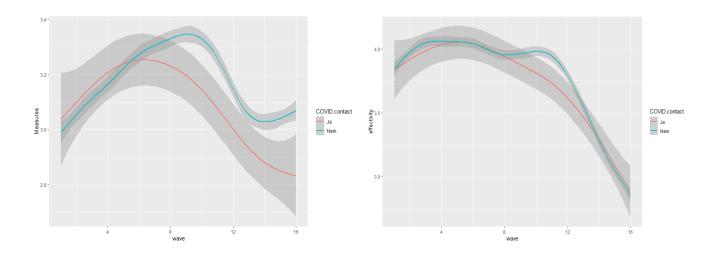
A4. 5: Durchschnittliche Angaben zur Angemessenheit (links) und Effektivität (rechts) der Maßnahmen der Regierung zur Eindämmung der COVID-19 Pandemie mit 1 = überhaupt nicht ausreichend und 5 = zu extrem bzw. 1 = überhaupt nicht effektiv und 5 = sehr effektiv nach Einkommen im Rahmen der Befragungswellen 1-16 (Eigene Darstellung, Daten: Kittel et al. 2020a

Durchschnittliche Einschätzungen der Angemessenheit und Effektivität der Maßnahmen der Regierung zur Eindämmung der COVID-19 Pandemie von mit COVID-19 infizierten Personen



A4. 7: Durchschnittliche Angaben zur Angemessenheit (links) und Effektivität (rechts) der Maßnahmen der Regierung zur Eindämmung der COVID-19 Pandemie mit 1 = überhaupt nicht ausreichend und 5 = zu extrem bzw. 1 = überhaupt nicht effektiv und 5 = sehr effektiv von mit COVID-19 infizierten im Rahmen der Befragungswellen 1-16 (Eigene Darstellung, Daten: Kittel et al. 2020a).

Durchschnittliche Einschätzungen der Angemessenheit und Effektivität der Maßnahmen der Regierung zur Eindämmung der COVID-19 Pandemie von Personen in Kontakt zu mit COVID-19 Infizierten



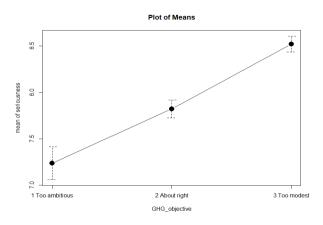
A4. 6: Durchschnittliche Angaben zur Angemessenheit (links) und Effektivität (rechts) der Maßnahmen der Regierung zur Eindämmung der COVID-19 Pandemie mit 1 = überhaupt nicht ausreichend und 5 = zu extrem bzw. 1 = überhaupt nicht effektiv und 5 = sehr effektiv von Personen in Kontakt mit COVID-19 Infizierten im Rahmen der Befragungswellen 1-16 (Eigene Darstellung, Daten: Kittel et al. 2020a).

A5 Weiterführende Abbildungen zum Zusammenhang der Risikowahrnehmung und Wahrnehmung der Maßnahmen

Die Abbildungen des Kapitels A5 zeigen weiterführende Grafiken zur Verdeutlich des Zusammenhangs der Risikowahrnehmung und der Wahrnehmung der Maßnahmen im Rahmen der COIVD-19 Pandemie und der Klimakrise.

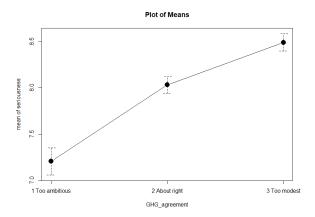
a. Klimakrise

Durchschnittliche Wahrnehmung des Ziels der Treibhausgasreduzierung im Rahmen des EB 2008 nach wahrgenommener Severität des Klimawandels



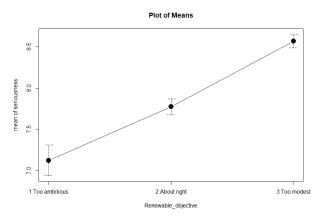
A5. 2: Durchschnittliche Wahrnehmung des Ziels der Treibhausgasreduzierung im Rahmen des EB 2008 nach wahrgenommener Severität des Klimawandels mit 1 = überhaupt kein ernstes Problem und 10 = extrem ernstes Problem (Eigene Darstellung, Daten: Europäische Kommission 2008).

Durchschnittliche Wahrnehmung des Ziels eines internationalen Abkommens im Rahmen des EB 2008 nach wahrgenommener Severität des Klimawandels



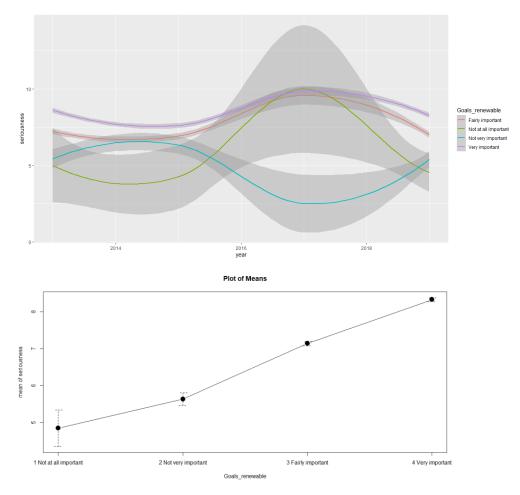
A5. 1: Durchschnittliche Wahrnehmung des Ziels der Erhöhung des Anteils an erneuerbaren Energien im Rahmen des EB 2008 nach wahrgenommener Severität des Klimawandels mit 1 = überhaupt kein ernstes Problem und 10 = extrem ernstes Problem (Eigene Darstellung, Daten: Europäische Kommission 2008).

Durchschnittliche Wahrnehmung des Ziels der Erhöhung des Anteils an erneuerbaren Energien im Rahmen des EB 2008 nach wahrgenommener Severität des Klimawandels



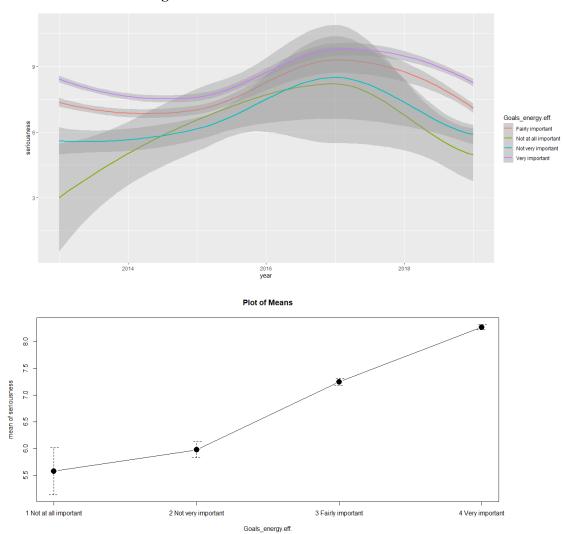
A5. 3: Durchschnittliche Wahrnehmung des Ziels eines internationalen Abkommens im Rahmen des EB 2008 nach wahrgenommener Severität des Klimawandels mit 1 = überhaupt kein ernstes Problem und 10 = extrem ernstes Problem (Eigene Darstellung, Daten: Europäische Kommission 2008).

Durchschnittliche Wahrnehmung der Importanz der Ziele zum Ausbau erneuerbarer Energie nach wahrgenommener Severität des Klimawandels 2013-2019



A5. 4: Durchschnittliche Wahrnehmung der Importanz der Ziele zum Ausbau erneuerbarer Energie sowie zur Steigerung der Energieeffizienz nach wahrgenommener Severität des Klimawandels 2013, 2015, 2017 und 2019 mit 1 = nicht wichtig und 4 = sehr wichtig (Eigene Darstellung, Daten: Europäische Kommission 2013,2015,2017,2019).

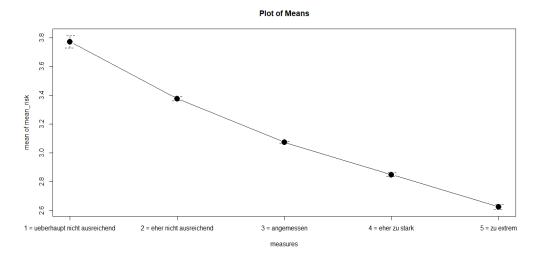
Durchschnittliche Wahrnehmung der Importanz der Ziele zur Steigerung der Energieeffizienz nach wahrgenommener Severität des Klimawandels 2013-2019



A5. 5: Durchschnittliche Wahrnehmung der Importanz der Ziele zur Steigerung der Energieeffizienz nach wahrgenommener Severität des Klimawandels 2013, 2015, 2017 und 2019 mit 1 = nicht wichtig und 4 = sehr wichtig (Eigene Darstellung, Daten: Europäische Kommission 2013,2015,2017,2019).

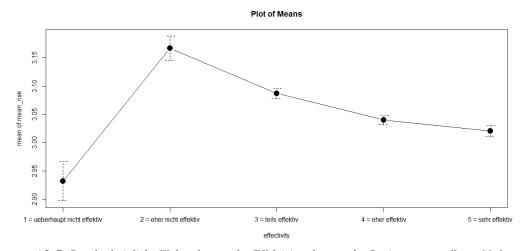
b. COVID-19 Pandemie

Durchschnittliche Wahrnehmung der Angemessenheit der von der Regierung getroffenen Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19 Pandemie nach durchschnittlich wahrgenommenem Risiko im Rahmen der Welle 1-16



A5. 6: Durchschnittliche Wahrnehmung der Angemessenheit der von der Regierung getroffenen Maβnahmen zur Eindämmung der COVID-19 Pandemie nach durchschnittlich wahrgenommenem Risiko im Rahmen der Welle 1-16 mit 1 = überhaupt nicht ausreichend und 5 = zu extrem (Eigene Darstellung, Daten: Kittel et al. 2020a).

Durchschnittliche Wahrnehmung der Effektivität der von der Regierung getroffenen Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19 Pandemie nach durchschnittlich wahrgenommenem Risiko im Rahmen der Welle 1-16



A5. 7: Durchschnittliche Wahrnehmung der Effektivität der von der Regierung getroffenen Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19 Pandemie nach durchschnittlich wahrgenommenem Risiko im Rahmen der Welle 1-16 mit 1 = überhaupt nicht ausreichend und 5 = zu extrem (Eigene Darstellung, Daten: Kittel et al. 2020a).

A6 Durchschnittliche Ergebnistabellen Auswertung der Umfragen

Die Ergebnistabellen A6.1-A6.24geben die durchschnittlichen Werte der mittels Statistik R erstellten Kontingenztabellen in Prozent wieder.

a. Ergebnistabellen der Durchschnittswerte zur Risikowahrnehmung – Durchschnittlich Antwortanteile der berücksichtigten Fragen in Prozent

A6. 1: Durchschnittliche Antworten auf die Frage "Ihrer Meinung nach, welches der folgenden betrachten Sie als schwerwiegendstes Problem, dem die Welt momentan gegenübersteht?" der Eurobarometerumfragen 2008-2019 (Eigene Darstellung, Daten: Europäische Kommission 2008-2019).

Geschlecht	Männlich		Weiblich						
	4,94		25,74						
Altersklasse	15-24		25-39		40-54		55+		
	29,34		24,06		23,91		21,99		
Bundesland	В	NÖ	\mathbf{W}	K	ST	OÖ	S	T	V
	23,07	22,25	23,31	29,08	27,49	25,00	37,48	32,58	19,73
Beschäftigungssitua-	selbstständig	angestellt	arbeitslos	ir	Ausbildung	ausschließ	lich haushaltsführend	pension	iert/arbeitsunfähig
tion									
	24,54	25,09	19,48		31,54		26,47		21,20
Alter Ausbildung	gsabschluss	-15	16-19		20+	Iı	n Ausbildung	keine Volla	zeitausbildung
		20,66	21,31		22,97		25,68		14,29
Politische Orie	ntierung	Links	Mitte		Rechts				
		26,26	27,89		22,39				

A6. 2: Durchschnittliche Antworten auf die Frage "Und wie ernst, glauben Sie, ist das Problem des Klimawandels im Moment?" der Eurobarometerumfragen 2008-2019 in Prozent (Eigene Darstellung, Daten: Europäische Kommission 2008-2019).

sehr ernst	r	elativ ernst	nicht ernst
68,55	2	0,59	10,74
75,10	1	6,98	7,70
77,86	1	4,26	7,87
71,07	1	8,44	10,34
71,63	1	8,67	9,65
71,59	1	9,95	8,21
61,86	2	1,54	14,22
68,99	1	9,78	11,02
72,70	1	7,42	9,75
70,65	1	5,43	13,92
65,89	1	9,75	
65,15	2	2,15	14,36
			12,56
			14,97
			8,32
			15,82 nicht ernst
			9,88
			9,94
	70,46	18,97	10,59
	81,44	10,97	7,59
	76,56	14,40	8,47
	72,31	19,69	7,83
	72,97	20,67	8,63
	71,77	18,17	9,51
	72,42	17,62	9,79
	80,02	11,50	8,48
	28,57	1,96	0,00
	70,56	16,9	12,54
	70,56 69,66	16,9 21,58	12,54 8,64
	68,55 75,10 77,86 71,07 71,63 71,59 61,86 68,99 72,70 70,65 65,89 65,15 78,92 74,56 61,68	68,55 75,10 1 77,86 1 71,07 1 71,63 1 71,59 1 61,86 2 68,99 1 72,70 1 70,65 1 65,89 1 65,15 2 78,92 64,56 1 61,68 2 sehr ernst 73,90 71,98 70,46 81,44 76,56 72,31 72,97 71,77 72,42 80,02	68,55 75,10 16,98 77,86 14,26 71,07 18,44 71,63 18,67 71,59 19,95 61,86 21,54 68,99 19,78 72,70 17,42 70,65 15,43 65,89 19,75 65,15 22,15 78,92 6,11 74,56 16,94 61,68 22,50 sehr ernst relativ ernst 73,90 17,84 71,98 19,67 70,46 18,97 70,46 18,97 81,44 10,97 76,56 14,40 72,31 19,69 72,97 76,56 14,40 72,31 19,69

A6. 3: Durchschnittliche Antworten auf die Frage "Wie groß schätzen Sie die gesundheitliche Gefahr ein, welche von dem Coronavirus für Sie persönlich ausgeht?" der ACPP-Befragung 2020 (Eigene Darstellung, Daten: Kittel et al. 2020a).

Geschlecht	Sehr groß	Groß	Mittelmäßig	Klein	Sehr klein
Männer	3,68	9,85	29,24	27,75	29,69
Frauen	4,55	10,38	35,22	28,25	23,36
Altersklasse					
15-24	1,69	4,77	27,38	34,69	29,84
25-39	2,73	7,82	32,83	29,37	26,25
40-54	5,26	11,00	35,03	23,75	23,79
55+	5,13	12,79	30,10	26,86	24,87
Bundesland					
В	13,21	21,51	44,70	46,08	30,60
NÖ	6,76	17,54	54,07	40,61	35,82
W	6,41	16,87	42,63	47,81	49,07
K	3,40	8,95	50,12	44,54	40,57
ST	6,05	15,83	46,75	45,66	44,25
OÖ	5,75	12,79	49,49	43,03	36,53
S	7,296	19,46	44,80	44,07	44,99
T	2,14	14,76	45,63	44,33	47,27
V	13,21	15,15	44,70	46,08	30,60
Beschäftigungssituation					
selbstständig	3,59	10,17	28,84	24,19	32,12
angestellt	3,80	9,62	34,05	27,08	24,76
arbeitslos	7,71	10,81	26,69	25,71	25,88
in Ausbildung	1,58	5,24	26,73	38,00	27,24
ausschließlich haushaltsführend	8,29	15,83	37,40	26,74	9,98
pensioniert/arbeitsunfähig	5,90	13,28	30,75	40,38	22,88
Höchste Ausbildung					
VS-Unterstufe	4,72	3,73	28,44	5,98	2,79
Polytechnikum, Fachschule	4,72	12,23	28,75	4,52	1,30
Lehre, Berufsschule	10,11	34,07	22,17	9,99	9,14
Matura	24,26	24,51	30,86	5,17	1,52
Kolleg	27,27	24,46	21,97	0,93	0,23
Bachelor	27,29	3,73	24,29	2,85	0,82
Master	4,72	12,23	28,44	5,98	2,80
Dr./PhD	4,72	34,07	28,75	4,51	1,30
Politische Orientierung					
Links	4,23	10,39	39,01	22,73	22,79
Mitte	3,26	11,12	36,83	23,59	21,90
rechts	7,68	7,93	19,47	36,64	20,26

NR 2019 – Regierung/Opposition

Regierung	2,48	10,69	36,55	28,54	21,70
Opposition	5,58	11,38	34,16	25,00	23,04
Coronainfektion	3,30	11,50	31,10	23,00	23,01
Ja	26,44	17,02	27,14	18,21	8,81
nein	4,41	11,46	35,72	31,40	28,28
Kontakt mit infizierter Per-	1,11	11,10	33,72	31,10	20,20
son					
Ja	32,24	15,65	28,02	15,24	6,79
nein	3,96	10,04	31,82	27,84	25,88
Monatliches Haushaltsein-	3,70	10,01	31,02	27,01	25,00
kommen					
<1100	9,27	11,01	28,13	21,8	28,25
1100-1500	5,48	12,21	29,96	24,84	27,04
1500-1800	6,32	12,8	33,94	24,59	22,08
1800-2200	4,21	11,72	33,61	25,66	24,78
2200-2700	4,42	10,32	33,38	25,81	23,86
2700-3100	3,84	9,77	32,75	27,60	1,85
3100-3700	3,16	9,83	28,41	32,3	24,77
3700-4300	1,54	9,81	32,16	31,39	24,86
4300-5500	1,71	7,66	32,07	33,34	24,02
>5500	3,52	8,11	32,15	26,26	26,06

A6. 4: Durchschnittliche Antworten auf die Frage "Wie groß schätzen Sie die gesundheitliche Gefahr ein, welche von dem Coronavirus für die Bevölkerung ausgeht?" der ACPP-Befragung 2020 (Eigene Darstellung, Daten: Kittel et al. 2020a).

Geschlecht	Sehr groß	Groß	Mittelmäßig	Klein	Sehr klein
Männer	5,97	22,69	41,76	20,08	8,76
Frauen	10,02	26,84	41,63	14,79	5,66
Altersklasse					
15-24	5,30	25,34	42,12	18,25	7,38
25-39	7,00	22,88	41,56	18,50	9,03
40-54	8,57	22,80	40,18	18,12	9,10
55+	9,72	26,00	35,40	18,90	9,66
Bundesland					,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,
В	10,90	26,58	38,85	14,68	3,93
NÖ	9,54	24,47	39,10	15,46	6,43
W	9,32	25,00	41,20	14,28	4,88
K	4,67	23,92	40,16	16,47	8,97
ST	6,52	24,55	40,81	17,00	5,88
OÖ	5,79	23,79	40,08	17,18	8,45
S	6,97	24,11	38,78	19,00	5,44
T	7,23	20,75	39,47	19,95	8,19
V	2,63	19,08	45,75	21,24	6,05
Beschäftigungsverhältnis					
selbstständig	5,79	22,57	36,52	23,00	11,27
angestellt	6,43	23,26	42,18	18,38	7,28
arbeitslos	12,31	21,69	36,85	19,74	12,22
in Ausbildung	4,91	26,26	44,46	18,13	5,26
ausschließlich haushaltsführend	18,61	27,18	40,05	11,63	1,84
pensioniert/arbeitsunfähig	10,41	27,86	41,67	14,40	5,28
Höchste Ausbildung					
VS-Unterstufe	6,17	21,79	42,81	14,99	7,57
Polytechnikum, Fachschule	8,44	26,63	42,57	15,31	5,87
Lehre, Berufsschule	9,19	25,45	41,80	16,40	6,51
Matura	6,47	24,98	41,36	18,76	6,38
Kolleg	4,54	19,54	47,37	22,28	6,12
Bachelor	5,90	21,56	43,72	23,19	5,27
Master	4,33	23,78	44,63	19,78	7,13
Dr./PhD	9,63	21,99	50,92	15,90	1,59
Politische Orientierung					
Links	7,44	33,73	46,19	9,68	2,27
Mitte	7,15	33,90	38,12	12,61	7,24
rechts	8,58	17,63	50,25	17,91	5,65

NR 2019 – Regierung/Opposition

Regierung	8,18	26,60	43,48	16,73	4,90
Opposition	8,98	26,09	41,08	17,29	6,96
Coronainfektion	-,,,	,,,,	,	,	., ,
Ja	23,22	30,23	31,91	10,84	3,81
nein	8,81	28,92	48,71	19,84	7,56
Kontakt mit infizierter Person		,	,	-2,0.	. ,
Ja	25,05	37,65	24,78	9,34	3,19
nein	7,79	25,23	42,60	17,29	6,68
Monatliches Haushaltsein-	.,.>	20,20	, = ,	1.,_>	5,00
kommen					
<1100	14,67	23,58	35,69	13,88	9,20
1100-1500	12,09	25	38,59	17,08	6,47
1500-1800	9,32	26,31	44,11	14,57	5,51
1800-2200	7,47	26,31	43,95	16,74	5,38
2200-2700	8,31	23,69	43,13	17,48	5,39
2700-3100	6,81	25,36	42,88	16,97	0
3100-3700	5,581	23,60	45,7	18,67	7,71
3700-4300	3,769	25,16	43,53	19,91	6,84
4300-5500	4,17	26,16	41,49	18,83	7,63
>5500	4,29	23,2	41	19,7	6,84

A6. 5: Durchschnittliche Antworten auf die Frage "Wie groß schätzen Sie die wirtschaftliche Gefahr ein, welche von dem Coronavirus für Sie persönlich ausgeht?" der ACPP-Befragung 2020 (Eigene Darstellung, Daten: Kittel et al. 2020a).

Geschlecht	Sehr groß	Groß	Mittelmäßig	Klein	Sehr klein
Männer	7,87	15,85	32,91	24,91	17,57
Frauen	9,08	15,99	37,05	23,92	12,81
Altersklasse					
15-24	4,08	13,50	36,26	28,58	15,75
25-39	9,64	16,37	35,39	25,02	13,64
40-54	11,55	18,42	35,53	20,42	12,69
55+	7,47	13,55	31,64	26,34	20,57
Bundesland					20,57
В	15,35	17,59	28,84	24,67	13,04
NÖ	10,86	17,24	33,98	22,68	13,36
W	9,83	15,28	33,32	39,44	16,67
K	10,21	15,61	31,65	25,02	15,94
ST	10,74	17,19	34,44	21,79	14,81
OÖ	8,95	18,53	36,47	22,47	13,00
S	7,76	18,45	31,41	24,59	16,04
T	9,63	19,23	33,09	24,04	13,15
V	4,21	18,61	32,31	25,45	18,06
Beschäftigungssituation					
selbstständig	15,08	22,90	32,69	17,39	10,90
angestellt	8,81	16,30	35,41	24,36	14,32
arbeitslos	15,60	20,36	29,41	23,55	18,12
in Ausbildung	4,61	13,85	35,80	31,44	14,71
ausschließlich haushaltsführend	6,31	24,04	44,93	19,06	4,58
pensioniert/arbeitsunfähig	6,52	12,74	31,41	27,59	18,79
Höchste Ausbildung					
VS-Unterstufe	4,72	10,11	24,26	27,27	27,30
Polytechnikum, Fachschule	3,73	12,23	34,07	24,51	24,45
Lehre, Berufsschule	5,21	11,23	32,12	26,45	24,38
Matura	3,10	8,43	30,28	30,14	39,51
Kolleg	2,53	6,96	31,16	30,15	29,14
Bachelor	1,63	5,06	30,86	34,21	27,71
Master	2,04	7,06	36,14	28,31	26,20
Dr./PhD	2,08	9,74	52,34	19,55	15,94
Politische Orientierung					
Links	7,80	16,19	39,28	24,34	14,63
Mitte	11,85	17,06	34,15	21,52	13,37
rechts	17,29	24,11	27,97	22,99	7,55

NR 2019 – Regierung/Opposition

Regierung	6,49	10,33	36,40	30,21	16,22
Opposition	12,19	17,01	32,32	21,33	16,99
Coronainfektion	12,19	17,01	32,32	21,33	10,22
Ja	20,12	22,98	34,51	13,21	5,00
nein	10,02	18,16	39,09	28,48	17,96
Kontakt mit infizierter Per-	10,02	10,10	39,09	20,40	17,90
son					
Ja	25,07	22,35	30,10	10,02	7,77
nein	8,83	15,90	34,24	24,81	15,67
Monatliches Haushaltsein-	0,03	13,90	34,24	24,01	13,07
kommen					
<1100	9,27	11,01	28,13	21,80	28,25
1100-1500	5,48	12,21	29,96	24,84	27,04
1500-1800	6,32	12,80	33,94	24,59	22,08
1800-2200	4,21	11,72	33,61	25,66	24,78
2200-2700	4,42	10,33	33,38	25,81	23,86
2700-3100	3,84	9,77	32,75	27,60	1,85
3100-3700	3,16	9,83	28,41	32,30	24,77
3700-4300	1,54	9,81	32,16	31,39	24,86
4300-5500	1,71	7,66	32,07	33,34	24,02
>5500	3,52	8,11	32,15	26,26	26,06

A6. 6: Durchschnittliche Antworten auf die Frage "Wie groß schätzen Sie die wirtschaftliche Gefahr ein, welche von dem Coronavirus für die Bevölkerung ausgeht?" der ACPP-Befragung 2020 (Eigene Darstellung, Daten: Kittel et al. 2020a).

Geschlecht	Sehr groß	Groß	Mittelmäßig	Klein	Sehr klein
Männer	21,77	40,62	30,01	5,06	1,82
Frauen	28,51	41,29	24,87	3,38	1,00
Altersklasse					
15-24	22,60	38,73	28,83	6,27	2,05
25-39	24,29	39,58	28,26	4,94	1,92
40-54	25,02	39,10	29,30	4,05	1,33
55+	24,56	43,95	24,80	5,10	0,91
Bundesland					3,5 1
В	29,99	35,76	27,49	4,19	1,66
NÖ	26,70	37,14	28,33	5,54	1,89
W	23,13	39,44	29,07	5,38	2,36
K	22,36	41,06	26,72	5,46	3,43
ST	23,08	40,79	26,91	5,75	2,50
OÖ	24,49	39,87	27,07	5,37	2,71
S	23,64	36,80	28,24	7,46	2,31
T	23,99	38,60	29,00	5,38	2,84
V	15,94	40,63	31,48	6,98	3,36
Beschäftigungssituation					
selbstständig	27,56	34,22	28,44	5,98	2,79
angestellt	23,76	40,99	28,75	4,52	1,30
arbeitslos	21,97	28,88	22,17	9,99	9,14
in Ausbildung	22,67	38,92	30,86	5,17	1,52
ausschließlich haushaltsfüh-					
rend	41,04	35,14	21,97	0,93	0,23
pensioniert/arbeitsunfähig	26,22	45,42	24,29	2,85	0,82
Höchste Ausbildung					
VS-Unterstufe	20,73	34,16	30,64	5,16	2,55
Polytechnikum, Fachschule	24,67	41,50	28,13	3,98	0,89
Lehre, Berufsschule	27,97	39,99	26,13	3,79	1,46
Matura	22,77	42,78	27,60	4,92	3,14
Kolleg	16,59	45,31	31,27	5,37	1,10
Bachelor	18,13	42,15	33,45	4,79	0,24
Master	25,42	41,77	28,16	3,11	1,22
Dr./PhD	20,48	38,96	35,52	4,68	0,00
Politische Orientierung					
Links	31,20	38,53	26,57	3,41	0,30
Mitte	34,55	37,55	22,42	3,63	4,82

rechts	31,04	46,07	17,11	2,05	0,42
NR 2019 – Regie-					
rung/Opposition					
Regierung	22,32	42,41	31,70	2,86	0,78
Opposition	27,94	43,97	22,33	2,56	1,01
Coronainfektion	,	,	,	,	,
Ja	23,69	42,26	31,19	1,43	1,43
nein	29,79	45,89	29,66	5,79	2,74
Kontakt mit infizierter Per-	,	,	,	,	,
son					
Ja	24,14	41,23	28,75	5,28	0,63
nein	26,68	41,76	26,13	3,69	1,34
Monatliches Haushaltsein-	-,	, -	-, -	- ,	7-
kommen					
<1100	38,93	29,74	23,07	3,99	2,09
1100-1500	33,11	39,54	22,44	3,28	1,18
1500-1800	27,34	42,17	25,59	4,10	1,07
1800-2200	25,46	41,53	27,66	4,55	0,73
2200-2700	26,37	42,03	27,48	2,70	1,23
2700-3100	27,92	42,19	24,86	5,08	0,00
3100-3700	22,28	45,10	28,13	3,84	1,08
3700-4300	20,56	47,47	27,75	3,27	1,26
4300-5500	23,26	43,60	28,32	3,64	0,90
>5500	21,38	43,33	27,51	4,08	0,87

b. Ergebnistabellen der Durchschnittswerte zu den Regierungsmaßnahmen – Durchschnittlich Antwortanteile der berücksichtigten Fragen in Prozent

Es folgen die durchschnittlichen Ergebnisse der Kontingenztabellen hinsichtlich der Regierungsmaßnahmen im Rahmen der Klimakrise sowie der COVID-19 Pandemie in Prozent.

A6. 7: Durchschnittliche Antworten auf die Frage "Ihrer Meinung nach, macht jeder der Folgenden zu viel, genug oder nicht genug zur Bekämpfung des Klimawandels?" des EB 2008 (Eigene Darstellung, Europäische Kommission 2008).

Geschlecht		Männer		Fra	uen					
Regierung	zu viel	3,1		1,5						
	genug nicht	26,1		21.	,6					
EU	genug	70,8		76	,9					
	zu viel	5,8		3,7						
	genug nicht	17,3		13.						
Industrien	genug zu viel	77 2,2		82. 1	,9					
	genug nicht	12,2		12						
BürgerInnen	genug zu viel	85,6 4,8		86, 2,5						
	genug nicht	25,8		24. 72.						
Altersklasse	genug	69,4 15-24		25	-39	40-54	55+			
Regierung	zu viel	1,1		2,4		2,3	2,6			
	genug nicht	21,1		19		26,4	25,5			
EU	genug	77,8		77	,8	71,3	71,9			
	zu viel	5,9		4,1		4,3	5,4			
	genug nicht	14,1		17.	,1	78,9	11,9			
T. 1	genug	80		78	,9	17,1	82,7			
Industrien	zu viel	1,1		1,6	•	1,6	1,8			
	genug nicht	8,7		12.		14,6 83,8	10,7 87,5			
BürgerInnen	genug	90,2		86						
Dargermileil	zu viel	3,3		5,6		2,3	3,3			
	genug nicht	16,5		21,		29,9	26,5			
Bundes-	genug	80,2		73.	,2	67,8	70,2			
land			••	_ 						
		В	NÖ	OÖ	S	ST	T	V	W	K

		1								
Regierung	zu viel	3,8	1,5	6,1	0	2,7	0	0	2	1,70
	genug	0	35,5	34	5,1	19,1	11,3	28,6	21,2	18,30
	nicht genug	96,2	62,9	59,9	94,9	78,2	88,7	71,4	76,8	80,00
EU			1.6	14.5	0	2.7	2.0	0	7 0	0.00
	zu viel	0	1,6	14,5	0	3,7	2,8	0	5,8	0,00
	genug nicht	0	24,1	20	5,3	14,7	9,7	18,8	11,7	9,40
Industrien	genug	100	74,3	65,5	94,7	81,7	87,5	81,2	82,5	90,60
	zu viel	0	1	6,5	0	0	1,4	0	1	0,00
	genug nicht	3,8	14	25,8	0	13	7	10,8	10,3	1,40
BürgerIn- nen	genug	96,2	85	6,7	100	87	91,5	89,2	88,7	98,60
	zu viel	0	2,9	12,3	0	4,8	0	0	1	1,60
	genug	3,8	29,4	34,4	16,1	21,2	18,1	22,2	23,5	28,10
	nicht genug	96,2	67,7	53,2	83,9	74	81,9	77,8	75,5	70,30
Beschäfti-				T			pensi- oniert,	,		
gungssituati-					aus- alts-		ar- beits-			
on		arbeits	slos			in Ausbil- dung	unfä- hig	selbs stäne		erwerbs- tätig
Regierung	zu viel	3	3103	0		0	2,6	3,4	<u>e</u>	2,5
	genug	15,2				13,2	24,6	20,3		25,8
	nicht genug	81,8		80),3	86,8	72,8	76,3		71,7
EU	genug	01,0		00	,,5	00,0	72,0	70,3		71,7
	zu viel	3,1		2,	9	2,6	3,8	6,7		5,3
	genug nicht	6,2		10),3	7,7	11,3	10		19,2
Industrien	genug	90,6		86	5,8	89,7	84,9	83,3		75,4
·	zu viel	0		0		0	2	1,6		1,9
	genug	2,7		5,	3	5,1	8,9	9,8		16
D.: I	nicht genug	97,3		94	1,7	94,9	89,1	88,5		82,1
BürgerInnen	zu viel	0		0		0	3,1	4,8		4,9
	genug	28,1				15,4	26	25,8		4,9 25,9
	nicht						70,9			
		71 ^			L 4	84,6	/(19	69,4		69,4
Alter Ausbil-	genug	71,9		78) , T	0.,0	, 0,5	,		,
Alter Ausbildungsab		71,9		/8	,, т	· ·,•	, 0, 5	,		,
							, 0,5			,
dungsab-		71,9 -15 2,2			5-19	20 + 3,2	,			,

	genug nicht	27,7	22,6	23,8
	genug	70,1	74,9	73
EU	zu viel	3,7	5	7,1
	genug nicht	16,9	14,2	17,5
	genug	79,4	80,8	75,4
Industrien	zu viel	1	1,9	2,4
	genug nicht	13,4	10,8	16,9
D::	genug	85,6	87,2	80,6
BürgerInnen	zu viel	2,4	4,1	6,3
	genug nicht	27,9	24,1	23,8
D 144 1	genug	69,7	71,8	69,8
Politische				
Orientierung				
		links	mitte	rechts
Regierung	zu viel	links 2,8	mitte 1,5	rechts 4,5
	zu viel genug nicht			
Regierung	genug	2,8	1,5	4,5
	genug nicht	2,8 24,7	1,5 24,8	4,5 23,4
Regierung	genug nicht genug zu viel genug	2,8 24,7 72,5	1,5 24,8 73,7	4,5 23,4 72,1
Regierung	genug nicht genug zu viel	2,8 24,7 72,5 5,7	1,5 24,8 73,7 5	4,5 23,4 72,1 5,6
Regierung	genug nicht genug zu viel genug nicht	2,8 24,7 72,5 5,7 13,5	1,5 24,8 73,7 5 16,2	4,5 23,4 72,1 5,6 16,7
Regierung	genug nicht genug zu viel genug nicht genug zu viel zu viel genug	2,8 24,7 72,5 5,7 13,5 80,8	1,5 24,8 73,7 5 16,2 78,8	4,5 23,4 72,1 5,6 16,7 77,8
Regierung EU Industrien	genug nicht genug zu viel genug nicht genug zu viel	2,8 24,7 72,5 5,7 13,5 80,8 1,5	1,5 24,8 73,7 5 16,2 78,8 1,2	4,5 23,4 72,1 5,6 16,7 77,8 3,3
Regierung	genug nicht genug zu viel genug nicht genug zu viel genug nicht	2,8 24,7 72,5 5,7 13,5 80,8 1,5 11,6	1,5 24,8 73,7 5 16,2 78,8 1,2 12,4	4,5 23,4 72,1 5,6 16,7 77,8 3,3 13,2
Regierung EU Industrien	genug nicht genug zu viel genug nicht genug zu viel genug zu viel genug nicht genug	2,8 24,7 72,5 5,7 13,5 80,8 1,5 11,6 86,9	1,5 24,8 73,7 5 16,2 78,8 1,2 12,4 86,3	4,5 23,4 72,1 5,6 16,7 77,8 3,3 13,2 83,5

A6. 8: Durchschnittliche Antworten auf die Frage "Wer ist Ihrer Meinung nach innerhalb der EU für die Bekämpfung des Klimawandels verantwortlich?" (Eigene Darstellung, Europäische Kommission 2011-2019).

Geschlecht	Regierung	EU	Regionale Behörden	Industrie	man selbst	ENGOs
Männlich	37,24	40,18	25,52	45,74	21,66	31,42
Weiblich	37,48	44,78	25,78	45,32	31,56	30,96
Altersklasse	27,10	,, .	20,70	.0,02	01,00	20,20
15-24	33,84	36,4	21,4	39,1	25,6	26
25-39	36,62	40,5	27,78	39,94	26,04	25,3
40-54	34,14	36,66	24,94	45,08	24,8	25,36
55+	36,06	38,78	27,58	50,04	22,88	24,68
Bundesland	,	,	7,		,	,
В	36,22	37,46	16,36	39,44	26,26	18,3
NÖ	35,64	35,64	24,24	39,12	24,46	25,3
OÖ	33,38	34,06	27,28	40,62	29,9	25,92
S	32,66	33,42	24,22	36,28	22,46	22,06
ST	36,54	47,28	27,2	61,24	26,18	33,34
T	40,54	46	30,9	51,2	36,54	22,62
V	36	51,48	13,62	44,7	34,54	16,24
W	35,76	38,38	26,38	49,84	19,46	24,76
K	40,26	44,8	38,92	42,08	21,62	28
Beschäftigungssituation						
arbeitslos	37,68	38,42	26,38	48,6	23,4	23,56
haushaltsführend	31,04	30,14	27,82	43,54	25,3	27,5
in Ausbildung	38,56	40,9	29,12	39,84	28,6	25,46
pensioniert, arbeitsunfähig	36,48	39,18	32,06	38,18	24,94	25,18
selbstständig	41,28	40,84	29,48	45,96	29,74	22,98
erwerbstätig	33,6	40,12	30,32	41,8	25,48	25,26
Alter Bildungsabschluss						
-15	39,96	43,76	28,5	49,68	24,34	29,98
16-19	33,16	36,64	25,28	43,42	23,52	25,28
20+	36,16	37,46	33,76	44,48	25,56	22,84
In Ausbildung	38,56	40,9	21,7	41,66	27,36	25,46
Politische Orientierung						
Links	36,00	39,73	27,13	44,93	32,10	29,33
Mitte						
	40,23	45,90	29,47	49,30	29,80	32,10

A6. 9: Durchschnittliche Antworten auf die Frage "Wären Sie persönlich bereit, für Energie, die aus Quellen produziert wird, die weniger Treibhausgase ausstoßen, mehr zu zahlen, um den Klimawandel zu bekämpfen? Wieviel Prozent wären Sie durchschnittlich bereit mehr zu zahlen" (Eigene Darstellung, Europäische Kommission 2008).

Geschlecht	1-5	6-10	11-20	21-30	31-40	41-50	>50	Nein
Männer	35,3	21,7	13,4	2,4	0,8	0	0,3	26,2
Frauen	21,1	27	11,3	2,5	0	1	0	26,2
Altersklasse								
15-24	20,8	30,6	12,5	5,6	0	1,4	0	29,2
25-39	30,9	24,4	13,8	3,2	0,9	0,9	0	25,8
40-54	38,6	25,1	8,9	1,5	0,4	0	0	25,5
55+	34,6	21,8	14,5	1,7	0	0,4	0,4	26,5
Bundesland								
В	60	26,7	0	6,7	0	0	0	6,7
NÖ	28,4	27,7	14,9	1,4	0	0	0	2,7
OÖ	43,3	18,7	12,7	5,2	1,5	0	0	18,7
S	21,4	46,4	8,9	0	0	0	0	23,2
ST	50,4	10,4	7,8	2,6	0,9	0	0	27,8
T	10,8	36,9	27,7	3,1	0	1,5	0	20
V	7,4	3,7	3,7	0	0	0	3,7	81,5
W	28,5	24,1	13,9	2,5	0	1,3	0	29,7
K	46,9	31,2	3,1	0	0	1,6	0	17,2
Beschäftigungssituation								
arbeitslos	8,3	4,2	8,3	0	0	0	0	79,2
haushaltsführend	24,6	34,4	14,8	1,6	0	0	0	24,6
in Ausbildung	12,9	29	16,1	12,9	0	3,2	0	25,8
pensioniert, arbeitsunfähig	35,4	23,5	11,8	2,4	0	6	0,6	25,9
selbstständig	26,9	25	26,9	0	1,9	0	0	19,2
erwerbstätig	37,8	24,1	10,4	2,6	0,5	0,5	0	24,5
Alter Bildungsabschluss								
-15	36,9	22,8	9,5	0,8	0	0	0	29,9
16-19	32,9	26,9	13,1	2,1	0,5	0,3	0	24,3
20+	33	19,8	16	4,7	0,9	0,9	0,9	23,6
Politische Orientierung								
Links	32,8	24,9	15,4	4,5	1	0	0	21,4
Mitte	34,4	29,7	11,1	1,9	0,4	0,4	0,4	21,9
rechts	37,4	21,6	15,3	2,1	0	1,1	0	22,6

A6. 10: Durchschnittliche Antworten auf die Frage "Die Europäische Union hat die Zielvorstellung, 2020 im Vergleich zu 1990 die Treibhausgas-Emissionen um mindestens 20% zu reduzieren. Wenn Sie an diese Zielvorgabe denken, würden Sie sagen, sie ist zu anspruchsvoll, genau richtig oder zu bescheiden?" (Eigene Darstellung, Europäische Kommission 2008).

Geschlecht	Zu anspruchsvoll	Genau richtig	Zu bescheiden
Männer	17,3	44,7	37,9
Frauen	11,7	44,7	44,3
Altersklasse			
15-24	13,8	42,5	43,7
25-39	11	47,6	41,5
40-54	16,8	39,4	43,8
55+	15,1	47,8	37,1
Bundesland			
В	0	40,7	59,3
NÖ	18,1	55,4	26,6
OÖ	28,2	33,8	38
S	1,6	35,5	62,9
ST	10,2	38,9	50,9
T	12,9	28,6	58,6
V	13,5	45,9	40,5
W	13,8	55,4	30,8
K	3,2	39,7	57,1
Beschäftigungssituatio	n		
arbeitslos	15,2	30,3	54,5
haushaltsführend	8,7	50,7	40,6
in Ausbildung	10,8	35,1	54,1
pensioniert, arbeitsunt	fä-		
hig	15,1	44,1	40,8
selbstständig	26,3	28,1	45,6
erwerbstätig	13,8	47	39,1
Alter höchster Ausbi	id-		
lung			
-15	15,3	37,6	47,1
16-19	14,4	49	36,6
20+	13,8	44,7	41,5
Politische Orientierung	g		
	12,6	44,9	42,5
	14,5	48,7	36,8
	15,9	37,8	46,3

A6. 11: Durchschnittliche Antworten auf die Frage "Um die Auswirkungen des Klimawandels zu limitieren, schlägt die EU auch ein Internationales Abkommen vor, das die großen Wirtschaftsmächte der Welt dazu verpflichten würde, bis 2020 eine Reduktion der Treibhausgas-Emissionen um 30 % verglichen mit 1990 anzupeilen. Wenn Sie an diese Zielvorgabe denken, würden Sie sagen, sie ist zu anspruchsvoll, genau richtig oder zu bescheiden?" (Eigene Darstellung, Europäische Kommission 2008)

Geschlecht	Zu anspruchsvoll	Genau richtig	Zu bescheiden
Männer	24,9	43	32,1
Frauen	17,9	43,4	38,6
Altersklasse			
15-24	21,8	40,2	37,9
25-39	22,2	46	31,9
40-54	21,3	39,5	39,2
55+	20,2	45,9	33,9
Bundesland			
В	3,6	39,3	57,1
NÖ	27	51,1	21,9
OÖ	36,8	31,2	31,9
S	3,3	41	55,7
ST	18,3	45	36,7
T	15,5	32,4	52,1
V	21,6	45,9	32,4
W	21,2	47,5	31,3
K	6,5	46,8	46,8
Beschäftigungssituation			
arbeitslos	17,6	35,3	47,1
haushaltsführend	19,1	47,1	33,8
in Ausbildung	21,6	40,5	37,8
pensioniert, arbeitsunfä-			
hig	19,8	42,9	37,4
selbstständig	39	27,1	33,9
erwerbstätig	20,3	45,5	34,3
Alter höchster Ausbid-			
lung			
-15	22,7	35,2	42,2
16-19	20,5	48,4	31
20+	21,6	42,4	36
Politische Orientierung			
Links	19,2	42,8	38
Mitte	21,6	48	30,4
Rechts	23,4	34,8	41,8

A6. 12: Durchschnittliche Antworten auf die Frage "Die Europäische Union hat die Zielvorstellung, den Anteil an erneuerbarer Energie bis 2020 um 20% zu steigern. Wenn Sie an diese Zielvorgabe denken, würden Sie sagen, sie ist zu anspruchsvoll, genau richtig oder zu bescheiden? (Eigene Darstellung, Europäische Kommission 2008).

Geschlecht	Zu anspruchsvoll	Genau richtig	Zu bescheiden
Männer	16,6	44,4	39
Frauen	11,7	42,8	45,5
Altersklasse			
15-24	12,8	44,2	43
25-39	12,8	47,7	39,5
40-54	15,7	41	43,4
55+	14	42,4	43,6
Bundesland			
В	0	37	63
NÖ	20,7	47,1	32,3
OÖ	29,3	31,4	39,3
S	1,6	37,7	60,7
ST	12	38,9	49,1
T	15,7	30	54,3
V	8,6	51,4	40
W	8,8	58,8	32,5
K	1,6	41,3	57,1
Beschäftigungssituation	on		
arbeitslos	12,1	39,4	48,5
haushaltsführend	11,9	49,3	38,8
in Ausbildung	14,7	29,4	55,9
pensioniert, arbeitsur	nfä-		
hig	14,7	39	46,3
selbstständig	27,3	34,5	38,2
erwerbstätig	12,8	46,6	40,5
Alter höchster Ausl	bil-		
dung			
-15	16,3	37,3	46,4
16-19	12	47,7	39,8
20+	16,1	45,2	38,7
Politische Orientierun	ng		
Links	13,2	41,7	45
Mitte	13,1	51,2	35,6
Rechts	17,7	31,8	50,5

A6. 13: Durchschnittliche Antworten auf die Frage "Wie wichtig ist es Ihrer Ansicht nach, dass die österreichische Regierung Ziele festlegt, um den Anteil der Nutzung erneuerbarer Energien wie beispielsweise Wind- und Solarenergie bis 2030 zu erhöhen?" (Eigene Darstellung, Europäische Kommission 2013, 2015, 2017, 2019).

Geschlecht	Sehr wichtig	Eher wichtig	Eher nicht wich-	Nicht wichtig
			tig	
Männer	46,725	43,8	6,975	1,7
Frauen	53,55	39,225	5,075	0,725
Altersklasse				
15-24	56,25	34,20	6,48	1,05
25-39	51,03	40,25	6,45	3,28
40-54	48,63	43,28	6,30	0,98
55+	50,13	42,45	5,15	1,50
Bundesland				
В	55,95	40,5	1,925	0
NÖ	52,3	42,125	4,25	0,6
OÖ	39,575	49,625	7,95	1,05
S	53,2	42,5	4,125	0,175
ST	53,15	37,625	6,775	1,175
T	54,525	35,075	7,05	3,05
V	44,7	40,45	13,925	0,925
W	48,325	41,15	7,9	1,75
K	67,9	29,75	2,325	0
Beschäftigungssituation				
arbeitslos	39,23	41,10	14,93	0,73
haushaltsführend	44,98	45,35	6,13	0,50
in Ausbildung	66,45	28,13	4,70	0,38
pensioniert, arbeitsunfä-				
hig	50,48	43,63	4,03	1,38
selbstständig	48,50	43,48	5,60	1,63
erwerbstätig	50,28	41,00	6,48	1,13
Alter höchster Ausbil-				
dung				
-15	50,15	43,93	4,23	1,25
16-19	49,73	42,30	5,73	1,15
20+	55,08	37,58	5,35	0,88
Politische Orientierung				
Links	49,07	43,67	6,47	0,77
Mitte	50,67	42,80	4,33	0,80
Rechts	51,57	36,63	8,40	2,00

A6. 14: Durchschnittliche Antworten auf die Frage "Wie wichtig ist es Ihrer Ansicht nach, dass die österreichische Regierung die Verbesserung der Energieeffizienz bis 2030 unterstützt (z. B. Förderung der Wärmedämmung von Wohngebäuden oder Kauf von Energiesparlampen)?" (Eigene Darstellung, Europäische Kommission 2013, 2015, 2017, 2019).

Geschlecht	Sehr wichtig	Eher wichtig	Eher nicht wich-	Nicht wichtig	
			tig		
Männer	45,50	41,98	9,45	1,93	
Frauen	52,35	38,13	6,63	1,28	
Altersklasse					
15-24	54,55	33,93	7,00	2,60	
25-39	50,78	39,10	7,03	1,60	
40-54	47,43	41,98	7,78	1,48	
55+	48,08	40,30	9,13	1,40	
Bundesland					
В	43,15	44,83	7,83	0	
NÖ	50,35	38,43	8,6	1,33	
OÖ	41,1	47,25	7,88	1,85	
S	60,9	37,23	1,9	0	
ST	52,28	36,2	8,83	1,18	
T	54,08	37,13	6,2	2,58	
V	47,05	33,85	14,4	4,7	
W	45,23	41,73	9,45	1,68	
K	68,78	28,85	7,58	5,65	
Beschäftigungssituation	1				
arbeitslos	36,4	42,55	12,35	5,3	
haushaltsführend	50,1	36,48	8,88	2,03	
in Ausbildung	62,95	19,63	4,83	11,88	
pensioniert, arbeitsunfä	ä-				
hig	46,7	41,75	8,85	2,03	
selbstständig	49,13	40,8	6,9	1,63	
erwerbstätig	49,48	40,28	7,58	1,15	
Alter höchster Ausbi	l-				
dung					
-15	50,25	37,75	7,95	2,55	
16-19	46,90	41,48	8,53	1,70	
20+	50,85	40,75	6,73	0,58	
Politische Orientierung					
Links	38,67	43,33	8,77	1,17	
Mitte	51,23	38,87	6,97	1,13	
Rechts	48,13	35,17	11,93	2,37	

A6. 15: Durchschnittliche Werte zur Angabe ob persönliche, klimafreundliche Maßnahmen getroffen wurden (Eigene Darstellung, Europäische Kommission 2008-2019).

Geschlecht	2008	2011	2013	2015	2017	2019
Frauen						
	24,40	37,12	31,56	37,81	27,88	18,71
Männer	24,44	34,06	27,05	34,35	25,62	18,46
Altersklasse						
15-24						
	18,33	22,36	24,18	29,30	22,79	17,63
25-39	24,11	28,70	29,35	35,08	25,95	18,39
40-54		-1.				
55+	24,80	31,83	29,71	36,66	26,95	19,30
	26,32	25,77	30,64	39,06	28,22	20,35
Alter beim Bi	ildungsabschlu	ss				
-15						
16-19	22,85	26,46	26,39	37,60	34,12	22,54
10-19	24,92	29,35	30,22	35,84	29,31	24,78
20+	29,84	35,96	32,46	38,22	34,77	32,31
Beschäftigun		7.	- , -	,	- ,	- ,-
arbeitslos	21,39	26,19	26,45	28,05	18,68	17,33
Ausschließ- lich haus-						
haltsführend	26,81	35,64	31,17	33,92	26,37	21,60
in Ausbil- dung	17,99	30,66	28,08	31,99	28,15	18,53
pensioniert	26,08	35,52	29,86	39,86	28,83	21,56

Selbstständig erwerbstätig Unselbst-	27,95	38,44	33,94	41,06	29,06	24,36
ständig er- werbstätig	23,69	36,32	28,90	35,24	25,90	17,67
Bundesland						
В	14,94	23,43	23,70	48,58	28,09	11,18
K	16,30	20,70	0,00	0,00	31,49	16,87
NÖ	27,75	26,46	26,81	39,75	26,91	19,36
OÖ	23,62	31,69	30,18	33,59	22,28	20,76
S	37,39	38,57	43,27	40,85	32,76	25,28
ST	23,40	30,26	31,93	36,05	34,27	14,23
T	27,62	28,10	30,27	41,25	32,02	23,22
V	18,77	32,21	26,08	34,71	46,15	21,15
W	22,74	28,63	28,02	32,16	23,77	19,03
Politische Ori	entierung					
Links				44,96	40,65	33,03
Mitte				47,35	40,28	33,26
rechts				40,40	37,00	28,89

A6. 16: Durchschnittliche Antworten auf die Frage "Und wie wahrscheinlich ist es Ihrer Meinung nach, dass genug Staaten Maßnahmen ergreifen, um den Klimawandel zu reduzieren?" (Eigene Darstellung, ESS Round 8 Data 2016).

Geschlecht	Sehr wahr-	wahr- scheinlich	Eher wahr-	Eher un- wahrschein-	Unwahr- scheinlich	Sehr un- wahrschein-
	scheinlich		scheinlich	lich		lich
Männer	1,6	13,4	30,4	13,2	34,7	6,7
Frauen	1,2	11,1	33	17	31,3	33
Altersklasse						
15-24	6,9	23,9	33,5	16	1,6	6,9
25-39	6,7	30	36,2	13,8	0,5	6,7
40-54	5,9	32,3	31,9	14,1	2,5	5,9
55+	6,8	36,7	28,7	16,9	1,2	28,7
Bundesland						
В	2,9	5,8	26,1	23,3	31,9	10,1
NÖ	1,4	15,9	32,7	15,7	28,6	5,7
OÖ	2,3	14,1	32,2	16,7	25,4	9,3
S	0	3,3	30,1	16,3	47,2	3,3
ST	2,9	11,6	31,5	14,1	30,8	9,1
T	0	14,1	31,5	17,4	34,2	2,7
V	0	11,4	48,9	8	29,5	2,3
W	0,8	12,4	27,1	12,9	39,8	7
K	1,6	7	36,4	17,8	33,3	3,9
Beschäftigungs-						
verhältnis						
arbeitslos	2	19,3	31,2	12,8	26,4	7,3
haushaltsführend	1,1	17,7	33,7	14,2	28,8	4,4
erwerbstätig	1,6	18,4	33,5	14,3	28,2	4
in Ausbildung	1,4	19,6	36	15,6	24,8	2,6
pensioniert	1,8	19	34,7	13,3	26,3	4,9
Höchste Ausbil-						
dung						
Kein Abschluss	50	0	0	0	0	50
VS oder Unterstufe	1	14,3	28,1	17,9	26,5	12,2
Pflichtschulab-						
schluss	1,1	8,9	34,4	14,4	34,4	6,7
Lehrabschluss	1,7	12,1	34,4	14,4	30,8	6,9
Fachschule	1,5	12,6	26,4	19,3	35,3	4,8
Matura	1,5	13,8	30	15,4	35	4,2
Kolleg o.Ä	0	13,3	32,5	10,8	37,3	6
Bachelor	0	9,4	37,5	18,8	29,7	4,7

Master	0,9	11,1	31,6	12,8	39,3	4,3	
Dr	3,8	0	23,1	7,7	61,5	3,8	
Politische Or	ien-						
tierung							
Links	2,3	13,1	32,8	14,7	33,9	3,2	
Mitte	1,2	10,4	31,6	16,8	33,1	6,9	
rechts	0,3	17,6	32,4	12,2	27,6	10	

A6. 17: Durchschnittliche Antworten auf die Frage "Wie sehr sind Sie für oder gegen die Erhöhung der Steuern auf fossile Brennstoffe wie Öl, Gas und Kohle?" (Eigene Darstellung, ESS Round 8 Data 2016).

Geschlecht	Sehr dafür	Eher dafür	Weder dafür noch dagegen	Eher dagegen	Sehr dagegen
Männer	8,1	22,9	24,7	26,8	17,4
Frauen	7,1	24,7	22,8	28,3	17,1
Altersklasse					
15-24	9,6	25,3	28,3	21,7	15,2
25-39	9,6	29,1	23,8	22,4	15
40-54	8	22,5	22,2	28,4	18,8
55+	5,4	21,6	23,4	31,7	17,9
Bundesland					
В	7	16,9	22,5	32,4	21,1
NÖ	5,5	19,8	20,9	32,6	21,1
OÖ	6,2	27,1	28,9	21,5	16,2
S	0,7	17,3	46,8	28,8	6,5
ST	4	17,8	20,7	31,9	25,7
T	7,7	34,6	21,8	28,2	7,7
V	0	10,5	20	47,4	22,1
W	17	32,1	17,8	16,5	16,5
K	8,5	23,8	23,1	34,6	10
Beschäftigungsverhältnis					
arbeitslos	7,5	21,6	22,7	23,8	24,5
haushaltsführend	7,3	26	22,7	25,2	18,8
erwerbstätig	8,3	25,7	22,3	25,5	18,2
in Ausbildung	10,2	30,7	25,3	20,9	12,9
pensioniert	6,5	21,6	23,5	27,2	21,2
Höchste Ausbildung					
Kein Abschluss	0	50	0	0	50
VS oder Unterstufe	6,4	17,6	24	27,5	24,5
Pflichtschulabschluss	4,2	18,8	20,8	27,1	29,2
Lehrabschluss	5,6	23,1	24	30,1	17,2
Fachschule	4,4	21,8	27,6	29,5	16,7
Matura	9,7	29,2	22,5	29,6	9
Kolleg o.Ä	8,2	25,9	24,7	24,7	16,5
Bachelor	17,5	34,9	19	12,7	15,9
Master	22	29,7	178	14,4	16,1
Dr	12	32	16	20	20
Politische Orientierung					
Links	14,6	32,3	18,9	19,1	15,1
Mitte	3,7	19,8	26,4	35,4	14,6
rechts	6,5	24,2	22,8	23,6	23

A6. 18: Durchschnittliche Antworten auf die Frage "Wie sehr sind Sie für oder gegen die Verwendung öffentlicher Gelder zur Förderung von erneuerbaren Energiequellen wie Wind- oder Solarenergie." (Eigene Darstellung, ESS Round 8 Data 2016).

Geschlecht	Sehr dafür	Eher dafür	Weder dafür noch dagegen	Eher dagegen	Sehr dagegen
Männer	38,9	43,2	12	3,6	2,3
Frauen	45,1	40,5	9,9	2,8	1,6
Altersklasse					
15-24	44,7	38,2	13,6	1,5	2
25-39	41,3	40,2	12,1	4	2,2
40-54	40,7	46,1	7,8	3,5	1,9
55+	43,4	40,6	11,4	2,9	1,8
Bundesland					
В	42,3	49,3	7	1,4	0
NÖ	34,3	48,1	12,7	2,3	2,6
OÖ	44,6	37,3	12,8	2,3	2,9
S	23,4	54,7	21,2	0,7	0
ST	51,8	37,5	7,5	2,9	0,4
T	43,6	43,6	9	3,2	0,6
V	16	57,4	11,7	7,4	7,4
W	50,4	33,4	7,8	5,8	2,5
K	52,3	37,7	9,2	0,8	0
Beschäftigungsverhältnis					
arbeitslos	34,4	38,1	14,3	7,7	5,5
haushaltsführend	35,5	40,5	12,2	7,4	4,5
erwerbstätig	35,5	41,5	12,2	6,8	4,1
in Ausbildung	37,3	43,1	11,7	5,2	2,7
pensioniert	29,8	42,5	14,3	8,9	4,6
Höchste Ausbildung					
Kein Abschluss	100	0	0	0	0
VS oder Unterstufe	43,6	37,7	14,2	3,4	0
Pflichtschulabschluss	44,2	42,1	8,4	3,2	2,1
Lehrabschluss	34,2	47,2	12,6	3,5	2,5
Fachschule	45	42,1	9,4	1,8	1,8
Matura	49,4	38,3	7,8	3,3	1,1
Kolleg o.Ä	51,8	32,9	10,6	3,5	1,2
Bachelor	54,7	39,1	1,6	4,7	0
Master	54,2	28,3	12,5	1,7	3,3

Dr	48	36	4	8	4	
Politische Orientierun	g					
Links	51,8	38,4	5,8	2,3	0,7	
Mitte	39,6	45,2	11,1	2,2	1,8	
rechts	35,6	40,4	13,8	5,6	4,5	

A6. 19: Durchschnittliche Antworten auf die Frage "Halten Sie die Reaktion der österreichischen Regierung in Anbetracht des Ausbruchs des Coronavirus für nicht ausreichend, angemessen oder zu extrem?" (Eigene Darstellung, Daten: Kittel et al. 2020a).

Geschlecht	Überhaupt	Eher nicht	Angemessen	Eher zu stark	Zu extrem
	nicht aus-	ausreichend			
	reichend				
Männer	2,04	10,71	60,00	21,02	9,21
Frauen	1,8	10,45	67,375	10,84375	6,08125
Altersklasse					
15-24	1,19	12,43	69,01	10,06	4,95
25-39	1,48	11,61	60,86	14,01	15,73
40-54	2,59	9,89	61,32	12,44	10,40
55+	2,04	10,14	64,84	12,65	9,39
Bundesland					
V	1,33	10,56	61,57	15,68	8,54
T	1,43	8,35	64,25	12,36	11,99
S	1,27	11,64	64,09	13,18	6,73
ST	1,51	10,32	64,23	12,68	8,53
K	1,39	8,10	59,92	16,44	12,18
OÖ	1,79	8,62	60,65	14,71	12,18
NÖ	1,68	11,19	65,13	10,64	9,61
W	2,86	13,33	65,52	10,16	5,69
В	3,89	12,44	60,43	14,08	7,67
Beschäftigungssituation					
selbstständig	2,08	11,39	54,93	16,07	12,45
angestellt	3,74	17,72	63,08	10,56	2,30
arbeitslos	0,63	13,71	71,14	8,63	4,46
in Ausbildung	2,81	10,19	65,86	20,50	7,59
ausschließlich haushaltsfüh-					
rend	1,93	9,65	54,23	16,23	14,42
pensioniert/arbeitsunfähig	1,64	10,21	64,00	13,16	8,33
Höchste Ausbildung					
VS-Unterstufe	2,37	10,74	63,01	10,04	9,59
Polytechnikum, Fachschule	2,76	11,39	63,69	12,66	7,66
Lehre, Berufsschule	2,21	9,96	61,89	13,75	10,21
Matura	1,08	12,59	65,54	11,31	8,07
Kolleg	0,98	12,28	63,72	14,00	8,32
Bachelor	1,50	9,27	70,20	11,66	5,76
Master	1,36	9,34	68,41	11,53	8,49
Dr./PhD	1,28	11,28	70,74	14,93	1,32
Politische Orientierung					

Links	1,52	11,80	68,80	11,53	5,40
Mitte	2,08	10,78	62,53	13,40	9,83
rechts	2,12	9,84	59,06	14,76	13,58
NR 2019 – Regie-					
rung/Opposition					
Regierung	1,38	10,84	74,44	8,08	4,58
Opposition	2,52	11,41	56,39	16,70	11,51
Coronainfektion	,-	,		- 7	,-
Ja	7,81	16,66	39,48	18,64	4,89
nein	1,89	10,75	64,18	12,59	9,24
Kontakt mit infizierter Per-	,		- , -	,	- ,
son					
Ja	6,04	14,95	60,29	12,41	6,00
nein	4,04	15,26	58,02	15,06	6,55
Monatliches Haushaltsein-	,	,	,	,	,
kommen					
<1100	3,92	10,96	53,55	14,16	16,00
1100-1500	4,14	9,66	62,93	16,58	9,77
1500-1800	1,65	11,97	60,34	15,39	9,83
1800-2200	2,06	11,28	65,90	11,94	7,63
2200-2700	2,11	12,65	67,47	10,50	6,21
2700-3100	1,15	9,94	60,73	15,19	12,22
3100-3700	1,83	12,20	63,55	13,78	8,41
3700-4300	1,11	9,27	67,35	13,38	8,11
4300-5500	0,91	8,72	73,93	10,03	5,53
>5500	1,21	11,69	62,13	11,64	12,39

A6. 20: Durchschnittliche Antworten auf die Frage "Wie effektiv, denken Sie, sind die gesetzten Maßnahmen der österreichischen Regierung bis jetzt, um die Ausbreitung der Krankheit zu verlangsamen?" (Eigene Darstellung, Daten: Kittel et al. 2020a).

Geschlecht	Überhaupt nicht effek- tiv	Eher nicht effektiv	Teils effektiv	Eher effektiv	Sehr effektiv
Männer	3,91	7,39	27,78	33,75	24,83
Frauen	3,02	5,69	26,11	32,82	29,32
Altersklasse	-,	-,	,	,	
15-24	6,33	29,16	36,48	22,17	6,33
25-39	3,30	7,66	32,23	34,25	19,39
40-54	4,05	6,47	26,17	32,19	28,01
55+	3,66	5,92	22,79	32,32	33,49
Bundesland					33,17
V	1,84	7,19	24,99	36,28	26,29
T	3,09	5,65	26,48	33,43	29,15
S	1,91	5,93	27,23	35,63	26,12
ST	2,63	5,63	27,78	33,69	26,54
K	4,83	5,84	25,94	34,11	26,34
OÖ	4,63	6,93	28,16	33,21	22,98
NÖ	3,51	6,81	27,43	30,73	28,51
W	3,50	6,95	25,67	30,26	29,39
В	3,53	8,54	29,31	33,55	23,23
Beschäftigungssituation					
selbstständig	4,46	7,39	30,61	32,14	20,68
angestellt	1,76	7,77	23,51	36,08	27,36
arbeitslos	1,36	6,13	27,99	37,43	22,78
in Ausbildung	3,89	6,34	22,83	32,13	33,99
ausschließlich haushaltsfüh-					
rend	5,67	9,10	26,36	28,99	28,89
pensioniert/arbeitsunfähig	3,29	6,19	28,24	34,71	25,33
Höchste Ausbildung					
VS-Unterstufe	4,53	7,19	26,19	32,14	24,55
Polytechnikum, Fachschule	3,49	5,35	27,56	32,93	27,86
Lehre, Berufsschule	7,58	7,16	27,55	31,79	26,82
Matura	2,34	5,91	28,41	36,49	25,16
Kolleg	1,64	8,36	22,21	37,84	29,03
Bachelor	2,11	5,88	24,43	38,92	28,22
Master	4,41	4,23	20,68	33,81	36,41
Dr./PhD	1,31	5,80	27,54	31,95	32,63
Politische Orientierung					

Links	1,94	6,41	26,53	35,95	28,64
Mitte	3,76	6,83	27,13	32,29	28,15
rechts	5,01	7,39	27,24	31,53	26,83
NR 2019 – Regie-					
rung/Opposition					
Regierung	1,73	3,96	21,17	34,85	37,43
Opposition	4,72	8,64	29,18	32,32	23,08
Coronainfektion	,	,	,	,	,
Ja	4,89	24,89	25,00	22,81	7,81
nein	3,44	6,49	27,06	33,61	27,44
Kontakt mit infizierter Per-	- ,	-, -	.,	, -	,
son					
Ja	6,46	8,75	25,07	35,15	23,91
nein	3,22	10,93	36,12	28,69	19,47
Monatliches Haushaltsein-					
kommen					
<1100	9,13	9,74	25,29	28,00	24,51
1100-1500	4,89	8,23	27,51	29,65	26,83
1500-1800	2,53	8,36	34,80	29,95	23,18
1800-2200	3,91	5,48	24,38	35,74	28,49
2200-2700	2,39	5,93	29,64	36,05	24,15
2700-3100	4,35	7,28	27,43	31,48	28,34
3100-3700	1,82	5,36	25,15	36,19	29,73
3700-4300	3,54	6,65	24,83	34,34	29,84
4300-5500	1,69	4,46	22,58	35,28	35,40
>5500	4,91	6,46	23,37	31,71	31,39

A6. 21: Durchschnittlicht Antworten auf die Aussage "Es ist für mich akzeptabel, in Zukunft höhere Steuern zu zahlen, um jetzt die Corona-Krise in den Griff zu kriegen." (Eigene Darstellung, Daten: Kittel et al. 2020a).

Geschlecht	Trifft vol	l Trifft el	her Teils-teils	Trifft eher	Trifft gar
	und ganz zu	zu		nicht zu	nicht zu
Männer	3,21	11,83	25,46	18,91	37,42
Frauen	2,88	10,24	26,66	21,09	34,24
Altersklasse	,	,	,	,	•
15-24	2,86	15,32	27,98	21,93	23,51
25-39	3,36	10,51	24,07	20,40	37,65
40-54	2,88	10,22	25,62	19,12	37,97
55+	3,09	10,71	26,57	19,57	37,31
Bundesland					•
V	2,50	9,55	33,51	21,08	28,83
T	3,81	10,93	23,92	19,32	39,76
S	3,24	8,34	22,73	20,59	38,84
ST	3,06	12,94	26,36	19,49	33,36
K	1,66	9,86	23,15	23,14	37,52
OÖ	3,18	11,00	23,56	19,70	39,34
NÖ	2,39	9,81	25,14	21,48	37,55
W	3,97	13,28	30,13	18,29	29,77
В	2,02	7,04	21,41	18,11	48,12
Beschäftigungssituation					
selbstständig	2,91	8,90	18,49	17,73	46,69
angestellt	2,76	3,49	29,57	23,01	35,30
arbeitslos	2,53	18,34	30,21	22,67	18,91
in Ausbildung	2,56	10,03	28,22	18,94	36,36
ausschließlich haushaltsfüh-					
rend	5,48	8,63	25,90	16,54	39,54
pensioniert/arbeitsunfähig	3,08	11,37	25,26	20,64	36,63
Höchste Ausbildung					
VS-Unterstufe	1,83	11,36	26,60	19,84	29,83
Polytechnikum, Fachschule	3,11	9,17	25,09	21,84	37,20
Lehre, Berufsschule	2,80	8,81	24,66	18,44	41,98
Matura	3,44	13,78	27,54	22,72	28,77
Kolleg	3,23	9,03	29,81	22,91	33,20
Bachelor	3,96	15,33	26,54	23,70	27,48
Master	5,50	21,49	27,98	16,97	26,31
Dr./PhD	1,29	8,85	37,94	27,71	19,47
Politische Orientierung					
Links	4,27	17,07	28,22	19,53	28,03

2,55	8,44	27,48	21,54	37,31
3,31	11,98	20,23	18,46	43,98
4.23	16.18	29.61	20.68	27,00
				40,07
_,	.,	,		,
7,49	26,98	16,04	14,79	13,43
2,98	11,12	26,05	20,13	36,33
7,46	18,38	30,88	15,95	25,19
5,30	12,17	27,57	22,72	29,04
4,02	7,55	17,04	17,94	49,18
1,95	7,30	24,21	19,92	42,06
4,98	9,16	26,49	19,03	38,84
3.35	13.11	25.73	20.61	33,96
2,82	11,87	,	23,29	33,24
2,83	13,35	27,94	17,80	37,59
3,20	10,27	27,37	20,64	36,84
2,39	17,06	32,07	19,04	28,08
	16,58	26,34	21,78	27,43
5 50	12.93	25 26	19 44	35,33
	3,31 4,23 2,88 7,49 2,98 7,46 5,30 4,02 1,95 4,98 3,35 2,82 2,83 3,20	3,31 11,98 4,23 16,18 2,88 9,67 7,49 26,98 2,98 11,12 7,46 18,38 5,30 12,17 4,02 7,55 1,95 7,30 4,98 9,16 3,35 13,11 2,82 11,87 2,83 13,35 3,20 10,27 2,39 17,06 4,04 16,58	3,31 11,98 20,23 4,23 16,18 29,61 2,88 9,67 24,24 7,49 26,98 16,04 2,98 11,12 26,05 7,46 18,38 30,88 5,30 12,17 27,57 4,02 7,55 17,04 1,95 7,30 24,21 4,98 9,16 26,49 3,35 13,11 25,73 2,82 11,87 27,11 2,83 13,35 27,94 3,20 10,27 27,37 2,39 17,06 32,07 4,04 16,58 26,34	3,31 11,98 20,23 18,46 4,23 16,18 29,61 20,68 2,88 9,67 24,24 20,38 7,49 26,98 16,04 14,79 2,98 11,12 26,05 20,13 7,46 18,38 30,88 15,95 5,30 12,17 27,57 22,72 4,02 7,55 17,04 17,94 1,95 7,30 24,21 19,92 4,98 9,16 26,49 19,03 3,35 13,11 25,73 20,61 2,82 11,87 27,11 23,29 2,83 13,35 27,94 17,80 3,20 10,27 27,37 20,64 2,39 17,06 32,07 19,04 4,04 16,58 26,34 21,78

A6. 22: Durchschnittlicht Antworten auf die Aussage "Um die Corona-Krise einzudämmen, bin ich bereit, meine Lebensweise zu ändern." (Eigene Darstellung, Daten: Kittel et al. 2020a).

Geschlecht	Trifft vol	l Trifft eh	er Teils-teils	Trifft eher	Trifft gar
	und ganz zu	zu		nicht zu	nicht zu
Männer	16,51	29,61	34,08	9,50	6,74
Frauen	25,38	30,10	29,67	6,46	4,59
Altersklasse	,	,	,	,	,
15-24	21,19	30,72	26,71	10,55	5,71
25-39	19,58	30,31	29,46	9,58	7,18
40-54	23,31	28,62	31,62	6,28	6,05
55+	20,17	30,13	34,90	7,24	5,65
Bundesland					- ,
V	14,78	31,32	33,18	8,50	6,39
T	18,88	32,85	32,86	7,53	6,60
S	23,51	27,96	31,92	7,16	3,99
ST	20,94	30,78	29,41	8,46	5,57
K	22,73	29,76	28,98	7,61	7,23
OÖ	17,01	29,44	33,46	10,68	7,74
NÖ	23,91	29,44	30,33	9,02	6,42
W	22,37	28,93	32,31	8,69	5,13
В	20,68	30,64	31,61	8,63	6,77
Beschäftigungssituation					
selbstständig	17,49	29,65	32,48	7,19	8,27
angestellt	29,48	28,74	29,79	5,34	2,70
arbeitslos	25,74	31,81	38,11	9,03	5,11
in Ausbildung	19,59	29,95	36,09	7,29	4,99
ausschließlich haushaltsfüh-					
rend	19,85	26,83	31,38	9,05	8,37
pensioniert/arbeitsunfähig	21,53	30,39	30,94	8,19	6,32
Höchste Ausbildung					
VS-Unterstufe	3,26	4,79	16,75	20,41	46,84
Polytechnikum, Fachschule	3,23	4,00	13,20	21,94	53,54
Lehre, Berufsschule	2,58	4,28	16,86	23,05	45,48
Matura	2,39	4,83	15,23	23,47	50,91
Kolleg	2,48	4,28	12,67	29,64	43,29
Bachelor	1,56	4,19	11,68	21,87	53,69
Master	1,35	1,97	8,65	19,31	65,61
Dr./PhD	0,42	4,40	15,54	23,41	47,38
Politische Orientierung					
Links	27,25	34,62	26,66	6,14	3,67

Mitte	19,68	27,76	35,43	8,55	6,64
rechts	17,93	29,94	31,97	9,65	8,84
NR 2019 – Regie-					
rung/Opposition					
Regierung	27,29	34,66	27,39	6,26	3,42
Opposition	19,44	28,31	34,14	8,54	7,20
Coronainfektion	17,	20,01	5 .,1 .	0,0 .	7,20
Ja	13,76	11,14	31,14	15,41	10,63
nein	21,26	30,26	32,01	7,93	6,14
Kontakt mit infizierter Per-	, -	, -	- ,-	- 4	- 7
son					
Ja	22,18	31,42	27,51	9,09	8,21
nein	18,27	24,81	33,13	12,86	7,78
Monatliches Haushaltsein-	,	,	,	,	,
kommen					
<1100	22,96	23,64	28,93	8,28	13,98
1100-1500	21,92	26,99	33,03	8,06	6,94
1500-1800	21,76	27,98	33,64	9,24	6,29
1800-2200	18,87	33,88	32,79	6,75	6,18
2200-2700	23,91	31,47	32,25	7,13	4,12
2700-3100	17,43	32,16	33,34	8,51	6,81
3100-3700	24,24	32,58	29,24	7,73	5,26
3700-4300	24,55	31,32	30,96	6,88	5,25
4300-5500	22,61	38,08	29,47	5,67	2,99
>5500	24,74	25,02	31,91	10,94	6,82

A6. 23: Durchschnittlicht Antworten auf die Aussage "Solange andere ihr Verhalten nicht ändern, muss ich mein Verhalten bezüglich der Corona Krise auch nicht ändern." (Eigene Darstellung, Daten: Kittel et al. 2020a).

Geschlecht	Trifft vol	l Trifft ehe	r Teils-teils	Trifft eher	Trifft gar
	und ganz zu	zu		nicht zu	nicht zu
Männer	3,44	6,47	19,61	25,68	38,67
Frauen	1,67	3,63	12,32	25,26	51,25
Altersklasse	1,07	2,02	12,52	25,25	01,20
15-24	3,11	6,04	17,74	23,47	44,20
25-39	2,46	4,68	17,96	22,34	43,78
40-54	2,73	3,86	16,61	20,65	48,47
55+	2,24	3,68	11,69	23,55	55,87
Bundesland					33,07
V	1,87	3,61	17,88	25,95	45,14
T	1,64	4,43	15,18	26,06	50,68
S	2,31	5,01	12,31	18,41	56,04
ST	1,61	3,65	16,44	22,28	50,75
K	3,56	2,98	15,23	24,58	48,21
OÖ	3,03	4,91	26,14	23,58	45,83
NÖ	2,33	4,13	15,99	36,05	52,22
W	3,01	4,72	14,11	21,50	52,74
В	3,49	2,88	14,75	20,70	54,39
Beschäftigungssituation					
selbstständig	3,54	4,28	14,48	21,54	50,81
angestellt	1,89	0,94	12,61	22,94	57,58
arbeitslos	2,59	5,26	15,54	21,88	50,21
in Ausbildung	2,41	3,85	11,88	22,03	56,50
ausschließlich haushaltsfüh-					
rend	3,87	5,38	17,71	21,57	45,62
pensioniert/arbeitsunfähig	2,33	4,14	16,78	23,64	48,06
Höchste Ausbildung					
VS-Unterstufe	3,26	4,79	17,08	20,41	46,84
Polytechnikum, Fachschule	3,23	4,00	13,53	21,94	53,54
Lehre, Berufsschule	2,58	4,28	16,86	23,05	48,86
Matura	2,39	4,83	15,91	23,47	50,90
Kolleg	2,48	4,28	12,67	29,64	47,63
Bachelor	1,56	4,19	11,68	21,87	57,74
Master	1,91	1,97	9,26	19,31	65,61
Dr./PhD	0,42	4,40	15,54	23,39	51,84
Politische Orientierung					
Links	1,84	3,07	12,08	21,81	59,24

Mitte	2,19	4,16	17,06	23,69	49,73
rechts	4,98	7,07	17,30	23,26	43,89
NR 2019 – Regie-					
rung/Opposition					
Regierung	1,69	3,54	10,94	22,27	59,83
Opposition	3,47	4,98	18,07	22,53	47,56
Coronainfektion	2,	.,,, 0	10,07	22,00	.,,,,,,
Ja	13,09	32,85	17,98	9,88	12,61
nein	2,40	4,12	15,28	22,91	51,65
Kontakt mit infizierter Per-	,	,	,	,	,
son					
Ja	8,06	10,25	14,34	22,66	42,99
nein	4,23	8,19	21,86	23,63	37,54
Monatliches Haushaltsein-					
kommen					
<1100	5,96	6,10	17,69	14,65	51,87
1100-1500	4,40	7,83	14,11	21,63	50,39
1500-1800	2,97	5,49	20,45	21,34	47,74
1800-2200	3,78	4,39	15,41	23,49	48,86
2200-2700	2,30	3,58	15,41	21,25	54,98
2700-3100	2,17	5,23	17,56	25,26	79,52
3100-3700	1,16	3,28	11,51	26,46	55,30
3700-4300	1,58	4,18	14,24	24,43	53,81
4300-5500	1,64	3,19	9,93	24,52	59,06
>5500	3,18	4,36	15,73	21,51	53,06

A6. 24: Durchschnittliche Angaben zu durchgeführten Verhaltensänderungen im Rahmen der ACPPP Wellen 1-16 (Eigene Darstellung, Daten: Kittel et al. 2020a).

Geschlecht	nahezu im-	•			
	mer	meistens	manchmal	selten	nahezu nie
Männer	30,705	25,695	16,09	10,81	13,14
Frauen	43,16	23,43	12,695	9,455	8,49
Altersklasse					
15-24	27,69	22,58	21,32	13,74	10,28
25-39	30,43	24,26	18,46	11,25	11,84
40-54	30,19	24,94	14,54	11,67	15,12
55+	35,87	26,34	13,40	9,54	13,48
Bundesland					
V	31,88	29,72	15,59	8,75	11,24
T	31,19	25,52	15,70	12,26	13,40
S	38,25	25,84	13,15	8,07	9,50
ST	39,89	24,50	13,32	9,09	9,56
K	33,30	24,34	13,21	10,59	15,09
OÖ	34,10	23,40	16,29	10,18	13,11
NÖ	38,39	25,19	14,38	9,23	10,40
W	38,37	25,31	14,03	9,56	9,87
В	39,50	26,77	14,38	10,03	7,18
Beschäftigungssituation					
selbstständig	30,6	22,83	14,06	10,11	14,33
angestellt	30,69	23,98	15,54	10,185	12,06
arbeitslos	33,82	21,70	12,9	9,43	11,36
in Ausbildung	28,44	22,21	26,93	12,7	8,52
ausschließlich haushalts-					
führend	44,79	23,49	11,62	5,63	4,34
pensioniert/arbeitsunfähig	44,16	23,43	9,62	6,77	9,15
Bildung					
VS-Unterstufe	34,23	22,09	15,52	10,55	11,18
Polytechnikum, Fachschu-					
le	41,47	26,07	13,16	7,08	9,55
Lehre, Berufsschule	37,02	25,40	14,20	9,54	11,10
Matura	34,77	24,86	15,84	10,69	12,85
Kolleg	40,30	26,66	11,78	9,54	9,54
Bachelor	35,47	26,77	15,95	10,34	9,29
Master	36,93	25,82	13,39	9,30	13,38
Dr./PhD	43,92	24,36	14,19	8,44	6,51
Politische Orientierung					

Links	38,54	24,51	14,645	10,47	10,185
Mitte	36,085	25,99	15,57	9,53	10,6
Rechts	33,215	24,59	13,645	10,975	15,71
NR 2019 – Regie-					
rung/Opposition					
Regierung	33,67	25,31	15,40	10,24	13,18
Opposition	40,63	25,85	13,94	9,25	9,03
Corona Infektion					
Ja	26,64	24,90	22,18	13,12	5,46
Nein	37,35	25,24	14,31	9,62	11,13
Kontakt mit infizierter					
Person					
Ja	32,15	25,00	20,47	11,91	9,15
Nein	37,22	25,20	14,41	9,69	11,20
Einkommen					
<1100	43,36	22,05	11,34	8,11	13,14
1100-1500	46,97	23,20	11,35	7,38	8,11
1500-1800	39,74	24,61	16,39	8,42	9,78
1800-2200	42,06	24,07	13,11	8,84	10,64
2200-2700	42,46	25,73	14,34	8,20	7,93
2700-3100	37,02	24,50	15,47	8,94	12,96
3100-3700	37,98	24,54	12,69	10,27	12,43
3700-4300	37,31	27,09	13,86	9,08	11,37
4300-5500	38,46	24,54	13,34	9,31	12,50
5500+	33,61	26,40	16,13	10,03	12,76